
Krisen.

Prozeß, Wahrnehmung und Vergleich

**Herausgegeben von
Georg Vobruba**



Leipziger Universitätsverlag 1993

© Leipziger Universitätsverlag GmbH 1993

COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichender
forschung

Heft 6 (1993)

Krisen. Prozeß, Wahrnehmung und Vergleich

Herausgegeben von Georg Vobruba

ISSN 0940 – 3566

ISBN 3-929031-40-X

Inhalt	Seite	
Editorial	7	
Aufsätze		
<i>Knut Borchardt</i>	Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen	9
<i>Gerda Bohmann/ Georg Vobruba</i>	Krisen und ihre Interpretationen. Die Weltwirtschaftskrisen 1929 und 1974 im Vergleich. Das Beispiel Österreich	32
<i>Boris Doktorov</i>	Das soziale Befinden der Bevölkerung Rußlands im Jahr 1993: Vom Referendum zum Putsch	59
Forum		
<i>Helmut Bräuer</i>	Arbeitende Bettler? Bemerkungen zum frühneuzeitlichen Bettler-Begriff	79
<i>Ulrich Muhlack</i>	Ranke und die politische Schule der deutschen Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert. Zum Verhältnis von Geschichte und Politik	92
Mitteilungen und Berichte		
• Föderale Konzeptionen in den EG-Mitgliedsstaaten – Traditionen und Perspektiven (<i>Ralph Dietl/Mathias Schönwald/Werner Scholz</i>)	114	
• Mai 1968 jenseits der Mauer (<i>Luisa Passerini</i>)	117	
• Frauen im Exil (<i>Thomas Erdmann Fischer</i>)	121	
• Die Industrieregion Sachsen im 20. Jahrhundert (<i>Werner Bramke</i>)	123	

Buchbesprechungen

- Essad Bey, Mohamed, München 1993 (*Wolfgang Schwanitz*) 128
- Neuzeitliche Umgestaltung und Anfänge des modernen Machtstaates. Von Gerhard Bürck und Susanne Schlösser, Frankfurt a.M. 1993 (*Kurt Holzappel*) 131
- Heiner Haan/Gottfried Niedhart, Geschichte Englands vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, München 1993 (*Editha Kroß*) 133
- Rainer Schröder, Das Gesinde war immer frech und unverschämt. Gesinde und Gesinderecht vornehmlich im 18. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992 (*Helmut Bräuer*) 135
- Werner Greiling, Varnhagen von Ense. Lebensweg eines Liberalen, Köln-Weimar-Wien 1993 (*Klaus F. Gille*) 137
- Cornelia Fuhrmann, Varnhagen von Enses Denkwürdigkeiten als ‚Dichtung und Wahrheit‘, Frankfurt a.M. u.a. 1992 (*Werner Greiling*) 140
- Lothar Dittmer, Beamtenkonservatismus und Modernisierung. Untersuchungen zur Vorgeschichte der konservativen Partei in Preußen 1810-1848/49, Stuttgart 1992 (*Christina von Hodenberg*) 141
- Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte. Hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Paris (Institut Historique Allemand), Bd. 19/3 (1992), 19./20. Jahrhundert, Histoire contemporaine, Sigmaringen 1993 (*Kurt Holzappel*) 143
- Walter Cramer (1886-1944). Ein Leipziger Unternehmer im Widerstand. Dokumentation von Beatrix Heintze, Köln 1993 (*Gerald Diesener*) 145
- Joachim Wieder/Heinrich Graf von Einsiedel (Hrsg.), Stalingrad und die Verantwortung ries Soldaten, München 1993 (*Gerald Diesener*) 147
- Jacques Derrida, Falschgeld. Zeit geben I. Aus dem Französischen von Andreas Knop und Michael Wetzler, München 1993 (*Walter Reese-Schäfer*) 150
- Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn, Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1992 (*Gerrit Stratmann*) 152

Jahresinhaltsverzeichnis des 3. Jahrgangs 1993 156

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 162

Im Zentrum der älteren Krisen-Debatte der sechziger und siebziger Jahre standen Versuche, eine krisentheoretische Perspektive gegen hochgradig stabile gesellschaftliche Verhältnisse durchzuhalten. Gefragt wurde, wo in der Gesellschaft sich Krisen am ehesten manifestieren werden. Unabhängig davon, ob man ökonomische, politische oder kulturelle Krisenmanifestationen erwartete, bestand doch weitgehende Einigkeit darüber, daß es möglich sei, wissenschaftlich *objektiv* zu bestimmen, was eine Krise „ist“. Daran knüpfte man dann *optimistische* Annahmen, daß die Krise systemtranszendierende Handlungspotentiale freisetzen werde. Die ältere Krisen-Debatte zeichnete sowohl Optimismus wie Objektivismus aus.

Dann, gegen Ende der siebziger Jahre, setzte eine paradox anmutende Entwicklung ein. Je „krisenhafter“ sich die Verhältnisse entwickelten, umso stiller wurde es um alle Versuche zu einer sozialwissenschaftlichen Krisentheorie. Es kann kaum Zweifel daran geben, daß die ältere Krisentheorie über den in sie eingebauten Optimismus scheiterte. Die realen Krisenerfahrungen der letzten zehn, fünfzehn Jahre haben jedenfalls bei weitem nicht das gehalten, was die Krisentheorie versprochen hatte. Aber es wäre billig, nun zu feiern, daß man heute klüger ist; oder sein kann. Viel wichtiger ist, daß die gegenwärtige Konstellation im Verhältnis von Theorie und Erfahrung eine Chance für eine Neukonzeptualisierung der Krisentheorie bietet. Denn mit dem Optimismus ist auch der Objektivismus der Krisentheorie dahin.

Ob wir in einer Krise leben? Diese Frage müssen die Sozialwissenschaften sogleich an ihren Gegenstand weiterreichen. Denn „Krise“ ist das, was die Beteiligten als solche interpretieren. Dieser Zugang: Krisen als bereits interpretierte Sachverhalte zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchungen zu machen, macht die entscheidende Differenz zwischen dem gegenwärtigen Stand der Diskussion und der älteren Krisen-Debatte aus.

In diesem Heft von *COMPARATIV* wollen wir diesen nun erreichten Diskussionsstand markieren und ausloten, welche Möglichkeiten sich von hier aus ergeben. Herzlichen Dank an alle, die zu dem Heft beigetragen haben.

Georg Vobruba

Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

1. Einleitung

Ich möchte meine Bemerkungen mit einer vielleicht überraschenden Feststellung beginnen: Im Gegensatz zu der Ansicht von Laien, die vielfach meinen, die Wirtschaftswissenschaft sei jener Bereich der Geistes- oder Gesellschaftswissenschaften, in dem am präzisesten von Krisen gesprochen wird, haben Krisen *als so bezeichneter Gegenstand* keinen anerkannten Platz im System der Wirtschaftswissenschaft. Es gibt in dieser Disziplin keine spezifischen Methoden, über Krisen nachzudenken und sie zu analysieren. Um mich gegen den Vorwurf abzusichern, dies sei ein völlig subjektiver Eindruck, möchte ich zwei Kronzeugen anführen. In der 1968 erschienenen *International Encyclopaedia of the Social Sciences* schreibt der Verfasser des Artikels *Crises*: „Crisis is a lay term in search of a scholarly meaning“, und er vergißt bei seiner Aufzählung von Wissenschaften, in denen der Begriff überhaupt benützt wird, die Wirtschaftswissenschaften. Er nennt nur Geschichte, Soziologie, Politik und Psychologie. Offenbar sind diesem sozialwissenschaftlichen Beobachter die Ökonomen als Produzenten und Benützer interessanter Krisenkonzepte nicht mehr aufgefallen. So sieht es 1981 aber auch ein Insider: „The economics profession does not have a framework for dealing with the topic (crisis).“¹

Zugegeben, „Krisen“ spielen bei Marxisten und Neomarxisten noch immer eine große Rolle,² allerdings nur, wenn sie kapitalistische Wirtschaften betrachten. Hinsichtlich ihrer eigenen, den sozialistischen Wirtschaften, verfahren sie nicht anders als „bürgerliche“ Ökonomen mit Bezug auf Marktwirtschaften.

Im allgemeinen vermeiden also Wirtschaftswissenschaftler in ihren Fachdiskussionen den Begriff Krise. Zwar reden sie, wenn sie sich an Laien wenden oder mit Laien diskutieren, durchaus auch von Krisen. Aber dann verzichten sie eben auf eine präzise Argumentation, wie sie beim innerfachlichen Gespräch als erforderlich unterstellt wird.³

So ist es allerdings nicht immer gewesen. Das Denken über Wirtschaftskrisen hat sich in den letzten hundert Jahren wiederholt grundlegend geändert. Krisen hatten einmal einen prominenten Platz in der Wirtschaftswissenschaft.

Es ist, so meine ich, auch für das Gegenwartsverständnis dessen, was man vielfach Krise nennt, hilfreich, sich mit den Gründen zu befassen, die für den Verlust der Geltung der ökonomischen Krisenlehre maßgebend gewesen sind. Auf diesem Fundament bereinigter Kenntnis sollen dann aber auch noch weitere Aspekte des Wandels im Denken über wirtschaftliche Krisen verfolgt werden.

2. Die „Krise im eigentlichen Sinne“ – zur kurzen Geschichte einer Idee

Wie man im 19. Jh. unter Ökonomen von Krisen sprach, kann man einem verbreiteten Fachwörterbuch entnehmen. Es unterschied 1898 einen weiteren und einen engeren Krisenbegriff. „Als *wirtschaftliche Krise im weiteren Sinne* kann man jede zeitweilige Störung des Wirtschaftslebens bezeichnen, durch die ein größerer Kreis von Personen erhebliche Nachteile erleidet.“ Allerdings gab dieser Begriff keinen Anlaß, ihn zu präzisieren und gar in den Mittelpunkt einer Theorie der Krise zu stellen. Zu unterschiedlich waren die Anlässe, die Formen des Ablaufs und die Konsequenzen der Störungen. Schlechte Ernten, Viehseuchen, die Zerrüttung der Staatsfinanzen, eine Papiergeldinflation, die Einführung neuer Techniken – all das konnte als Krise bezeichnet werden. In seinem Aufsatz „Versuch einer Systematik der Wirtschaftskrisen“ hat Werner Sombart der Überzeugung der Fachwelt Ausdruck gegeben, daß es keinen Sinn habe, sich für diese Fälle um eine einheitliche Krisentheorie zu bemühen.⁵

Anders verhielt es sich allerdings mit dem, was das bereits zitierte Wörterbuch „Krisen im engeren oder eigentlichen Sinne“ genannt hat. Sie hatten seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts die Aufmerksamkeit der Fachleute auf sich gezogen, die nach und nach Gemeinsamkeiten zwischen den beobachteten Krisen herausarbeiteten. Nach dem schon zitierten Wörterbuch handelte es sich jeweils um „einen Wendepunkt, einen Umschlag von einem Zustand in einen anderen, und zwar von einer aufsteigenden, aber innerlich nicht haltbaren Bewegung zu einem Zusammenbruch.“⁶ So eindrucksvoll stringent dieser Krisenbegriff im Vergleich zu den vielen anderen Verwendungen in Umgang- und Fachsprachen erscheinen mochte: er hatte in der Wirtschaftswissenschaft kein langes Leben. Wissenschaftlicher Fortschritt und tatsächliche Entwicklung von Konjunkturverläufen machten ihn obsolet.

Weil nach den gesammelten Erkenntnissen jede der periodisch auftretenden Krisen notwendig auf die vorhergehende Überreizung folgen mußte, verloren derartige Störungen ihren Charakter als Überraschendes, Außeror-

Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

dentliches. Krisen wurden schließlich als etwas so „Normales“ angesehen wie jede andere Phase des Zyklus, der seit den Arbeiten von Clément Juglar im Mittelpunkt der Forschungen stand. „... sobald man einsieht, daß die ... Kapitalkrise nicht nur *post* hausse, sondern *propter* hausse auftritt, (ist) die Lehre von den ... Krisen ohne die Lehre vom wirtschaftlichen Aufschwung ebenso unvollständig und deshalb wertlos, wie es etwa eine Darstellung der Wirkungen des Alkohols auf den Organismus wäre, die erst bei den Reaktionszuständen des Katzenjammers einsetzen wollte.“⁷ Damit war die „Krise im eigentlichen Sinne“ theoretisch mediatisiert. Eine besondere Krisentheorie schien überflüssig.

Aber nicht nur theoretische Einsichten, sondern auch die Veränderungen des tatsächlichen Konjunkturverlaufs haben die konjunkturellen Krisen um eine prominente Rolle in der Wirtschaftswissenschaft gebracht. Die konjunkturellen Umbrüche erfolgten am Ende des 19. Jh. und zu Beginn des 20. Jh. nicht mehr so dramatisch wie z.B. 1857 in allen entwickelten Ländern oder 1873 in der Gründerkrise in Zentraleuropa. Möglicherweise lag das daran, daß die Geschäftsleute gelernt hatten, die Wahrscheinlichkeit einer Krise einzukalkulieren. So gerieten die spekulativen Übersteigerungen nicht mehr so ins Grandiose, daß der Krach unvermeidlich wurde. Erwartete Krisen können auch kaum jene panikartigen Reaktionen auslösen, die frühere Krisen gekennzeichnet und die Dinge dann noch verschlimmert hatten. – Jedenfalls stritt man sich im Kreise der Gelehrten schon um die Jahrhundertwende, ob die oberen Wendepunkte der Zyklen überhaupt noch den Namen „Krise“ verdienen. Die Entscheidung darüber wurde mehr zur Sache des Geschmacks als des fachlich begründbaren Urteils.

Als Werner Sombart in dem zitierten Aufsatz forderte, „die Krisentheorie muß zu einer Theorie der Konjunktur erweitert werden“, war die Umorientierung freilich schon einige Zeit im Gange. Das kam jedoch nicht sogleich in den Titeln der Bücher zum Ausdruck. Selbst Autoren, die bereits die Wellenbewegung, den Zyklus, in den Vordergrund stellten, gaben ihren Veröffentlichungen noch Titel, in denen als ihr Gegenstand die Krisen bezeichnet wurden (so vornehmlich in Frankreich, kaum mehr in England und Amerika). Joseph Schumpeter hat in diesem Zusammenhang von einem „terminologischen lag“ gesprochen,⁸ eine in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaft nicht seltene Erscheinung.

Krisen mit massierten Zusammenbrüchen und allgemeiner Panik schienen tatsächlich verschwunden zu sein.⁹ Auch die „Weltwirtschaftskrise“ oder – englisch – die „Great Depression“ begann nicht mit einer typischen Krise alten Stils. Zwar verbindet das Publikum und vielfach auch der historisch nicht gebildete Wirtschaftswissenschaftler noch heute mit dieser Katastrophe die

Vorstellung, sie habe ihren Ausgang von dem Krach an der New Yorker Börse im Oktober 1929 genommen und sei gleichsam der Typ einer Krise der Marktwirtschaft. Aber das ist so nicht richtig. Der Abschwung war in mehreren Ländern bereits längere Zeit im Gange, hatte auch in den USA schon vorher eingesetzt. Und andererseits blieb der Börsensturz in New York ein vergleichsweise isoliertes Zusammenbruchphänomen, dem sogar noch einmal rasche Kurssteigerungen gefolgt sind. Nichts von den in früheren Umbruchkrisen üblichen massierten Firmenzusammenbrüchen fand im direkten zeitlichen Zusammenhang im Verlauf des vierten Quartals 1929 und im ersten Halbjahr 1930 statt. Aber der konjunkturelle Abschwung entwickelte sich weiter und weiter. Die großen Kreditklemmen und Zusammenbrüche des Bankensystems kamen in Mitteleuropa erst Mitte 1931 als Folge eines langen Deflationsprozesses, gerade nicht als Folge einer vorhergehenden Übersteigerung. Nein, auch und gerade der absonderliche Verlauf der Großen Depression veranlaßte die Ökonomen nicht, den Begriff der „Krise im eigentlichen Sinne“, abgehoben von Abschwung und Depression, wiederzubeleben. 1939 entschied Joseph Schumpeter, im Rahmen seines bedeutenden Werkes zur Konjunkturanalyse „dem Ausdruck Krise keinerlei technische Bedeutung bei(zu)legen.“¹⁰ Dabei ist es in den Wirtschaftswissenschaften bis heute geblieben.

3. Ein zweites Beispiel für die theoretische Mediatisierung eines Krisensyndroms

Für den soeben beschriebenen Vorgang der Mediatisierung der Krisenidee, ihrer Ein- und Verarbeitung im Rahmen eines umfassenderen theoretischen Modells, scheint uns die Gegenwart ein weiteres Beispiel zu liefern. Ist es nicht auffällig, wie häufig man sich in den letzten Jahren bei dem Versuch, die neue „Wirtschaftskrise“ der siebziger und frühen achtziger Jahre zu verstehen, auf das Konzept der langen Wellen bezogen hat, das mit dem Namen des russischen Ökonomen N. Kondratieff (1892-1930?) verbunden ist?¹¹

Ogleich sich die Vertreter der Wellentheorie noch immer nicht haben einigen können, welches die Gründe für das behauptete Phänomen sein sollen, sind sie doch vereint in der Vorstellung, daß das, was viele eine Krise nennen, im wesentlichen der absteigende Teil der charakteristischen langfristigen Wellenbewegung ist. Dem wird sich, so wäre wohl zu folgern, gleichsam folgerichtig wieder ein aufsteigender Teil anschließen. Wiederum also keine „offene Zukunft“ für die Krise, gar eine tödliche Gefahr.

Wie schon einmal vor 80 Jahren, wird damit ein znnächst abnorm

erscheinendes und schon deshalb vielfach als störend, ja krisenhaft empfundenen Phänomen eingefangen in ein Muster der Normalität. Damit wird es zumindest in der Theorie, vermutlich aber auch darüber hinaus, um seine spezielle Krisenproblematik gebracht. Krisen, die der Wirtschaftswissenschaftler genau definieren und auch im Rahmen einer allgemeinen Theorie als Regelphänomene erklären kann, sind wohl keine wirklichen Krisen mehr. Jedenfalls scheint die Wirtschaftswissenschaft auch durch die neuen Erscheinungen nicht herausgefordert, ihre alten Entscheidungen zu revidieren und dem Ausdruck Krise wieder eine technische Bedeutung beizumessen.

4. Der umgangssprachliche Krisenbegriff: Wirtschaftskrise im weiteren Sinne

Es wäre gewiß töricht, aufgrund der Tatsache, daß die Wissenschaftler das Wort in ihren fachwissenschaftlichen Diskussionen kaum verwenden, zu fordern, es aus dem gesellschaftlichen Leben zu eliminieren. Zugegeben, der Begriff Krise wird immer ein vager Begriff bleiben, dessen Bedeutung nicht eindeutig festgelegt werden kann. Wie hatte doch das Wörterbuch der Volkswirtschaft 1898 die „Krise im weiteren Sinne“ definiert? „Als Krise im weiteren Sinne kann man jede zeitweilige Störung des Wirtschaftslebens bezeichnen, durch die ein größerer Kreis von Personen erhebliche Nachteile erleidet.“ Wann ist der Personenkreis ein größerer? Welche Art Nachteile sollen zählen? Und von welchem Umfang an wollen wir diese Nachteile erheblich nennen? Urteile über solche Krisenmerkmale sind ständig im Fluß gewesen und werden es bleiben.

Doch kommt das gesellschaftliche Leben ohne vage Begriffe nicht aus. Auch wenn die Kunstwissenschaft nicht Schönheit, die Medizin nicht Gesundheit und die Wirtschaftswissenschaft nicht die Krise definieren können, erfüllen solche vagen Prädikate im Sprachgebrauch wichtige Funktionen. Ihr gemeinsames Merkmal ist, daß sie möglicherweise nichts Genaueres über die Sache aussagen, immer aber etwas über den Sprecher, über seine Wahrnehmung der Dinge ... und möglicherweise auch über seine Absichten.

Wer etwas als schön bezeichnet, beschreibt nicht nur den Gegenstand, sondern auch (und vielleicht sogar mehr) sich selbst. Wer eine Wirtschaftslage als Krise bezeichnet, beschreibt ebenfalls nicht nur diese Lage, sondern auch sich selbst. Er beschreibt seine eigenen Urteile und – falls er Politiker ist – oft auch seine Absichten. Der umgangssprachliche Begriff Krise ist ein

selbstreferentieller Begriff, der in erheblichem Maße durch einen appellativen, ja agitatorischen Charakter gekennzeichnet ist. *Wie* Wirtschaftskrisen definiert werden, hängt deshalb nicht zuletzt davon ab, *wer* sie definiert.

Wer von einer Krise spricht, ist in der Regel bereit, außerordentliche Maßnahmen zu erwarten und hinzunehmen. Krisen werden förmlich erklärt oder ausgerufen. Die Erklärung des Krisenzustandes ist dann in der Regel verbunden mit der Aufforderung zu außerordentlichem Handeln. Vielleicht ist gar derjenige, der die Krise ausruft, selbst zu solchem Handeln entschlossen und wünscht seine Maßnahmen auf diese Weise zu legitimieren. Aber andere mögen diese Handlungen vielleicht nicht – oder sie mögen nicht, daß gerade derjenige handelt, um den es geht. Dam liegt es nahe, daß die gleiche objektive Situation anders definiert, ihr zumindest der Krisencharakter abgesprochen wird.

Der Begriff Krise ist unvermeidlich ein politisches Instrument. In dem Maße, in dem die nichtmarxistischen Wirtschaftswissenschaften dem Modell der Naturwissenschaften nacheiferten, mußten sie folgerichtig auf den Krisenbegriff verzichten. In der marxistischen Politischen Ökonomie, die sich offen zur Parteilichkeit dieser Wissenschaft bekennt, hat der Krisenbegriff seine politische Rolle (der De-Legitimierung des Kapitalismus) ganz ausdrücklich weitergespielt.¹² Seine theoretische Eignung ist aber auch hier, sogar unter sowjetischen Ökonomen, immer wieder in Zweifel gezogen worden.¹³ Es ist jedenfalls nicht verwunderlich, warum über das, was im konkreten Fall Krise heißen soll, regelmäßig Streit ausbricht. Das liegt am Wesen der Sache.

5. Wirtschaftskrisen: Pathologie oder charakteristisches Element der Wirtschaftsentwicklung?

Neben der zuvor angesprochenen Frage, was das jeweils ist, was Krise genannt worden ist bzw. genannt wird, ist eine andere Frage von besonderem Interesse: Was bedeuten die „Störungen“ krisenhaften Charakters im Wirtschaftsleben? Wie haben sich die Menschen zu ihnen zu stellen?

Auch hier hat ein beträchtlicher Wandel im Denken über Wirtschaftskrisen stattgefunden. Das soll im folgenden in Hinblick auf konjunkturelle Krisen beschrieben werden, gilt aber – mit Abwandlungen – auch für sogenannte strukturelle Krisen. Als „konjunkturelle Krise“ soll im folgenden in Übereinstimmung mit der umgangssprachlichen Praxis jene Phase im Zyklus verstanden werden, die die Ökonomen als Abschwung, Wachstumsstockung, Rezession, Depression, Niedergang, Kontraktion, Unterbeschäftigung usw. bezeichnet haben.

Bis über die Wende vom 19. zum 20. Jh. hinweg haben die meisten Ökonomen die von Zeit zu Zeit auftretenden Stockungen im Wirtschaftsprozeß – wie das auch im Begriff „Störung“ liegt – als eine Art pathologisches Phänomen betrachtet. Es war allenfalls tröstlich zu wissen, daß sich die Dinge offenkundig immer wieder von selbst korrigierten und daß die Perioden des größeren Elends nicht lange anhielten. So mochte man sie tolerieren, um so mehr, als die Sozialpolitik nach und nach ein immer größeres Instrumentarium entwickelte, um bei den Schwächeren die Härten zu mildern.

Es gab aber auch eine andere Theorie und mit ihr einen überzeugenderen Grund, die damaligen Wirtschaftskrisen zu tolerieren. Karl Marx wohl als erster, aber auch liberale Autoren hatten nämlich erkannt, daß Zyklen keine unwesentliche Begleiterscheinung des (kapitalistischen) Wachstumsprozesses waren, sondern daß dieser Prozeß sich nur als ein unetlicher vollziehen konnte. Diese Anschauung wurde auf verschiedene Weise begründet. Darauf kann hier nicht eingegangen werden. Wichtig ist, in unserer Zusammenfassung, daß in einem solchen Fall das Urteil, Krisen wären etwas „Pathologisches“, jeglichen Sinn verliert. Wenn eine stetige Entwicklung ohne Krisen nicht beobachtet werden kann, ja theoretisch unmöglich scheint, können die Stockungen nicht mehr als „Störungen“ im eigentlichen Sinne betrachtet werden, ohne sie bliebe – so die Theorie – der kapitalistische Wachstumsprozeß als solcher aus! Schumpeter hat das in ein einleuchtendes Bild gekleidet. Er sprach davon, daß es nicht möglich sei, die Konjunkturzyklen aus dem Körper herauszuoperieren, wie man Rachenmandeln entfernen kann; Krisen gehören zum Organismus wie der Herzschlag.¹⁴ Mit einem anderen Begriff Schumpeters können wir sie als Beispiele des Prozesses schöpferischer Zerstörung interpretieren, der den kapitalistischen Wachstumsprozeß kennzeichnet.

Tatsächlich haben sich bis zur Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre alle Wirtschaftskrisen (im weiteren Sinne des Begriffs) als vorübergehende Erscheinungen erwiesen, die, nachdem sie ihr Zerstörungswerk getan haben, ohne Hilfe von staatlicher Seite jeweils durch einen neuen Aufschwung überwunden worden sind. Die These von der „Reinigungsfunktion der Krise“ hatte also die Erfahrung für sich. In den zwanziger Jahren ist sie von den Wirtschaftswissenschaftlern recht weitgehend akzeptiert worden.

Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß nicht wenige Fachleute und Politiker die 1928/29 einsetzende Kontraktion, aus der sich die Große Depression entwickeln sollte, zunächst sogar begrüßt haben. Sie hielten angesichts zahlreicher offenkundiger Disparitäten in den nationalen Wirtschaften und in der Weltwirtschaft einen Rückschlag sogar für notwendig. Erst 1931, vor allem nach dem Zusammenbruch der Kreditstrukturen in Zentraleuropa und nach dem Zusammenbruch der Weltwährungsordnung des Golddevisen-

standards, als die Arbeitslosenzahlen überall nie zuvor bekannte Größen erreichten, kamen mehr und mehr Wirtschaftswissenschaftler und Praktiker auf die Idee, daß diese Krise ganz anders als ihre Vorgänger verlief – und daß sie keine Funktion mehr haben könnte.

In der Wirtschaftswissenschaft ereignete sich nun ein erstaunlich rascher Abbau des Paradigmas vom Zyklus und der Notwendigkeit von Krisen - mit weitreichenden Konsequenzen. Es war vor allem J. M. Keynes, der hierzu entscheidende Beiträge geliefert hat. In seiner 1936 veröffentlichten „General Theory of Employment, Interest and Money“ ist nichts mehr von dem enthalten, was der traditionellen Vorstellung von einer Theorie des Konjunkturzyklus entsprach. Keynes' zentrale Botschaft war das Ende der Selbststeuerung der wirtschaftlichen Entwicklung durch den Prozeß zyklischer Schwankungen. Er begründete eine bis dahin undenkbare These, daß nämlich die Wirtschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem Gleichgewicht bei unfreiwilliger Unterbeschäftigung tendiere. Wie der Begriff Gleichgewicht sagt, könne sich die Wirtschaft nicht von selbst aus diesem Zustand befreien. Es sei Aufgabe des Staates, statt der fehlenden Selbstheilungskräfte tätig zu werden.¹⁵

Es war allerdings die „List der Ideen“ von Keynes, daß sich die an sich ja pessimistische Vorstellung von der Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, zu Vollbeschäftigung zu gelangen, in eine optimistische Perspektive verwandeln ließ. Weil und insoweit man unterstellte, daß es den wirtschaftspolitischen Instanzen gelingen werde, die identifizierten Nachfragerlücken jederzeit zu schließen, sollte eine konjunkturfreie Entwicklung ohne Massenarbeitslosigkeit möglich sein. An die Stelle der Vorstellung der Unvermeidlichkeit, ja Notwendigkeit zyklischer Schwankungen trat nach den dreißiger Jahren das neue Paradigma des stabilen Wachstumspfad. Es gründete sich auf die Erwartung, es werde den Regierenden bei Einsicht und gutem Willen immer gelingen, eine hohe Beschäftigung zu garantieren. Abweichungen vom Idealpfad wurden als Politikfehler diagnostiziert – und nicht selten bei demokratischen Wahlen mit dem Verlust der Macht bestraft.

Schnell haben die Wirtschaftswissenschaftler und das allgemeine Publikum vergessen, daß die Weltwirtschaftskrise ein bis dahin einmaliges Ereignis gewesen ist. Es hätte so nahe gelegen, sie in ihrer Schwere auf das Zusammenwirken der klassischen Instabilität des Systems mit einer Serie einmaliger Ereignisse (auch infolge des Ersten Weltkriegs und der institutionalisierten Nachkriegswirtschaftsordnung) zurückzuführen. Statt dessen hat die Theorie diesen Gesichtspunkt zunächst aus dem Auge verloren. Und die Praktiker folgten dem. Indem Keynes eine theoretisch scheinbar vollständig befriedi-

gende Erklärung für die Massenarbeitslosigkeit zu geben vermochte, wurde aus einem bis dahin einmaligen Ereignis eine gleichsam typische Gefahr der modernen Wirtschaft. Aus dem theoretisch kraftvoll begründeten Gefahrenbild wurde die Folgerung gezogen, daß der Staat möglichen rezessiven Tendenzen schon im ersten Stadium zu begegnen, ja ihnen vorzubeugen habe.

A. Leijonhufvud, ein in den USA lehrender norwegischer Ökonom, hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Wirtschaftswissenschaftler seit der Weltwirtschaftskrise die gesamte wirtschaftliche Entwicklung vom „Ausnahmefall“ her interpretiert haben, so als ob jemand die Theorie seefahrender Schiffe vornehmlich auf die Situation eines gekenterten, aber noch kieloben schwimmenden Schiffes und seines unglücklichen neuen „Gleichgewichts“ konzentrieren würde.¹⁶ In aller Regel kentern Schiffe aber nicht, insbesondere dann nicht, wenn der Kapitän den Kurs so festlegt, daß das Schiff auf die Kräfte, die auf es einwirken, mit „zyklischen Bewegungen“ reagieren kann. Damit werden gerade die störenden Kräfte absorbiert. Daß wirtschaftliche Krisen vor der Weltwirtschaftskrise nicht zu Katastrophen geführt haben, wollte man nach der Weltwirtschaftskrise kaum noch glauben.

Wenn man aber Wirtschaftskrisen vornehmlich als mit dem Risiko gesamtgesellschaftlicher Katastrophen behaftet deutet, kann man ihnen in der Tat keine Funktion mehr zuschreiben. Dann sind sie nur noch pathologisch, Herausforderungen an die Politiker – oder an die Systemveränderer. Folgerichtig wurde im Schatten der Großen Krise ein umfangreiches Instrumentarium weiter entwickelt, das bei vermeintlich oder tatsächlich kritischen Situationen eingriffsbereit sein sollte – und ja auch nach dem Zweiten Weltkrieg in fast allen marktwirtschaftlichen Industriestaaten eingesetzt worden ist.¹⁷

Die wirtschaftliche Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren hat dann selbst die Vertreter der sogenannten „Neuen Wirtschaftslehre“¹⁸ überrascht. Die Stabilitätserfolge erwiesen sich sogar als noch weit größer, als sich Keynes hat träumen lassen. Dieser war – nebenbei bemerkt – noch 1937 keineswegs sehr optimistisch hinsichtlich der Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit in England, die damals noch über 12 Prozent betrug, wesentlich zu vermindern.¹⁹ Im Verlauf des Krieges wurde er aber zuversichtlicher und hielt eine Arbeitslosenquote von weniger als fünf Prozent für erreichbar. In Wahrheit lagen dann die Arbeitslosenquoten in Großbritannien vom Kriegsende bis um 1970 herum stets unter 2,5 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland gar lange Zeit bei 1 Prozent und darunter. Statt daß dieser „Übers Erfolg“ die Anhänger der Globalsteuerung zu genauerem Nachdenken darüber veranlaßt hat, ob nicht möglicherweise ganz andere Ursachen die anhaltende Knappheit von Arbeitskräften bewirkt haben könnten, zeigten

Wirtschaftswissenschaftler einen beträchtlichen Stolz auf ihre Steuerungsleistung. Man behauptete nun, die Wissenschaft habe den Zyklus überwunden und stetiges Wachstum möglich gemacht.

Selten ist eine wissenschaftliche Behauptung so schnell von Politikern übernommen worden und hat so rasch den Status einer selbstverständlichen Wahrheit erlangt. In der Bundesrepublik Deutschland legte z.B. ein 1967 beschlossenes Gesetz den politischen Instanzen die Pflicht auf, ein „angemessenes und *stetiges Wachstum*“ herbeizuführen. In diesem Zusammenhang wurden auch geringfügige Abschwünge nicht mehr als Signal und Folge struktureller Ungleichgewichte, gar als eine Methode ihrer Beseitigung verstanden, sondern als Beweis für die Unfähigkeit oder gar Unwilligkeit der politisch Verantwortlichen, ihren Pflichten nachzukommen. Nachdem Regierungen immer häufiger das stetige Wachstum bei Vollbeschäftigung versprochen hatten (noch lautstärker vielfach die jeweilige Opposition), setzten sich die Politiker selbst einem starken Druck aus, das Versprechen auch zu halten.

Was aber niemand vorausgesehen hat, war die Tatsache, daß das Versprechen, für stetiges Wachstum sorgen zu wollen und auch zu können, die politische Lage erheblich verändert hat - und dadurch die Einlösung des Versprechens selbst erschwerte. Die Gründe können hier nur oberflächlich skizziert werden. Doch muß wenigstens in Umrissen deutlich werden, warum gerade aus der doch so wünschenswerten Vermeidung von (konjunkturellen) Krisen schließlich eine viel komplexere Krise hervorgegangen ist. Das Versprechen stabilen Wachstums änderte nämlich die private und die öffentliche Moral der Wirtschaftenden. Konsumenten, Produzenten, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Finanzminister, Parlamente, die sich an die nicht nur versprochene, sondern zunächst tatsächlich weitgehend krisenfeste Entwicklung gewöhnten, änderten ihre Erwartungen und entsprechend auch ihr Verhalten. Sie setzten weniger und weniger in Rechnung, daß es einmal anders kommen könnte. Stabilität wurde als ein „öffentliches Gut“ betrachtet, das allen gleichsam kostenlos zur Verfügung steht. Solche Güter werden tendenziell im Übermaß genützt, ja mißbraucht. Beispielsweise haben die Verbände am Arbeitsmarkt bei ihren Auseinandersetzungen über die Lohntarife immer weniger Rücksicht auf die Beschäftigung genommen. Die Beschäftigung schien ja nicht ihr Problem zu sein, sondern das der Politiker, welche Vollbeschäftigung garantiert hatten. Für die Kontrahenten an der „Klassenfront“ und für das innenpolitische Klima war die daraus resultierende hohe Steigerungsrate der Löhne angenehm. Sie hat den Verteilungskonflikt über lange Zeit hinweg entschärft. In gleicher Weise wurden die Unternehmer bei ihren Investitionsplanungen unbedenklicher. Wenn es keine allgemeinen

Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

Krisen mehr geben sollte, schienen die Kapitalrisiken gemindert. Warum also nicht höhere Verschuldungen in Kauf nehmen? Und den Banken ist ja nahezu zur Gewißheit gemacht worden, daß sich Zusammenbrüche wie in den frühen dreißiger Jahren nicht wiederholen sollten, weil die Zentralnotenbank selbstverständlich ihre Funktion als „lender of last resort“ erfüllen würde. Warum also nicht die Eigenkapitalquoten immer weiter absenken?

Es kann hier der komplizierte Vorgang nicht im einzelnen geschildert werden, wie die Politik der Vermeidung krisenhafter Einbrüche um des Vollbeschäftigungszieles willen die Lösung nach und nach schwieriger gestaltet hat, wie die Konflikte nur auf andere Ebenen verschoben bzw. vertagt worden sind. Die Vermeidung von Konjunkturriekschlägen erforderte immer größere Dosen konjunkturtherapeutischer Medizin und führte schließlich weltweit zu einem sich beschleunigenden Inflationsprozeß. Eine Zeit lang glaubte man noch, dies sei nun einmal der Preis, der für Vollbeschäftigung eben zu zahlen sei – als könne die Gesellschaft gleichsam beliebig zwischen verschiedenen Kombinationen von Arbeitslosenquoten und Inflationsraten wählen: höhere Inflationsrate/niedrigere Arbeitslosenquote – und umgekehrt. Aber auch das erwies sich als Illusion. Im Verlauf der siebziger Jahre sind bei tendenziell steigenden Inflationsraten weltweit auch die Arbeitslosenquoten angestiegen.

Nünmehr wurde klar, daß es die früher behauptete Wahl zwischen den Übeln nicht mehr gab. Ein neuer Krisentyp hatte sich herausgebildet, die „Stagflation“ (Stagnation + Inflation). Weil das inzwischen erreichte Inflations-tempo, ohne daß es die Arbeitslosigkeit unter einen kritischen Wert gesenkt hätte, selbst ein Element der politischen Destabilisierung in den betroffenen Staaten geworden war, weil es hohe Staatszwecke heftigen Gefahren aussetzte, bekam in den führenden Industrieländern die Inflationshämpfung Vorrang. Unvermeidlich mußte die Bekämpfung der Inflation auf eine Lähmung der wirtschaftlichen Aktivitäten und damit auch auf mehr Arbeitslosigkeit hinauslaufen. Dessen waren sich die Wirtschaftspolitiker in den Zentralbanken und in den Regierungen auch hewußt. Eine schmerzfreie Enttäuschung von Inflationserwartungen gibt es nicht. Aber man rechnete damit, daß die Politik der Senkung der Inflationsraten schließlich der Wiederherstellung günstigerer Konstellationen und damit auch – nach der Stabilisierungskrise – einer längerfristig höheren Beschäftigung dienlich sein sollte.

Der Vorgang ist von enormer Bedeutung. Wieder einmal ist ein Wandel im Denken über Wirtschaftskrisen eingetreten. Freilich formuliert man das nicht gerne so. Aber es wird seither doch wieder für möglich gehalten, daß Wirtschaftskrisen eine Funktion haben können. Dem scheinen inzwischen

auch viele Wirtschaftswissenschaftler zuzuneigen. Jedoch sind die meisten wohl noch nicht bereit, diese Position auch so entschieden zu vertreten, wie es früher Joseph Schumpeter getan hat oder wie es marxistische und neo-marxistische Autoren nach wie vor zu betonen pflegen. Im Ergebnis ähnlich wie Marx, aber in der Begründung auch auf Ergebnisse neuerer Entwicklungen der „bürgerlichen“ Ökonomie eingehend, formulierte so jüngst in einer deutschen Fachzeitschrift der Regensburger Volkswirt Winfried Vogt: „Die ökonomische Krise hat die Funktion, die Bedingungen des ökonomischen Gleichgewichts zu sichern.“²⁰

Jedoch gibt es inzwischen Anzeichen dafür, daß auch „bürgerliche“ Wissenschaftler den Sinn von Krisen neuerlich theoretisch zu begründen suchen und die zyklische Instabilität ausdrücklich nicht primär als Insuffizienz des Systems, sondern als eine notwendige Voraussetzung für die dynamischen Eigenschaften des marktwirtschaftlichen Systems begreifen. Der seinerzeit in Bern lehrende Carl Christian von Weizsäcker leitete in einem leider unveröffentlicht gebliebenen Diskussionspapier aus einer Betrachtung der Funktionen von Krisen ihre Unvermeidlichkeit ab (wohlgemerkt im theoretischen Sinne). Nach seiner Hypothese müssen die Zukünfte für die Investoren notwendigerweise mit Unsicherheiten versehen sein, will man nicht Überreaktionen in Kauf nehmen, die das System unter Uraständen explodieren lassen.²¹

6. Eine Parabel über kleine Krisen und das wachsende Potential großer Krisen

Vielleicht ist es hilfreich (und erlaubt), das hier beschriebene Problem verallgemeinernd anhand einer Analogie zu beschreiben:

Waldbrände haben in Teilen der USA und Australiens immer wieder eine verheerende Rolle gespielt. Deshalb hat man die Technik der Erkennung und Bekämpfung von Waldbränden immer weiter verbessert. Man hatte auch Erfolg. Jedoch beobachtete man nach längerer Zeit ohne nennenswerte Brände dann plötzlich solche von einer Art, wie man sie zuvor nicht gesehen hatte, Riesenflächenbrände ungeheurer Intensität, gegen die man machtlos war. Anders als bei früheren Bränden erneuerte sich nach solchen Bränden auch das Biotop nicht mehr. Die Pflanzen- und Tierwelt blieb tot, während sie nach den früheren Waldbränden sich in der Regel rasch wieder belebt hatte. Was war geschehen?

Indem man die vielen mehr oder weniger kleinen, jedenfalls nur Teile des Waldbestandes erfassenden Brände verhindert hat, hat man dazu beigetragen,

Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

daß sich in der großen Fläche nach und nach große Mengen brennbaren Materials ansammelten. Und als dieser Brennstoff einmal entzündet war, ließ sich nichts mehr dagegen unternehmen. Nach diesen Bränden konnten auch nicht wieder Tiere aus den nahegelegenen, wegen früherer Brände verschonten Wäldern zuwandern. Auch konnte von dort her nicht wieder die Besamung der abgebrannten (und zugleich gedüngten) Flächen erfolgen. Die abgebrannten Flächen erholten sich nicht mehr. Jetzt erkannte man, daß die früher kleinräumigen Waldbrände auch eine Funktion gehabt haben.

Inzwischen hat man aus diesen Erfahrungen schon Folgerungen zu ziehen versucht. Man begann sogar, systematisch lokale Brände zu legen, um ein gleichsam historisches Muster unterschiedlicher Betroffenheit zu erzeugen, welches das Gesamtrisiko der großen Katastrophe vermindern soll.

Ich bin weit davon entfernt, aus dem Vergleich mit Waldbränden die Folgerung zu ziehen, wir sollten nun ebenfalls rechtzeitig kleine Wirtschaftskrisen systematisch herbeiführen. Dafür fehlt uns sicherlich das erforderliche Wissen und die Steuerungsfähigkeit für so komplizierte Prozesse. Man sollte nicht dem einen Mythos der Machbarkeit (stetigen Wachstums) einen anderen Mythos der Machbarkeit folgen lassen. Auch möchte ich davor warnen, aus der hier angedeuteten „Funktionalität“ von konjunkturellen Krisen unbedingt auf einen optimistischen Krisenbegriff zu schließen. Krisen können positive Funktionen haben. Aber es ist nicht gesichert, daß sie diese Funktion auch erfüllen. Inmerhin lehrte eine lange Geschichte von Krisen, daß die Wirtschaftsgesellschaften im allgemeinen recht stabil sind, wenn aus Krisen Folgerungen im Hinblick auf die Korrektur struktureller Verwerfungen gezogen werden.

Zusammenfassend scheint es mir bemerkenswert zu sein, daß sich unter Wirtschaftswissenschaftlern das Denken über den Sinn von Krisen wieder dem annähert, was man vor der Weltwirtschaftskrise für gewiß gehalten hat. Sie werden nicht mehr wie nach der Weltwirtschaftskrise bis in die siebziger Jahre hinein vornehmlich als pathologische Befunde interpretiert. Man könnte freilich auch den Verdacht äußern, die Ökonomen machten aus der Not eine Tugend und wollen sich und die staatliche Wirtschaftspolitik aus der Verantwortung stehlen. Gänzlich von der Hand zu weisen ist das wohl nicht. Doch ändert der Verdacht nichts am Wesen der Sache, daß offenbar zur Erhaltung der Stabilität sozialökonomischer Systeme gelegentlich massierte Enttäuschungen von allzu sicher gewordenen Erwartungen nötig werden.

7. Krise an sich und Krise für sich

Aus den Bemerkungen in den Abschnitten 5 und 6 darf nicht die Folgerung gezogen werden, es gäbe im Gegensatz zu dem, was zuvor ausgeführt worden ist, nun doch einen eindeutigen Krisenbegriff. Möglicherweise ließe sich alles dort zur Frage von Pathologie und Normalität wirtschaftlicher Entwicklungen Ausgeführte auch abhandeln, ohne den Begriff Krise überhaupt zu benutzen. Man könnte es auch beim Begriff „Störung“ belassen oder die dem Konjunkturforscher vertrauten Begriffe Abschwung, Rezession, Depression verwenden. Allerdings: Irgend etwas wichtiges scheint dann doch zu fehlen. Das Fehlende klarer zu bezeichnen, soll die Aufgabe dieses Abschnitts sein.

Untersucht man die Geschichte von Phänomenen, die von verständigen Menschen als Wirtschaftskrisen bezeichnet worden sind, so stößt man auf ein eigenartliches Problem. Wirtschaftskrisen – gleichgültig ob zyklische oder strukturelle Krisen (wie z.B. die sogenannte Ölkrise, eine Bankenkrise, die Weltschuldenkrise der frühen achtziger Jahre) – können in ihrem Krisencharakter nicht allein durch eindeutige ökonomische Merkmalskonstellationen statischer Art definiert werden. Krise ist in der Regel das, was das Publikum als solche versteht. Wer von Krisen spricht, nimmt eine mehr oder weniger spezifische Sache in einer besonderen Weise wahr; als beobachtender Teilnehmer ist er zugleich handelnder.

Ich habe vor einiger Zeit in Analogie zu der berühmten Definition von Klassen durch Marx (der von Klassen *an sich* und Klassen *für sich* gesprochen hat) angeregt, von Krisen *an sich* und Krisen *für sich* zu sprechen.²² Die Klasse an sich war für Marx allein durch die objektive Stellung der Mitglieder im Produktionsprozeß bestimmt, nämlich durch die Frage, ob die Mitglieder Eigentümer von Produktionsmitteln waren oder nicht. Die so definierte objektive Klassenlage wäre aber in Hinblick auf die betrachteten historischen Prozesse (die nach Marx ja die Geschichte von Klassenkämpfen sein sollten) uninteressant, wenn nicht noch etwas hinzugekommen wäre: das Klassenbewußtsein. Erst das Klassenbewußtsein konstituiert nach Marx die Klasse als historisch kämpfendes Wesen. Es macht Klasse an sich zur Klasse für sich. Ich lasse offen, ob diese Definition in Hinblick auf die Klasse philosophisch tragfähig und empirisch gehaltvoll ist und gar eine Geschichtstheorie stützen kann. In Hinblick auf das Phänomen der Krise scheint mir die Unterscheidung aber heuristisch interessant zu sein.

Entsprechend könnte man als *Krise an sich* Konstellationen von ökonomischen Größen oder Prozessen bezeichnen, die ein sachkundiger Beobachter insoweit als kritisch diagnostiziert, als sie in der vorhandenen Form objektiv

nicht auf Dauer gestellt werden können. (Ich vermeide absichtlich den Begriff Gleichgewicht.) Bei weitem nicht alle kritischen Wirtschaftslagen führen nun zu Krisen im wirklichen Sinne. Ganz im Gegenteil. Die gesellschaftliche Wirtschaft verarbeitet ständig eine große Zahl von zum Teil sehr heftigen Schocks und Disproportionalitäten durch Anpassungsbewegungen und Innovationen in recht undramatischer, lautloser Weise. Die Marktwirtschaft ist geradezu ein System diffuser Lösungen von kritischen Zuständen – bei vergleichsweise geringer Zentralität und Publizität von Interessenkonflikten aller Art.²³ Demgegenüber bedürfen im politischen System Problemlagen immer der ausdrücklichen Artikulation und damit auch der Dramatisierung, jedenfalls in demokratischen Ordnungen. Sie neigen eher dazu, Krisen im wirklichen Sinne, Krisen für sich zu werden.

Nicht bewußt gemachte kritische Konstellationen und ihre Auflösungen sind also keine Krisen im wirklichen Sinne. Sie sind allenfalls Krisen an sich, latente Krisen, um einen anderen Ausdruck zu benützen. Kritische wirtschaftliche Konstellationen werden zu wirklichen Krisen, zu *Krisen für sich*, wenn sie von den Teilnehmern des Prozesses als solche erfahren und bezeichnet werden, wenn Krisenstimmung herrscht, sich Krisenbewußtsein ausbreitet. Das Krisenbewußtsein scheint mir ein Wesenselement einer wirklichen Wirtschaftskrise. Deshalb ist es aber auch so schwer, Krisen im Rahmen streng ökonomischer Theorien zu behandeln. Es ist offenbar kein Zufall, daß alle Wirtschaftskrisen, in denen sich wirklich eine Krisenstimmung ausgebreitet und die gesamte Gesellschaft erfaßt hat, nicht exakt vorausgesagt worden sind. Sie sind immer erst vom Publikum als solche bezeichnet – und zugleich durch sein Verhalten dazu gemacht worden.

Wenn man es so sieht, spielt die Frage der „Angemessenheit“ von Anlaß und Aufregung, von kritischer Situation und Krisenbewußtsein keine entscheidende Rolle für den Krisenbegriff. Gerade die Überempfindlichkeit der Wahrnehmung könnte für den Ablauf von Krisen sehr wichtig werden. Was eine Krise ist, kann deshalb nicht der Zensur der Wirtschaftswissenschaftler unterliegen, wie das in der Ölkrise 1973 versucht worden ist. Obgleich damals viele Wirtschaftswissenschaftler zu Recht das im Grunde nicht gar so Besorgniserregende der Entwicklung diagnostiziert und für diese Ansicht geworben haben, ist in nahezu allen Industriestaaten damals der Energiemangel ausgerufen und sind mehr oder weniger absonderliche Maßnahmen getroffen worden, die das Publikum ausdrücklich verlangt hat. Später hat sich herausgestellt, daß es auch vergleichsweise einfache, geradezu „normale“ Methoden gab, mit dem Problem der Verknappung der Energie kurz- und vor allem mittelfristig fertig zu werden.

Gerade die Übertreibungen der Bedrohung, die Überempfindlichkeiten des Bewußtseins können die eigentlich geschichtsmächtigen Kräfte im Verlauf einer Krise sein. Sie können aus einer mäßigen Rezession einen tiefen Absturz machen. Deshalb publizieren übrigens Konjunkturforschungsinstitute so ungern Vorhersagen von Lageverschlechterungen und suchen Wirtschaftsminister auch in eindeutig schlechten Lagen Optimismus zu verbreiten.

Angst kann auch aus der Beobachtung eines möglicherweise relativ geringfügigen Liquiditätsengpasses an einer Stelle einen allgemeinen Zusammenbruch des Bankensystems folgen lassen. Im Grunde könnte man den Zustand unseres Bankwesens oder der internationalen Kreditbeziehungen immer als latent kritisch bezeichnen. Er beruht nämlich allein auf dem Vertrauen der Einleger in die Sicherheit ihrer Vermögensanlagen. Doch ist es nie gewährleistet, daß jedermann sein Recht, die Einlagen zu den vereinbarten Terminen zurückzufordern, auch wahrnehmen kann, falls dies alle oder nur ein großer Teil der Gläubiger gleichzeitig versuchen sollten. So kritisch also der Zustand unseres Bankwesens demjenigen erscheint, der mit dem Schlimmsten rechnet, so selten sind wirkliche Zusammenbrüche von Bankensystemen gewesen. Es bedarf einer Reihe von mobilisierenden Anlässen, damit es zu einer Bankenkrise (oder zu einer Weltschuldenkrise) kommt. Es ist aber bisher nicht gelungen, für die Entwicklung des in diesem Zusammenhang entscheidenden Krisenbewußtseins allgemeine Regeln anzugeben.²⁴ Wir wissen immer erst hinterher, daß irgendwann das Vertrauen in die Sicherheit der Einlagen geschwunden ist und sich daraus schließlich ein Run auf die Banken entwickelt hat, wobei sich an der objektiven Situation gelegentlich nur wenig geändert haben mag.

Auch in bezug auf die konjunkturellen Krisen mit dramatischem Verlauf, gar Elementen von Panik, wissen wir nicht im voraus, welche Lagen gegebenenfalls vom Publikum als so bedrohlich angesehen werden, daß mit Schreckreaktionen zu rechnen ist. Es gehört zu den größten Überraschungen in der Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte, daß die objektiv in der Tat wesentlich schlechtere Entwicklung in den siebziger und frühen achtziger Jahren im Vergleich zu Rezessionen in den sechziger Jahren ganz anders wahrgenommen worden ist, als man das vor dem Hintergrund früherer Erfahrungen hätte erwarten sollen. Darum soll es im letzten Abschnitt gehen, um an diesem uns noch sehr nahen Fall zu erläutern, wie schwierig es ist, eine „Krise für sich“ zu diagnostizieren. Aus naheliegenden Gründen steht mir hierbei vor allem das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland vor Augen.

8. Die latente, aber nicht ausgerufene Große Krise

In der Bundesrepublik Deutschland ist nach einer langen Periode der sogenannten Übervollbeschäftigung 1967 die Arbeitslosenquote gegenüber 1966 von 0,7 auf 2,1 Prozent angestiegen. Das wurde von vielen als ein sehr bedrohliches Signal verstanden. Die Regierung konnte sich auf breite Zustimmung stützen, als sie den Krisenzustand ausrief und sich anschickte, das Übel mit Hilfe von Sondervollmachten zu bekämpfen. Legitimiert schien sie nicht zuletzt durch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und des Zusammenbruchs der Weimarer Republik. Daß die Demokratie eine höhere Arbeitslosenquote politisch nicht werde aushalten können, schien die entscheidende Lehre der Weltwirtschaftskrise zu sein.

Diese Annahme erweist sich seit der Mitte der siebziger Jahre als falsch. Die Bonner Demokratie ist trotz anhaltender Wirtschaftsmisere nicht in eine Legitimitätskrise gekommen. Allertings wurde von der wirtschaftlichen Lage auch in erstaunlich unterkühlter Form gesprochen. Angst, Krisenbewußtsein im echten Sinne hat es in der Bundesrepublik in politisch signifikanter Form nicht gegeben. Die Ölkrise von 1973/74 hatte ja einen ganz anderen Charakter, war scheinbar ein Werk fremder Mächte, nicht das Resultat von anders kaum auflösbaren politisch-wirtschaftlichen Problemknäueln im Inneren. Immerhin: Nach 1973 wurden die Ziele Vollbeschäftigung, stetiges Wachstum, Preisniveaustabilität weit deutlicher verfehlt als 1966/67. Dennoch konnte kein ähnliches Krisenszenario beobachtet werden wie wenige Jahre zuvor. Warum?

Hierfür werden viele Gründe angeführt – wie es ja überhaupt zum Wesen der Sozialwissenschaften zu gehören scheint, daß sie meist zu viele Erklärungen für bestimmte Phänomene haben als daß es an Erklärungen mangelt. Ich möchte mich in den folgenden stark vereinfachten Thesen auf einige derjenigen Aspekte beschränken, die in unserem Zusammenhang vor allem wichtig sind: auf *Anzeichen eines veränderten Denkens über Krisen*. Dieses veränderte Denken scheint die Entfaltung von Krisenbewußtsein behindert, wenn nicht gar verhindert zu haben.

1. Der Trendwechsel der wirtschaftlichen Entwicklung fiel in der Bundesrepublik und in anderen Industrieländern in den siebziger Jahren in eine Periode, in der gerade die öffentliche Meinung für „Grenzen des Wachstums“ sensibilisiert worden war. Bekanntlich ist in der 1972 veröffentlichten Studie des Club of Rome sogar von einem notwendigen Wachstumsstop die Rede gewesen. Wenn dies auch nicht sogleich von den Massen verstanden und akzeptiert worden ist, so waren doch die Meinungsführer und Meinungsmacher,

die sonst möglicherweise die Verschlechterung der Wirtschaftslage zum Anlaß von Anklagen genommen hätten, zunächst geneigt, eine Änderung im Wachstumstempo hinzunehmen und hierfür geradezu zu werben.

Etwas überspitzt könnte man sagen, daß die damals gerade ausgerufenen Krise der Wachstumsgesellschaft, also speziell die Umweltkrise und die Rohstoff- und Energiekrise, die Entwicklung eines Konjunkturkrisenbewußtseins gehemmt haben. Daran scheint sich bis heute wenig geändert zu haben. Das in der Tat manifeste Bewußtsein, eine Krise der Umwelt zu erleben, hat jedenfalls zur Delegitimierung der sonst zu erwartenden massenhaften Forderungen nach ankurbelnden Maßnahmen, die auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zielen, beigetragen.

2. Ob und in welchem Umfang das Bewußtsein einer Krise in der Dritten Welt und der Beziehungen zwischen Industrie- und Dritte-Welt-Ländern, also die Perzeption einer ganz anderen Dimension wirtschaftlicher Krisenhaftigkeit, auf die Entwicklung des Bewußtseins von einer Krisenlage innerhalb des Landes dämpfend gewirkt hat, wage ich nicht zu sagen. Theoretisch wäre es vorstellbar, daß die inzwischen verbreitete Kenntnis des Elends in den armen Ländern der Welt zur Relativierung der eigenen Problemlagen beiträgt.

3. Auf etwas sicherem Boden stehen wir hingegen, wenn wir den beachtlichen Wandel in den Einstellungen gegenüber Arbeit und Freizeit betrachten. Die inzwischen verringerte Beschäftigungssicherheit scheint angesichts der in bestimmten Gruppen beobachtbaren Höherschätzung von Freizeit nicht mehr ähnlich stark ins Gewicht zu fallen wie früher, so daß die Arbeitslosenquote als Indikator der gesellschaftlichen Befindlichkeit an Gewicht verloren haben könnte.

4. Von erheblichem Gewicht scheint auch der Umstand zu sein, daß sich inzwischen eine gewisse Ernüchterung über das eingestellt hat, was staatliche Wirtschaftspolitik überhaupt leisten kann. Das unterscheidet die Lage seit den siebziger Jahren von den vorhergehenden Problemlagen fundamental. Die wirtschaftliche Misere der ausgehenden siebziger und frühen achtziger Jahre wird ja verbreitet auf Entwicklungen im internationalen System zurückgeführt, auf die die nationale Wirtschaftspolitik kaum einen Einfluß hat (Ölkrise, amerikanische Hochzinspolitik usw.). Darüber hinaus ist überhaupt das Vertrauen in den Staat als Krisenmanager inzwischen erheblich geringer als noch am Anfang der siebziger Jahre. Ein großer Teil der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird gar auf Fehler der Wirtschaftspolitik zurückgeführt. Deshalb erwarten sich – wie Meinungsumfragen und Wahlergebnisse bestätigt haben – erheblich weniger Menschen als noch vor kurzem die Lösung wirtschaftlicher Schwierigkeiten durch Kompetenzzuweisungen an

den Staat.

In dieser Hinsicht ist der Unterschied gegenüber der Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre besonders auffällig. Die damalige Krise schien ein überzeugender Beleg für das Versagen des privaten Kapitalismus zu sein, wurde jedenfalls in den meisten europäischen Ländern so verstanden. Deshalb konnten damals auch alle möglichen Heilslehren auf Resonanz stoßen, insbesondere auch solche, die die Abschaffung des Kapitalismus verheißen haben. Die entsprechenden Vertreter dieser Lehren hatten allen Anlaß, das Krisenbewußtsein zu artikulieren und gar zu verstärken.

Von solchen Perspektiven kann heute in den westlichen Industrieländern keine Rede sein. Systemüberwindende Programme finden in diesen Ländern kaum Anhang. Das dürfte nicht zuletzt auch auf die Beobachtung von politisch-ökonomischen Krisen in den sozialistischen Ländern zurückzuführen sein, welche ja teilweise einen weit gravierenderen Charakter angenommen haben als die Problemlagen im kapitalistischen System.²⁵

Ich möchte nicht mißverstanden werden, als wollte ich die objektiven Schwierigkeiten in den westlichen Industrieländern oder gar die Weltprobleme übersehen. Aber es scheint in Hinblick auf die gestellte Frage wichtig zu erkennen, daß inzwischen eine andere Art, über wirtschaftliche Problemlagen nachzudenken, das gesellschaftliche Bewußtsein charakterisiert und damit Merkmale eines Krisenbewußtseins nicht hervortreten läßt, die zu einer „Krise für sich“, zu einer wirklichen Krise gehören.

Dafür, daß es so bleibt, haben wir keine Garantie. Auch nicht dafür, daß die tendenzielle Wachstumsverlangsamung gegenüber früheren Jahrzehnten nicht doch noch in einem kumulativen Prozeß nach unten übergeht. Wenn dieser nicht unmögliche, aber auch nicht sehr wahrscheinliche Fall eintreten sollte, könnte sich allerdings auch das Denken über die Krise erheblich ändern, könnten wir noch eine Krise für sich erleben.

9. Zusammenfassung

Es lag nahe, auf einem Kolloquium „Über die Krise“ auch einen Wirtschaftswissenschaftler zu fragen, welchen Beitrag seine Wissenschaft zum Verständnis des Phänomens der Krise leistet. Gerade diese Wissenschaft scheint doch ein großes Erfahrungsgut zu verwalten und sollte inzwischen auch Methoden entwickelt haben, Krisen zu analysieren, sie vorherzusagen und schließlich auch zu ihrer Bewältigung beizutragen. Um so überraschender war vielleicht die Mitteilung, daß Krisen als so bezeichneter Gegenstand keinen systemati-

schen Platz in der Wirtschaftswissenschaft haben. In der wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur kommt der Begriff nicht häufig vor, und wenn er erscheint, wird er nicht mit einer präzisen Bedeutung versehen, unterscheidet sich also nicht von der umgangssprachlichen Verwendung.

In den ersten Abschnitten des Beitrags ist versucht worden, die Gründe dafür anzugeben, warum die Wirtschaftswissenschaftler einen einmal auch von ihnen sehr geschätzten Begriff ausgebürgert haben. Diese Wandlungen des Denkens über Krisen sind gewiß nicht nur aufschlußreich für denjenigen, der etwas über Krisen lernen will. Die Geschichte des Umgangs einer Wissenschaft mit einem Gegenstand, wie sie ihn bearbeitet und schließlich verarbeitet, sagt auch etwas über diese Wissenschaft aus.

Freilich entscheiden nicht die Spielregeln der Wissenschaft über das reale gesellschaftliche Geschehen. Und mag der Begriff Krise auch in der Wirtschaftswissenschaft keinen systematischen Platz haben, so erweist sich der Begriff Krise, speziell auch „Wirtschaftskrise“ in der Sprache des Tages, in der Politik als unentbehrlich. Diese Spannung auszuloten, war die zweite Absicht. Es sollte dargestellt werden, daß der Begriff Krise notwendigerweise ein politischer, ein Handlungsbegriff ist.

Danach änderte sich die Betrachtungsebene. Nach der Frage, was in der Sprache der Wissenschaft und der Sprache der Politik Krisen sind, wurde gefragt, wie Wissenschaftler sich zu Störungen des Wirtschaftslebens, die zumindest das Publikum Wirtschaftskrisen nennt, stellen. Auch in diesem Zusammenhang ergab sich eine interessante Geschichte von Wandlungen des Denkens über Krisen. Es konnten drei bezeichnende Tendenzwenden ausgemacht werden. Sich über die jeweils herrschende Ansicht im klaren zu sein, ist von großer Bedeutung für ein richtiges „Krisenmanagement“. In der Parabel von den kleinen und großen Waldbränden sollte auf das Problem aufmerksam gemacht werden, daß es möglicherweise katastrophale Folgen hat, allzu häufig und allzu früh den Krisenzustand auszurufen und den doch wirksamen Reinigungsfunktionen von Krisen in den Arm zu fallen.

Schließlich ist, um die Rolle des Denkens über Krisen für diese selbst besonders herauszustellen, die Bedeutung des gesellschaftlichen Krisenbewußtseins betont worden. Begrifflich sollte das in der Unterscheidung von „Krisen an sich“ und „Krisen für sich“ zum Ausdruck kommen. Alle Krisen, die wir kennen, sind erst durch Krisenstimmungen, gar Krisenangst zu eigentlichen Wirtschaftskrisen geworden. Um so wichtiger ist es, den Gründen nachzugehen, von welchen Umständen Krisenstimmungen geprägt werden. Die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik zeigt jedenfalls, daß das Krisenbewußtsein nicht eindeutig mit dem Ausmaß objektiver Problemlagen

Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

korreliert. 1966/67 haben im längerfristigen Vergleich vergleichsweise geringe Abweichungen von Idealzuständen zum Ausruf einer Krise geführt, während nach 1973 wesentlich größere Abweichungen im kollektiven Bewußtsein kaum zur Mobilisierung eines allgemeinen Krisengefühls beigetragen haben. Ich habe am Schluß versucht, hierfür einige Gründe anzugeben. Tatsächlich scheinen Veränderungen des gesellschaftlichen Bewußtseins eingetreten zu sein, die die Wahrnehmung der „Krise an sich“ so stark beeinflußt haben, daß – bislang – eine „Krise für sich“ jedenfalls in den westlichen Industrieländern nicht diagnostiziert werden kann.

Soll das Ergebnis der vorstehenden Betrachtungen in einem Satz zusammengefaßt werden, so könnte es dieser sein: Wandlungen im Denken über Wirtschaftskrisen sind von unmittelbarer Relevanz gewesen - und werden es vermutlich auch in Zukunft sein. Hierzu könnte vielleicht noch ein Addendum wünschenswert sein: Wandlungen des Denkens sind kaum vorhersagbar; und so wird auch die Zukunft von Wirtschaftskrisen Überraschendes bringen.

Nachwort

Der oben abgedruckte Essay ist 1985 entstanden. Im Rückblick auf die Existenzkrise der sozialistischen Staaten und als Zeuge einer beklemmenden Wirtschaftslage in den westlichen Industriestaaten (einer „Krise an sich“) würde ich das Thema heute anders angehen. Aber das beträfe nur die Architektur, insbesondere die Verteilung der Gewichte einzelner Aussagen und Argumente. Im Prinzip erscheint mir das Gesagte durch die neuesten Erfahrungen eher bestätigt zu sein. Nach wie vor ist die Geschichte des Denkens über wirtschaftliche Krisen lehrreich für den Augenblick.

Natürlich läge es heute nahe, der Entwicklung von Krisenvorstellungen in den kommunistisch-sozialistischen Gesellschaften von 1917 bis 1990 mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Gehört nicht vielleicht das lange durchgehaltene Verbot, im realen Sozialismus Krisen überhaupt für denkbar zu halten, zu den wichtigsten Gründen des Zusammenbruchs? Paßt nicht die „Parabel über kleine Krisen und das wachsende Potential großer Krisen“ (oben Abschnitt 6) auf die planbürokratischen, tendenziell inflexiblen Systeme noch besser als auf die kapitalistische Welt mit ihren Chancen der Unübersichtlichkeit und relativen Autonomie intermediärer Strukturen, die eben kaum gleichzeitig ähnlichen Gefahren ausgesetzt sind?

Dennoch: Spannender ist zur Zeit zu beobachten, wie eine „Krise an sich“, die wir doch vor Augen haben, wahrgenommen wird. Ob es schon eine „Krise

für sich“ gibt (siehe oben Abschnitt 7) und/oder ob die in Abschnitt 8 genannten Gründe dafür, daß die Große Krise nicht ausgerufen worden ist, auch jetzt noch Erklärungskraft haben? Es verdient Aufmerksamkeit, wie unwidersprochen Angehörige der wirtschaftlichen und politischen Führungskader die Funktionalität der Krise als „Reinigungskrise“ betonen können und die Krise wieder einmal eine Chance bietet, förderlichen Wandel herbeizuführen... ganz im Sinne früherer, vorkeynesianischer Lehren. Zur Zeit scheint mir schwer anzumachen, ob – aufs Ganze gesehen – im „Krisenbewußtsein“ das Gefühl der Bedrohung das Übergewicht hat oder die Perspektive der heilenden, der produktiven Funktion. Wird eines der beiden übermächtig, wäre die Selbsterfüllung der entsprechenden Prognose wahrscheinlich. Aber insgesamt eignet sich die Krisenanfälligkeit des kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems nicht mehr als Argument für systemüberwindende Konzepte. Ein weiterer Schritt im Denken über wirtschaftliche Krisen scheint getan.

- 1 P. Wachtel (Hrsg.), *Crisis in the Economic and Financial Structure*. Lexington, Mass. 1982, S. XI.
- 2 Daß „Krise“ nur in der Politischen Ökonomie von Marxisten einen Platz hatte, wird ausdrücklich erwähnt in P. Kenway, „Crises“, in: *The New Palgrave. A Dictionary of Economics*. Bd. I, London-New York-Tokyo 1987, S. 724-726.
- 3 Nur nebenbei kann auf die Tatsache hingewiesen werden, daß es offenbar auch Unterschiede im Gebrauch des Begriffs „Krise“ in verschiedenen Sprachen gibt. Wirtschaftswissenschaftler, die in romanischen Sprachen schreiben, benutzen diesen Begriff häufiger als solche, die in Englisch publizieren. Sind unter den englisch-schreibenden Wissenschaftlern weniger Marxisten? Doch auch bei Übersetzungen ins Englische wird der Begriff Krise, wenn er sich in der Originalsprache findet, vielfach anders übersetzt. So heißt bezeichnenderweise auch das, was die Deutschen Weltwirtschaftskrise nennen, im Englischen meist „Great Depression“, „Great Slump“, „Great Crasht“... – Keir Zweifel, daß aus solchen Unterschieden der Sprechweisen Schwierigkeiten erwachsen, wenn man über den Gegenstand „Krise“ international vergleichend diskutieren möchte.
- 4 W. Lexis, Krisen, in: *Wörterbuch der Volkswirtschaft*, hrsg. von L. Elster, Bd. 2, Jena 1898, S. 119.
- 5 W. Sombart, *Versuche einer Systematik der Wirtschaftskrisen*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 19 (1904), S. 1-21.
- 6 W. Lexis (Anm. 3), S. 120.
- 7 W. Sombart (Anm. 4), S. 20.
- 8 J. A. Schumpeter, *Geschichte der ökonomischen Analyse*, Göttingen 1965, S. 1363.
- 9 Der bedeutende deutsche Konjunkturforscher Arthur Spiethoff konnte deshalb 1925 schreiben: „Die Krise geht weniger als die Übererzeugung aus dem Innersten der Volkswirtschaft hervor, ja sie kann solche Sondergebiete treffen, daß sie Oberflächenerscheinung bleibt und außerhalb des volkswirtschaftlichen Kreislaufs fällt. Sie ist nicht unrennbar mit den Wechselagen verknüpft.“ A. Spiethoff, *Krisen*, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, hrsg. von L. Elster u.a., Bd. 6, Jena 1925, S. 26.

Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

- 10 A. Schumpeter, *Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses*, Göttingen 1961, S. 11 (englische Ausgabe New York 1939).
- 11 Statt vieler Einzelbelege siehe J. J. van Duijn, *The Long Waves in Economic Life*, London 1982.
- 12 „Den historischen Reproduktionsprozeß des Kapitalismus unter dem Krisenaspekt zu analysieren, heißt daher auch, Impulse für den Kampf um einen fortschrittlichen Weg aus der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu geben.“ H. Mottek, *Die Krisen und die Entwicklung des Kapitalismus*, Berlin (-Ost) 1982, S. 7.
- 13 R. B. Day, *The „Crisis“ and the „Crash“*, *Soviet Studies of the West (1917-1939)*, London 1981.
- 14 J. A. Schumpeter, *Konjunkturzyklen (Anm. 9)*, S. 5.
- 15 Wenn es auch im Anschluß an die „General Theory“ noch Versuche gegeben hat, eine Abfolge von Konjunkturzyklen theoretisch zu begründen, blieb doch über Jahrzehnte das leitende Bild der herrschenden Wirtschaftstheorie ein anderes. Man darf sich nicht durch den auch von Wissenschaftlern weiter verwendeten Begriff Konjunktur täuschen lassen. In zahlreichen Lehrbüchern der „Konjunkturtheorie“ kann man nichts über Zyklen lesen. Die Verfasser verstehen als Konjunktur jegliche Bewegung makroökonomischer Aggregate auf kurze und mittlere Frist.
- 16 A. Leijonhufvud, *Schools, ‚revolutions‘ and research programmes in economic theory*, in: S. J. Latsis (Hrsg.), *Method and Appraisal in Economics*, Cambridge 1976, S. 65ff.
- 17 Es muß allerdings betont werden, daß das sogenannte „keynesianische Instrumentarium“ älter ist als die keynesianische Theorie. Sein Einsatz fordert auch nicht unbedingt keynesianische Begründungen. Siehe T. W. Hutchison, *On Revolutions and Progress in Economic Knowledge*, Cambridge 1978, S. 175ff.; J. D. Tomlinson, *‚Keynesian Revolution‘ in Economic Policy-Making?* in: *The Economic History Review*, Bd. 37 (1984), S. 258ff.
- 18 Soder Titel des in Westdeutschland wirksamen Buches von Andreas Paulsen, *Neue Wirtschaftslehre. Eine Einführung in die Wirtschaftslehre von John Maynard Keynes*, Berlin 1950.
- 19 J. M. Keynes, *How to Avoid a Slump*, in: *The Times*, 12. Januar 1937; wieder abgedruckt in: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd. 21: *Activities 1931-1939*, hrsg. von D. Moggridge, Cambridge 1982, S. 385.
- 20 W. Vogt, *Warum gibt es Massenarbeitslosigkeit?* in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Bd. 11 (1983), S. 387.
- 21 C. C. v. Weizsäcker, *Über die Unvermeidlichkeit von Konjunkturschwankungen, unveröffentlichtes Manuskript (1982?)*.
- 22 K. Borchardt, *Können Gesellschaften aus Wirtschaftskrisen lernen? Festansprache bei der Jahresversammlung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft 1985*, S. 24; englische Übersetzung: *Can Societies Learn from Economic Crises?* in: *German Yearbook on Business History* 1984, Berlin u.a. 1985, S. 13-24.
- 23 Siehe hierzu u.a. H. Albach, *Kampf ums Überleben: Der Ernstfall als Normalfall für Unternehmen in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung*, in: R. Altmann u.a., *Der Ernstfall (Schriften der Carl Friedrich von Siemens Stiftung, Bd. 2)*, Frankfurt a. M. 1979, S. 124-141.
- 24 Hierzu interessant Ch. P. Kindleberger, *Manias, Panics and Crashes: A History of Financial Crises*, New York 1978.
- 25 Im sozialistischen Jugoslawien sanken von 1979 bis 1984 die Reallöhne um 30 Prozent! Zu dieser Entwicklung und zu den Krisen in den osteuropäischen Staaten siehe: *Economic Survey of Europe in 1984-1985*, hrsg. United Nations Economic Commission for Europe, New York 1985. Zum Problem von zyklischen Erscheinungen in Planwirtschaften siehe u.a. Z. Sabov, *Zyklische wirtschaftliche Aktivitätsschwankungen in sozialistischen Planwirtschaften*, Berlin 1983.

Krisen und ihre Interpretationen Die Weltwirtschaftskrisen 1929 und 1974 im Vergleich. Das Beispiel Österreich

1. Krisen als interpretierte Sachverhalte

Krisenvergleiche werden alltäglich angestellt. Wenn davon die Rede ist, daß „es wieder so kommen wird wie 1929“, oder wenn gesagt wird, daß sich in der gegenwärtigen Krise ganz neue Chancen ergeben – in jedem Fall wird die Krise der Gegenwart im Vergleich zu einer historischen Krise, der Weltwirtschaftskrise 1929ff., interpretiert.¹ Damit können wir bereits ein wichtiges Merkmal von Krisen festhalten: Charakteristikum von gesellschaftlichen Krisensituationen ist, daß in ihnen über Krisen geredet wird. Wir knüpfen daran die grundlegende These unserer Untersuchung: Eine historische Situation wird erst dann zur Krise, daß sie von den Akteuren in dieser Situation als Krise interpretiert wird. Daraus folgt, daß Krisen nur als bereits in der Praxis interpretierte Sachverhalte zum Gegenstand der Sozialwissenschaften werden können.

Unsere These zwingt uns zu einer aufwendigen Bestimmung dessen, was wir im sozialwissenschaftlichen Sinn als Krise bezeichnen wollen. Die sozialwissenschaftliche Verwendung des Krisenbegriffs soll an die folgenden Voraussetzungen gebunden sein: Gegeben ist eine Differenz zwischen Ansprüchen und dem gesellschaftlichen Potential zur Anspruchserfüllung. Die davon Betroffenen nehmen diese Differenz wahr und setzen Interpretationen darüber in Umlauf. Wesentliche Merkmale dieser Interpretationen sind: Die Problemkonstellation wird als (in weitem Sinne) gesellschaftlich verursacht angesehen, und es herrscht die ungeduldige Überzeugung, daß sich an ihr etwas ändern muß. Geht es nicht einfacher? Wir versuchen mit einem kurzen Gedankenexperiment zu zeigen, daß es nicht einfacher geht.

Ein Individuum befindet sich in einer ökonomisch schlechten Lage. Seine Möglichkeiten sind eng begrenzt, es muß sich in einem sehr bescheidenen Rahmen einrichten. Ist das eine Krise? Gewiß nicht. Es handelt sich um eine individuelle Lebenssituation von der wir – mangels näherer Angaben – nicht einmal wissen, ob sie vom betroffenen Individuum als Situation des Mangels

erfahren wird. Um darüber etwas sagen zu können, müssen wir unser Experiment mit zusätzlichen Annahmen anreichern. Wir nehmen nun zusätzlich an, daß das Individuum, an günstigere Verhältnisse gewöhnt, in die Situation des Mangels hineingeraten ist und dies darum auch merkt. Zahlreiche seiner Wünsche, Bedürfnisse, Interessen bleiben unbefriedigt. Ist das eine Krise? Wohl auch nicht. Ohne Zweifel erlebt das Individuum den Zustand einer Diskrepanz zwischen seinem gewohnten Anspruchsniveau und dem ihm verfügbaren Potential der Anspruchserfüllung. Es erlebt „Deprivation“.² Was aber ergibt sich daraus an gesellschaftlichen Konsequenzen? Kaum etwas. Denn wir haben in unserem Experiment bisher keinen Anhaltspunkt dafür, ob und wie das betroffene Individuum sich ein Bild von seiner Situation macht. Solange das Individuum seine Situation nicht interpretiert, gibt es aber keinerlei Möglichkeit, zu schließen, wie das betroffene Individuum in seiner Situation handelt. Ohne Handeln aber bleibt die Erfahrung des Individuums sozial folgenlos. Jedoch auch wenn wir nun noch zusätzlich annehmen, daß das Individuum sich von seiner Situation ein Bild macht, folgt daraus sozial kaum etwas, solange nicht zugleich die weitere Annahme in das Experiment eingeführt wird, daß sich das Individuum über seine Interpretation der Situation mit anderen Individuen verständigt. Denn ohne solche Verständigungsprozesse können Verschlechterungen in individuellen Lebenslagen nicht anders denn als jeweilige Einzelschicksale – und das heißt: ohne Bezug auf Subjekt-Externes, gar: Gesellschaft – begriffen werden. Insbesondere wäre es ohne Verständigungsprozesse unmöglich, zu kollektiven Situationsinterpretationen zu kommen. Die sozialen Folgen verschlechterter Lebenslagen würden in den isolierten Subjekten gleichsam versickern. Von „Krise“ könnte allenfalls als „Klagesyndrom“³ die Rede sein.

Zum einen ist im Begriff von Krise, soll er sozialwissenschaftlich tragfähig sein, ein gewisses Maß an Kriseninterpretation immer schon impliziert. Und zwar handelt es sich dabei um Interpretationsleistungen, die von den kriseninvolverten Subjekten selbst erbracht werden. „Krise ist in der Regel das, was das Publikum als solche versteht.“⁴ Die vielfältigen Bemühungen, die Existenz „objektiver“ Krisen wissenschaftlich nachzuweisen, sind nie mehr als Analysen gesellschaftlicher Konstellationen, in denen für das Eintreten einer Krise eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht. Bezeichnet die Sozialwissenschaft eine solche Situation als „Krise“, so artikuliert sie eine, wenn auch vielleicht methodisch kontrollierte, Erwartung. Mehr nicht.⁵ Zu einem Krisentheorem vervollständigt werden solche Analysen immer erst durch Annahmen über Anspruchs- und Konfliktpotentiale, die an eine als Krise interpretierte Situation anknüpfen. Krisen werden also zum Gegenstand der

Sozialwissenschaft als bereits interpretierte Sachverhalte. Dagegen wäre der Versuch, mit wissenschaftlichen Mitteln eine Situation als „objektive Krise“ zu klassifizieren und der interpretierenden Alltagserfahrung logisch vorzuordnen, ein theoretisches Ünding. Sozialwissenschaftliche Krisentheorie ist darauf angewiesen, die Kriseninterpretationen der kriseninvolvierten Subjekte aufzunehmen.

Zum anderen muß man sich freilich davor hüten, die Konzeptualisierung von Krisentheorie in die Beliebigkeit gedanklicher Konstrukte zu entlassen. Dies wäre schon deshalb verfehlt, weil diese Konstrukte keineswegs beliebig sind. Vielmehr handelt es sich bei den Kriseninterpretationen ja um Kondensate von Erfahrungen, die von den Betroffenen im Umgang mit realen (wirtschaftlichen) Gegebenheiten gemacht werden. Daraus wiederum folgt, daß sozialwissenschaftliche Krisentheorie zentral als der Versuch angelegt sein muß, Aussagen über gesellschaftliche Strukturmerkmale mit Aussagen über subjektseitige Handlungsdispositionen zu verknüpfen. Mit anderen Worten: Sozialwissenschaftliche Krisentheorie muß in der Lage sein, Prozesse auf der Ebene von Systemintegration und Prozesse auf der Ebene sozialer Integration⁶ analytisch miteinander zu verknüpfen. Bezieht man die Konzeptualisierungsprobleme einer sozialwissenschaftlichen Krisentheorie auf die Reproduktionsprobleme kapitalistischer Marktgesellschaften, so heißt das: Krisentheorie muß sowohl ökonomische Funktionsprobleme samt darauf bezogener staatlicher Intervention als auch die Veränderungen materieller Lebenslagen, die sich ändernden Gesellschaftsinterpretationen und Interessen erfassen.⁷

Aber die Interpretationen von Krisen sind nicht nur in dem Sinn von Bedeutung, daß sich das Phänomen überhaupt erst als interpretiertes der sozialwissenschaftlichen Analyse erschließt. Da Krisen „offene Situationen“⁸ sind, sind sie zugleich auch Phasen intensiver politischer Auseinandersetzung und verschärfter Interessenkonflikte. Schon der Umstand, daß eine bestimmte historische Situation als Krise bezeichnet wird, ist ein Politikum; legt die Überzeugung, in einer Krise zu leben, den Zeitgenossen doch andere Verhaltensweisen als die „normalen“ nahe. „Der Begriff Krise ist unvermeidlich ein politisches Instrument.“⁹ Und erst recht sind im Verlauf von Krisen Auseinandersetzungen über ihre Interpretation von zentraler Bedeutung. Denn über das Wissen, daß Krisen interpretierte – und darum: zu interpretierende – Sachverhalte sind, verfügen auch die kriseninvolvierten Akteure. Durch Interpretationen ökonomischer und sozialer Zusammenhänge wird über Durchsetzungschancen von Interessen in der Krise vorentschieden und es werden Krisenverläufe beeinflusst.¹⁰ Darum sind die Interpretationen der

Krise selbst zentraler Gegenstand gesellschaftlicher Konflikte in der Krise. Darauf konzentriert sich unsere Untersuchung.

2. Zum Plan der Untersuchung

Die folgenden Ausführungen zur Krise und Kriseninterpretation in Österreich, vergleichend für die Zeit 1929ff. und 1974ff., beruhen auf einem umfangreichen Forschungsprojekt.¹¹ Unser Schwerpunkt liegt hier auf dem Vermittlungszusammenhang von ökonomischer und politischer Entwicklung einerseits und den subjektseitigen Reaktionen andererseits. Darum nimmt hier die Analyse der Krisendeutungen der Betroffenen einen zentralen Stellenwert ein. Denn genau diese Deutungen sind das verbindende Glied zwischen „objektiver Realität“ und „Handeln“. „Nicht bewußt gemachte kritische Konstellationen und ihre Auflösung sind also keine Krisen im wirklichen Sinne. Sie sind allenfalls Krisen an sich, latente Krisen, um einen anderen Ausdruck zu benützen. Kritische wirtschaftliche Konstellationen werden zu wirklichen Krisen, zu Krisen für sich, wenn sie von den Teilnehmern des Prozesses als solche erfahren und bezeichnet werden, wenn Krisenstimmung herrscht, sich Krisenbewußtsein ausbreitet.“¹²

Wir beginnen mit einer kurzen Darstellung der historischen Krisenvoraussetzungen. Krisen werden vor dem Hintergrund von Erfahrungen, welche in der Zeit vor der Krise gemacht wurden, als solche interpretiert. Das Verstehen von Kriseninterpretationen führt also über den Weg einer Rückbesinnung auf die Situation vor der Krise, die Krisenvoraussetzungen.¹³ Dann stellen wir die Verläufe der Krisen 1929ff. und 1974ff. anhand einiger Daten zur ökonomischen und sozialen Entwicklung in Österreich dar. Anschließend entwickeln wir eine Typologie von Kriseninterpretationen. Kriseninterpretationen der Betroffenen aus der ersten Weltwirtschaftskrise lassen sich heute nicht mehr erfragen. Um die Vergleichbarkeit der Interpretationen in beiden Krisen sicherzustellen, haben wir uns entschlossen, unsere Untersuchung auf Kriseninterpretationen in Tageszeitungen zu stützen. Dabei gehen wir davon aus, daß Kriseninterpretationen der Betroffenen durch die Tageszeitungen einerseits wiedergegeben und andererseits beeinflußt werden. Ersteres ergibt sich daraus, daß Tageszeitungen von ihren Lesern akzeptiert und gekauft werden müssen. Letzteres ergibt sich daraus, daß die von uns ausgewählten Tageszeitungen explizit gesellschaftspolitische Richtungen vertreten. Aus der Untersuchung der Kriseninterpretationen der Tageszeitungen

präsentieren wir ausgewähltes Material. Wir beenden unsere Untersuchung mit einer kurzen Überlegung zum Zusammenhang von Kriseninterpretationen und Interessendurchsetzung in der Krise.

3. Krisenvoraussetzungen

In welcher Weise hat sich die Ökonomie bis zu den beiden Weltwirtschaftskrisen entwickelt und auf welchem Niveau fand diese Entwicklung statt? Welche Einstellungen gegenüber dem politischen System prägten das politische Klima? Und wie stabil war jener notwendige Grundkonsens, vor dessen Hintergrund gesellschaftliche Interessenkonflikte, wie sie in Krisen typisch sind, sich erst austragen lassen, ohne systemdestruktiv zu wirken? Dies sind jene Fragen, entlang derer zunächst die Voraussetzungen der Krise in beiden Untersuchungszeiträumen betrachtet werden sollen.

1918ff.

„1918 übernahm die neugeschaffene österreichische Republik ein Wrack – mehr (oder besser gesagt: weniger) als das, den Torso eines Wracks.“¹⁴ War schon die Wirtschaftsstruktur der Donaumonarchie durch die Erfordernisse dieses ersten technisierten Vernichtungskrieges überfordert, so wirkten die unmittelbaren Kriegsfolgen und die durch den Zerfall der Monarchie manifestierte Disproportionalität der ökonomischen Struktur „Deutsch-österreichs“ zusätzlich destabilisierend. Strukturelle wie regionale Ungleichgewichte, Schwierigkeiten in der Umstellung der Produktion auf den Friedensbedarf, die Blockierung des Außenhandels, die Desorganisation des Geldwesens und schließlich die gravierenden Mängel in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Brennstoffen bezeichnen die ökonomische Ausgangslage der Ersten Republik.¹⁵

Der Prozeß der Stabilisierung und Anpassung an den veränderten ökonomischen Rahmen stand im Zeichen dieser äußerst ungünstigen Ausgangslage. Im folgenden präsentieren wir einige Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Österreichs in den zwanziger Jahren. Wir wollen zeigen, in welcher ökonomischen Situation und vor welchem Erfahrungshintergrund die erste Weltwirtschaftskrise auftrat. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Ersten Republik lag bis zum Ende der zwanziger Jahre unter jener des Jahres 1913. Erst im Jahre 1927 wurde das Vorkriegsniveau wieder (knapp) erreicht.

Krisen und ihre Interpretationen

Tabelle 1: Das reale Brutto-Nationalprodukt der zwanziger Jahre¹⁶

	In Millionen S zu Preisen von 1937	Änderungen gegenüber dem Vorjahr in %
1913	10.802	
1920	7.175	-33.5
1921	7.942	+ 9.7
1922	8.657	+ 8.3
1923	8.562	- 1.1
1924	9.565	+10.5
1925	10.211	+ 6.3
1926	10.387	+ 1.6
1927	10.697	+ 3.0
1928	11.194	+ 4.4
1929	11.358	+ 1.4

Die Arbeitslosigkeit in der Folge des Ersten Weltkrieges konnte zwar kurzfristig abgebaut werden, doch stieg sie bereits Anfang der zwanziger Jahre wieder an und erreichte schon vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise (1929) stets Werte über 8 Prozent.

Tabelle 2: Die Arbeitslosigkeit der Zwanziger Jahre (Jahresdurchschnitte)¹⁷

	Gesamtzahl der Arbeitslosen	Arbeitslosenrate in %
1919	414 000	18.4
1920	93 000	4.2
1921	31 000	1.4
1922	107 000	4.8
1923	203 000	9.1
1924	188 000	8.4
1925	220 000	9.9
1926	244 000	11.0
1927	217 000	9.8
1928	183 000	8.3
1929	192 000	8.8

Arbeitslose in % der Arbeitnehmer

Der Wertverfall der österreichischen Krone im Zeitraum von 1918 bis 1921 betrug 370 Prozent.¹⁸ Das Inflationstrauma wurde, ähnlich wie im Deutschen Reich, zu einem bestimmenden Faktor der Politik. Die ungünstige ökonomische Entwicklung fand vor dem Hintergrund der Erinnerung an „bessere Zeiten“ – der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg – statt. Darum mußte schon die Zeit vor der ersten Weltwirtschaftskrise als eine Phase erlebt werden, in der zwischen den Ansprüchen und dem gesellschaftlichen Potential zur Anspruchserfüllung eine deutliche Differenz bestand. Es ist mehr als deutlich, daß die Erste Republik schon aufgrund der labilen ökonomischen Situation und des geringen Vertrauens in die Wirtschaftskraft dieses „Rest-Staates“ auf den Umgang mit der weltweiten Krise ab 1929 schlecht vorbereitet war.

Zu einem ähnlichen Befund kommt Polanyi (1979) für Deutschland. Er sieht vor der ersten Weltwirtschaftskrise eine unvereinbare Diskrepanz zwischen der Leistungsfähigkeit des ökonomischen Systems einerseits und den Verteilungsansprüchen, die um der Erhaltung „des sozialen Gefüges“ willen nicht zurückgewiesen werden konnten, andererseits. „Daß die wirtschaftlichen Schäden, die der Weltkrieg verursacht hatte, den durch die Erfüllung dieser Ansprüche bedingten Überverbrauch ausschlossen, darüber kann heute nicht der geringste Zweifel herrschen. Die Aufrechterhaltung des sozialen Gefüges erforderte also eine wirtschaftliche Unmöglichkeit.“¹⁹ Ähnlich hat Borchardt den Weg in die Weltwirtschaftskrise als den Vorgang sich verschärfender Unvereinbarkeit von sozialintegrativ erforderlicher Anspruchserfüllung und systemintegrativ verkräftbaren Belastungen der Ökonomie dargestellt.²⁰

Zwei Schlagworte bezeichnen das politische Klima der Zwischenkriegszeit: jenes von der „Lebensunfähigkeit“ Österreichs und das von der „Republik, die keiner wollte“. Schließt ersteres unmittelbar an die schwierige ökonomische Ausgangslage an, so umreißt letzteres die politisch-normative Dimension im engeren Sinne. Die Konstituierung der Republik war nicht das Resultat eines revolutionären Prozesses. Sie war vielmehr die hingenommene Folge des verlorenen Krieges; sie galt breiten Schichten der Bevölkerung als „Zwangsgebilde ohne geschichtliche, soziale oder wirtschaftliche Notwendigkeit“;²¹ als „Hommenlus von der Entente Gnaden“.²² „Die Konstituierung der provisorischen Nationalversammlung durch die deutsch-österreichischen Abgeordneten am 21. Oktober 1918 und ihr Beschluß, einen eigenen deutsch-österreichischen Staat zu bilden, war von keiner politischen Kraft angestrebt worden, vielmehr die unvermeidliche Reaktion auf die Selbständigkeitsentwicklungen der anderen Nationen.“²³

Wohl galt den Sozialdemokraten, die 1918 zum vorübergehend bestimmenden Machtfaktor wurden, die Aufbauphase der Republik als „österreichi-

Krisen und ihre Interpretationen

sche Revolution“, dennoch war auch diese programmatische Einschätzung keineswegs Ausdruck eines ausgeprägten „Nationenbewußtseins“ oder einer „Staatsidee“²⁴, die etwa jener in Großbritannien oder Frankreich vergleichbar wäre. Keineswegs nur die „Großdeutsche Partei“, sondern auch die Sozialdemokratie „erstrebt(e) mit friedlichen Mitteln den Anschluß an die Deutsche Republik.“²⁵

1945ff.

Der Vorlauf der „Krise“ 1974ff. zeigt in jeder Hinsicht ein diametral entgegengesetztes Erscheinungsbild: Trotz der enormen Schäden, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, stand die Zweite Republik nicht vor einem Neubeginn, der mit jenem nach 1918 vergleichbar wäre. Die Nachkriegsentwicklung der österreichischen Wirtschaft konnte an die Prosperität von 1935 bis Kriegsbeginn und an den kriegsbedingten Ausbau der Industrie anknüpfen. Die enorme Aufnahmekapazität des Weltmarktes begünstigte nach dem Zweiten Weltkrieg die strukturelle und regionale Neuanpassung der österreichischen Wirtschaft.²⁶ Das Brutto-Nationalprodukt des Jahres 1963 lag bereits um 111 Prozent höher als jenes von 1913; dessen durchschnittliche Änderungsraten von 1950 bis 1975 lagen bei etwa 5 Prozent.

Tabelle 3: Die durchschnittlichen jährlichen Änderungsraten des realen BNP²⁷

1950-1959	+ 5.7%
1958-1962	+ 4.8%
1962-1967	+ 4.4%
1967-1975	+ 4.6%

Die Raten der Arbeitslosigkeit blieben ab 1960 unter 3 Prozent, von 1970 bis 1977 unter 2 Prozent.

Tabelle 4²⁸

	Arbeitslose	Arbeitslosenrate in %
1947	52 700	2.7
1950	158 700	6.2
1953	183 500	8.7
1956	115 100	5.1
1959	104 700	4.5
1962	61 700	2.6
1965	61 500	2.5
1968	61 500	2.6
1969	55 200	2.3
1970	45 100	1.9
1971	37 000	1.5
1972	33 200	1.3
1973	31 300	1.2
1974	35 900	1.3

Schon in ihren Voraussetzungen unterscheiden sich die beiden „Weltwirtschaftskrisen“ erheblich voneinander. War die Krise der dreißiger Jahre gewissermaßen die Perpetuierung früherer Verhältnisse mit der Tendenz zu deren radikaler Verschärfung, so setzte die Krise 1974 zu einem Zeitpunkt ein, in dem die Tendenz zu kontinuierlichem Wachstum und Vollbeschäftigung zur Gewohnheit geworden war. Waren schon die ökonomischen Krisenvoraussetzungen der weltweiten Rezession 1974ff. erheblich günstiger als 1929ff., so unterscheidet sich das politische Klima in der Zweiten Republik ganz wesentlich von jenem der Zwischenkriegszeit. Die Lebensfähigkeit Österreichs stand schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, jedenfalls in Österreich, nicht mehr in Frage; das Ringen um die wirtschaftliche und politische Souveränität der Republik während der zehn Jahre der Besatzung kann auch als Ausdruck einer „verspäteten“ nationalen Identitätsbildung (im Sinne Plessners) gesehen werden.

4. Verlauf der Krisen

1929ff.

Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Herbst 1929 zeichnet sich ein tiefer Einbruch der Ökonomie von dem, wie oben gezeigt, ohnehin bereits niedrigen Produktionsniveau aus ab. Die Arbeitslosigkeit stieg rapide von ihrem bereits über 8 Prozent liegenden Sackel weiter an, die Verteilungsspielräume schrumpften drastisch. Dies führt in der Folge zu einer radikalen Reduktion der kurz vorher erst geschaffenen staatlichen Arbeitslosenunterstützung.

Tabelle 5: Entwicklung des Bruttonationalprodukts 1929-1937²⁴

Änderung gegenüber Vorjahr in %		Volumenindices des BNP 1913 = 100	
1929	+ 1.5	1929	105.1
1930	- 2.8	1930	102.2
1931	- 8.0	1931	94.0
1932	-10.3	1932	84.3
1933	- 3.3	1933	81.5
1934	+ 0.8	1934	82.2
1935	+ 2.0	1935	83.8
1936	+ 2.9	1936	86.3
1937	+ 5.4	1937	90.9

Den Höhepunkt der Politik des Sozialsparens bildete das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz 1935. Es brachte eine Vereinheitlichung nach unten für alle Sozialversicherungszweige. Ergebnis dieser gesetzgeberisch verfügten Abdrängung der Arbeitslosen in die Armut war eine stark fallende Unterstütztenrate. 1929: 86 Prozent, 1933: 60 Prozent, 1936: 50 Prozent.

Tabelle 6: Arbeitslose und Unterstützte (im Jahresdurchschnitt) 1928-1937³⁰

	Arbeitslose		Unterstützte	
1928	183 000	8.3%	156 185	85%
1929	192 000	8.8%	164 477	86%
1930	243 000	11.2%	208 389	86%
1931	334 000	15.4%	253 367	76%
1932	486 000	21.7%	309 968	66%
1933	557 000	26.0%	328 844	60%
1934	545 000	25.5%	278 527	53%
1935	515 000	24.1%	261 768	51%
1936	515 000	24.1%	259 187	50%
1937	464 000	21.7%	231 320	50%

Arbeitslosenquoten in % der Arbeitnehmer

Unterstütztenquoten in % der Arbeitslosen

Die Schwächung der Freien Gewerkschaften setzte bereits lange vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ein und wurde in ihr fortgesetzt: Betrag der Mitgliederstand 1921: 1.079.777, so bereits 1923: 869.763, 1929: 737.277, 1932 nur noch 520.162.

Daraus läßt sich schließen, daß der gewerkschaftliche Organisationsbestand nicht unmittelbar aus ökonomischen Gründen erodierte, sondern daß der Niedergang der Gewerkschaften vielmehr politisch vermittelt war. Die erste Weltwirtschaftskrise ist gekennzeichnet durch das brutale Durchschlagen von Systemproblemen auf die Lebenslagen. Sie war ökonomisch eine „schwere Depression“, die durch restriktive politische Maßnahmen noch verschärft wurde.

1974ff.

Die Weltwirtschaftskrise, die Mitte der siebziger Jahre einsetzte, läßt sich folgendermaßen charakterisieren: Zum einen treten hier Strukturprobleme bei anhaltender ökonomischer Leistungsfähigkeit auf. Es handelt sich insgesamt viel weniger um eine Krise der Produktion als um eine Krise der Verteilungsmechanismen. Zum anderen zeichnet sich die österreichische Politik in der

zweiten Hälfte der siebziger Jahre dadurch aus, daß sie die österreichische Wirtschaft und Gesellschaft von den internationalen Turbulenzen relativ erfolgreich abschirmte.³¹ Erst seit dem Beginn der achtziger Jahre werden soziale Krisenfolgen in Österreich manifest. Bis Ende der siebziger Jahre überwog sozialpolitischer Ausbau. Seit dem Beginn der achtziger Jahre allerdings wird eine Ausgrenzungsdynamik zunehmend wirksam. Diese beruht weniger auf expliziten sozialstaatlichen Kürzungen, sondern ist in der Struktur des lohnarbeitszentrierten Systems sozialer Sicherung³² selbst angelegt. Der Zugang zu den sozialstaatlichen Leistungen wird in dem Maße schwieriger, in dem es den Einzelnen nicht (mehr) möglich ist, die Zugangsvoraussetzungen des Systems sozialer Sicherung zu erfüllen. Wenn die Chancen, in ein „Normalarbeitsverhältnis“³³ zu gelangen abnehmen und Massenarbeitslosigkeit sich ausbreitet, werden aus den Zugangsvoraussetzungen Zugangshindernisse: Scheitern auf dem Arbeitsmarkt zieht Scheitern im System sozialer Sicherung nach sich. Mitte der achtziger Jahre, zugleich mit dem Ansteigen der Arbeitslosenraten auch in Österreich, wurde die Lohnarbeitszentriertheit der sozialen Sicherung noch explizit verstärkt, und in zunehmendem Maße finden sich nun auch Tendenzen zur Leistungskürzung. Trotz aller Unterschiede zeichnet sich in diesem Bereich ein Muster der Privatisierung von Krisenlasten ab, das jenem von 1929ff. verwandt ist.

Für die Entwicklung der Gewerkschaften in der Zweiten Republik war bereits die Ausgangslage anders. Sie konnten von Beginn an mit höherer Kooperationsbereitschaft der Unternehmerverbände und der Regierung rechnen.³⁴ Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zeigen ein deutlich anderes Bild als in der ersten Republik. Die Mitgliederzahlen stiegen kontinuierlich bis zum Jahre 1984 (1.672.820 Mitglieder) an, mit einer Ausnahme in den Jahren 1982/83, in denen es zu geringfügigen Einbußen kam. Dazu kommt noch, daß der gesellschaftliche Einfluß der Gewerkschaften im Rahmen der Sozialpartnerschaft so verankert ist, daß er von aktuellen Mitgliederbewegungen relativ unabhängig ist.

5. Eine Systematik der Kriseninterpretationen

Unsere Untersuchung der Kriseninterpretationen beruht auf Auswertungen von Artikeln aus Tageszeitungen: Erfasst wurden die „Arbeiter-Zeitung“ und die „Neue Freie Presse“ für den Zeitraum ab 1929, die „AZ“ und „Die Presse“ für den Zeitraum ab 1974. Die Entscheidung für die „Arbeiter-Zeitung“, als

dem „Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs“, erfolgte aufgrund des expliziten Naheverhältnisses von „Freien Gewerkschaften“ und „Sozialdemokratischer Arbeiter-Partei“. ³⁵ Im Falle der „Neuer Freier Presse“ waren insbesondere die Inhalte maßgeblich: In ihnen kommt einerseits die deutliche Nähe zum „Club Nationaler Wirtschaftsblock“, wie allgemein die Wahrnehmung der „Interessen der Wirtschaft“ zum Ausdruck. „AZ“ und „Die Presse“ waren nun zunächst als Nachfolge-Medien der beiden erstgenannten Zeitungen für unsere Zwecke prädestiniert. Dennoch läßt sich ihre Eignung als Untersuchungsobjekte auch inhaltlich rechtfertigen.

Die Verbindung der Interessen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes mit denen der SPÖ und damit deren Parteizeitung, der „AZ“ ³⁶, ist nicht mehr selbstverständlich. Denn im Gegensatz zu den Richtungsgewerkschaften der ersten Republik haben wir es heute in Österreich mit Einheitsgewerkschaften zu tun. Dennoch finden sich ausreichende Anhaltspunkte für die politische Nähe von „AZ“ und Österreichischem Gewerkschaftsbund (ÖGB). Es ist dies, zum einen, die Dominanz der sozialistischen Fraktionen innerhalb des ÖGB; zum anderen die starke personelle Verflechtung zwischen Gewerkschaftsbund und Regierung sowie zwischen Gewerkschaftsbund und der SP-Parlamentsfraktion. ³⁷ „Die Presse“, als explizit „unabhängige Tageszeitung“, ist auch für den zweiten Untersuchungszeitraum vorrangig über Inhalte – als das (größte) „die Wirtschaft repräsentierende“ Tagblatt in Österreich – ausgewählt worden.

Es lassen sich für unsere Untersuchungszwecke zunächst zwei Grundtypen von interessengebundenen Kriseninterpretationsmustern unterscheiden:

1) Solche, in denen Interessen antagonistisch angeordnet sind und Krisenlösungen daher gegen andere Interessen (und deren eigene Krisenlösung) durchzusetzen sind. In diesem Fall werden Interessen als Standpunkte artikuliert.

2) Solche, in denen Interessen in Interdependenzzusammenhängen untereinander gesehen werden. Aus ihnen folgen Krisenlösungen, die im Interesse aller sind und die durch Beachtung von Funktionszusammenhängen herbeigeführt werden können. In diesem Fall erfolgt Interessenverfolgung, ohne expliziten Rekurs auf Interessenstandpunkte, durch Hinweis auf Funktionsanfordernisse von Ökonomie und Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund dieser Unterscheidung läßt sich mit einfachen Mitteln der Umstand beschreiben, daß in kapitalistischen Marktwirtschaften Investoreninteressen per se gesellschaftlich funktionsrelevant sind. Diese Funktionsrelevanz teilt sich den Nicht-Produktionsmittelbesitzern darin mit,

Krisen und ihre Interpretationen

daß ihre Lohneinkommenschancen abgeleitete Größen gelungener Kapitalverwertung sind, und sie teilt sich dem, in Beschäftigungsverantwortlichkeit und steuerlicher Abhängigkeit stehenden Staat darin mit, daß sein Handlungsspielraum sowohl von der Einnahmen- wie von der Ausgabenseite her gleichfalls von gelingender Kapitalverwertung abhängig ist. Dagegen können die Einkommensinteressen von Nicht-Produktionsmittelbesitzern nur unter spezifischen Bedingungen den Status von gesellschaftlichen Funktionsanforderungen für sich in Anspruch nehmen. Der Wandel von Kriseninterpretationen hin zu solchen, in denen eben dies der Fall ist, ist von besonderem theoretischen und politischen Interesse und wird daher unsere Aufmerksamkeit in besonderem Maße beanspruchen.

Unsere These ist, daß die wesentliche Differenz der Kriseninterpretationen von 1929ff. und 1974ff. darin besteht, daß die Bedeutung von Kriseninterpretationen, in denen Interessen interdependent-funktional angeordnet sind, zugenommen hat gegenüber solchen Interpretationen, die antagonistisch strukturiert sind.

Dieser Wandel hat allerdings - und dies ist die Anschlußthese - nicht alle Interessenpositionen in gleicher Weise betroffen. Wenn wir davon ausgehen, daß die Interessen der Investoren in kapitalistischen Marktgesellschaften schon aus der „Natur der Sache“ einen funktionsrelevanten Stellenwert beanspruchen können, dann muß dieser Wandel auf der anderen Seite zu verorten sein. Er betrifft also in erster Linie die Interpretation der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer. Um diesen Wandel der Interessen-Interpretationen erfassen zu können, bedarf es einer Differenzierung der beiden oben eingeführten Grundtypen von Kriseninterpretationsmustern. Es müssen sich die Darstellungen von „Eigen-“ und „Fremd-Interesse“ sowohl auf Produktionsmittelbesitzer- wie auf Nicht-Produktionsmittelbesitzerseite unterscheiden lassen:

- 1 a) Antagonistische Interessenartikulation auf seiten der Produktionsmittelbesitzer besteht darin, daß die Durchsetzung des eigenen Interesses als funktionsnotwendig angesehen wird; die Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer dagegen als „Störfaktor“ interpretiert werden.
- 1 b) Anlagonistische Interessenartikulation auf seiten der Nicht-Produktionsmittelbesitzer interpretiert die eigene Interessenposition als „Standpunkt“. Dieser wird nicht ökonomisch-funktionalistisch begründet, sondern unter Bezug auf Gerechtigkeitsvorstellungen als legitim bezeichnet. Die Interessen der Investoren werden zwar als im Rahmen

der kapitalistischen Ökonomie funktionsrelevant, im Effekt aber als „anarchisch“ wahrgenommen.

- 2 a) „Kooperative“ (als Kurzformel für „in Interdependenzzusammenhängen gesehene“) Interessenartikulation auf seiten der Produktionsmittelbesitzer betont die funktionale Relevanz des eigenen Interesses. Den Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer wird bis zu einem gewissen Grade auch funktionale Relevanz zugestanden. Dies geht allerdings immer nur soweit, daß die eigenen Interessen dadurch nicht beeinträchtigt werden. Insofern verbleiben sie stets in einem vergleichsweise labilen Status.
- 2 b) „Kooperative“ Interessenartikulation auf seiten der Nicht-Produktionsmittelbesitzer anerkennt die funktionale Relevanz der Investoreninteressen „im Interesse aller“. Und ebenso wird die Verfolgung der Einkommensinteressen von Nicht-Produktionsmittelbesitzern als funktionsrelevant interpretiert. Beiderseitige „kooperative“ Interessenverfolgung hat zur Voraussetzung, daß ein elaborierter Interpretationsrahmen praktisch wirksam ist. Einen solchen Interpretationsrahmen bieten keynesianisch inspirierte Deutungsmuster.³⁸ Aus der kreislauftheoretischen Struktur des (vulgarisierten) Keynesianismus ergibt sich die Interdependenz aller gesellschaftlichen Interessen und der Bedingungen ihrer Realisierbarkeit. Auf dieser Grundlage kann sich ein Gesellschaftsbild entwickeln, in dem Gesellschaft nicht als Schauplatz der Auseinandersetzung konkurrierender Interessen, sondern als Gehäuse erscheint, in dem sich unterschiedliche Interessen in einer durch die systemische Funktionslogik vorgegebenen Anordnung unterbringen lassen. Die kreislauftheoretischen Elemente des Keynesianismus sind die Basis einer „instrumentellen“ Alltagsdeutung von Gesellschaft.³⁹ Die Hypothesen dieser Untersuchung lassen sich in das folgende Schema bringen:

Krisen und ihre Interpretationen

Hypothesenschema

	Produktionsmittelbesitzer definieren		Nicht-Produktions- mittelbesitzer definieren	
	eigene Interessen als	fremde	eigene Interessen als	fremde
1929ff.	funktions- relevant	Stör- faktor	Stand- punkt	funktions- relevant
1974ff.	funktions- relevant	funktions- relevant (labil)	funktions- relevant	funktions- relevant

Die folgenden Entwicklungen sind also von besonderem Interesse: Zum einen ist dies die Entwicklung der Definitionen der Interessen von Nicht-Produktionsmittelbesitzern durch die Produktionsmittelbesitzer, also die Entwicklung von „Störfaktor“ zu „funktionsrelevant (labil)“. Und zum anderen ist es die Entwicklung der Eigen-Interpretationen der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer, also die Entwicklung von „Standpunkt“ zu „funktionsrelevant“.

Daran lassen sich zwei Thesen knüpfen:

1. Unsere These ist, daß insgesamt jene Kriseninterpretationen, in denen Interessen interdependent funktional angeordnet sind, 1974ff. gegenüber 1929ff. deutlich zugenommen haben.
2. Wir vermuten, daß dieser Wandel asymmetrisch stattgefunden hat. Er betrifft in erster Linie die Eigeninterpretationen und die Fremdinterpretationen der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer. Dabei wiederum ist zu vermuten, daß die Anerkennung der Interessen von Nicht-Produktionsmittelbesitzern als funktionsrelevant in den Fremd-Interpretationen stets labil bleibt; daß möglicherweise mit dem Andauern der krisenhaften Funktionsprobleme der Ökonomie in der Gegenwart diese

Labilität zunimmt und damit die Funktionsrelevanz dieser Interessen außer in ihren Selbstinterpretation zunehmend wieder bestritten wird. Im Einzelnen erwarten wir die folgenden Ergebnisse.

1929ff.

Von Produktionsmittelbesitzer-Seite: Schuldzuweisungen an Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretungen, Betonung der funktionalen Notwendigkeit der Beförderung der eigenen Interessen. Krisenlösung durch Zurückdrängen der Interessen von Nicht-Produktionsmittelbesitzern.

Von Nicht-Produktionsmittelbesitzer-Seite: Mehr oder weniger deutliches Anerkennen der funktionalen Relevanz der Investoren-Interessen und Schuldzuweisungen an Einzelne im Sinne des Vorwurfs betriebswirtschaftlicher Unzulänglichkeit, sowie Schuldzuweisungen an politische Gruppen. Krisenlösung durch „Systemüberwindung“ in mehr oder weniger radikaler Form.

1974ff.

Von Produktionsmittelbesitzer-Seite: Betonung der funktionalen Notwendigkeit eigener Interessen und (zögerndes) Anerkennen des funktionalen Stellenwertes „sonstiger“ Interessen, möglicherweise mit abnehmender Tendenz. Einbeziehen des Staates als krisenverursachenden „Dritten“. Krisenlösung durch Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Grundsätze.

Von Nicht-Produktionsmittelbesitzer-Seite: Betonung der funktionalen Relevanz der eigenen Interessen und der Relevanz von Investoreninteressen. Schuldzuweisungen an einzelne Manager. Krisenlösung durch ausgewogene Beförderung beider Interessen zum „Wohle aller“.

6. Kriseninterpretationen im Krisenvergleich

1929ff.

Zu Beginn der Weltwirtschaftskrise, vom Herbst 1929 bis zur Mitte des Jahres 1930 machte die „Arbeiterzeitung“ (AZ) den innenpolitischen Gegner für die rasch ansteigende Arbeitslosigkeit verantwortlich: Als Ursache sieht sie „das verantwortungslose Treiben der Hahnenschwanzfaschisten“ (AZ, 7. 10. 1929), die „Bürgerkriegshetze der Heimwehren“ und die „Beunruhigung, die sie in weite Kreise der Bevölkerung getragen hat.“ (AZ, 25.9.1929) Erst im Sommer 1930 wird die „Weltwirtschaftskrise“ als zusätzliche Ursache der ökonomischen Schwierigkeiten bemerkt. (Vgl. AZ, 29.7.1930) Auch in der „Neuen Freien Presse“ wurde keineswegs von Anfang an die weltweit einsetzende

Krise für den Einbruch von Produktion und Beschäftigung verantwortlich gemacht. Als Ursache galt noch Ende 1930 ein „furchtbarer Mangel an Männern, die wirklich mit der Wirtschaft fühlen“ und „die Wirtschaftsfremdheit der Parteien.“ (NFP, 28.11.1939)

Im Jahre 1931 wenden sich die Schuldzuweisungen dann an den Staat und über den Staat an den Klassegegner. In der „Arbeiter-Zeitung“: „Nachdem es durch zehn Jahre bürgerlichen Regierens glücklich so weit gekommen ist, daß der Staat ein Bild der vollständigen Zerrüttung darstellt, redet man nur noch vom Sparen und Opfer bringen ...“ (A-Z, 3.6.1931) Und in der „Neuen Freien Presse“: „In unverantwortlicher Weise wurden die Staatsbudgets immer weiter und weiter angespannt, die Löhne selbst dort, wo sie scheidengerichtlich bestimmt wurden, fortgesetzt erhöht ...“ (NFP, 10.5.1931)

Dem entspricht die Einbettung der Kriseninterpretation in eine gesellschaftliche Fundamentalkritik. „Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, durch seine sogenannte Ordnung der Wirtschaft, den Menschen auch nur die nackte Existenz zu sichern, hat angesichts gefüllter Speicher Millionen Menschen zu langsamem Verhungern und zur Hoffnungslosigkeit verurteilt.“ (A-Z, 15.12.1932) „Wohin führt der Weg? Niemand vermag gegenwärtig zu sagen, wohin der Weg der Weltwirtschaft führt. Eine Aufwärtsentwicklung oder auch nur ein Ansatz davon ist nirgends festzustellen ... Mit der kapitalistischen Weltwirtschaft bricht auch das politische Herrschaftssystem des Nachkriegskapitalismus zusammen. Fünfzig Jahre nach seinem [Marx] Tode erfüllt sich seine Voraussage: der Kapitalismus kann den Reichtum an Maschinen und Apparaten, an Rohstoffen und Lebensmitteln, den er selbst hervorgebracht hat, nicht mehr ausnützen. Die kapitalistische Produktionsweise ist zur Fessel der Produktivkräfte geworden - sie muß gesprengt werden.“ (A-Z, 1.1.1933)

Dem hält die „Neue Freie Presse“ auf der gleichen fundamentalen Ebene entgegen: „Der Kapitalismus ist im Jahre 1932 immer wieder totgesagt worden. Zu früh, wie es sich zeigt. Denn gerade dieses abgelaufene Wirtschaftsjahr hat den Beweis geliefert, daß der Kapitalismus trotz der unbegreiflichen Fehler vieler seiner prominenten Vertreter, trotz der politischen Einflüsse, die zeitweise jede wirtschaftliche Vernunft ertönen, in der Widerstandskraft ganz ungewöhnlich erstarkt ist.“ (NFP, 1.1.1933)

Bemerkenswert ist, daß die antagonistischen, kämpferischen Interpretationen der „Arbeiterzeitung“ nicht ohne Ausnahme durchgehalten werden. Tatsächlich finden sich in der „Arbeiter-Zeitung“ wiederholt Angebote zur Kooperation bis 1933. „Wer noch eine Spur von Verantwortungsgefühl hat, muß es endlich erkennen: alle Kräfte aller großen Klassen des Landes

müssen gegen die wirtschaftliche Not konzentriert werden!“ (A-Z, 19.11.1930)

Die „Arbeiter-Zeitung“ hebt auch hervor, daß sich die Sozialdemokratie selbst bereits in der geforderten Weise „gesamtverantwortlich“ verhält. „Die Partei handelt nicht aus Angst, wenn sie nicht schon das Signal zu letzten Schlacht gegeben hat, sondern aus Verantwortungsbewußtsein für das Land und für die Arbeiterklasse im besonderen.“ (Otto Bauer in: A-Z, 16.4.1933) Neben den Vorschlägen zur Krisenbekämpfung, wie zum Beispiel jenem zur „Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen, Beschaffung von Arbeit für Gewerbe und Industrie“ (A-Z, 23.12.1933), oder „Erhöhung der Einkommenssteuer für höhere Einkommen und der Vermögenssteuer, anstelle jener der Zölle“ (A-Z, 30.3.1933), haben die allgemeineren Statements, die auf Kooperation mit dem Klassegegner zielen, vorwiegend den Charakter von Appellen. Darin ist stets die Bereitschaft angelegt, im Interesse der Krisenlösung auf die Verfolgung eigener Interessen zu verzichten. Dagegen ergeben sich Hinweise auf die funktionale Bedeutung der eigenen Interessen allenfalls unter dem „Gesichtspunkt von Ruhe und Ordnung“. (A-Z, 13.12.1930)

Die Interessen der Produktionsmittelbesitzer werden von der „Neuen Freien Presse“ ganz anders dargestellt. Ihr positiver Bezug zum „gesellschaftlichen Gesamtinteresse“ ist eindeutig. Es werde „nicht möglich sein, sich die Ohren zu versperren gegen die Feuerglocke der Wirtschaft, gegen die dröhnende Stimme der Wahrheit.“ (NFP, 28.11.1930) Zu Beginn der Krise wird auch hier abstrakt an „Alle“ appelliert. Später wandelt sich die Argumentationsstrategie zunehmend zum selbstbewußt vorgetragenen Argument, die Realisierung der Interessen der Produktionsmittelbesitzer sei „Sachzwang“ im Sinne ökonomischer Notwendigkeiten. „Was geschehen kann, um das drückende Übel zu lindern, muß geschehen. Beruhigung ist erforderlich, Freiheit von heftigen Spannungen, von ununterbrochenen Sticheleien. Es bedarf der Einsicht, daß schließlich die Privatwirtschaft doch immer wieder das Letzte bleibt, was die Krise zu bezwingen vermag.“ (NFP, 13.4.1933) Die Berücksichtigung der Interessen der Produktionsmittelbesitzer ist aber letztendlich nicht nur in deren, sondern in „aller“ Interesse. Denn: „Aus einer erträgnislos gewordenen Wirtschaft kann man den Arbeitnehmern nicht dauernd ihren Erwerb verbürgen.“ (NFP, 28.11.1930)

Die Anforderungen an die Verzichtsbereitschaft der Nicht-Produktionsmittelbesitzer sind freilich vorerst hoch: „Die Bevölkerung selbst muß sich endlich Rechenschaft geben, wie überaus gefahrvoll die wirtschaftliche Lage ist und daß es nur einen Ausweg gibt, der Katastrophe zu entgehen: die zeitweilig restlose Anpassung an Verhältnisse von an sich beklagenswerter

Krisen und ihre Interpretationen

Kärglichkeit ist das einzige organische und wirksame Mittel, für die Zukunft bessere Lebensbedingungen zu schaffen.“ (NFP, 3.6.1931)

Die Folgen, die sich aus diesen „Tatsachen des Wirtschaftslebens“ ergeben, sind allenfalls unter caritativen Gesichtspunkten zu bedauern. Aber sie sind unvermeidlich, „mögen sie auch traurigster Art sein und jeden, der Mitleid hat mit den Armen und Elenden, zum tiefsten Schmerze veranlassen.“ (NFP, 28.12.1930) Mit einem vergleichbaren politischen Argumentationsmuster wird die Sozialdemokratie unmittelbar nach der Zerstörung des parlamentarischen Systems auf „später“ vertröstet. Es sei für die Sozialdemokratie „viel besser, die organische Entwicklung abzuwarten, die mit unentrinnbarer Notwendigkeit des Parlamentarismus, wenn auch in veränderter Form, zurückbringen wird.“ (NFP, 29.4.1933) Dieses Statement stand am Vorabend des Österreichischen Bürgerkriegs.

Die Argumentationsstrategie der Produktionsmittelbesitzer und ihrer Vertreter war erfolgreich. Sie war in dem Sinne erfolgreich, daß sie die Deutungsmuster lieferte, in deren Rahmen das Verbot der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, radikaler Sozialabbau und Verarmung eines großen Teils der Bevölkerung durchsetzbar und – als Maßnahmen im Sinne des „Gemeinwohls“ – auch legitimierbar wurden.

Der Sozialdemokratie ihrerseits verblieb, nachdem sämtliche Kooperationsangebote zurückgewiesen worden waren, nur noch der kämpferische Standpunkt, das vergebliche Ringen um Selbstbehauptung: „Die Regierung will eine Willkürherrschaft aufrichten. ... Der Geist der Revolution blieb Geist von unserem Geiste. So geloben wir, in ihrem Geiste zu kämpfen. Noch sind nicht alle Mätze vorbei; Neunzehnhundertdreiunddreißig und drei!“ (AZ, 13.3.1933)

Wir fassen zusammen. Die Interpretationen der Interessen im Kontext der ersten Weltwirtschaftskrise haben sich folgendermaßen entwickelt: In der „Neuen Freien Presse“ wird auf die funktionale Relevanz der Interessen der Produktionsmittelbesitzer insistiert. Zugleich wird den Nicht-Produktionsmittelbesitzern der Verzicht auf die Verfolgung ihrer „störenden“ Interessen abverlangt; mit der Perspektive, dies werde sich „später“ lohnen. In der „Arbeiter-Zeitung“ schwankt die Darstellung der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer zwischen Radikalität und Anpassungsbereitschaft. Die Interessen der Produktionsmittelbesitzer werden als funktional relevant anerkannt. Die Angriffe der „Arbeiter-Zeitung“ richten sich gegen den politischen Gegner.

1974ff.

Eine Polarisierung der Interessenstandpunkte findet sich in den Kriseninterpretationen im Verlauf der „zweiten Weltwirtschaftskrise“ nicht. Das haben wir erwartet. Schon die Erklärungen der Wachstumseinbrüche im Winter 1974 und im Winter 1978 sind wesentlich homogener. Der Unterschied in den Kriseninterpretationen in der „AZ“ und der „Presse“ ist graduell. Während in der „AZ“ ausschließlich auf die „Krise der Weltwirtschaft“, die Österreich von außen in Mitleidenschaft zieht, rekurriert wird, werden in der „Presse“ die „hausgemachten Krisenfaktoren“ betont. Von der Seite der Regierungspartei (die SPÖ hatte von 1972 bis 1983 die absolute Mehrheit) wird auf den „Ölpreisschock“ verwiesen, der einerseits wohl strukturelle Defizite verstärkte, von denen Österreich sich allerdings dank des „sozial und politisch ruhigen Klimas“ weitgehend abkoppeln konnte (vgl. Finanzminister Androsch in AZ, 16.11.1975); wo es dennoch zu Einbrüchen in der Beschäftigung kam, wird dies mit betriebswirtschaftlichen Fehlern erklärt. „Die relativ günstigen Aussichten für 1979 schließen nicht aus, daß es regional, branchenweise oder bedingt durch Managementfehler Strukturprobleme gibt, so daß bestimmte Arbeitsplätze nicht gehalten werden können.“ (AZ, 14.12.1978) Der Erfolg des „österreichischen Wegs“ In der Krisenbewältigung wird wiederholt hervorgehoben: „Inmitten der schwersten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren konnte die Vollbeschäftigung erhalten, die Inflationsrate gesenkt, die Währung stabil gehalten und das Leistungsbilanzdefizit drastisch gesenkt werden. Die Realeinkommen stiegen innerhalb von 10 Jahren um 50 Prozent, die Exporte konnten ständig erhöht werden.“ (AZ, 26.11.1978)

In der „Presse“ dagegen wird jener „österreichische Weg“ als Verursacher der krisenhaften Auswirkungen im Land gesehen; neben der weltweiten Rezession wird vor allem auf das wirtschaftspolitische Ungenügen der sozialdemokratischen Mehrheitsregierung verwiesen. „Es kracht im Gebälk der österreichischen Wirtschaft. Was jahrelang als ausländische Entwicklung abgetan wurde, kommt jetzt mit einiger Zeitverzögerung in die Alpen, aber doch nicht ganz unerwartet. ... Tatsächlich sind jetzt Arbeitsplätze in Gefahr.“ (Pr., 17.11.1978)

Unsere These für die Entwicklung der Kriseninterpretationen 1974ff. war, daß die Interpretationen viel deutlicher kooperativ angelegt sind. Wir erwarten also, daß die Verfolgung „aller“ partikularen Interessen als Funktionsvoraussetzung von Ökonomie und Gesellschaft anerkannt sind. Da die Interessen der Produktionsmittelbesitzer in ihrer funktionalen Bedeutung bereits in der ersten Weltwirtschaftskrise von Neuer Freier Presse und Arbeiter-Zeitung

Krisen und ihre Interpretationen

anerkannt worden waren. richtet sich unsere Aufmerksamkeit jetzt auf den Wandel in den Interpretationen der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer. Werden sie von der „AZ“ als funktionsrelevant dargestellt und von der „Presse“ so anerkannt? Die funktionale Relevanz der Interessen der Produktionsmittelbesitzer steht sowohl für die „AZ“ als auch für die „Presse“ außer Frage. Ein Unterschied zwischen den beiden Zeitungen besteht jedoch in der Einschätzung, ob diese funktionale Relevanz in der Wirtschaftspolitik ausreichend beachtet wird.

„Unsere Politik ist es, Arbeitslosigkeit im Ansatz zu verhindern. D.h.: gefährdete Betriebe zu stützen und expandierenden Betrieben Hilfe zu gewähren. Aus dieser Sicht kommt dieser Beitrag allen Bürgern zugute.“ (AZ, 21.II.1981) Die „Presse“ jedoch sieht die Förderung der Betriebe als nicht ausreichend an und klagt: „Daß nur Arbeitsplätze in gewinnbringenden Unternehmen sicher sind, wird schlicht ignoriert.“ (Pr., 21./22.11.1981) Und noch einmal, grundsätzlich, zur unterschiedlichen Einschätzung der Verfolgung des „Gemeinwohls“: „Wir haben auf billigen Opportunismus und unrealistische Versprechungen verzichtet – wir haben den Weg der politischen Seriosität gewagt und wahrhaftig das Wohl des Staates vor das Parteiinteresse gestellt.“ (Bundeskanzler Sinowatz in: AZ, 25.5.1984)

Dagegen die „Presse“, wieder anklagend: „Man hat einen Wohlfahrtsstaat etabliert, der die schwarzrote, dann die rote Dauerherrschaft absichern sollte, dabei aber selbstherrlich ignoriert, daß man nicht mittels Erlaß oder Partekonsens über die dazu erforderliche Wachstumsrate verfügen kann. Von dem, was unvermeidlich ist, daß nämlich alle etwas hergeben müssen, damit wir gemeinsam durchkommen, davon ist nichts zu hören.“ (Pr., 4./5.12.1982) In den siebziger Jahren waren „Arbeitsplatzsicherung“ und Erhaltung oder Ausbau der „sozialen Sicherheit“ auf Arbeitnehmerseite jene Ziele, die vorrangig angestrebt wurden und für die zumindest in programmatischen Stellungnahmen auch durchaus „antagonistisch“ argumentiert wurde. „Arbeitsplätze“ seien der „Prüfstein der Demokratie“. (AK-Präsident Czettel in: AZ, 23.11.1978) „Sozialdemokraten werden nicht nur dafür eintreten, die Verhältnisse zu ändern, die solche Krisen gebären, sondern auch ein besonderes Maß an Solidarität walten lassen müssen.“ (AZ, 15.11.1978)

Ab Beginn der achtziger Jahre dominiert ein anderes Muster der Interpretation. Vorrangig geht es jetzt darum, „Zurückhaltung in der Lohnpolitik“ (AZ, 11.6.1983) zu üben und „alles zu tun, um jede Behinderung der wirtschaftlichen Aufwärtstendenz zu verhindern.“ (AZ, 1.12.1984) Und auch in der Sozialpolitik zeigt sich die „Bereitschaft zu Anpassungshandlungen“ und „Abstrichen“. „Im Hinblick auf die angespannte Budgetsituation besteht

weitgehende Übereinstimmung, daß eine Überprüfung notwendig sein wird, ob das gegenwärtige Leistungsrecht in all seinen Details unverändert bleiben muß.“ (AZ, 31.5.1983) „Die Probleme der Anpassung unseres Wirtschafts- und Sozialsystems an geänderte Gegebenheiten blieb und bleibt uns nicht erspart.“ (Bundeskanzler Sinowatz in: AZ, 30.5.1984) Die Interpretation der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer als funktional relevant wird von der „AZ“ zwar nicht fallengelassen, aber es wird doch wieder eine Rangordnung hergestellt: In erster Linie gilt es, Investoren-Interessen zu fördern. Die dazu notwendige Mäßigung der Interessenverfolgung der Nicht-Produktionsmittelbesitzer ist langfristig im Interesse aller: „Visionen werden doch wieder sehr klare Bezüge zur Wirtschaftsrealität aufweisen müssen.“ (AZ, 31.12.1983)

In der „Presse“ wird dieses Interpretationsmuster noch viel deutlicher vorgetragen. „Sallinger [der Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft] bezeichnete die Erhaltung der Arbeitsplätze als das derzeit wichtigste wirtschaftliche Problem. Die Regierung habe bisher nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß es auf Dauer sichere Arbeitsplätze nur in gesunden, ertragreichen Betrieben geben könne.“ (Pr., 25/26.11.1978)

Aber es finden sich in der „Presse“ nicht nur Interpretationen, die, wenn sie auch den Vorrang der Interessen der Produktionsmittelbesitzer betonen, insgesamt doch auf kooperative Kriseninterpretationen hinauslaufen. Entgegen unseren Erwartungen haben wir hier auch klar antagonistische Kriseninterpretationen gefunden. Angriffe auf den „Klassengegner“ gibt es in den siebziger Jahren vor allem beim Thema Lohnverhandlungen. Während in diesem Fall die Gewerkschaften der Gegner sind, orientieren sich die Angriffe in den achtziger Jahren zunehmend auf den Sozialstaat. Wie wird hier argumentiert? Wer ist hier der konkrete Gegner?

Einerseits wird auf das „gesellschaftliche Gesamtinteresse“ an Einsparungen im Bereich des Sozialen verwiesen. Und es wird die auf „Verschwendung“ hin angelegte Sozialpolitik der langjährigen Regierungspartei kritisiert: „Gezielte Hilfe für die sozial Schwachen müßte an die Stelle der derzeit praktizierten Verschwendungspolitik treten.“ (Pr., 20.11.1984) Andererseits werden Vorwürfe spezifisch adressiert. Der Wohlfahrtsstaat sei eine „Einladung an Sozialprofis“ (vgl. auch: Industrie, 21.3.1984, S. 8). „Das soziale Netz der Pensions-, Kranken- und Fürsorgeversorgung dieses Landes ist an Pfeilern verankert, die nicht mehr belastbar sind. Es ist für sie durch ständige Ausweitung von Ansprüchen, durch Mißbräuche da und dort wohl auch, durch zu große Dichte an manchen Stellen einfach zu schwer geworden. Die Zukunftspareole des Sozialstaats der nächsten Jahrzehnte kann nur lauten: Helft euch selbst.

soweit ihr könnt, sonst hilft allen bald niemand mehr ...“ (Pr., 15.11.1982) Der überraschend hohe Anteil an „antagonistischen“ Interpretationsmustern in der „Presse“ findet sich vorwiegend bei programmatischen Themen und Inhalten: der Argumentationsstil hat sich, im Unterschied zu jenem der „AZ“, darin nicht gravierend verändert. Ein letztes Beispiel: „Nur als getrennte Partner im Sinne der klassischen Konzeption sind Wirtschaft und Staat fähig, ihre Aufgaben zu erfüllen. Als Bürger sind wir aufgerufen, den Staat wieder ordnungsfähig, die Wirtschaft handlungsfähig zu machen.“ (Pr., 25.5.1984)

Wir fassen wieder zusammen. Für die Interpretationen der Interessen in der Zeit nach 1974 sind die folgenden Merkmale charakteristisch: In der „Presse“ werden die Interessen der Produktionsmittelbesitzer als selbstverständlich funktionsrelevant dargestellt. Die Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer werden als funktionsrelevant anerkannt, doch bleibt dies labil: Von Fall zu Fall werden sie den Interessen der Produktionsmittelbesitzer untergeordnet. Die Interpretationen in der „Presse“ schwanken zwischen programmatischem Antagonismus und pragmatischer Kooperation. In der „AZ“ werden die Interessen der Produktionsmittelbesitzer als funktionsrelevant anerkannt. Die Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer werden ebenfalls als funktionsrelevant interpretiert. Zugleich aber wird die deutliche Bereitschaft signalisiert, die Verfolgung dieser Interessen aufzuschieben.

7. Schluß

Wir waren von der These ausgegangen, daß Krisen nur als in ihrer Praxis bereits interpretierte Sachverhalte zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Krisenforschung werden können. Eine solche These läßt sich nicht einfach „beweisen“. Aber ihre Fruchtbarkeit läßt sich daran zeigen, daß mit ihr ein Typus von sozialwissenschaftlicher Krisenforschung angeleitet werden kann, der zum Verständnis der Konflikte in Krisen beiträgt und weiterführende Fragemöglichkeiten eröffnet.

Mit der Wahl einer Kriseninterpretation wird über Handlungsalternativen in der Krise entschieden. Eine Interpretation, welche die Ursache der Krise in überhöhten Forderungen der Lohn- und Sozialleistungsempfänger sieht, führt zu anderen Handlungsstrategien als eine Interpretation, welche die Krise auf einen Mangel an kaufkräftiger Nachfrage zurückführt. Unterschiedliche Handlungsstrategien begünstigen unterschiedliche gesellschaftliche Interessenpositionen. Mit der Wahl einer Kriseninterpretation wird daher über Chancen

der Interessendurchsetzung in der Krise entschieden. Aufgrund dieser engen Verknüpfung von Kriseninterpretationen und Chancen der Interessendurchsetzung ist die Wahl von Kriseninterpretationen selbst Gegenstand von Interessenkonflikten.⁴⁰ Unterschiedliche gesellschaftliche Interessengruppen sind an der Durchsetzung unterschiedlicher Kriseninterpretationen interessiert. Damit zugleich werden die unterschiedlichen Interessen selbst zentrales Thema der Kriseninterpretationen: In den Kriseninterpretationen geht es vor allem um die Frage, welcher Stellenwert unterschiedlichen Interessen für die Lösung der Krise zukommt. Die Kriseninterpretationen unterscheiden sich darin, welchen Stellenwert sie unterschiedlichen Interessen zuweisen. Der Stellenwert bestimmter Interessen in einer Kriseninterpretation entscheidet darüber, ob sich die Kriseninterpretation als Instrument zur Durchsetzung dieser bestimmten Interessen eignet. Wir haben in unserer Untersuchung versucht zu zeigen, daß die Produktionsmittelbesitzer in der Auseinandersetzung um strategisch günstige Kriseninterpretationen einen „natürlichen“ Vorteil haben: Die funktionale Relevanz ihrer Interessen ist leicht zu begründen und kaum zu bestreiten. Weniger selbstverständlich ist die Interpretation der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer als funktionsrelevant. Eine solche Interpretation verlangt noch zusätzlichem Argumentationsaufwand. Systematisch am unwahrscheinlichsten, aber empirisch durchaus nachweisbar, ist der Fall, daß alle Interessen von „allen“ als funktional relevant angesehen werden. In der Logik einer solchen „kooperativen“ Kriseninterpretation kann es nur gemeinschaftliche Krisenlösungen und externe Hindernisse geben. Diese kooperativen Kriseninterpretationen führen daher konsequent zur Suche nach „äußeren Feinden“. Vielleicht ist dies eine moderne Variante der alten politischen Faustregel, daß Friede im Inneren Unfrieden nach außen zur Bedingung hat.

- 1 Ein paar sozialwissenschaftliche Beispiele: Ch. P. Kindleberger, *The Financial Crisis of the 1930s and the 1980s: Similarities and Differences*, in: *KYKLOS*, Vol. 41, (1988) No 2; von Roehl 1988; G. D. N. Worswick, *Two Great Depressions: The 1980s and the 1930s in Britain*, in: *Scottish Journal of Political Economy*, Vol. 31 (1984); G. Bohmann/G. Vobruba, *Krisenvergleich – Krise und Krisendeutung 1929ff. und 1974ff. in Österreich*, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, 33. Jg., 1987, H. 8.
- 2 P. Townsend, *Deprivation*, in: *Journal of Social Policy*, Vol. 16, 1987, Part 2.
- 3 N. Luhmann, *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München 1981, S. 59.
- 4 Vgl. den Beitrag von K. Borchardt, *Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen*, in: K. Michalski (Hrsg.), *Über die Krise. Castelfandolfo-Gespräche 1985*, Stuttgart 1986, S. 142.
- 5 Vgl. H. Ganßmann/R. Weggler/M. Wolf, *„Krise des Sozialstaats“ – Krise für wen?* In: *Prokla* 67, Berlin 1988.
- 6 Vgl. D. Lockwood, *Soziale Integration und Systemintegration*, in: W. Zapf (Hrsg.), *Theorien*

Krisen und ihre Interpretationen

- des sozialen Wandels. Köln 1979.
- 7 Vgl. G. Rohwer/R. Künzel/D. Ipsen. Marx und die gegenwärtige Akkumulationskrise: Überlegungen zur Theorie der Profitratenentwicklung, in: Prokla 57, Berlin 1984.
 - 8 M. Jänicke. Die Analyse des politischen Systems aus der Krisenperspektive, in: ders. (Hrsg.), Politische Systemkrisen, Köln 1973, S. 17.
 - 9 K. Borchardt, Wandlungen (Anm. 4), S.133.
 - 10 G. Vobruba. Jenseits der sozialen Fragen. Modernisierung und Transformation von Gesellschaftssystemen, Frankfurt a.M. 1991, S. 103f.
 - 11 Vgl. G. Bohmann/G. Vobruba. Krisenvergleich. Ein Vergleich der Krisenverläufe 1929ff. und 1974ff. in Österreich. Projekthericht für das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien 1986: diess., Krisenvergleich (Anm. 1).
 - 12 K. Borchardt, Wandlungen (Anm. 4), S. 143.
 - 13 K. Polanyi, Der Mechanismus der Weltwirtschaftskrise, in: ders., Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1979, S. 63f.
 - 14 K. Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur, in: W. Weber (Hrsg.), Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern – heute – morgen, Berlin 1961, S. 51.
 - 15 Vgl. ebenda: F. Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, Wien-München 1978; H. Kernbauer/F. Weber, Von der Inflation zur Depression. Österreichs Wirtschaft 1918-1934, in: E. Talos/W. Neugebauer (Hrsg.), „Austrofaschismus“, Wien 1984.
 - 16 Quelle: A. Kausel/N. Nemeth/H. Seidel, Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963. Monatsberichte des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Sonderheft 14, Wien 1965.
 - 17 Quelle: D. Stiefel, Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen – am Beispiel Österreichs 1918-1938, Berlin 1979, S. 29.
 - 18 Vgl. F. Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich (Anm. 15), S. 166.
 - 19 K. Polanyi, Der Mechanismus der Weltwirtschaftskrise (Anm. 13), S. 67.
 - 20 Vgl. K. Borchardt, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, Göttingen 1982.
 - 21 Stolper, zit. bei D. Stiefel, Konjunkturelle Entwicklung und struktureller Wandel der österreichischen Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wien 1978.
 - 22 Szakosch, in: ebenda.
 - 23 P. Kulermann, Am Beispiel des Austromarxismus, Hamburg 1982, S. 216.
 - 24 H. Plessner, Die verspätete Nation, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 6, Frankfurt a.M. 1982.
 - 25 Vgl. das Parteiprogramm des SDAP von 1926, zit. nach K. Berchold (Hrsg.), Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, Wien 1967, S. 264. – Ein Passus, der übrigens erst 1933 aus dem Programm der Partei gestrichen wurde.
 - 26 Vgl. K. Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte (Anm. 14), S. 106.
 - 27 Quelle: F. Butschek, Vollbeschäftigung in der Krise, Wien 1981, S. 88; K. Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte (Anm. 14), S. 116f.
 - 28 Quelle: F. Butschek, Vollbeschäftigung (Anm. 27), S. 121f.
 - 29 Quelle: A. Kausel/N. Nemeth/H. Seidel, Österreichs Volkseinkommen (Anm. 16), S. 38 und 40 (eigene Berechnung).
 - 30 Quelle: D. Stiefel, Arbeitslosigkeit (Anm. 17), S. 29.
 - 31 Vgl. Fritz W. Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt a.M. 1987, S. 81f.
 - 32 G. Vobruba, Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik in der Krise der Lohnarbeit, in: ders. (Hrsg.), Strukturwandel der Sozialpolitik. Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik und soziale Grund-sicherung, Frankfurt a.M. 1990.
 - 33 U. Mückenberger, Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses, in: Zeitschrift für Sozialreform,

Gerda Bohmann/Georg Vobruba

H. 7 und 8, 1985.

- 34 Vgl. F. Traxler, Evolution gewerkschaftlicher Interessenvert
- 35 Vgl. F. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, 2 Bde
- 36 Mittlerweile ist die „AZ“ erst privatisiert worden und dann b
- 37 Vgl. P. Gerlich, Sozialpartnerschaft und Regierungssystem, i
(Hrsg.), Sozialpartnerschaft in der Krise, Wien-Köln-Graz 1!
- 38 Vgl. A. Przeworski, Social Democracy as a Historical Phenom
1980; G. Vobruba, Politik mit dem Wohlfahrtsstaat, Frankfurt
- 39 Vgl. ebenda.
- 40 Vgl. G. Vobruba, Jenseits der sozialen Fragen (Anm. 10), S.

Das soziale Befinden der Bevölkerung Rußlands im Jahr 1993: Vom Referendum zum Putsch¹

Gegenwärtig durchlebt Rußland eine tiefe Krise aller Formen sozialer Beziehungen. Die Ergebnisse soziologischer Erhebungen verdeutlichen, wie die Ereignisse in Wirtschaft und Politik sich im gesellschaftlichen Bewußtsein widerspiegeln, und bringen das soziale Befinden der Russen zum Ausdruck. Die Aktualität der Analyse ergibt sich schon daraus, daß sie auf Daten basiert, die aus einer monatlichen Meinungsumfrage bei der Bevölkerung des ganzen Landes gewonnen wurden.

Die Analyse der empirischen Daten erlaubt den Schluß, daß das soziale Befinden der Bevölkerung Rußlands – ungeachtet vieler dramatischer Zuspitzungen – während der gesamten Zeit stabil blieb und der Gesellschaft erhebliche Beständigkeit verlieh.

1. Zur Methode

Zunächst wenden wir uns einer Reihe von Ereignissen, Prozessen und Tendenzen der jetzigen Zeit zu, die die aktuelle Situation in Rußland krisenhaft machen. Aus der Gesamtheit dieser Vorgänge lassen sich verschiedene Informationen gewinnen: die regelmäßig veröffentlichte makroökonomische Statistik, Daten über die Entwicklung politischer Bewegungen, Meinungen von Experten, Ergebnisse zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen, analytische Artikel und Meinungsäußerungen von Journalisten. Außer diesem Material, das die jetzige Lage in Rußland zur früheren ins Verhältnis setzt, tritt eine andere Quelle gesellschaftlicher Wahrnehmungen ins Zentrum der Aufmerksamkeit: das unmittelbar beobachtete Leben, die Meinung der Leute auf der Straße, Gelegenheitsgespräche und Eindrücke von Augenzeugen der verschiedenen Ereignisse.

Als Hauptcharakteristika der ökonomischen Krise erscheinen der Rückgang der Produktion, der nicht von ernsthaften Umstrukturierungen der Volkswirtschaft begleitet wurde; der Verfall des Systems der zentralistischen Wirtschaftleitung, der nicht vom Mechanismus der „Selbstregulierung des

Marktes“ ausgeglichen wurde; der enorme Preisanstieg der Nahrungsmittel und Waren bei anhaltendem Mangel bei vielen Waren des täglichen Bedarfs. Im Gefolge dessen entstehen ernsthafte Änderungen im ökonomischen Bewußtsein und Verhalten der Menschen: Verelendung, die Entwertung aller Ersparnisse, der Niedergang des Glaubens an den Rubel und die „Flucht“ vor ihm, die Veränderung der Konsumbedürfnisse und die Verstärkung der Rolle der „Schatten“wirtschaft.

Die Entwicklungen im Lande führen zum allgemeinen Sinken des Niveaus der Sicherheit von Individuen, sozialen Gruppen, der territorialen und nationalen Gemeinschaften, der Bevölkerung Rußlands insgesamt. Viele wichtige Rechtsinstanzen, Organisationen und Strukturen, deren Funktion in der Aufrechterhaltung des normalen gesellschaftlichen Lebens bestand und die den Zukunftsglauben der Menschen aufrechterhielten, sind zerstört. Innerhalb von zwei, drei Jahren zerbröckelten die Eckpfeiler des sozialpolitischen Systems der ehemaligen UdSSR wie das Recht auf Arbeit, auf subventioniertes Wohnen, kostenlose Bildung und medizinische Versorgung. Die Spontaneität des Marktes brachte neue Formen der Kriminalität mit sich und gebar eine früher nicht gekannte Mafia und Korruption: Waffenbesitz und Straßenkämpfe in den Städten wurden zwar noch nicht zur ständigen Begleiterscheinung des Lebens, nahmen aber doch erschreckende Ausmaße an. Schlechte Ernährung und der hohe Grad an Umweltverschmutzung schlugen sich in wachsender Mortalität, sinkender Lebenserwartung und abnehmender Geburtenrate nieder.

Die politische Krise spitzte sich zwischen Januar und September 1993 im Machtkampf zwischen dem Präsidenten und seinen Anhängern einerseits und dem früheren Obersten Sowjet und den politischen Kräften, die gegen die Wirtschaftsreformen und die Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse auftreten, andererseits zu. Als Teil dieser makropolitischen Krise erscheint der Konflikt zwischen Zentrum und Regionen, der manchmal als offener Nationalismus, manchmal als kaum verhüllter Ehrgeiz „kleiner Götter“ an der Peripherie auftritt. Angesichts dieser Tatsachen wendet sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung von der Politik ab und erklärt seinen Verdruß gegenüber jeglicher Partei und politischer Bewegung. Gleichzeitig entstehen zahlenmäßig zwar kleine, dafür aber um so aggressivere (und oft bewaffnete) radikale, extremistische Organisationen rot-brauner und offen faschistischer Färbung. Die Erfahrung des Bürgerkrieges ist immer noch eine Konstante in der sozialen Atmosphäre der Gesellschaft.

Die soziokulturelle Krise wird von vielen entschieden schärfer und tragischer empfunden als der Verfall der Ökonomie, die abnehmende Sicherheit

und die Labilität der Politik. Zweifellos ist es schwierig und für viele dramatisch, die gesamte Geschichte des Landes und damit ihr Leben und ihre bedeutendsten Werte genau zu betrachten. Die Situation erfordert die Aufgabe bzw. eine gründliche Änderung der eigenen Weltanschauung, der Ideologie, der Ethik der Beziehungen zum sozialen Umfeld. Das von einem totalitären Regime geformte soziale Bewußtsein trennt sich unter Schmerzen von kollektivistischen Vorstellungen und begreift nicht, warum sich der Staat nicht länger um seine Bürger kümmert. Viele sehnen sich nach dem alten Lebensrhythmus, nach der „starken“ Hand, nach den alten Landesgrenzen und den alten Feiertagen, nach den Symbolen und dem Mythos des Vergangenen. Natürlich ist es für die Menschen der älteren Generation noch schwerer; für all die, die sich an den Bürgerkrieg zwischen „Roten“ und „Weißen“ erinnern; die im Namen Stalins am Zweiten Weltkrieg teilgenommen und die auf ihren Schultern alle Qualen der Nachkriegszeit getragen haben. Aber wie sieht es bei den Jüngeren aus? Bei denen, die Nikita Chruschtschow glaubten und den Kommunismus aufbauten; die Leonid Breschnew glaubten und sich redlich in Afghanistan geschlagen haben; die sich an den Reformideen Michail Gorbatschows begeisterten und plötzlich feststellen mußten, daß viele „Demokraten“ sich als Zyniker entpuppten?

Wir wollen im folgenden eine Reihe von Ereignissen und Prozessen chronologisch verfolgen, die die sozialen Spannungen bedingten und die krisenhafte Entwicklung begleiteten. In den ersten drei Monaten des Jahres 1993 bauten die dem Reformprozeß der Gesellschaft aufgeschlossenen Menschen den Alpdruck des VII. Kongresses der Volksdeputierten ab, der versucht hatte, Boris Jelzin von der Macht zu verdrängen, und lebten in der Erwartung des Referendums. Dieses fand am 25. April statt, führte jedoch zu keiner merklichen Gesndung der politischen Situation. Sowohl der Präsident als auch seine Opponenten konnten den Ausgang des Referendums zu ihren Gunsten interpretieren. Einerseits schenkten 59 Prozent der Teilnehmer des Referendums dem Präsidenten ihr Vertrauen und 53 Prozent stimmten seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik zu, so daß folgerichtig die Seite des Präsidenten die Möglichkeit erhielt, ihren Sieg zu verkünden. Andererseits machten nur 64 Prozent von ihrem Stimmrecht Gebrauch, und diese Tatsache ermöglichte es den Reformkritikern, auf der Forderung nach einem Wechsel in der Politik zu bestehen. Der Oberste Sowjet spielte ein hartes Spiel auf dem Feld der ökonomischen und politischen Umgestaltung, wobei er gleichzeitig versuchte, die am härtesten und effektivsten agierenden „Spieler“ aus der Mannschaft des Präsidenten zu verdrängen.

Im Sommer gab es kaum eine Zeit der Erholung, da am 24. Juli die

Zentralbank Rußlands bekanntgab, daß mit dem 7. August jegliches Papiergeld, das bis 1993 gedruckt worden war, ungültig sei. Dadurch waren Millionen Menschen gezwungen, innerhalb von zwei Wochen das alte Geld gegen die neuen Kupons zu tauschen. Wenn man weiß, daß der Russe im allgemeinen nur Bargeld verwendet, wenn man davon ausgeht, daß viele sich Hunderte und Tausende Kilometer entfernt von zu Hause im Urlaub befanden, und wenn man bedenkt, daß die Banken auf diese Operation gar nicht genügend vorbereitet waren usw., dann wird deutlich, daß diese ganze Aktion das gesellschaftliche Klima enorm anheizte und das Mißtrauen gegenüber der Regierung verstärkte.

Ende August und im September lag der Beginn des „heißen Herbstes“. Den Auftakt bildete die offene Konfrontation zwischen Präsident und Parlament. Es schloß sich der Putsch gegen den Präsidenten an, der von den regulären Truppen niedergeschlagen wurde.

So erwiesen sich die Lebensverhältnisse der russischen Bevölkerung in den ersten neun Monaten des Jahres 1993 als zunehmend schwieriger, gefährlicher, für die Mehrheit auch bedrückender und ohne Aussicht auf Besserung.

Um zu verstehen, wie sich diese sozialen Daseinsbedingungen im Bewußtsein der Menschen niederschlugen, wenden wir uns der monatlichen Meinungsumfrage zu, die unter Leitung von Tatjana Saslawskaja und mit finanzieller Unterstützung der amerikanischen Stiftung „Offene Gesellschaft“, an deren Spitze J. Soros steht, durchgeführt und herausgegeben wird.² Die Befragungen wurden vom Allrussischen Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung auf der Basis einer Auswahl vorgenommen, die die erwachsene Bevölkerung von Rußland repräsentiert (Tabelle 1). Beteiligt waren 4.000 Menschen, die am Wohnort befragt wurden.

Die Fragen zielten auf die politische, ökonomische, soziale und soziokulturelle Lebenssphäre, wobei besonderer Wert auf die Besonderheiten des Massenbewußtseins gelegt wurde. Aus der Gesamtzahl der Indikatoren wählten wir jeweils die aus, die am stärksten das soziale Befinden der Bevölkerung beeinflussten und ausdrückten.

Das soziale Befinden der Bevölkerung Rußlands 1993

Tabelle 1: Daten zur generellen Struktur der Wahlberechtigten
(in Prozent aller Wahlberechtigten)

	Offizielle Angaben	Wahl	
		März	Juni
Geschlecht			
männlich	45,1	45,4	45,6
weiblich	54,9	54,6	54,4
Alter			
bis 29 Jahre	26,9	25,3	25,4
30-54 Jahre	44,5	47,2	45,9
55 und älter	28,6	27,5	28,6
Bildungsgrad			
höherer u. nicht beendeter			
höherer	13,7	14,7	14,3
mittlerer	47,6	47,3	43,0
nichtvollendeter mitt- lerer u. niedriger	38,7	38,0	42,7
Ansiedlungstyp			
St. Petersburg u. Moskau	9,3	8,9	9,3
große Städte	26,4	26,6	28,6
mittlere u. Kleinstädte	38,5	38,1	36,6
ländl. Bevölkerung	25,8	26,4	25,5
Familiensituation			
ledig	16,1	16,7	16,4
verheiratet	65,3	64,6	63,1
geschieden	7,2	7,9	7,6
verwitwet	11,1	10,8	12,7
Art der Tätigkeit			
Leiter	6,6	9,0	7,4
Spezialist	38,5	40,3	36,8
qualifiz. Arbeiter	39,8	37,1	41,4
nichtqualifiz. Arbeiter	9,7	10,1	12,1
übrige	5,4	0,0	2,3

Rußland ist sehr groß und ungemein vielseitig. Es gibt hier Menschen, die in vollem Maße die Errungenschaften der modernen Zivilisation besitzen und deren Entwicklung davon bestimmt wird. Daneben gibt es Tausende, die noch

keine Großstädte kennen und noch ganz im Rhythmus vergangener Generationen leben. Und wenn schon die erstgenannten – unabhängig von ihrer Aktivität im politischen Leben – in unterschiedlichem Maße fähig sind, ihr Verständnis vom russischen Leben zu formulieren, so ist es für letztere häufig ungleich schwieriger. Gewiß könnten „weiche“, qualitative soziologische Methoden das ganze Beziehungsspektrum der verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft, ihre Wahrnehmung der Krise, offenbaren. Es ist allerdings nur bedingt möglich, dies im Rahmen einer Meinungsumfrage zu tun, da deren starre Konstruktion in vielem die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung begrenzt; gleichzeitig eröffnet sie aber die Möglichkeit einer nützlichen Makroanalyse der Dynamik sozialer Veränderungen.

2. Zur sozialen Statistik

Die monatliche Information über den Zustand der Wirtschaft und die materielle Lage der Bevölkerung ist ein Novum im gesellschaftlichen Leben. Und obwohl noch keine einheitliche Methode und zuverlässige Verfahrenswesen der Erhebung und Analyse sozialstatistischer Daten erarbeitet wurden, erhellen die Daten allein durch ihre Regelmäßigkeit viele gesellschaftliche Phänomene. Im Kern fixieren sie die soziale Dynamik der Gesellschaft.

Die enorme Inflationsrate von 20-30 Prozent (Tabelle 2) bildete den dramatischen Hintergrund des Lebens, an den die Gesellschaft sich gewöhnen und anpassen mußte. Einerseits wirkten – wenngleich langsam und stockend – die Mechanismen des staatlichen sozialen Schutzes, andererseits begann die Bevölkerung selbst erfolgreich nach Mitteln zu suchen, die dem Verfall der Kaufkraft beugneten.

Zwischen Januar und April 1992 sank im Gefolge der Freigabe der Preise der Index des Reallohnes auf 50-52 Prozent gegenüber 1990. Danach begann ein langsamer Anstieg, der bis Dezember vergangenen Jahres 76 Prozent erreichte. Die sich verschärfende Inflation veranlaßte die Regierung zur Korrektur der Wirtschaftspolitik, was zum starken Absinken des Realeinkommens (auf 56 Prozent im Februar 1993) führte, das sich Anfang Herbst – nach einer kurzen sommerlichen Erholung – auf einem Niveau von 60-61 Prozent einpegelte. Daraus wird ersichtlich, daßes der Bevölkerung insgesamt materiell bedeutend schlechter geht als in den letzten Jahren der Perestroika.

Das soziale Befinden der Bevölkerung Rußlands 1993

Tabelle 2: Dynamik der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung Rußlands im Jahre 1993

	Inflationsindex ⁴	Mittleres Arbeitsentkommen ⁶	Minimalrente ³	Index des Reallohnes ⁵	Kosten der 19 wichtigsten Lebensmittel ⁸	Mittleres Einkommen in Rußl. ⁷
	Dez. '92 = 100%	1.000 Rubel/ Monat	1.000 Rubel/ Monat	Dez. '90 = 100%	1.000 Rubel/ Monat	Dollar /Monat
Januar	126	15,7	2,2	59	5,3	33
Februar	162	18,7	4,3	56	6,4	36
März	190	23,5	4,3	59	7,5	39
April	221	30,6	4,3	62	8,5	43
Mai	264	37,5	8,1	64	10,8	45
Juni	310	47,4	8,1	68	13,1	44
Juli	370	56,0	8,1	65	16,5	51
August	478	65,4	14,6	61	18,3	61
Septemb.	578	80,0	14,6	61	20,4	67
Oktober	707				24,7	

Betrachtet man nur die ersten neun Monate des Jahres 1993, verzeichnet die Statistik eine Unterbrechung des Absinkens der Lebensqualität der Menschen und eine gewisse ökonomische Stabilität. Aber in einer Gesellschaft, in der die „Mittel“klasse fehlt, ist das statistische Mittel weniger repräsentativ und aussagekräftig als in einer homogeneren sozialen Ordnung. So reflektiert das mittlere Einkommen von 80.000 Rubeln – ein arithmetischer Index – im September nicht die tiefe ökonomische Differenzierung der Gesellschaft: die meisten erhielten als Lohn/Gehalt oder als Rente zwischen 14.000 und 50.000 Rubel, viele bekamen zwischen 200.000 und 500.000 Rubel, und das Einkommen erfolgreicher Unternehmer überstieg eine Million im Monat.

Im September 1993 war die Differenz der Einkommen zwischen den Reichsten und Ärmsten der Bevölkerung auf das 10,2-fache gegenüber dem 8,2-fachen im September 1992 angewachsen. Etwa 30 Prozent der Bevölkerung bezogen Anfang Herbst 1993 ein Einkommen unterhalb des Existenzminimums, aber noch oberhalb der Armutsgrenze von 30.000 Rubel, während 6

Prozent mit 10.000 Rubel die Armutsgrenze unterschritten und nicht einmal genug zum Leben hatten.⁹

Eine positive Tendenz in der Wirtschaft Rußlands wies die Dollardeckung der Einkommen auf. Mitte 1991 betrug das mittlere Arbeitseinkommen in Rußland (laut offiziellem Valutakurs) 11-12 Dollar. Im Januar 1992 fiel es auf acht Dollar und erreichte im Dezember 43 Dollar. Im Juli 1993 bekam ein russischer Bürger im Durchschnitt erstmals über 50 Dollar monatlich, im September nahezu 70 Dollar. Allerdings erhöhten sich auch die in Dollar berechneten Preise in Rußland. Sie lagen 1992 in Rußland insgesamt bei acht bis neun Prozent des Wertes im Vergleich zu den USA, während sie im Oktober 23 Prozent erreichten. Viele Waren sind in Rußland kaum billiger als im Westen.

3. Neuralgische Punkte in der Gesellschaft

Angesichts der enorm hohen Preise hängen viele einfache Menschen einer idyllischen Erinnerung an das wirtschaftliche Wohlergehen in der Vergangenheit nach. Das ist eine gefährliche Selbsttäuschung, die von den Parteien der „Gestrigen“ ausgenutzt und bestärkt wird. Die Ergebnisse zweier Befragungen¹⁰ von 70.000 Sowjetbürgern führen uns in die Jahre 1985 und 1989 zurück. Im ersten Jahr der Perestroika konstatierten 59 Prozent der Städter und 52 Prozent der Dorfbewohner eine schlechte Versorgung mit Lebensmitteln. Praktisch jeder zweite beklagte das Defizit an Industriewaren. Steigende Preise bestätigten 39 Prozent der Bevölkerung, während jede dritte Familie Anlaß zur Sorge um ihre materielle Situation hatte. Bis 1989 hin wuchs der Mangel an Lebensmitteln (von 80 Prozent der Befragten angemerkt) und Waren (70 Prozent), und deutlich machte sich bereits das Problem der steigenden Preise bemerkbar (80 Prozent). Dabei blieb paradoxerweise die Zahl der Familien, die über ihre materielle Lage klagten, faktisch stabil.

Die öffentlichen Meinungsumfragen, die vom Allrussischen Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung (VZIOM) 1991 durchgeführt wurden, konstatierten ebenfalls einen Preisanstieg sowie einen eklatanten Versorgungsmangel. Im Verlauf des Jahres merkten 70 Prozent der sowjetrussischen Bevölkerung das Problem des akuten Mangels an, desweiteren das Anwachsen der Preise (60-75 Prozent). Das Problem des Preisanstiegs ist also in Wirklichkeit keineswegs neu. Die Politik der Liberalisierung hat aber natürlich den Anstieg der Nahrungsmittel- und Warenpreise beschleunigt, so daß fast alle täglich mit extremen Preissteigerungen konfrontiert werden.

Das soziale Befinden der Bevölkerung Rußlands 1993

Die Hierarchie der brennendsten gesellschaftlichen Probleme im Jahre 1993 ist in Tabelle 3 dargestellt. Mit großem Abstand führt das Problem der Preissteigerung. Im oberen Drittel liegen konstant das Anwachsen der Kriminalität (von 65 Prozent der Befragten genannt) und die allgemeine Wirtschaftskrise (45 Prozent).

Für 20 bis 30 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Rußlands ergibt sich folgender Problemkomplex: Unsicherheit, Parteienstreit und Korruption im Bereich der politischen Macht, Verschlechterung des sozialen Milieus, moralischer Niedergang und sozialer Werteverfall, Anstieg der Arbeitslosigkeit und Lebensmittelmangel. Der Zustand des sozialen Umfeldes und Probleme des Erhalts der Kultur beunruhigen die Bevölkerung stärker, wenn die ökonomische Anspannung nachläßt; dagegen wird die Aufmerksamkeit für diese Themen schwächer, wenn sich der ökonomische Druck erneut verschärft.

Tabelle 3: Die wichtigsten Probleme der Gesellschaft im Jahr 1993 (in Prozent)

	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preisanstieg	84	84	82	81	81	83	83
Anstieg der Kriminalität	64	67	64	64	65	64	63
Krise der Ökonomie	45	40	43	40	43	41	45
Schwäche der Staatsmacht	33	28	29	27	31	30	31
Anstieg der Arbeitslosigkeit	30	32	30	29	31	31	31
Konflikte in der Führung des Landes	30	25	21	21	19	21	28
Verschlechterung des sozialen Umfeldes	29	33	32	32	32	30	27
Mangel an Lebensmit- teln und Waren	28	25	23	24	24	22	19
Krise der Kultur und Moral	25	27	27	29	29	31	26
Nationale Konflikte	20	17	17	17	19	17	16
Korruption	19	23	20	23	21	25	24
Bewaffnete Konflikte an den Grenzen Rußlands	13	12	11	14	16	16	13
Abkehr von den Idealen des Sozialismus	7	7	7	7	8	9	7
Furcht vor Militär- diktatur	4	4	5	4	3	4	5

Das Problem der Arbeitslosigkeit trat 1991 in das Bewußtsein der Russen. Anfang 1991 empfanden sie 7 Prozent der Bevölkerung als Bedrohung. Ende des Jahres bereits 19 Prozent. Im Laufe des Jahres 1993 blieb der Prozentsatz unverändert. Er pegelte sich auf ein Drittel der Bevölkerung ein (d.h. ca. die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung). Möglicherweise erklärt sich diese relative Stabilität daraus, daß es in diesem Zeitraum kaum Veränderungen in der Zahl der Beschäftigungs- und Arbeitslosen gab. Die Arbeitslosigkeit erreichte im Mai-Juni 1993 mit 740.000-750.000 einen Höhepunkt, wobei sie partiell saisonbedingt war. Zu Beginn des Herbstes wurden in Rußland offiziell ca. eine Million registrierte Arbeitssuchende und ca. 700.000 mit dem Status eines Arbeitslosen gezählt. Man muß freilich hinzufügen, daß es in der Gesellschaft einerseits eine beträchtliche, schwer faßbare versteckte Arbeitslosigkeit (geschätzt auf sechs bis sieben Millionen) und andererseits seit Juni konstant ca. eine halbe Million freie Arbeitsplätze gibt.

Der Mangel an Lebensmitteln und Waren ist das einzige Problem, dessen Nennungen sich zwischen Frühjahr und Herbst um ein knappes Drittel (von 28 auf 19 Prozent der Befragten) reduzierten. Es ist klar, daß im Bereich der Lebensmittelversorgung die augenblickliche Situation viel besser ist als bis zur Perestrojka und ihrem Scheitern. Die reale Lage jener Zeit war freilich so schlecht, daß die jetzigen, viel besseren Zahlen durchaus noch keine Deckung der Nachfrage bedeuten. So konnte man Mitte Oktober laut Statistik der russischen Regierung in 87 Prozent der Geschäfte Sahne kaufen, in 70 Prozent der Geschäfte Eier, in 60 Prozent Zucker, in 34 Prozent Öl und in 28 Prozent Rindfleisch.¹¹

Die Bevölkerung hat jedoch ihre Haushaltswirtschaft schon lange mit einem eigenen System vor den Schwankungen des Marktes geschützt und sich Reserven zugelegt. Die Befragungen, die vor allem in jener Zeit durchgeführt wurden, zeigen, daß 76 Prozent der russischen Familien zu Hause über Sahne verfügten, 80 Prozent über Eier, 85 Prozent über Zucker, 80 Prozent über Öl und 59 Prozent über Fleisch und Fleischprodukte.

An allerwenigsten beunruhigten die öffentliche Meinung die bewaffneten nationalen Konflikte, der Verlust der Ideale des Sozialismus und die Furcht vor einer Militärdiktatur. Angesichts der Tatsache, daß Kriege an den Grenzen Rußlands schon viele tausend Menschen vertrieben und Hunderttausende zur Flucht gezwungen haben, mutet die Gelassenheit in den Beziehungen der Landsleute eigenartig an. Hängt das mit dem „lockeren“ Verhältnis der Russen zum Leben zusammen, dessen Wert und Sinn sie nicht zu schätzen wissen? Sehen die Menschen darin vielleicht nur einen Ausdruck der Heißblütigkeit und des Temperaments der südlichen Nachbarn? Möglicherweise spiegelt

sich in dieser Gelassenheit die Größe Rußlands; eine fremde Krankheit gelangt nicht vom Süden in den Norden, vom Osten in den Westen. Was die Zerstörung der sozialistischen Gerechtigkeitsideale angeht, beunruhigte dieses Thema schon 1991 die Menschen der damaligen Sowjetunion kaum mehr. Doch während es den Politikern und Ideologen zu jener Zeit noch unwahrscheinlich vorkam, tritt dies heute ganz offen zu Tage. Parteien, die zur Vergangenheit zurück wollen, haben kaum eine Anhängerschaft.

4. Die Wahrnehmung der ökonomischen Situation

Tabelle 4 vermittelt umfangreiche Erkenntnisse über das Verhältnis der Menschen zur ökonomischen Situation. Zum einen erfassen die Daten eine relativ breite Zeitspanne, zum anderen bringen die Befragungen die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung auf verschiedenen sozialen Ebenen seitens der Bevölkerung zum Ausdruck.

Ein erster kurzer Kommentar zur Tabelle 4 berührt ihren dynamischen „Schnitt“. Während der sieben Monate wuchs der ökonomische Pessimismus in der öffentlichen Meinung nicht, es scheint sogar, daß er etwas abnahm. So lassen sich keine Gründe für die Behauptung erkennen, daß sich ein schneller und stetiger Niedergang des Lebensstandards vollziehe (Tabelle 2) und Unzufriedenheit und Sorge um die Ökonomie des Landes zunähmen.

Tabelle 4: Wahrnehmung der ökonomischen Situation (in Prozent)

	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Ökonomische Lage Rußlands							
sehr gut, gut	1	1	1	1	1	1	1
mittelmäßig	10	14	15	20	17	16	17
schlecht, sehr schlecht	78	71	70	64	68	71	71
schwer zu sagen	11	14	14	15	14	12	11
Wirtschaftslage in der Stadt, im Dorf							
sehr gut, gut	2	2	3	3	2	2	2
mittelmäßig	29	32	34	37	33	30	34
schlecht, sehr schlecht	54	50	48	46	52	55	50
schwer zu sagen	15	16	15	14	13	13	14
Materielle Situation der Familien							
sehr gut, gut	7	7	8	8	7	7	6
mittelmäßig	48	51	51	48	48	46	51
schlecht, sehr schlecht	43	40	39	41	43	45	41
schwer zu sagen	2	3	2	3	2	2	2
Qualität der Lebensmittelversorgung der Familien							
eher besser	3	4	5	5	6	5	4
unverändert	32	37	36	36	36	35	38
eher schlechter	57	56	56	55	55	57	54
schwer zu sagen	3	3	3	4	3	3	4

Eine zweite Bemerkung soll die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß während des gesamten Zeitraums die Wirtschaftslage Rußlands als besonders kritisch bewertet wurde, die Lage der Familien dagegen als weniger hart. Wir begegnen hier Besonderheiten im Bewußtsein der Menschen. Die Situation in der Familie, zu Hause wird unmittelbar erlebt, ihre Bewertung erfolgt im Vergleich mit der Vergangenheit und mit der Situation in vergleichbaren Strukturen. Und wenn ein Bürger sieht, daß seine Familie, seine Freunde und Verwandten den Mangel an Lebensmitteln im Jahre 1991 überlebten, den Schock der Preisfreigabe verdauten, ihre Arbeit nicht verloren, bei hester Gesundheit blieben, den Humor nicht verloren usw., dann hält er das Leben (unter heutigen Bedingungen) für normal.

Diese Bewertungen sind von Mut und Standhaftigkeit geprägt. Die Bevölkerung kann die Wirtschaft des Landes nur mittels der Informationen über die Massenmedien beurteilen, die vor allem makroökonomische Prozesse und übergreifende gesellschaftliche Probleme reflektieren. Und das sind natürlich vor allem Nachrichten über die Krise, über die Inflation, über den Niedergang der Produktion und Brüche in den Wirtschaftsbeziehungen. Stadt und Dorf erweisen sich als das Mittel, das das Allgemeine (das Land) mit dem Konkreten (der Familie) verbindet. So kann man, wenn man die Fakten insgesamt betrachtet, erklären, warum die Einschätzung der ökonomischen Lage im Zusammenhang mit der Lebensqualität kritischer ausfällt im Hinblick auf das ganze Land und weniger kritisch im Hinblick auf die Familie.

Eine weitere Frage sollte ebenfalls nicht ohne Kommentar bleiben: Warum bezeichnet in einer Gesellschaft, in der – laut offizieller Statistik – ein Drittel der Familien nahe am Existenzminimum lebt und in der ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung kaum ein mittleres Einkommen hat, mehr als die Hälfte (53-59 Prozent) der Teilnehmer der monatlichen Befragung die materielle Lage ihrer Familien als mittelmäßig und sogar besser?

Unsere Antwort: Es liegt nicht nur in der Psychologie der Menschen begründet, in den verhältnismäßig niedrigen Ansprüchen der Russen. Vieles liegt an der prinzipiellen Unzulänglichkeit der offiziellen Statistik. Sie informiert schlecht über die Einkommen außerhalb der Hauptarbeitsverhältnisse, sie informiert gar nicht über „schwarze“ Bezüge. In diesen Bereich der Wirtschaft ist jedoch ein großer Teil der Bevölkerung einbezogen. Die hier erzielten Einnahmen übersteigen häufig das Haupteinkommen. So arbeiteten im Sommer 1992 17 Prozent der Beschäftigten und/oder ihre Familienmitglieder kontinuierlich und 30 Prozent zeitweise in der „black economy“.¹² Im Februar 1993 gestaltete sich das Verhältnis von Haupt- und Zusatzverdienst bei qualifizierten Arbeitern wie 100 zu 124, bei Spezialisten wie 100 zu 677.¹³

5. Ein Blick auf die politische Lage und die Tätigkeit der Regierung

Obwohl sich die Bevölkerung insgesamt von der Politik zurückgezogen hat, erfaßt sie doch recht feinfühlig die politische Atmosphäre, die vor allem von den Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen föderalen Machtstrukturen geprägt wird. Die Regionalpolitiker waren lediglich in der Lage, die allgemeine Situation zu nuancieren, konkrete „mikroklimatische“ Bedingungen zu schaffen.

Als besonders hart wurde das politische Leben in Rußland im März und September 1993 empfunden (Tabelle 5). Im ersten Fall war das das Echo auf den Winterkonflikt zwischen Exekutive und der Legislative in Moskau, der von den interessierten Gruppen im Vorfeld des Referendums ständig angeheizt wurde. Im September reagierte die Gesellschaft auf die Verdichtung der Gewitterwolken, die sich im Sommer zusammengezogen hatten und sich im Oktober in einem politischen und sozialen Sturm entluden.

Tabelle 5: Einschätzung der politischen Situation (in Prozent)

	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Allgemeine Einschätzung der politischen Lage							
zufriedenstellend	*	1	1	1	1	*	*
ruhig	2	2	3	5	5	4	3
gespannt	55	61	63	61	61	61	55
kritisch	37	29	23	23	25	26	34
schwer zu sagen	6	7	10	10	8	9	8
Aussichten auf massive Unzufriedenheit aufgrund der Wohnverhältnisse							
durchaus möglich	35	32	28	31	33	32	33
kaum zu erwarten	47	51	54	50	51	50	50
schwer zu sagen	18	17	18	19	16	18	17
Aussichten auf persönliche Teilnahme an Protestaktivitäten							
eher ja	26	24	21	24	26	26	24
eher nein	55	57	61	58	58	56	56
schwer zu sagen	19	19	18	18	16	18	20
	(* unter Null)						

Zu Beginn jedes Jahres führt das VZIOM eine Meinungsumfrage durch, wie die Menschen das vergangene Jahr einschätzen. Darin schlägt sich zum Teil auch die allgemeine Sicht der politischen Lage im Lande nieder. Aus der Tatsache, daß sich die Daten aus Tabelle 6, die Urteile über die politische Atmosphäre in der Gesellschaft in den Jahren 1991 und 1992 betreffend, faktisch nicht unterscheiden, kann man auf die Existenz konstanter, stereotyper Sichtweisen auf die vergangenen Ereignisse schließen. Einzelne außergewöhnliche Umstände verschieben nur kurz und verhältnismäßig unbedeutend die Einschätzung der augenblicklichen Situation in kritische Bereiche, dann pegelt sich alles wieder ein.

Interessant sind die Auffassungen über Protestaktivitäten hinsichtlich der Wohnverhältnisse und des eigenen Engagements in dieser Frage. An die Möglichkeit von Unruhen glaubt ca. ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung, während lediglich ein Viertel angibt, eine eigene Beteiligung in Erwägung zu ziehen. Häufiger (45-50 Prozent) wird die Möglichkeit von Meetings und Demonstrationen von Moskauern und Petersburgern angenommen, während die Bevölkerung größerer Städte seltener damit rechnet, noch weniger (20-25 Prozent) die Einwohner ländlicher Gegenden.

Die Ohnmacht der Regierungen ist eines der sozialen Probleme, das die Menschen am meisten bewegt (Tabelle 6). Wenn nach dem jeweiligen Charakter der Beziehung zu den verschiedenen Ebenen der Regierung gefragt wird, erhält man den Eindruck, daß im sozialen Bewußtsein tiefe Skepsis hinsichtlich der Fähigkeit der „Oberen“ vorherrscht, mit der Zerrüttung der Wirtschaft, des sozialen und politischen Systems fertig zu werden. Vor diesem allgemeinen Hintergrund existiert natürlich auch eine differenzierte Haltung zur Macht. Das größte Vertrauen wurde über die gesamte Zeit dem Präsidenten entgegengebracht: Im Durchschnitt traute ihm ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung zu, Mittel und Wege zur Überwindung der Krise zu finden. Am höchsten ist das Vertrauen in die Präsidialstrukturen bei den Bewohnern der Großstädte und bei den sozialen Schichten mit höherer Bildung und höherem Einkommen (das ist freilich nicht ein und dieselbe Gruppe). Eine Stufe darunter liegt der Vertrauensbonus der Regierung Viktor Tschernomyrdins: ca. 15 Prozent der Bürger des Landes meinen, er könne einen Ausweg aus der Sackgasse finden.

Tabelle 6: Einschätzung der Fähigkeit der verschiedenen politischen Ebenen zur Beseitigung der allgemeinen Krise des Landes (in Prozent)

	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Präsident							
fähig	26	27	25	21	17	16	20
unfähig	27	28	29	33	32	36	35
kaum Einfluß	19	17	19	19	24	22	21
schwer zu sagen	28	28	27	27	27	26	24
Regierung							
fähig	14	18	16	18	13	12	16
unfähig	26	25	25	28	29	29	29
kaum Einfluß	22	19	22	20	23	25	23
schwer zu sagen	38	38	37	34	35	34	32
Oberster Sowjet							
fähig	6	7	7	7	7	7	6
unfähig	43	43	42	43	41	42	43
kaum Einfluß	18	16	19	18	19	21	21
schwer zu sagen	33	34	32	32	33	30	30
Regionalregierungen							
fähig	12	13	11	13	10	9	12
unfähig	33	32	32	32	34	34	33
kaum Einfluß	27	27	27	29	29	30	30
schwer zu sagen	2	28	30	26	27	27	25

Noch geringer werden die Potenzen der lokalen Macht bewertet. Aber das ist völlig normal, da die Regionen weder die grundlegenden Probleme einer Gesellschaft lösen noch selbständig eine Politik des Auswegs aus der Krise realisieren können.

Der ehemalige Oberste Sowjet schließlich erhielt minimales Vertrauen. Nur ein ganz geringer Teil der Bevölkerung (7 Prozent) ist der Meinung, daß das Parlament das Land aus der Krise führen könnte, die Masse (42 Prozent) glaubt nicht daran.

6. Das Leben ist schwer, aber noch erträglich

„Das Leben ist schwer, aber noch kann man es aushalten“: Vielleicht drückt dieser Satz das Verhältnis der Masse der russischen Bevölkerung zum Leben am deutlichsten aus. In dieser Position fließen das rationale, d.h. das bewußte und überlegte, wie das emotionale, nicht vollständig erklärbares Selbstverständnis ineinander.

Spricht man über das, was man allgemein als Stimmung der Menschen versteht, so begegnet man dem Wort „prächtig“ kaum. Aber daß doch 5 Prozent der Russen während des überwiegenden Teils des Jahres (Tabelle 7) einen solchen inneren Zustand empfanden, zeugt vom Vorhandensein einiger gesellschaftlicher Entwicklungspotenzen. Auf seiten der Optimisten befinden sich natürlich die jungen Leute (im Sommer bekundeten 10 Prozent der bis 29jährigen eine prächtige Stimmung), die materiell Unabhängigen (10 Prozent) und die höher Gebildeten (7 Prozent). Jeder vierte Erwachsene charakterisierte seine Stimmung als „normal“. Das heißt vor allem, daß die Stimmung bei diesem Teil der Bevölkerung nicht von schwierigen Lebensproblemen dominiert wird. Angst und Schwermut treten in der Gesellschaft doppelt so häufig auf wie gutes Befinden, am häufigsten bei Alten (15 Prozent) und Armen (14 Prozent).

Tabelle 7: Charakteristika des Selbstgefühls (in Prozent)

	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Stimmung in den letzten Tagen							
prächtig	5	5	5	5	5	5	5
normal	35	40	41	39	38	38	41
gespannt	43	39	37	39	40	40	39
Angst, Schwermut	6	6	7	7	7	6	6
Allgemeine Einschätzung des Befindens							
nicht ganz schlecht, man kann leben	7	9	10	10	9	9	9
das Leben ist schwer, aber auszuhalten	53	54	54	53	51	50	50
nicht auszuhalten	35	31	29	31	34	35	35
schwer zu sagen	5	6	7	6	5	6	6

Die verschiedensten Probleme und Sorgen erschweren das alltägliche Leben der Menschen, so daß sie höchst selten davon sprechen können, daß es ihnen gut geht. So ist es doch recht kühn, die Behauptung „Es ist gar nicht so schlecht, man kann zurechtkommen“ als optimistisch zu klassifizieren. In Rußland hielt sich diese Meinung über die Situation im Land und im persönlichen Leben im Verlauf des Untersuchungszeitraumes bei 10 Prozent der Bevölkerung. Eine günstigere Meinung findet man wiederum bei drei Schichten: unter der Jugend (18 Prozent), in höheren Einkommensgruppen (17 Prozent) und bei den höher Gebildeten (16 Prozent). Dabei liegt auf der Hand, daß diese Gruppen nicht dieselben Kriterien für die Beurteilung ihrer Lebenslage verwenden, die Befindlichkeit jedoch identisch ist.

Geduld, Demut, Hoffnung in die Zukunft und vielleicht auch auf ein Wunder ist traditionelle russische (und sowjetrussische) Lebensart und Mentalität. Und wenn 30-35 Prozent der Bevölkerung Rußlands meint, es nicht mehr aushalten zu können, dann ist ihre Lebenslage zweifellos schwierig, wenn nicht gar dramatisch.

In erster Linie sind das Menschen, Familien, deren Einkommen zum Überleben nicht ausreicht. 50 Prozent der Familien mit dem denkbar niedrigsten Einkommen sehen sich – nach der vorliegenden Umfrage – an der Grenze des Zumutbaren. Ein hoher Anteil (39 Prozent) der Menschen, die dieses Empfinden artikulieren, leben in mittleren und kleinen Städten und sind bereits älter. Es ist jedoch naiv anzunehmen, daß der große Pessimismus in der Bewertung der Situation in Rußland nur durch die schwierige materielle Lage begründet ist. Viele Probleme ergeben sich aus der politischen Instabilität, der unbestimmten Zukunft, der Ungewißheit des nächsten Tages. Fast ebenso schmerzlich wird die Krise der traditionellen Werte, der Verlust der Ideale, der Niedergang der Moral usw. empfunden. In diesem Zusammenhang ist es nicht verwunderlich, daß im Sommer 1993 über ein Fünftel der Befragten die schwere Situation im Lande kaum ertragen zu können glaubte, obwohl sie keine materiellen Probleme hatten.

* * *

Wir sind weit davon entfernt zu glauben, daß die Stabilität des Verhaltens der Russen und die Beständigkeit ihres sozialen Befindens sich aus den verhältnismäßig gleichbleibenden Lebensbedingungen und dem konservativen Bewußtsein bestimmter Schichten der Bevölkerung und einzelner Individuen erklären läßt. Ein anderes Interpretationsmodell scheint uns eher zuzutreffen, das auch Aussagen zuläßt über Stabilität des Bewußtseins und dessen bestimm-

mende Faktoren sowie über die Dynamik der inneren und äußeren Welt des Menschen. Zugegeben – sieben Monate sind eine recht kurze Zeit im Leben eines Menschen, einer Gruppe, einer Schicht, einer Gesellschaft insgesamt, zu kurz, als daß sich im Bewußtsein oder im Verhalten der Menschen viel geändert hätte. So ergibt sich als erster Grund für die relative Beständigkeit in den Antworten der Befragten, daß sich in den Lebensbedingungen und in der Bewertung der Geschehnisse im Lande tatsächlich wenig änderte. Eine zweite Feststellung ist die eigenartige Nivellierung, die wechselseitige Neutralisierung der positiven und negativen Veränderungen im Bewußtsein der Menschen. Die einen verloren ihre Arbeit und erhielten weniger, während die anderen in derselben Zeit Arbeit fanden und ihr Einkommen wuchs.

Ein Teil der Menschen wandte sich von der demokratischen Umwälzung ab, da sie eine Verschlechterung ihrer ökonomischen Situation nach sich zog, doch etwa ebensoviele Vertreter derselben oder einer ähnlichen sozialen Schicht konnten erst jetzt ihre tiefen, langgehegten soziokulturellen (z.B. religiösen) Wünsche verwirklichen. Das Leben der einen mündete in einer solchen Sackgasse, daß sie sich den Tod wünschten, während andere sich selbst, ihr Tun und ihr adäquates Umfeld fanden und dadurch die Dramatik des Lebens weniger hart empfinden. Es wird also deutlich: Während eine große Zahl sozialer Verschiebungen stattfindet, die in ihrer Summe ein gewisses Gleichgewicht ergeben, wird der äußere Betrachter Ruhe, Stabilität und das Fehlen von Veränderungen vermerken.

Es ist denkbar, daß sich auch in nächster Zukunft, ungeachtet des Preisanstiegs und des sinkenden Lebensstandards, das allgemeine Bild des Selbstgefühls der Bevölkerung Rußlands nicht ändern wird. Zum einen hat sie sich von Staat und Politik distanziiert und gelernt, sich um sich selbst zu kümmern und den eigenen Lebenunterhalt selbst zu gewährleisten. Zum anderen sind die Menschen nicht so reich, als daß sie nicht an das lebenswichtige Brot, und wiederum nicht so geistig arm, als daß sie nur an sich dächten.

- 1 Aus dem Russischen von Editha Kroß. (Anm. d. Red.)
- 2 T. Saslawskaja, Soziologische Erhebung ökonomischer und sozialer Veränderungen in Rußland, in: Ökonomische und soziale Veränderungen: öffentliche Meinungsumfrage, Moskau, Interzentrum, VCIOM, 1993, Nr. 1, S. 3-10.
- 3 Segodnja (Heute) vom 6.11.1993.
- 4 Rossijskie Vesti (RV) vom 24.8.1993, RV vom 15.9.1993; Segodnja (Heute) vom 12.10.1993.
- 5 Segodnja (Heute) vom 6.11.1993.
- 6 Segodnja (Heute) vom 6.11.1993.
- 7 RV vom 3.11.1993
- 8 RV vom 17.11.1993

- 9 A. Surin. Der Lebensstandard der Bevölkerung Rußlands. in: Rossijskije Vesti. 2. November 1993, S. 7.
- 10 Die soziale Entwicklung der UdSSR 1989. Moskau 1990. S. 210.
- 11 Delovoi mir (Geschäftswelt). 27. Oktober 1993, S. 4.
- 12 Ökonomische und soziale Veränderungen: Erhebung der öffentlichen Meinung. Moskau. Interzentrum, VCIOM, Nr. 5, S. 57.
- 13 V. Kosmarskij. Die Funktionsunterschiede der Zweitbeschäftigung im staatlichen und privaten Sektor. Ökonomische und soziale Veränderungen: Erhebung der öffentlichen Meinung. Moskau 1993, Interzentrum, VCIOM, Nr. 1, S. 28.

Arbeitende Bettler?

Bemerkungen zum frühneuzeitlichen Bettler-Begriff

Wer die einschlägigen Rechtsquellen bzw. theologische oder kameralistische Literatur der frühen Neuzeit zur Hand nimmt, wird mit Nachdruck und Überzeugungskraft darauf hingewiesen, daß Bettler dem Müßiggang verfallene oder aus bestimmten Gründen zur Arbeit unfähige Menschen waren. Der Bettler schaffte sich seine Subsistenzmittel, indem er andere durch unterschiedliche Methoden veranlaßte, sie ihm ohne dingliche Gegenleistung zu verabreichen. Arbeit und Bettel standen hier in einem solch konträren Verhältnis, daß sie sich gegenseitig auszuschließen schienen und es offenbar keine wechselweisen Zugänge gab.

Der Bettler war auf das Almosen, nicht aber auf die Arbeit fixiert.

Je mehr die Bettelproblematik im Spätmittelalter die gesellschaftlichen Beziehungen belastete, um so stärker traten Überlegungen in den Vordergrund, deren Anliegen es war, Bettler an Arbeit zu binden. Dem lag die Beobachtung der sozialen Realitäten zugrunde, so daß gefragt werden konnte, in welchen Formen der Bettel figurierte.

Zugleich vermochte man sich auf die Grundaussage zu stützen, die sich in den Paulusbriefen an die Thessalonicher und abgewandt auch an anderen Stellen des NT findet: „...so jemand nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen“ (2. Thess. 3,10).

Um diesen Gedanken in die gesellschaftliche Praxis umzusetzen, war freilich eine Scheidung der Bettler erforderlich, und als Hauptproblem erwiesen sich hier alle Formen des religiös motivierten Bettels. Es reifte also schon im Spätmittelalter die Erkenntnis von der Notwendigkeit der differenzierteren Sicht auf die Bettler, wiewohl es vor 1517 noch erhebliche Schwierigkeiten bereitete, für die Zurückweisung des religiös motivierten Bettels eine entsprechende Argumentationsebene zu finden. Und gerade darauf wäre es schließlich angekommen.

Die Nürnberger Bettelordnung von 1478 wies Bettler als „ungotforchtig“, „unzünftig und ungebührlich“ aus, weil sie „nach dem almsen geen, das einvordern und einnehmen, doch des nit nottdürffig sind“; sie benannte aber solche als Berechtigte, denen nach entsprechender obrigkeitlicher Prüfung „das zeichen“ – eine Metallmarke mit den Symbolen der Reichsstadt¹ als

Erkennungsmerkstück für Bedürftigkeit und Befugnis zuerkannt wurde. Selbst jene, die sich „bey dem tag zu petteln schämen und allein des nachtz petteln wollen“, konnten bei Erfüllung speziell formulierter Kriterien eine diesbezügliche Genehmigung erlangen.² Das Problem des religiösen Bettels war hier – durchaus verständlich – noch ausgeklammert und auf separate Punkte der Ordnung verschoben, wo man denen, „die sich eins erbern briesterlichen wesens halten,“ das Almosenbitten zugestand, aber die Frage der Differenzierung der Almosenempfänger wurde bereits augenfällig in den Vordergrund gerückt. Mehr noch: Es läßt besonders die Passage aufmerken, in der es heißt, daß „die betler und betlerin, den hie zu peteln erlawbt wirdt, die nit krüppel, lam oder plint sind, sollen an keinen wercktag vor den kirchen an der pettelstar mässig sitzen, sunder spynnen oder annder arbeit, die in irem vermügen wer, thun“, andernfalls erfolge entsprechende Bestrafung.³

Ohne daß hier ein ausdrücklicher Bezug zu Bibeltexten oder etwa den Auffassungen der Scholastik erfolgte – denkbar wäre Thomas von Aquin gewesen -, wurde vom Nürnberger Rat eigentlich recht pragmatisch befohlen, daß man sich – trotz der Bettelei – des Müßigganges zu enthalten und zu arbeiten habe.

Und dies war durchaus nicht als „statische“, einmalige Maßnahme, sondern präventiv als „Entwicklungsproblem“ gesehen worden, denn auch die gesunden achtjährigen Bettlerkinder wollte man gewaltsam zur Arbeit bringen, zumindest waren die Büttel gehalten, „alssdann zu versuchen, ob ine hie oder auff dem lannde zu diensten geholffen mocht werden.“⁴

Als sich Ende 1496/Anfang 1497 der Lindauer Reichstag mit der Bettlerfrage befaßte, war dies die erste offizielle Stellungnahme des Reiches zu jenem inzwischen überaus brisant gewordenen Problem. Nach Kenntnisnahme der Nürnberger Erfahrungen machte sich das Reich den dort geübten Bedürftigkeitsgrundsatz wie auch den Gedanken der Arbeitserziehung der Kinder zu eigen. Die Landesobrigkeiten sollten nur jenem (weltlichen) Bettler das Almosenbitten zubilligen, der „mit swacheyt oder gebrechen seins leybs beladen und des [...] notdürftig sey.“⁵

Auf dieser Ebene entfaltet sich im Verlaufe der frühen Neuzeit in den Territorien des Reiches die Bettelgesetzgebung, wobei die Differenzierung in „Würdige“ und „Unwürdige“ durch entsprechende Spezifikation ständig weitere Fortschritte machte, wie sich das zum Beispiel in der Bettlerordnung des Leipziger Rates von 1638 oder dem kunsächsischen Bettlermandat von 1715 niederschlug.⁶ Kennzeichnend aber ist für diese Quellen, daß sie in wachsendem Maße den Bettlern andere Personen(gruppen) zur Seite stellten: Handwerksburschen, Mühlknappen, invalide Soldaten, Huren, Landstreich-

Arbeitende Bettler?

er, gardende Brüder, Hausierer, Diebe, herrenloses Gesindel „oder wie sie sonst Nahmen haben können.“⁴⁷ Aus der Perspektive der normativen Quellen bleibt dabei offen, inwieweit es sich im Rahmen der quantitativen Zunahme des Bettelvolkes während des 16. bis 18. Jahrhunderts um eine qualitative Strukturveränderung dieser sozialen Kategorie handelte.

Als sich der Territorialstaat mit diesen gesellschaftlichen Gruppen auseinanderzusetzen begann, war es zum einen zwingend geworden, einen „weiteren“ Kreis von Personen, den der Bettler-Begriff nicht mehr vollständig abzudecken schien, anzusprechen. Diese Menschen rückten nun immer klarer in einen kriminalisierten Kontext. Marginalität, die freilich leicht zur Kriminalität führen konnte, wurde nahezu global als kriminell etikettiert, was der Kriminalitätsentwicklung in der Regel „förderlich“ war.

Zum anderen mußten aber auch „Alternativen“ in größerer Breite angeboten werden.

Die mit dem Bettelverbot verknüpfte schlichte Abweisung wurde durch Vertreibung, Prügel, Gefängnis und schließlich durch den sogenannten Schub, den organisierten Bettlerabtransport an die Landesgrenze, komplettiert.

Wichtiger jedoch war der Zugriff auf den Arbeitsgedanken. Er äußerte sich in Gestalt der Zwangsarbeit inner- und außerhalb geschlossener Anstalten, war also vornehmlich mit Arbeitsleistung am Fortifikationssystem von Städten (v.a. Residenzen), dem Chausseebau und im Zuchthaus verbunden.

Reformation und Kameralistik sorgten unter territorialstaatlichen Bedingungen für seine „flächige“ Anwendbarkeit.

Auf dem Boden der Schweiz vollzog sich diese Bettlerbetrachtung in gleicher Weise,⁸ und auch Ferdinands I. Polizeiordnung von 1552 für Österreich ob und unter der Enns hielt sich an jene Grundsätze, die in den nachfolgenden Jahrzehnten detailliert weitergeformt wurden.⁹

Daß die Reformatoren ungesäumt gegen den Bettel Position bezogen, entstammte nicht vordergründig irgendwelchen sozialen Intentionen, sondern muß als Bestandteil ihres theologischen Konzepts gesehen werden. Bereits die erste Stellungnahme, die Luther in seiner Schrift „An den christlichen Adel...“ abgab, richtete sich gegen den Bettel „an sich“, betonte er doch, es „solt yhe niemand vnter den Christen betteln gahn“. Wer dabei besonders zurückgewiesen wurde, ergab sich aus den nachfolgenden Erklärungen des Reformators, nämlich „walbruder oder bettel orden“. Aus der älteren Argumentationspraxis stammte dann der Gedanke, der die Differenzierung der weltlichen Bettler nach sich zog: Alte, Kranke, Arbeitsunfähige, denen das Mitgefühl der Besitzenden galt, und arbeitsfähige, unwillige und faule Leute, denen er sagte:

„Es fugt sich nit, das einer aufs andern erbeit mussig gehe“, während die Nachbarn darben.

Diese Zurückweisung traf auch den weltlichen Bettel, der voller Büberei und Betrügerei sei.¹⁰

Wichtige Bestandteile dieses Konzepts fanden im Verlaufe des reformatorischen Prozesses ihren Niederschlag in der protestantischen Armenpolitik mit ihren Anfängen in den Gemeinen Kästen von Wittenberg, Leisnig und Altenburg.

Wenceslaus Linck, seit 1522 evangelischer Geistlicher in Altenburg, wandte sich im Jahre 1523 mit einer Schrift an den Rat seiner Stadt. Der Titel dieses Werkes war Programm: „Von Arbeyt vn[d] Betteln wie man solle der faulheytt vorkommen / vnd yederman zu Arbeyt ziehen“.¹¹ Hier machte er deutlich, daß ein Zusammenhang zwischen der Möglichkeit zur Armenversorgung und dem Bettel bestehe. Nur wenn es dem Rat gelinge, den „vnnützen“, fremden Bettel abzutun, werde die Versorgung der Armen tatsächlich funktionieren können. Auch für ihn spielte also die Unterscheidung in Berechtigte, die aus christlicher Liebe versorgt werden müssen, und Unberechtigte, die auszugliedern sind, eine Rolle. Zugleich verlangte er, daß sich jeglicher vor Müßiggang als einem Teufelswerk hüten möge.

Denn: „...müssigkeit ist alles das / dardurch gottes werck in vnß nit volnbracht wirt / Also alles was wir thun one Gottes wort vnd beuelh / heist müssigkgangen / Arbeit ist so fern heylsam / wo man sie thut in gehorsam / deß gotlichen worttes / darumb das Got auffgelegt hat dem menschen sich in arbeyt zu ernerer etc.“ Und folgerichtig bezeichnet er den Bettel als die gemeinste Form des Müßigganges.¹²

An diesen grundsätzlichen Positionen der Reformatoren gab es im Laufe der frühen Neuzeit nur Änderungen im Nebensächlichen.

Wirft man einen Blick auf die Kameralistik, so tritt als bestimmende Größe der Gedanke vom Staatswohl hervor, das man gern in Übereinstimmung mit dem Wohl des einzelnen, natürlich tätigen und gehorsamen Bürgers sah. Die Autoren ließen keinen Zweifel daran, wie wichtig ihnen die strikte Unterscheidung zwischen den „würdigen“ Armen und den „ünwürdigen“ Bettlern war, die in der Regel von fremden Orten kamen und als deren allgemeines Charakteristikum die Faulheit galt. Sie stellten die tatsächlichen Vertreter des Müßigganges dar, die es zu bekämpfen galt. Mehr oder weniger waren die frühen Kameralisten einer religiösen Argumentation verpflichtet, insbesondere dann, wenn es um die Begründung der Versorgung der Armen als einer Aufgabe christlicher Liebespflicht ging.

Zugleich aber sahen sie es als zu den politischen Obliegenheiten der Obrigkeit gehörig an, stets aufmerksam zu sein, „dormit fleissig gearbeitet“ werde.

Man findet diese Positionen bereits bei Melchior von Osse in seinem Politischen Testament (um 1556),¹³ und sie spielten auch im 17. und 18. Jahrhundert eine wichtige Rolle, jetzt aber erweitert um die ausdrückliche und immer strikter formulierte Zurückweisung derer, die „unfleißig“ waren, sich dem Müßiggang ergaben bzw. mit betrügerischen Mitteln die Leute um ein Almosen angingen, ja dasselbe gar mit Drohungen zu erzwingen suchten.

Johann Joachim Becher, der die Bettler mit Müßiggängern, Dieben, Mördern und Rebellen in einer Reihe stellte, erfaßte zwar schon bestimmte Seiten des Zusammenspiels von gesellschaftlichen und individuellen Komponenten bei der Ursachenbewertung des Bettels und betonte die Notwendigkeit obrigkeitlicher Einflußnahme auf das Problem der Arbeitsplatzbeschaffung, wenn er im „Politische[n] Discurs“ meinte, er lobe nicht diejenigen, „welche ordnen / daß man die Bettellouth auß einem Landt jagen / verweisen und vertreiben solt / es wäre dann Sach / daß sie nicht arbeiten wolten / vielmehr seynd diejenige lobens werth/ welche die arme Leuth suchen / in die Arbeit zu stellen“,¹⁴ doch auch er sah in den Bettlern prinzipiell eine „geschlossene“ soziale Kategorie von Unproduktiven, die auf Kosten des Nächsten, vor allem des Staates, lebte. Während er meinte, Abhilfe durch den Gedanken des Werkhauses schaffen zu können, worunter er ein Arbeits- und Erziehungshaus verstand, das auch Arbeitsplätze außerhalb der Anstalt zur Verfügung hielt,¹⁵ trat Paul Jakob Marperger rigoros für die gesellschaftliche – strafrechtliche wie moralische – Verurteilung des Bettels ein; er hoffte, daß durch den Wegfall des Almosens die menschliche Trägheit zu überwinden sei und der Müßiggänger zur Arbeit veranlaßt werden würde.¹⁶ Wer sein „Armen-Register“ in Augenschein nimmt, findet scheinbar einen differenzierten Katalog von Bettelleuten, doch überdecken Selbstverschuldung, Betrug und Hinterlist, Böswilligkeit und Hartnäckigkeit, unverschämtes, zuchtloses und liederliches, gottloses und verschwenderisches Betragen, Ungehorsam und Mißachtung aller Ordnung und Obrigkeit – als Vorhaltungen an die Bettler gerichtet – alle Ansätze zu einer sozial ausgewogenen Betrachtung.¹⁷ Das Bild wird in dieser Hinsicht auch nicht durch seine - bemerkenswert weitsichtige – Darstellung der Verarmungsursachen in Stadt und Land modifiziert.¹⁸

Für die frühe Neuzeit kann man wohl einen relativ einhelligen Konsens der Besitzenden auf unterschiedlichen sozialen Stufen konstatieren, der darin bestand, Bettel und Armut als zwei Erscheinungen eines sozialen Zusammen-

hanges zwar zu trennen, den Bettler aber generell zu diskriminieren, ja vielfach zu kriminalisieren. Undifferenziert, dafür aber mit zunehmendem Nachdruck, erhielten die Almosensammler von den territorialstaatlichen Obrigkeiten ein einheitliches negativwertiges Etiken verordnet, das von den Besitzschichten in Stadt und Dorf akzeptiert wurde, handelte es sich bei ihnen doch um die schädlichen Leute, von denen man sich konsequent abzugrenzen hatte, um Menschen also, für die es im Grunde keine Reintegrationschance in die Strukturen der etablierten Gesellschaft geben konnte.

Sie hatten mit dem Generalvorwurf zu leben: Bettler wollen nicht arbeiten. Zeitgenössische Politik und Rechtsetzung, Theologie, Staats- und Wirtschaftsbetrachtung wie auch die Alltagspublizistik haben dieses Bild entworfen, kultiviert und lange Zeit nahezu unangreifbar gemacht.

Mühsam und tastend hat sich die Armutsforschung der letzten Jahre einer Quellenkategorie zugewandt, die sich nicht in der Sicht auf die Bettler als Ensemble der Verworfenheit und des Nichtstuns erschöpft – einer Sicht, die zudem aus der Perspektive der Habenden erfolgt –, sondern die den einzelnen bettelnden Menschen schärfer ins Licht rückt und nach seiner Individualität, seinen persönlichen Beziehungen und Zuständen, ja auch nach seinem Denken und seinen Empfindungen fragt.

Von Ernst Schuberts und Norbert Schirdlers Arbeiten sind hier wohl die gewichtigsten Impulse ausgegangen.¹⁹

Den Schlüssel zu ihrer „Innensicht“ der Bettlerszene boten Gerichts- bzw. sonstige Bettlervorhörprotokolle. Natürlich handelt es sich auch bei dieser Quellenkategorie in der Regel um Schriftlichkeit aus der gesellschaftlichen Besitz- und Machtsphäre; selbst die Fragestellungen, mit denen sich die Untersuchungsbehörden den Bettlern zuwandten, kamen aus diesen Kreisen, und Fragende und Aufschreibende standen in einem „Amtsverhältnis“ zu Macht und Besitz. Dennoch ist über jene Protokolle der unmittelbarste Zugang zur Lebenswelt der Bettler zu erlangen, der mittels der archivalischen Überlieferung erlangt werden kann.

Im wesentlichen handelt es sich hierbei um drei Kategorien protokollarischer Aufzeichnungen:

1. Gerichts- und/oder Konsistorialprotokolle, die im Zusammenhang mit strafrechtlichen Verfolgungen oder Ehe- bzw. Schwängerungssachen entstanden,
2. Visitationsprotokolle der Armenbehörden, die im Zuge der Selektion der Almosensuchenden in „Würdige“ und „Unwürdige“ angelegt wurden, also dazu dienten, Almosenbezug und Bettelerlaubnis oder Bettelverbot und Bestrafung festzusetzen sowie

Arbeitende Bettler?

3. Verhörprotokolle der Bettlerbehörden, die ein Ergebnis der Befragung von solchen Almosenbittern darstellten, denen entsprechende Umgänge durch landesherrliches Mandat und/oder stadträtliche Bettelordnung untersagt waren; diese Verhöre sollten vornehmlich dazu dienen, den Umfang der Mißachtung des landesherrlichen oder stadträtlichen Willens zu ermitteln und das hierfür geltende Strafmaß festzulegen.

Jene letztgenannte Quellengruppe soll nachfolgend dafür herangezogen werden, die Stichhaltigkeit der Gleichsetzung *der* Bettler mit *den* arbeitsunwilligen Müßiggängern zu überprüfen. Gewählt wird das Beispiel Leipzig, dessen Almosenamt 1771 über 3260 Arme versorgt hatte und wo in der Stadt „fast 1300 höchst dürftige Personen“ lebten.²⁰

Am 20. Januar 1772 verzeichnete der Leipziger Gerichtsfron, daß tags zuvor 126 Männer, Frauen und Kinder durch die Tore gegangen seien, um auf dem Land zu betteln. Von diesen habe man 97 im Turm am Grimnaischen Tor und 29 im hiesigen Zuchthaus eingesperrt und dort verhört.²¹ Als einschlägige Rechtsgrundlagen konnte dafür die Leipziger Armenordnung von 1704 mit ihren Festlegungen gelten, daß „gottlose böse Leute / welche ein unchristliches / lasterhaftes Leben mit Verachtung göttliches Worts und deren heiligen Sacramenten / Gotteslästern / Fluchen / Spielen / Sauffen / Unversöhnlichkeit / Hurerey / und anderen bösen Thaten führen / in gleichen die / so ihren Unterhalt auf eine oder andere zugelassene Weise selbst zu erwerben vermögend sind / [...] zur Arbeit nach ihrem Stande / Alter / Wissenschaft und Kräfften anzuhalten und darmit zu bändigen“ seien, Bettler aber, „wann sie sich betreten lassen / fortgetrieben / oder nach Befinden ins Zucht-Hauß gebracht werden“ sollen.²² Das landesherrliche Mandat vom 5. April 1729 hatte das Betteln im Kurfürstentum Sachsen generell unter Strafe gestellt.²³

Bei der Analyse der Verhörinformationen wird zu berücksichtigen sein, daß es von den einzelnen Gefangenen einerseits personen- und sachbezogene Aussagen gab, die unter den Bedingungen einer Stadt mit 32 000 bis 35 000 Einwohnern um die Mitte des 18. Jahrhunderts²⁴ von den städtischen Behörden durchaus überprüfbar waren (Namen, Alter, soziale und geographische Herkunft, Familienstand, Kinderzahl, Wohnplatz in der Stadt, momentane Beschäftigungssituation, äußerer Gesundheitszustand); man wird folglich hier mit einem relativ hohen Wahrheitsgrad zu rechnen haben. Andererseits enthalten die Informationen eine Reihe von Bewertungen (soziale Situation, gesundheitliche Lage, persönliche Haltung zum Bettel, Beurteilung der Umwelt, u. a. der Dienstverhältnisse etc.), die eine besonders skeptische Aufmerksamkeit erfordern.

Die Alters- und Geschlechterverhältnisse der Gefangenen sind für 113 Personen auszumachen.²⁵ Auf 58 (51,3 %) Frauen und Mädchen zwischen 8 und 82 Jahren, was einem Durchschnittsalter von 32,3 Jahren entspricht, entfielen 55 (48,7 %) Männer und Knaben zwischen 6 und 75 Jahren (Durchschnitt: 31,7).

Altersgruppe	Frauen/Mädchen	Knaben
bis 10 Jahre	7	11
bis 15 Jahre	7	9
bis 25 Jahre	12	6
bis 50 Jahre	20	16
bis 65 Jahre	8	10
bis 75 Jahre	3	3
bis 85 Jahre	1	—

16 Familien, 8 Witwen und 2 verlassene Ehefrauen finden sich ausdrücklich aufgeführt, bei 3 Männern ist der Witwerstand anzunehmen. Krankheiten, die auf die Arbeitsfähigkeit möglicherweise Einfluß gehabt haben, sind in 7 Fällen benannt worden.

Der Bettel von Kindern und Jugendlichen bis zu 15 Jahren fiel mit knapp 16 Prozent (bis Zehnjährige) bzw. etwa 30 Prozent (bis Fünfzehnjährige) beträchtlich ins Gewicht.

Prüft man die sozialen Verhältnisse dieser Bettlergruppe am Kriterium der Angaben über das Elternhaus, so läßt sich erkennen, daß das Gros zu Hause wohnte, daß zum Teil nicht mehr beide Eltern lebten und häufig eine relativ große Zahl von Geschwistern vorhanden war, woraus sich zum einen die Notwendigkeit des Ganges „nach dem Brode“ ergab. Zwei Zwölfjährige besuchten die Almosenschule, vier 12-15jährige haben Arbeitsverhältnisse als Äpfelverkäufer, Hand- bzw. Manufakturarbeiter mit einem Wochenlohn von vier Groschen zu Protokoll gegeben, wovon man nicht leben könne.²⁶

Das Tätigkeitsprofil der Eltern läßt eine „Oberschicht“ erkennen, die von einem Schneider und einem auftragslosen Böttcher gebildet wird, dann folgen fünf Tagelöhner, vier Gartenarbeiter, drei Soldaten, je zwei Spinner und Schuhflecker sowie Manufakturgesellen, Obsthändlerin und Magd. Wir haben es also eindeutig mit einem Ausschnitt aus der Leipziger Stadtarmut zu tun, und es muß als Dramatisierungsmoment in sozialer Hinsicht die ausdrücklich

Arbeitende Bettler?

hervorgehobene (derzeitige) Arbeitslosigkeit von fünf Elternteilen erwähnt werden.

Als besonders auffällige Erscheinung – bei einer solchen Soziallage an sich nicht unerwartet – tritt der Gruppenbettel der Kinder bzw. der Bettel der Kinder mit den Eltern hervor.

Der zehnjährige Carl Friedrich Brückner, ein Stadtkind, das beide Eltern noch hatte, sagte z.B. aus, daß der Vater als Gartenarbeiter derzeit nichts verdiene: der Junge habe noch fünf Geschwister „so alle wie er betteln giengen“.²⁷

Die sechs, neun, zehn und zwölf Jahre alten Kinder der Familie Seyferth sagen: „Ihr Vater wäre ein Gärtner und wohnte in Hartungs Hause auf der Sand Gasse: wären täglich ihrer 8 zu Tische und da der Vater nicht Brodt genug für sie hätte, so wären sie gestern aufs Land betteln gegangen.“²⁸ Immer wieder tritt der Aspekt der Notlage in der kindlich-jugendlichen Begründung für das Brotbitten hervor, und der zehnjährige Johann Gottfried Emanuel Hacke betonte, daß er die Schule besuche, „und wenn selbige aus wäre, so ginge er betteln, weil sein Vater ihm kein Brodt geben könnte.“ Der, ein 61jähriger abgedankter sächsischer Soldat, „verrichte Tagelöhner-Arbeit. Da er nun ietzo keine Arbeit und Brodt hätte, so wäre er mit gedachten Sohne gestern aufs Land gegangen, um sich was Brodt zu hohlen.“²⁹

Das Sozialprofil der Erwachsenen unterscheidet sich kaum von jenem, das bereits im Zusammenhang mit den Eltern der kindlichen und jugendlichen Bettler angetroffen würde. Auch hier wird wieder ein Blick in die Leipziger Stadtmutter der zweiten Hälfte des 18. Jhs. möglich: 15 Mägde bzw. Hausmägde, zehn Handlanger und Handarbeiter, neuen Tagelöhner, sechs Soldaten, Manufakturarbeiter, Knopfmacher, Seidenarbeiter, Schuhflicker und Flickschneider, Stickerinnen, Näherinnen, Spinnerinnen, Gelegenheitsarbeiter, Hausknechte, Markthelfer, Holzhacker, zwei Handwerksgesellen und ein Grünwarenhändler. 28 Personen, sowohl Männer als auch Frauen, gaben an, ohne Arbeit zu sein, in vielen anderen Fällen spielte die allgemein schlechte Verdienstlage eine entscheidende Rolle.

Der 56 Jahre alte Seidenwirker Christian Gottlieb Egler, in der Sandgasse wohnhaft, „Gestand, daß er betteln gehe, weil er keine Arbeit und kein Brodt hätte.“³⁰ Und Gottfried Ahlsleben, 64 Jahre alt, war Bürger und Schuhmachermeister, bevor er in Vermögensverfall geriet. Er habe dann Schuhe geflickt und sei schließlich Hausknecht bei Dr. Wagner geworden; weil er in der letzten Zeit keinen Verdienst gehabt habe, sei er gestern betteln gewesen.³¹ Wenn der kursächsische Kammerrat Johann Christian Raabe 1749 in einem Wirtschafts-

gutachten mit Bezug auf das mittelsächsische Leinengewerbe fast 10 Prozent der Meister feststellte „so theils vorarmeth, theils betteln“³² dann zeigt diese zeitgenössische Lagebeurteilung an, daß das Leipziger Beispiel kein Sonderfall war.

Tätigkeitswechsel, wenn die Ausübung einer bestimmten Arbeit unmöglich geworden war, begegnet mehrfach. So findet sich z.B. die Aufnahme einer Markthelferarbeit durch einen ausgedienten Soldaten oder die Annahme von Handarbeiten nach beendetem Landmilizdienst bzw. nach Arbeitslosigkeit in der Seidenmanufaktur, ebenso aber auch mehrfach Tagelöhner-tätigkeit bei Produktionseinstellung der Seidenwirkerei der Manufaktur von Johann Christian Raabe.³³

Immer wieder muß der Schreiber fixieren, die verhörte Person „gehe nur, wenn sie nichts zu arbeiten habe, nach Brode“.³⁴

Mitunter wurde die zeitliche Befristung des Bettels (seit einem Vierteljahr, manchmal, bisweilen, gestern erstmals) genannt und in neuen Fällen auch die Zurückweisung des Bettelvorwurfs versucht, doch geschah dies mit wenig glaubhaften Argumenten (Verwandten- oder Bekanntenbesuch, Brotkauf, Brotgeschenk von guten Leuten), so daß an sich nur die Aussage des Schneidergesellen Johann Friedrich Schulze, 21 Jahre alt, ernsthafter klingt, der zu Protokoll gab, daß er eigentlich bereits wieder fortgewandert sein würde, hätte ihn nicht die Krankheit daran gehindert.³⁵ Natürlich ist auch in solcher Situation das Bettelverbot der Landesordnung von 1729 zu bedenken, bei dessen Mißachtung ein Zunftangehöriger in erhebliche Schwierigkeiten geraten konnte.

Generell muß konstatiert werden, daß man in der städtischen Unterschicht den Bettei als traditionelle Lebensercheinung, zugleich aber auch aus engster Berührung mit den Bettlern kannte, ihm trotz der Verbote und wilden Drehgebärden der Obrigkeit als soziale Erscheinung akzeptierte, weil er eine „Strategie“ im Zusammenspiel mit den arbeitsbestimmten Sozialverhältnissen darbot.

Das Gros der Verhörten gab die Teilnahme am Bettel ohne Umschweife, aber auch ohne Pathos zu. Er schien diesen Menschen eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit zu sein. Bettel war eine „Hilfs- und Ersatz-Sicherung“ bei Ausfall oder Einschränkung von persönlicher Arbeitsfähigkeit, vor allem aber bei Arbeitslosigkeit.

In manchen konkreten Einzelfällen muß sich der Historiker heute die Frage stellen: War ein Handwerksgeselle, in den obrigkeitlichen Ordnungen seit geraumer Zeit heftig wegen „Faulheit“ attackiert, unglaubwürdig, wenn er den

Arbeitende Bettler?

Rat mit den Worten um Hilfe bat: „[...] ich habe nichts verdienen können. darzu auch mich marode gegangen [...] ich aber will mich gerne meiner Hände Arbeit weiter Ehrlich nähren und hinbringen, [...] daß ich als ein Ehrlicher gesell wieder in Arbeit nuf und angenommen werden inöchte [...]“³⁶ Die Bevorzugung der Unglaubwürdigkeit des Gesellen würde die „Faulheits“-Behauptung favorisieren!

Der Historiker wird mit Hilfe seiner Quellenerfahrung in solchen Situationen wohl zurückhaltend „entscheiden“ müssen.

Das Almosenbitten spielte eine wichtige Rolle bei der Aufbesserung des finanziellen Fonds der Familie. Zeitweiliger Kinder- bzw. Frauenbettel half, das Arbeitseinkommen des Mannes zu ergänzen oder zu vertreten.

Saisonale Arbeiten – vor allem in der Landwirtschaft, im Bauwesen und während der Messen – wurden sicher oft nur deshalb möglich, weil außerhalb dieser Verdienstzeiten die Familienexistenz über den Bettel abgestützt werden konnte. Eine stabile Einkommensquelle dürfte er nirgendwo gewesen sein, und auch über die „Erfolgsquote“ der Bettler können nur Vermutungen angestellt werden.

Wird nach diesen Erwägungen nochmals die Eingangsfrage aufgeworfen, so ist zumindest hinsichtlich des scheinbar klar und einheitlich umrissenen Begriffsinhalts für *den* Bettler die höchste Skepsis angebracht. Wenn sich im Leben großer Teile der Unterschichtenbevölkerung Arbeitstätigkeit und Bettel zu verschiedenen Seiten *einer* Existenzweise verbanden, war es offensichtlich falsch, in ihm ausschließlich eine Äußerung des Müßigganges zu sehen. Diese Feststellung wird auch durch die Fülle biographischen Materials bestätigt, das die sogenannten „Bettelbriefe“ vom Beginn der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts enthalten.³⁷

Es kann und soll hier nicht bestritten werden, daß die Gleichsetzung von Bettel und Müßiggang eine gesellschaftliche Rolle spielte, doch war damit wohl kaum die HAUPTerscheinungsform des unerlaubten Almosenbittens gemeint. Diese Form von Bettel findet sich vornehmlich, von den gesellschaftlichen Umständen erzwungen, in vielfältig strukturierter Verbindung mit Arbeit wieder und war in der Regel wenig spektakulär. Sie stellte für die Menschen meist bitteren Notbehelf, nicht aber gewünschte Lebensweise dar, wie Betrachtungen aus der Besitzerperspektive glauben machen wollen.

Viel von der Kompliziertheit der sozialen und mentalen Problematik des Daseins arbeitender Bettler erschließt uns die Aussage der Johanna Christiana Breitschwerdtin. Sie war Leipzigerin, 54 Jahre alt, unverheiratet und wohnte – wie viele aus diesem Kreis – zur Miete in der Sandgasse, im Osten vor der

Stadt (Johannisvorstadt). Stets habe sie hier gedient, sei jedoch, so gab sie zu Protokoll, vor einem Vierteljahr krank geworden, noch nicht gesund „und lebte von gutherzigen Leuten, die ihr dann und wann etwas zuwürffen, da aber dieses bey dem theuren Brodte nicht zulänglich wäre, weil sie darneben nicht viel verdienen kömte, so wäre sie gestern aufs Land betteln gegangen, weil sie sich dieses in der Stadt zu thun, schämte, da sie, wenn sie wieder gesund seyn werde, wieder in Dienste gehen wollte.“³⁸

Individualisierung gesellschaftlicher Sachverhalte hilft generell, bestimmte Erscheinungen schärfer zu erfassen und differenzierter zu bewerten; sie trägt in diesem Fall dazu bei, den Bettel nicht konträr zur Arbeit zu sehen. Dies scheint mir zur Korrektur des „gängigen“ Bettlerbildes notwendig zu sein.

- 1 Ch. Sachße/F. Tennstedt (Hrsg.), Bettler, Gauner und Proleten. Armut und Armenfürsorge in der deutschen Geschichte. Ein Bilderbuch. Reinbek bei Hamburg 1983, S.46f.
- 2 J. Baader (Hrsg.), Nürnberger Polizeiordnungen aus dem 13. bis 15. Jahrhundert. Stuttgart 1861, S. 316-320.
- 3 Ebenda, S. 317.
- 4 Ebenda.
- 5 H. Gollwitzer (Hrsg.), Deutsche Reichstagsakten. Mittlere Reihe, Bd. 6, Göttingen 1979, Nr. 51.
- 6 E[ines] E[hrsamen] vnd Hochweisen Raths der Stadt Leipzig Vernewerte Bettler-Ordnung / Derer sich das Armuth / so wol Einheimisch als Frembde gemeß bezeigen soll. Leipzig 1638. – Ihrer Königl[ichen] Majest[ät] in Pohlen / etc. Churf[ürstlichen] Durch[laucht] zu Sachsen / etc. Mandat Wieder Die Bettlere / Land-Streicher und ander böses Gesindel / [...], Dreßden [...] 1715.
- 7 Mandat Wieder Die Bettlere. Cap. I.
- 8 A.-M. Dubler, Armen- und Bettlerwesen in der Gemeinen Herrschaft „Freie Ämter“ (16. bis 18. Jahrhundert), Basel 1970 (= Schriften der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde, 50), A.-L. Head/B. Schnegg (Hrsg.), Armut in der Schweiz (17.-20. Jahrhundert), Zürich 1989 (= Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 7).
- 9 K. Weiß, Geschichte der öffentlichen Anstalten, Fonde und Stiftungen für die Armenversorgung in Wien, Wien 1867, S. 38ff.; H. Stekl, Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser, 1671 bis 1920. Institutionen zwischen Fürsorge und Strafvollzug, Wien 1978.
- 10 D. Martin Luthers Werke. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 6, Weimar 1888, S. 450f.
- 11 Wenceslaus Linck, Von Arbeyt vn[d] Betteln wie man solle der faulheyт vorkommen / vnd yedermann zu Arbeyt ziehen, [Altenburg] 1523.
- 12 Ebenda, Abschnitt Von Bettlen.
- 13 O. A. Hecker (Hrsg.), Schriften Dr. Melchiors von Osse. Mit einem Lebensabriß und einem Anhang von Briefen und Akten, Leipzig/Berlin 1922, S. 314 (= Schriften der Sächsischen Kommission für Geschichte).
- 14 Johann Joachim Becher, Politische Discurs, Von den eigentlichen Ursachen / des Auff- und Abnehmens der Städt / Länder und Republicken / [...], 2. Aufl., Franckfurt 1673, S. 244.
- 15 Der Werkhausidee waren auch die anderen bedeutenden, in Österreich tätigen Kameralisten verpflichtet; vgl. Ph. W. von Hömigg, Österreich über alles, wenn es nur will. Nach der Erstausgabe von 1684 [...] hrsg. von Gustav Ortuba, Wien 1964. – Wilhelm von Schröder, Fürstliche Schatz- und Rentkammer [Leipzig 1704].

Arbeitende Bettler?

- 16 P[aul]J[akob]M[arperger], Wohlmeynende Gedancken ueber die Versorgung der Armen [...], 1733. Reprint: Leipzig 1977.
- 17 Ebenda, S. 8ff.
- 18 Ebenda, S. 133-142.
- 19 Vgl. u.a. E. Schubert, Arme Leute, Bettler und Gauner im Franken des 18. Jh., Neustadt/Aisch 1983 (= Veröff. der Gesell. f. fränkische Geschichte, IX, 26). - Ders., Mobilität ohne Chance: Die Ausgrenzung des fahrenden Volkes, in: W. Schulze/H. Gabel (Hrsg.), Ständische Gesellschaft und Mobilität, München 1988, S. 113-164 (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 12). - N. Schindler, Die Entstehung der Unbarmherzigkeit. Zur Kultur und Lebensweise der Salzburger Bettler am Ende des 17. Jh, in: Bayerisches Jb. für Volkskunde 1988, S. 61-130. - Ders., Widerspenstige Leute, Studien zur Volkskultur in der frühen Neuzeit, Frankfurt/Main 1992.
- 20 StadtA Leipzig, Stift. VII.12, Acta, das gnädigst ergangene Mandat wegen Versorgung derer Armen und Abstellung des Bettelwesens. ingl. die Armen-Ordnung der Stadt Leipzig, 1772, Bl. 44, 50.
- 21 StadtA Leipzig, Stift. VII.4, Acta wieder das Bettelwesen alhier, 1772, Bl. 1.
- 22 Der Stadt Leipzig Armen-Ordnung, Leipzig 1704, S. 10f.
- 23 Codes Augusteus oder Neuvermehrtes Corpus iuris Saxonici, Bd. 3, Leipzig 1772, S. 537-554: Widr das Bettel-Wesen etc., v. 5. April 1729.
- 24 K. Czok, Das alte Leipzig, 2., verb. Aufl., Leipzig 1985, S. 163.
- 25 Vgl. Anm. 21, Bl. 1-23b.
- 26 Ebenda, Bl. 14.
- 27 Ebenda, Bl. 21.
- 28 Ebenda, Bl. 16.
- 29 Ebenda, Bl. 12.
- 30 Ebenda, Bl. 10.
- 31 Ebenda, Bl. 9.
- 32 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Geheimes Konsilium, Loc. 5321, Acta, die von dem Kaufmann in Leipzig Johann Christian Raaben zw Emporbringung des Commercii hiesigen Landes gethane Vorschläge [...] 1749, Bl. 17b f. - Vgl. dazu K. Czok/H. Bräuer (Hrsg.), Studien zur älteren sächsischen Handwerksgeschichte, Berlin 1990, S. 70 (= Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Philolog.-hist. Klasse, Bd. 130, 6).
- 33 Vgl. Anm. 21, Bl. 11, 14b-16b. - Es war insbesondere die Textilproduktion, und hier vor allem die Seidenherstellung, die in den siebziger Jahren des 18. Jh. von einer tiefen Krise betroffen wurde, so daß es zu vielen Entlassungen kam; vgl. E. Dietzmann, Die Leipziger Einrichtungen der Armenpflege bis zur Übernahme der Armenverwaltung durch die Stadt 1881, Diss. Leipzig 1932, S. 42f.
- 34 Vgl. Anm. 21, Bl. 18 f. und mehrfach.
- 35 Ebenda, Bl. 10.
- 36 StadtA Leipzig, Tit. VIII. 334, Nachträglich zum Vorschein gekommene Beschwerden, Bittbriefe, Schutzzettel etc., 1763, Bl. 212-214.
- 37 StadtA Leipzig, Tit. VIII. 337, Bettelbriefe, 1792-1793.
- 38 Vgl. Anm. 21, Bl. 16b.

Ranke und die politische Schule der deutschen Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert Zum Verhältnis von Geschichte und Politik*

Am 20. Februar 1817 wird Leopold Ranke an der Universität Leipzig zum Doktor der Philosophie und Magister der freien Künste promoviert. Die bei dem Philologen Gottfried Hermann entstandene Dissertation, die bis heute verschollen ist, handelt von den „politischen Lehren“ des Thukydides¹, den Ranke schon von Schulpforta her kennt.² Sie begründet seine dauernde Hochschätzung dieses Autors. Thukydides gilt Ranke in der Folge nicht nur als Lehrmeister der Politik,³ sondern auch als Muster der Historiographie: er schreibt nationale Zeitgeschichte⁴, läßt dabei strenge Unparteilichkeit walten⁵, gewinnt daraus die Grundsätze historischer Kritik⁶; er hat damit „eine Gattung der Geschichtschreibung hervorgebracht und gewissermaßen vollendet“⁷, ja, „die Geschichte eigentlich produziert“⁸. Neben ihm tritt Herodot: er schreibt universale Geschichte⁹, verbindet „unendliche Weltumfassung“¹⁰ mit der Einstellung auf den Weltkampf zweier „Völkerkomplexe“¹¹, durchdringt alles mit einem universalhistorischen „Geist der Unparteilichkeit, freier Prüfung, möglichsten Verständnisses“¹²; er bietet damit „das älteste, wahrhaft historische Werk“¹³, das „Grundbuch des historischen Wissens“¹⁴, „die erste wirkliche Geschichte, welche geschrieben wurde“¹⁵. Ranke sieht beide als die „Begründer aller historischen Wissenschaft und Kunst“ an.¹⁶ Als er am 20. Februar 1867 in Berlin mit Schülern und Kollegen sein fünfzigjähriges Doktorjubiläum feiert, erscheint ihm beim Rückblick auf seine Leipziger Studienzeit Thukydides als der „erste große Geschichtschreiber, durch den ich in der Tiefe ergriffen worden bin“, als einer der „Geister, denen ich die Grundelemente verdanke, aus denen sich meine späteren historischen Studien auferbaut haben“¹⁷. Das für ihn schönste Geschenk, das er an diesem Tag erhält, ist die Doppelbüste des Herodot und Thukydides.¹⁸ die er noch in späteren Jahren seinen Besuchern vorführt.¹⁹

Ranke beendet am 20. Februar 1867 die Serie seiner Ansprachen oder Erwidernngen mit einer Tischrede, die er geradezu sein „historisches Testa-

* Dieser Artikel bietet den Text eines Vortrags, den der Verfasser am 9. Juli 1993 im Kreise der Karl-Lamprecht-Gesellschaft in Leipzig gehalten hat.

ment“ nennt.²⁰ Er gibt darin eine Ortsbestimmung der deutschen Geschichtswissenschaft, die in eine Prognose ausläuft: nach Kriterien, die bis zu einem gewissen Grad seiner Gegenüberstellung oder Konfiguration der beiden griechischen Geschichtsschreiber entsprechen.

Ranke beginnt mit einem Vergleich zwischen der deutschen und der „fremden“ Historiographie. Die Italiener, Engländer, Franzosen sind politisch, ganz auf den „Moment“, d.h. die Gegenwart bezogen, „ganz national“: sie thematisieren vorzugsweise die eigene Geschichte, und zwar insoweit, als sie sich mit unmittelbaren Gegenwartsinteressen in Verbindung bringen läßt; ihre Betrachtungsweise ist einseitig, parteilich, subjektiv. Demgegenüber zeichnet sich die deutsche Historiographie durch ihre Universalität aus: sie strebt über die eigene Geschichte hinaus zur Weltgeschichte; ihre Betrachtungsweise ist vielseitig, unparteilich, objektiv. Rankes Bilanz ergibt, daß jede Seite der anderen gleichermaßen überlegen wie unterlegen sei, daß also beide sich angleichen müßten: die „fremde“ Historiographie soll universal werden, ohne ihre nationale Einstellung preiszugeben; die deutsche Historiographie soll national werden ohne ihrer Universalität zu entsagen. Die Schlußsätze der Rede lauten: „Was uns fehlt, ist die Kraft, die Fülle des Moments zu erfassen, aber wir werden auch das erreichen, wie es in Verbindung mit jener allgemeinen Richtung mir stets vorgeschwebt hat. Wenn ich nun sehe, mit welcher Kraft und Fleiß gerade jüngere Generationen diesen Weg betreten haben, und wie sie den Moment zu erfassen suchen, so möchte ich sagen: ich blicke wie Moses in das gelobte Land einer zukünftigen deutschen Historiographie, wenn ich es auch nicht sehen sollte, in der sich das vollenden wird, wonach ich zeitlebens gestrebt, und was ich auf Andere zu übertragen gesucht habe. Somit schlage ich Ihnen denn ein Hoch vor auf die Zukunft der deutschen Historiographie.“

Dieses „historische Testament“ ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Das erste ist das Vermächtnis selbst, das der deutschen Geschichtswissenschaft hier zuteil wird: die Forderung, Universalität und Nationalität, Objektivität und Subjektivität, Geschichte und Politik zu verbinden. Das zweite ist die Behauptung oder Feststellung Rankes, daß es ihm in seiner eigenen Geschichtsschreibung immer schon darum gegangen sei, diese Forderung zu erfüllen. Das dritte ist, daß Ranke bereits jüngere deutsche Historiker auf dem Weg sieht, sein Vermächtnis und damit sein eigenes historiographisches Programm auszuführen oder weiterzuführen. Wer sind diese „jüngeren Generationen“? Alles spricht dafür, daß Ranke auch und vor allem jene Gruppe von Historikern im Auge hat, der es damals in besonderem Maße auf eine Verbindung von „Vergangenheit und Gegenwart“²¹, „Politik und Wissen-

schaft²² ankommt. Diese politische Schule der deutschen Geschichtswissenschaft hat sich nach der Revolution von 1848/49 in einem „liberal-konservativen Kreise“ von Historikern²³ herauszubilden begonnen; sie stellt die Historie in den Dienst des nationalen Gedankens, der ihr immer mehr in der Vorstellung eines deutschen Rechts- und Verfassungsstaates unter preußischer Führung Gestalt annimmt; ihre Hauptautoren sind Johann Gustav Droysen, Heinrich von Sybel, Ludwig Häusser, anfangs auch Georg Gottfried Gervinus, der freilich schon früh einen anderen politischen Weg einschlägt, ohne indessen den Grundansatz der Schule zu verlassen, zuletzt Heinrich von Treitschke; Anfang 1867, nach der Entscheidung im „Deutschen Krieg“, die den Weg zu einer preußisch-nationalliberalen Lösung der deutschen Frage freigemacht hat, steht sie auf einem Höhepunkt ihres Ansehens. Auf diese Schule setzt Ranke seine Hoffnung.

Rankes Geschichtsschreibung als Vorbereitung der politischen Schule und die politische Schule als Voliendung der Rankeschen Geschichtsschreibung: das widerstreitet allerdings einer immer noch weithin herrschenden „communis opinio“ über das Verhältnis zwischen beiden. In allen einschlägigen Gesamtdarstellungen oder Einzeldarstellungen zur deutschen Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert überwiegt eine Betrachtungsweise, die eher Spannungen, Differenzen, Gegensätze in den Vordergrund stellt als Übereinstimmungen oder Querverbindungen. Es mag genügen, ein zusammenfassendes Urteil von Thomas Nipperdey zu zitieren: Ranke verkörpert ihm „die eine Linie des Historismus, die objektivierende“, die politische Schule eine „engagierte“ Linie, die „auf die Begründung von Handlungsnormen aus der Geschichte“ abzielt; historische Objektivität steht gegen politische Parteinahme; der Wissenschaftsanspruch der politischen Schule tritt hinter dieser Dichotomisierung oder Polarisierung zurück.²⁴ Andererseits ordnet Nipperdey Ranke wie die politische Schule einem einheitlichen Begriff des Historismus zu; er setzt damit gemeinsame Ursprünge und gemeinsame Absichten voraus. Wir wollen versuchen, solche Gemeinsamkeiten im Anschluß an Rankes Rede vom 20. Februar 1867 zu präzisieren; wir verzichten dabei allerdings auf eine umständliche Erörterung des sehr umstrittenen Historismus-Problems²⁵, sondern konzentrieren uns auf die Texte und damit auf das Selbstverständnis der Autoren.

Freilich fallen bei der Lektüre der Quellen zunächst einmal die scharf absprechenden Urteile ins Auge, die Ranke und Autoren der politischen Schule immer wieder übereinander oder gegeneinander abgegeben haben; sie scheinen jene von Nipperdey resümierte „communis opinio“ vollauf zu

bestätigen. Ranke, der den politischen Historikern am 20. Februar 1867 seine Zustimmung bekundet, hat weder vorher noch nachher Bedenken, sich von ihnen zu distanzieren. Sein durchgängiger Vorwurf ist der der Tendenzhistorie: „Die politische Ansicht kann so stark auftreten, daß sie den Tatsachen Gewalt antut; diese können dadurch verdunkelt und in ihrem Wesen verunstaltet werden.“²⁶ Gegen Droysens „Geschichte der preußischen Politik“ wird 1858 in diesem Sinne eingewandt: „aber er spricht zu viel selbst. die Dinge läßt er selten zu Worte kommen“; „wird man nicht sagen müssen, daß der Geist außerhalb der Dinge bleibt und sie nicht eigentlich durchdringt?“²⁷ In Rankes Nekrolog auf Gervinus vom Jahre 1871 heißt es ganz analog, dieser habe in seiner „Einleitung in die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts“ das „Leben“ in die „Wissenschaft“ eingreifen lassen: „unmöglich kann man seinen Standpunkt in dem Leben nehmen und diesen auf die Wissenschaft übertragen“, „so daß das Zufällige auf das zurückwirkt, was das allgemein Gültige sein soll“²⁸. Als Treitschke Ranke im Jahre 1872 eine neue Ausgabe seiner historisch-politischen Schriften übersendet, bekommt er von dem Empfänger zu hören, „daß Sie sich in einer mir nicht ganz homogenen Richtung bewegten“²⁹: das ist in einem Dankeschreiben eine ziemlich schroffe Absage.

Geradezu vernichtend aber klingen viele Äußerungen politischer Historiker über Ranke. Sie variieren allesamt ein Thema: die objektivistische Charakterlosigkeit Rankes gegenüber den großen nationalpolitischen Aufgaben der Gegenwart. Die Begründung der politischen Schule selbst wird hier gleichbedeutend mit einer dezidierten Abkehr von Ranke. Droysens Briefe sind seit den fünfziger Jahren von kaum nachlassender Kritik erfüllt: er fordert vom Historiker, daß er einen ethischen Standpunkt einnehme, will den „nur historiographischen Standpunkt“ Rankes überwinden, der ihm auf einen objektiven Schematismus hinausläuft; weder sei er für Rankes „kosmopolitische Betrachtungsweise eingenommen, noch gar kann ich ihn als Charakter ausstehen, und pectus facit historicum“; er hält es für nötig, „daß wir Historiker nicht mehr bloß den geschäftigen Müßiggang der Gelehrsamkeit betreiben, sondern erkennen, wie unsre Wissenschaft eine im eminenten Grade praktische ist und die Pflicht h.at. der Nation das Bild ihrer selbst zu erarbeiten und vor die Seele zu stellen.“³⁰ Als Sybel in seiner Rede „Über den Stand der neueren deutschen Geschichtschreibung“ vom Jahre 1856 gewissermaßen das Programm der Schule verkündet, da grenzt er das gemeinsame Vorhaben, „ein bestimmtes Verhältnis zu den großen weltbewegenden Fragen der Religion, der Politik, der Nationalität“ herzustellen, gegen die „objektiven, unpartei-

schen, blut- und nervenlosen Historiker“ im Stile Rankes ab: „Der Historiker, der sich hier in vornehme Neutralität zu ziehen sucht, wird ohne Rettung entweder seelenlos oder affectirt, und so gründlich und weit er dann etwa zu forschen, oder so sententiös und geschmückt er zu reden vermöchte, nimmermehr wird er sich zu der Fülle, der Wärme und der Freiheit der wahren Natur erheben. Er wird nicht sittlich begeistern, er wird vergebens nach Styl und Schönheit trachten.“³¹ Treitschke bekennt 1864 in einem Brief: „Nach dem Ruhme, von den Gegnern unparteiisch genannt zu werden, traechte ich nicht; das hieße das Unmögliche verlangen ... Jene blutlose Objektivität, die gar nicht sagt, auf welcher Seite der Darstellende mit seinem Herzen steht, ist das gerade Gegenteil des rechten historischen Sinnes. Alle großen Historiker haben ihre Parteistellung offen bekannt.“³² Und 1872 schreibt Treitschke an Droysen über Rankes Buch „Die deutschen Mächte und der Fürstenbund“: „Diese Leisetreterei, die über das Wichtigste gar nichts sagt, ist doch schrecklich. Ranke sollte in England und Italien bleiben, da kann man seine Größe ohne Vorbehalt bewundern. Für die preußische Geschichte fehlt ihm, worauf alles ankommt: der Charakter.“³³

Ranke wirft der politischen Schule Tendenzhistorie, die politische Schule Ranke objektivistische Charakterlosigkeit vor: gibt es nach solchen Aussagen noch eine Möglichkeit zur Vermittlung, wie sie Rankes Rede vom 20. Februar 1867 suggeriert? Prüft man die gegenseitigen Vorwürfe an den Konzepten und Werken der einen wie der anderen Seite, so befindet man sich bald in der Notwendigkeit, sie zu relativieren, wenn nicht überhaupt in Frage zu stellen.

Die politische Schule treibt mitnichten bloße Tendenzhistorie; sie erstrebt und erreicht vielmehr eine Verbindung von „Politik und Wissenschaft“: sie will beides zugleich, ohne eines davon herabzusetzen. Das eine ist ihr politischer Anspruch. Die politischen Historiker lassen sich von Parteiinteressen leiten; sie wollen die politische Partei, der sie angehören oder der sie sich zugehörig fühlen, aus der Geschichte legitimieren; das Katheder wird diesen politischen Professoren zur Tribüne für politische Kundgebungen, Lehre und Forschung ein Schauplatz, auf dem die politischen Kämpfe der Zeit mitentschieden werden; sie stehen mitten in dem allgemeinen politischen Leben, sind anhaltend politisch tätig, treten als Parteimänner hervor. Sie schreiben weithin neueste Geschichte oder Zeitgeschichte und dabei wiederum besonders deutsche Geschichte, mit dem Ziel, die Berechtigung der eigenen politischen Position aus der jüngsten Vergangenheit abzuleiten oder vielmehr die eigene politische Position als notwendiges Ergebnis der neuesten Geschichte hinzustellen.³⁴ Die methodische Konsequenz ist, daß sie die Historie ganz von der Gegenwart her aufziehen. Sie treiben Geschichte vom

Standpunkt einer politischen Partei aus, bekennen sich dazu, erklären einen solchen politischen Bezug zum Sinn der Geschichtswissenschaft überhaupt. Damit ist gegeben, daß sie die von ihnen erforschten historischen Phänomere politisch bewerten. Ihre durchgängige Frage lautet, was die Vergangenheit zur Verwirklichung der von ihnen erstrebten politischen Ziele beigetragen hatte; das Ergebnis ist jeweils ein positives oder ein negatives Urteil. Diese politische Bewertung der Vergangenheit kommt einer politischen Handlungsartweisung gleich: der Leser soll nach der Lektüre eines solchen Werkes genau wissen, was er politisch zu tun hat. Für die politische Schule ist historische Erkenntnis ohne derartige normative Kriterien nicht denk möglich.

Das andere ist der wissenschaftliche Anspruch, den diese Historiker bei alledem erheben. Der politische Anspruch der Schule selbst ist auf ihn gegründet. Die Historie soll der Gegenwart dienen: aber indem sie ihr spezifisch wissenschaftliches Potential oder Prestige einsetzt. Sie soll die eigene politische Partei fördern: aber durch objektive oder wahre und damit zuverlässige Erkenntnis, die allen an die Geschichte als Wissenschaft zu stellenden Anforderungen gerecht wird. Der methodische Gebrauch des ganzen Instrumentariums historisch-kritischer Quellenforschung steht dabei im Zentrum. Das Selbstbewußtsein dieser politischen Professoren kommt von der Gewißheit, daß sie über ein solches streng geregeltes Erkenntnisverfahren verfügen. Sie wollen daher nichts mit der traditionellen „*historia magistra vitae*“ wie auch mit eigentlicher Parteihistorie zu tun haben, lehnen diese „bloß moralisierende und zankende Geschichtsbetrachtung“ ab: sie „erhebt nicht, reinigt nicht, belehrt nicht“³⁵, bleibt vielmehr in ihren Vorurteilen stecken, verfehlt damit gleichermaßen die Vergangenheit wie die Gegenwart. Tendenzhistorie ist auch für sie ein Vorwurf, den sie an andere, etwa altliberal-aufklärerische oder großdeutsch-katholische Historiker, richten.³⁶ Gewiß, sie bewerten die Vergangenheit am Maßstab der Gegenwart. Aber der politischen soll eine logisch-historische Bewertung vorausgehen, die zunächst einmal das jeweilige Phänomen selbst in seiner Eigenart erfaßt. Die politische Bewertung soll also nicht auf eine anachronistische Projektion der Gegenwart in die Vergangenheit hinauslaufen; es handelt sich vielmehr darum, den Ort zu bestimmen, den ein historisches Phänomen in der Vorgeschichte der Gegenwart besetzt hält, die politische Relevanz zu kennzeichnen, die ihm zukommt. Sicher hat die historiographische Praxis der Schule vor dieser Zielsetzung nicht immer Bestand; die politischen Historiker sind sich selbst die schärfsten Kritiker.³⁷ Aber sie bleibt doch im ganzen von ihr durchdrungen.

Zur Exemplifizierung sei eine Bemerkung über Treitschkes „Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert“ angeführt, ein Werk, das gewisser-

maßen als die Erfüllung der politischen Schule anzusehen ist. Treitschke verkündet schon 1864 sein historiographisches Credo: „Es kommt nur darauf an, daß man den Sachverhalt so vollständig, als man ihn kennt, darstellt; das Urteil bleibt dann jedem, nach dem Verfasser, frei“³⁸; die dialektische Einheit von „Politik und Wissenschaft“, um die es der politischen Schule geht, ist hier auf den Begriff gebracht. Als 1879 der erste Band der „Deutschen Geschichte“ erscheint, wiederholt der Verfasser dieses Motto: das „Buch will einfach erzählen und urteilen“³⁹. Das Ziel des Werkes ist die historische Rechtfertigung der Reichsgründung.⁴⁰ Treitschke mißt daher alles an diesem Maßstab, verteilt unterschiedliche Zensuren, je nachdem, ob er in der Vergangenheit auf Hemmnisse oder Voraussetzungen der kommenden deutschen Einheit trifft. Er kritisiert die Gegner des Einheitsgedankens: den Katholizismus, das Haus Habsburg, die deutschen Mittelstaaten, Frankreich. Er feiert die Wegbereiter, Förderer, Führer des Einheitsgedankens: den Protestantismus, die deutsche Kultur und Kulturnation, den preußischen Staat. Andererseits müht er sich zugleich um eine Erkenntnisleistung, die der Objektivitätsforderung der Geschichtswissenschaft genügt. Seine politischen Urteile haben allenthalben das Bestreben zur Grundlage, ein angemessenes Verständnis der jeweiligen historischen Phänomene möglich zu machen. Er kritisiert die Gegner des Einheitsgedankens, sucht sie aber gleichwohl aus ihren jeweiligen historischen Voraussetzungen zu begreifen, liefert etwa eine facettenreiche Charakteristik der deutschen Mittelstaaten im Vormärz. Er feiert die Wegbereiter, Förderer, Führer des Einheitsgedankens, hütet sich aber gleichwohl vor unhistorischen Verzeichnungen, verzichtet etwa auf eher primitive Teleologisierung der preußischen Geschichte; ein „deutscher Beruf Preußens“ in dem Sinne, daß die Hohenzollern immer schon einigermaßen zielbewußt auf die Reichsgründung von 1871 hingearbeitet haben, liegt ihm durchaus fern. Treitschke will kenntlich machen, woher die Reichsgründung kommt, wogegen sie durchgesetzt werden muß, was ihre Vorgeschichte ist. Sicher ist richtig, daß der Autor dennoch nicht selten in reine politische Agitation verfällt; aber das Grundkonzept seines Werkes bleibt davon unberührt.

Und Ranke? Er treibt: minnichten objektivistische Historie. Er treibt, ganz im Gegenteil, sogar politische Geschichte par excellence, und zwar nicht hinter einer pseudoobjektiven Fassade oder auch gewissermaßen unwillkürlich, sondern mit erklärter Absicht. Er nimmt eine bestimmte politische Stellung ein, entwickelt daraus ein historisches Erkenntnisinteresse, findet damit das Generalthema für seine Geschichtsschreibung.⁴¹ Er gewinnt, im Zuge der politischen Entwicklungen in Deutschland und Europa seit 1819/20, den Eindruck einer ideologisch-politischen Polarisierung Europas, hält diesen

Zustand für verhängnisvoll, will ihn überwunden wissen. Er erkennt in beiden Lagern, dem revolutionären wie dem restaurativen oder reaktionären, einen Anspruch auf universale Geltung oder Alleinherrschaft, den er nicht akzeptiert. Seine Abneigung erneuert und hefestigt sich 1830, lebt 1848 wieder auf und ist selbst noch im Krieg von 1870/71 spürbar, den er als letzten Akt der Revolutionskriege auffaßt: sie ist das sich durchziehende Motiv seines politischen Denkens.⁴² Gegen diese ideologisch-politische Polarisierung Europas, gegen diese antagonistischen Universalismen bietet Ranke das „besondere Leben“⁴³ auf: die historisch gewachsene Vielfalt des europäischen Staatensystems, das Europa der Staatsindividualitäten, die Interaktion der großen Mächte. Das Rankesche Konzept bietet zunächst einmal eine Anweisung zum politischen Handeln: die Anweisung, zwischen den internationalen Parteien der Revolution und der Reaktion eine dritte Tendenz zu verfolgen, die sich von der Rücksicht auf die individuellen Interessen der einzelnen Staaten leiten läßt. Ranke selbst sucht diese Tendenz vom Standpunkt der preußischen Politik aus in den Jahren 1832-36 als Redakteur der „Historisch-politischen Zeitschrift“ publizistisch zu vertreten. Das Rankesche Konzept bietet aber zugleich die Anweisung zu einem historiographischen Vorhaben: die Anweisung, die gegenwärtigen Staatenverhältnisse in Europa von ihren Grundlagen her verständlich zu machen und damit die Voraussetzungen gegenwärtiger europäischer Politik klarzulegen. Rankes Geschichtswerk ist ein durch keine andere Problemstellung unterbrochener Versuch, dieses Vorhaben auszuführen: durch die Erforschung der Entstehung und Ausbildung des europäischen Staatensystems. Das ist Rankes historisches Erkenntnisinteresse, und das wird das Generalthema Rankescher Historiographie, das seit 1824 in einer dichten Folge von Einzeldarstellungen über die Geschichte der „romanischen und germanischen Völker“ vom 15. bis zum 18. Jh. abgehandelt wird: bis zu dem Spätwerk der „Weltgeschichte“, das die Vorgeschichte des europäischen Staatensystems zum Gegenstand hat. Rankes Geschichtswerk entsteht also aus einem politischen Problem. Es ist bemerkenswert, daß Ranke diesen Konstituierungsprozeß nicht nur fortgesetzt reflektiert, sondern auch auf allgemeine Begriffe fixiert, daraus eine Grundregel der Geschichtswissenschaft überhaupt ableitet: „Die Historie wird immer umgeschrieben; was schon bemerkt worden. Jede Zeit und ihre hauptsächlichliche Richtung macht sie sich zu eigen und trägt ihre Gedanken darauf über. Danach wird Lob und Tadel ausgeteilt. Das schleppt sich dann alles so fort. Bis man die Sache selbst gar nicht mehr erkennt. Es kann dann nichts helfen als Rückkehr zu der ursprünglichsten Mitteilung. Würde man sie aber ohne den Impuls der Gegenwart überhaupt studieren?“⁴⁴

Diese Tagebuchnotiz aus den 1840er Jahren macht neben dem Gegenwartsbezug den Objektivitätsanspruch der Historie geltend: „Rückkehr zu der ursprünglichsten Mitteilung“. Die Objektivitätsforderung ist, mitsamt den daraus abgeleiteten Prinzipien historisch-kritischer Quellenforschung, zum hauptsächlichen Erkennungszeichen des Rankeschen Geschichtsdenkens geworden. Es gibt berühmte, immer wieder zitierte Ranke-Sätze, in denen diese Forderung so auf die Spitze getrieben wird, daß ein Gegenwartsbezug der Geschichtswissenschaft wiederum aufgehoben zu sein scheint: Ranke will „bloß sagen, wie es eigentlich gewesen“⁴⁵, sieht jede Epoche „unmittelbar zu Gott“⁴⁶, möchte sein Selbst gleichsam auslöschen⁴⁷. Es läßt sich aber evident machen, daß die Rankesche Objektivitätsforderung in ihren wesentlichen Hinsichten auf das historiographische Vorhaben und damit auf das politische Erkenntnisinteresse Rankes zurückgeht, und daß ihre verallgemeinernde Formulierung von dieser Herkunft geprägt bleibt.

Die eine Erscheinungsform oder Bedeutung historischer Objektivität ist für Ranke die Unparteilichkeit. Sie hat eine objektive und eine subjektive Seite, die freilich nicht schematisch getrennt werden können. Nach der objektiven Seite bedeutet Unparteilichkeit: der Historiker soll unter den historischen Phänomenen, die er erforscht, nicht Partei ergreifen, sondern ihnen allen gleichermaßen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Nach der subjektiven Seite bedeutet Unparteilichkeit: der Historiker soll bei der Betrachtung der Vergangenheit von seinem eigenen ethischen, politischen, religiösen, weltanschaulichen Standpunkt absehen, ihr vielmehr unvoreingenommen begegnen. Es ist offenkundig, daß sich beide Postulate unmittelbar aus der historiographischen Praxis Rankes ergeben.

Was die objektive Unparteilichkeit angeht, so ist sie durch Rankes Thema selbst geboten oder vielmehr gesetzt. Rankes Konzept des europäischen Staatensystems, basiert auf der jeweiligen Besonderheit oder Individualität der einzelnen europäischen Staaten; die Einheit des Systems besteht in der fortdauernden Interaktion dieser Individualitäten; keine von ihnen kann weggedacht werden, ohne die Vorstellung des Ganzen zu zerstören oder zu beeinträchtigen. Der Historiker dieses Systems darf sich also nicht auf den Standpunkt eines einzelnen Staates stellen, sondern muß alle Staaten in ihrer jeweiligen Besonderheit oder Individualität würdigen und insoweit unparteilich sein. Auf Unparteilichkeit in solchem Sinne kommt es Ranke besonders an, wenn es sich darum handelt, die Gegensätze oder Konflikte der Mächte zu erfassen. Er sieht die Entstehung und Ausbildung des europäischen Staatensystems wesentlich durch derartige Antagonismen bestimmt: rivalisierende Hegemonialansprüche, Kampf um Hegemonie oder Gleichgewicht, zwischen-

staatliche Gegnerschaften überhaupt sind für ihn Antriebskräfte, die das System ständig in Bewegung halten. Um so mehr sieht sich der Historiker dieses Systems genötigt, die jeweiligen Konfliktparteien unparteilich vorzuführen: sie bedingen einander; der Sieger ist nichts ohne den Verlierer und kann obendrein, in einem neuen Kampf, der nächste Verlierer werden; es herrscht eine Dialektik der Staatenkämpfe.⁴⁸ Der nächste Schritt Rankes ist eine Verallgemeinerung oder Absnktion. Er überträgt die Regel, die er für die Historiographie des europäischen Staatensystems aufgestellt hat, auf die Historie schlechthin. Der berühmte Satz, er wolle „bloß sagen, wie es eigentlich gewesen“, ist die früheste dieser Verallgemeinerungen; er steht in der Vorrede zu Rankes Erstlingswerk, das die Grundlegung des europäischen Staatensystems darstellt, und gibt damit zugleich den historiographischen Kontext zu erkennen, dem der Gedanke entstammt.

Was die subjektive Unparteilichkeit angeht, so resultiert ihre Notwendigkeit aus dem Erkenntnisinteresse Rankes. Er sieht sich konfrontiert mit den Universalismen von Revolution und Reaktion, bietet dagegen die historisch gewachsene Vielfalt des europäischen Staatensystems auf, will in seiner Historiographie die gegenwärtigen Staatenverhältnisse in Europa von ihren Grundlagen her verständlich machen und damit die Voraussetzungen gegenwärtiger europäischer Politik klarlegen. Seine Historiographie hat also einen doppelten politischen Bezug: sie empfängt ihr Problem aus der Politik und soll durch die Lösung dieses Problems wiederum auf die Politik einwirken oder zurückwirken. Aber dieser doppelte politische Bezug erfordert, daß sie eine Erkenntnisleistung bietet, die nicht in den Prämissen oder Vorurteilen der eigenen politischen Position befangen bleibt. Die Rankesche Historiographie empfängt ihr Problem aus der Politik; aber es ist nicht die Meinung Rankes, daß sie dabei den Parteistandpunkt des Historikers auf die Vergangenheit übertragen soll; vielmehr geht es umgekehrt darum, die historischen Voraussetzungen der Gegenwart, der dieser Parteistandpunkt zugehört, freizulegen und damit Bedingungen und Möglichkeiten gegenwärtiger Politik, auch des eigenen Parteihandelns, zu präzisieren; der Historiker muß daher im Vollzug seiner Erkenntnisarbeit selbst seinen Parteistandpunkt transzendieren, muß sich auf die ganze Komplexität der Verhältnisse einstellen, darf sich gegen keine Einsicht verschließen. Ganz analog steht es mit der Einwirkung oder Rückwirkung der Rankeschen Historiographie auf die Politik, nachdem sie ihr Problem gelöst hat: Ranke liefert keinerlei politische Handlungsanweisung, sondern Erkenntnis über die historischen Voraussetzungen gegenwärtiger Politik; er bezieht keine politische Position, sondern steckt den historischen Horizont ab, innerhalb dessen in der Gegenwart politische Entscheidungen

getroffen werden müssen. Die Gegenwartsbedeutung oder der politische Nutzen Rankescher Historiographie soll in dieser genuinen Erkenntnisleistung bestehen. Ranke postuliert die subjektive Unparteilichkeit des Historikers, um ein historisch informiertes und damit reflektiertes Parteihandeln in der Gegenwart zu ermöglichen. Daß er hier, wie in anderen Dingen, manches Mal hinter seinem eigenen Ideal zurückbleibt, wie ihm selbst durchaus bewußt ist,⁴⁹ läßt die Geltung dieses Ideals ebenso unangetastet: wie die danach eingerichtete Grundanlage seines Werkes. Ranke, der diese Dialektik von Geschichte und Politik in seiner historiographischen Praxis immer wieder erörtert, gibt ihr auch in verallgemeinernden Wendungen Ausdruck. Ein Schlüsselsatz findet sich in dem Nekrolog auf Gervinus; er faßt die Rankesche Meinung aufs kürzeste zusammen: „Wir können nur dann eine wahre Wirkung auf die Gegenwart ausüben, wenn wir von derselben zunächst absehen, und uns zu der freien objektiven Wissenschaft erheben“⁵⁰; die objektive Wissenschaft steht dem gegenwärtigen Handeln nicht entgegen, sondern soll es fundieren.

Die andere Erscheinungsform oder Bedeutung Rankescher Objektivität, mit dem Gebot der Unparteilichkeit eng verbunden, ist die Anschauung: der Historiker soll sich auf das jeweilige historische Phänomen selbst einstellen, statt es zu deduzieren, zu klassifizieren, zu subsumieren; er soll, statt das Besondere durch das Allgemeine zu mediatisieren, die Einheit des Besonderen und des Allgemeinen erweisen.

Auch hier muß auf Rankes historiographische Praxis rekurriert werden. Ranke entwickelt sein Konzept des europäischen Staatensystems im Gegensatz zum revolutionären und reaktionären Universalismus. Was er ihnen vorhält, ist, daß sie es unternehmen, die konkrete Vielfalt der europäischen Staatenverhältnisse nach abstrakten Kategorien zu modeln. Er sieht damit die originäre Stellung der einzelnen europäischen Staaten und damit zugleich die aus ihrer Interaktion sich formierende Einheit verkannt. Er fordert demgemäß, bei der Besonderheit oder Individualität der einzelnen europäischen Staaten anzusetzen und von ihr her den Zusammenhang zwischen ihnen zu stiften oder sichtbar zu machen. Den Begriff der Anschauung ist zunächst einmal für diese Vorgehensweise geprägt,⁵¹ bis er, im Zuge seiner Verallgemeinerung, zum Inbegriff einer historischen Betrachtungsweise wird, die Ranke von allen Formen der Deduzierung, Klassifizierung, Subsumierung, Mediatisierung abhebt. Dieser Fortgang von der konkreten zur abstrakten Regel läßt sich beispielhaft im „Politischen Gespräch“ von 1836 nachvollziehen. Nachdem Ranke, im Blick auf die europäischen Staatenverhältnisse, alles „auf Beobachtung der mächtigen und in sich selbst zu namhafter Entwicklung gediehenen

Staaten“ abgestellt hat, fährt er fort: „Aus dem Besonderen kannst du wohl bedachtsam und kühn zu dem Allgemeinen aufsteigen; aus der allgemeinen Theorie gibt es keinen Weg zur Anschauung des Besonderen.“⁵²

Nach dieser zweifachen „Bestandsaufnahme“ können wir nicht umhin, zwischen Ranke und der politischen Schule ein Ausmaß an Annäherung oder Übereinstimmung festzustellen, das die gegenseitigen Verdikte gewissermaßen dementiert. Ranke wirft der politischen Schule Tendenzhistorie vor; aber die politischen Historiker gründen Politik auf Wissenschaft. Die politische Schule wirft Ranke objektivistische Charakterlosigkeit vor; aber Ranke gründet die historische Objektivität auf die Gegenwartsbedeutung der Historie. Beide erstreben also eine Verbindung von Geschichtswissenschaft und Politik. Es kann daher nicht verwundern, daß beide immer wieder positive Urteile übereinander fällen, daß oft inmitten heftigster Kritik Äußerungen der Zustimmung oder Anerkennung stehen, die wiederum Entscheidendes von dieser Kritik zurücknehmen.

Rankes Rede vom 20. Februar 1867 steht nicht allein. Es gibt von ihm auch sonst ausgesprochen wohlwollende Bemerkungen über Historiker der politischen Schule. Er lobt 1866 Häußers „Deutsche Geschichte“ als „zugleich gelehrt und doch populär in Auffassung und Darstellung“ und Sybels „Geschichte der Revolutionszeit“ als „glücklich geworfen, mit guter, den Archiven entnommener Kunde“⁵³; er läßt damit den politischen wie den wissenschaftlichen Anspruch dieser Autoren ausdrücklich gelten. Es wird deutlich, daß der Vorwurf der Tendenzhistorie eher auf den Mißbrauch der Sache als auf die Sache selbst zielt, und wenn Ranke gelegentlich die Neigung dazu für eine dauernde „schwache Seite von Arbeiten dieser Art“ erklärt, so sind ihm doch die Vorzüge der „Gattung der von politischen Gesichtspunkten durchdrungenen Historiographie im allgemeinen“ nicht zweifelhaft.⁵⁴ Seine Kritik an Autoren oder Werken der politischen Schule steht immer unter diesem Vorbehalt.

Gleiches begegnet uns bei den politischen Historikern im Verhältnis zu Ranke. Droysens Briefe sind ebenso von Elogen wie von Kritik durchzogen: Ranke „ist trotz allem, was man sagen mag, jetzt der größte Historiker, nicht bloß in Deutschland, das größte historische Talent, die größte historische Gelehrsamkeit“; Droysen empört sich darüber, „wenn wir anfangen, solchen Mann zu bewerfen“; als 1861 ein Weggang Rankes von Berlin nach München bevorzustehen scheint, bittet und fleht er, „daß man uns Ranke lasse“.⁵⁵ Gervinns rühmt in seiner „Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts“ an Ranke die „gewandten und geistreichen Darstellungen“, „ein seltenes Talent“, „die Eröffnung neuer Quellen“, „die Kunst der formalen Verarbeitung“.⁵⁶ Solche Wertschätzung gilt der wissenschaftlichen Leistung Rankes, an der

diese Autoren ihren eigenen wissenschaftlichen Anspruch messen. Ranke führt jenes spezifische Potential oder Prestige moderner Geschichtswissenschaft vor, auf dessen Einsatz das Selbstbewußtsein der politischen Schule beruht. Die politischen Historiker verstehen sich insoweit als Schüler Rankes. Treitschke bekennt sich 1864 zu diesem Abhängigkeitsverhältnis in einer Wendung, die gleichsam schon auf das Rankesche „Testament“ vom 20. Februar 1867 hindeutet: „Überhaupt zeichnet sich die deutsche Geschichtschreibung durch einen sehr hohen Grad unbefangener Wahrheitsliebe aus, und ich will den Göttern danken, wenn etwas davon in mein Blut übergegangen ist. Von den Franzosen gar nicht zu reden, die meistens kaum wissen, was Wahrhaftigkeit ist – auch die englischen Historiker sind einseitiger als die unseren“⁵⁷; bei diesem Seitenblick auf die „fremde“ Historiographie ist er sogar rigider als Ranke selbst. Gervinus geht noch einen Schritt weiter, wenn er Rankes angebliches Sträuben „gegen alle lebendigen Beziehungen der Geschichtschreibung auf die Gegenwart“, das er an sich kritisiert, wiederum mit der Trostlosigkeit der deutschen Verhältnisse im Vormärz entschuldigt oder rechtfertigt; er sieht es als „Segen“ an, daß damalige Historiker, „je selbstgefälliger sie auf den Standpunkt des wissenschaftlichen Wirkens zurücktraten, um so mehr die praktisch unfruchtbare Zeit durch desto gründlichere Vorarbeiten halfen urbar zu machen“.⁵⁸ Den letzten Schritt tut Treitschke in seiner „Deutschen Geschichte“, als er, auf Rankes „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation“ eingehend, den Rankeschen Objektivismus selbst schwächt oder abstreitet: „Er äußerte zuweilen: Ich möchte mein Selbst auslöschen, wenn ich die Dinge genau so sehen könnte, wie sie waren; und geistlose Schüler, die kein Selbst zu verlieren hatten, beeiferten sich, dies Wort, das eben nur den tiefen Wahrheitsdrang des Meisters drastisch aussprach, wohlgefällig umherzutragen, gleich als ob sie damit ihre eigene Blöße verdecken könnten. Doch unzweifelhaft wollte er nicht im Ernst behaupten, das physisch Unmögliche und sittlich Verwerfliche sei ein wissenschaftliches Ideal. In der Reformationsgeschichte war sein Selbst mitnichten ausgelöscht.“⁵⁹ Eine solche Formulierung scheint die Entgegensetzung gegen Ranke fast ganz zu erledigen⁶⁰. Sybel kann dem neunzigjährigen Ranke auch in dieser weiteren Hinsicht voller Überzeugung zurufen: „und so wurde Ihre Schule die historische Schule Deutschlands“⁶¹; das „historische Testament“ vom 20. Februar 1867 scheint erfüllt.

Dennoch sind die gegenseitigen Verdikte und ist jene „communis opinio“ kein bloßes Mißverständnis. Die Präzisierung der Gemeinsamkeiten gestattet vielmehr zugleich eine Präzisierung der Unterschiede, die gleichwohl zwischen beiden Seiten bestehen und das eine wie das andere verständlich machen.

Ranke und die politische Schule der deutschen Geschichtswissenschaft

Zunächst handelt es sich darum, daß Ranke und die politische Schule ganz verschiedene politische Positionen vertreten. Rankes dritte Tendenz zwischen Revolution und Restauration läuft auf einen allenfalls gemäßigten Konservatismus hinaus, der von dem kleindeutsch-nationalliberalen Programm der politischen Historiker auch dann weit entfernt bleibt, als diese selbst sich konservativen Anschauungen nähern.⁶² Ranke plädiert nach 1830 für eine Stabilisierung der innerpreussischen Verhältnisse und für einen Ausbau des Deutschen Bundes, steht nach 1840 Friedrich Wilhelm IV. nahe, hat 1848/49 ein wahrhaft apokalyptisches Revolutionserlebnis, ist über den „Deutschen Krieg“ von 1866 anfangs entsetzt, betont noch ein Jahr später, daß „der Bund doch auch für Deutschland unendlich vorteilhaft gewirkt“ habe⁶³, hebt 1870/71 den Anteil des Königs von Bayern am Sieg über Frankreich und an der Reichsgründung hervor, fordert „die Einheit der Nation“, „ohne die Besonderheiten, die auch ihre historische Berechtigung haben, zu vernichten“, sowie einen engen Bund mit Österreich⁶⁴, akzeptiert schließlich, was geschehen ist, behält aber gegenüber dem neuen Reich immer eine gewisse Reserve, soll etwa niemals an Reichstagswahlen teilgenommen haben. Es ist augenscheinlich, daß die politischen Historiker eine zu alledem absolut konträre Haltung einnehmen. Die gegenseitige Kritik ist davon gewiß nicht unbeeinflusst. Vor allem die Angriffe der politischen Schule richten sich oft einfach dagegen, daß Ranke keinerlei Bereitschaft zeigt, sich in den Dienst ihrer Sache zu stellen: sie verübeln ihm sein mangelndes kleindeutsch-nationalliberales Engagement; seine vermeintliche objektivistische Charakterlosigkeit ist ihnen da nur ein anderer Begriff für seine konservative Gesinnung. Sybel schreibt 1856 mit hinlänglicher Deutlichkeit, daß die Kennzeichen der Schule „nicht in dem Kreise des wissenschaftlichen und gelehrten Apparates liegen“, sondern allein „in der veränderten Stellung des Autors zum Staate“⁶⁵; damit ist im Verhältnis zu Ranke auch und gerade eine unterschiedliche politische Einstellung gemeint.

Dazu kommt eine weitere Differenz, die womöglich noch mehr auf die gegenseitige Wahrnehmung durchschlägt. Beide Seiten erstreben eine Verbindung von Geschichtswissenschaft und Politik, aber mit verschiedener Akzentuierung. Ranke legt dabei den Nachdruck auf die Geschichtswissenschaft, die politische Schule auf die Politik.

Ranke nimmt eine bestimmte politische Stellung ein, gewinnt von ihr her sein historiographisches Problem, gründet darauf sein Postulat der Objektivität. Ohne daß dieser Konstituierungszusammenhang jemals verlorengeht, tritt doch von vornherein Rankes primäres Interesse an der historischen Erkenntnis selbst hervor. Der Gegenwartsbezug Rankescher Geschichtsschreibung ist

unleugbar: sie entsteht aus der Politik und soll wiederum zur Politik hinlenken; sie dient der historischen Aufklärung der Gegenwart und soll damit politisches Handeln vorbereiten. Aber für Ranke steht dabei nicht die Gegenwart, sondern die historische Aufklärung im Vordergrund. Er will die Gegenwart über ihre historischen Grundlagen belehren; aber es ist nicht seine Sache, daraus selbst die politischen Konsequenzen zu ziehen. Es geht ihm eher um eine Historisierung der Gegenwart als um eine Vergegenwärtigung der Vergangenheit. Man mag auch gerne so sagen: die Gegenwart interessiert ihn vorrangig deswegen, weil sie ihn zur Vergangenheit führt; die Politik wird ihm Anlaß oder Gelegenheit zur Geschichtsschreibung; sein politisches Interesse wird ihm erst als Erkenntnisinteresse wichtig.

Schulbeispiel für diese Haltung ist nicht zufällig Rankes einziger Versuch, eine aktive politische Rolle zu spielen: die 1832-36 von ihm herausgegebene „Historisch-politische Zeitschrift“. Ranke soll in dieser Zeitschrift den Standpunkt der preußischen Regierung propagieren, die nach der Julirevolution durch ihre im Innern und nach außen eher lavierende Politik in den Mißkredit der „linken“ wie der „rechten“ Presse in Deutschland geraten ist; das entspricht ganz jener von ihm selbst verfolgten dritten Tendenz. Sein Programm lautet, gegenüber den politischen Abstraktionen von Revolution und Restauration die „wahre Politik“ zu vertreten, die ein „reines Urteil“ über „die ursprüngliche Mannigfaltigkeit der Tatsachen“ zur Voraussetzung hat,⁶⁶ d.h. die historischen Bedingungen der gegenwärtigen politischen Situation aufzuhellen und damit den konkreten Kontext für künftiges politisches Handeln zu bezeichnen. Die Rankeschen Beiträge selbst, die die Hauptmasse der Artikel bilden und das Gesicht der Zeitschrift prägen, bleiben dabei immer bemüht, den Standpunkt der preußischen Regierung zu verfechten; aus ihnen lassen sich ohne Schwierigkeiten alle Grundforderungen der damaligen preußischen Politik herausheben, und es ist nirgends ein Zweifel, daß der Verfasser ihnen zustimmt und ihre Verwirklichung will. Aber das Schwergewicht liegt ersichtlich nicht auf der Darlegung der preußischen Politik selbst, sondern auf der Analyse ihrer historischen Rahmenbedingungen: nicht auf der Handlungsanweisung, sondern auf der historischen Erkenntnis, die ihr vorausliegen soll. Diese „Historisch-politische Zeitschrift“ ist in erster Linie eine historische Zeitschrift. Man versteht, daß Ranke damit nicht nur die Initiatoren der Zeitschrift, sondern auch das Publikum, selbst seine „linken“ und „rechten“ Gegner, überhaupt alle politisch Interessierten enttäuscht oder abstößt und schließlich ein heilloses Fiasko erleidet. Man versteht weiterhin, daß er nach diesem Fehlschlag künftig auf publizistisch-politische Betätigung verzichtet. Er liefert dafür in seiner Antrittsvorlesung von 1836 eine explizite Begründung: er hält grundsätzlich an der Dialektik von Geschichte und Politik fest, gibt aber gleichzeitig zu

verstehen, daß er in der Praxis eine Arbeitsteilung als wünschenswert ansieht.⁶⁷

Keiner charakterisiert Rankes „Historisch-politische Zeitschrift treffender als Treitschke in seiner „Deutschen Geschichte“. Er nennt sie „eine Revue großen Stils, reich an guten wissenschaftlichen Arbeiten“; er hebt insbesondere die „reiche Belehrung“ hervor, die darin „den Tagespolitikern“ zuteil wird. Aber er fügt hinzu: „Freilich konnte sein ganz auf das Schauen und Erkennen gerichteter Geist nur auf die Einsicht, nicht, wie es die Aufgabe des Publizisten ist, auch auf den Willen der Leser wirken. Die kecke, dem Politiker unentbehrliche Lust am Kampfe, blieb ihm fremd.“⁶⁸ Die „Aufgabe des Publizisten“, die „dem Politiker unentbehrliche Lust am Kampfe“: das ist umgekehrt das Markenzeichen des langjährigen Schriftleiters der „Preußischen Jahrbücher“, die den Aufstieg des neuen Reiches begleiten, ja, herbeiführen helfen, und das Markenzeichen dieses Autors überhaupt wie der ganzen politischen Schule.

Die politischen Historiker erheben einen Wissenschaftsanspruch, stützen darauf ihren politischen Anspruch, beziehen daraus ihr Selbstbewußtsein. Aber dabei steht der politische Anspruch für sie eindeutig im Vordergrund. Die Historie soll der Gegenwart dienen, indem sie zuverlässige Erkenntnis bietet, die den Anforderungen der modernen Geschichtswissenschaft genügt. Aber es kommt dabei zuletzt nicht auf die Erkenntnis an, sondern auf den Dienst, den sie der Gegenwart leistet: auf die Gegenwartsbedeutung der Historie. Dazu gehört, daß die Historie nicht nur zur politischen Tat vorbereitet, sondern auch selbst politische Tat wird, eine Waffe im politischen Kampf. Die politischen Werturteile und damit Handlungsanweisungen, die die Autoren der Schule in ihren Schriften statuieren, sind der Ort, an dem diese Waffe eingesetzt wird. Es bleibt dabei, daß den politischen Werturteilen logisch-historische vorausgehen; aber die politischen Werturteile sind die Pointen, auf die alles zustrebt. Der Rankeschen Arbeitsteilung setzt die politische Schule eine Einheit von Geschichte und Politik entgegen, die ganz im Zeichen der Politik steht.

Diese Differenzen sind gewiß nicht geringzuschätzen. Gleichwohl ist wesentlich, daß es sich dabei um Differenzen innerhalb eines gemeinsamen Modells politischer Geschichte handelt. Die unterschiedliche politische Einstellung kann dieses Modell ebensowenig sprengen wie der unterschiedliche Nachdruck, den beide Seiten auf die Geschichte und auf die Politik legen. Diese Gegensätze führen nicht zu einer unvermittelten Konfrontation zwischen Ranke und der politischen Schule, sondern sind gleichbedeutend damit, daß das historiographische Konzept, dem beide verpflichtet sind, sich fortgesetzt in seinen Hauptrichtungen oder Hauptmomenten ausgestaltet: kein starres Schema, das an Widersprüchen zerbricht, sondern ein dynamischer Prozeß, der seine Einheit oder Einheitlichkeit durch Widersprüche hindurch

verwirklicht. Es ist dieser dynamische Prozeß, den Ranke in seiner Rede vom 20. Februar 1867 als ein „historisches Testament“ faßt, das die künftige deutsche Geschichtswissenschaft erfüllen soll. Die besondere Intensität des Objektivierungswillens, die Ranke von der politischen Schule unterscheidet, befähigt ihn auch zu dieser objektivierenden Gesamtschau der historischen Richtungen oder Schulen in Deutschland.

Ranke ist sich freilich darüber im klaren, daß „das gelobte Land“, in das er die deutsche Geschichtswissenschaft eintreten sieht, in Wahrheit eine Aufgabe ist, die immer wieder neu gelöst werden muß. Im Angesicht der Doppelbüste des Herodot und Thukydides weiß er, daß diese Aufgabe seit der Begründung „aller historischen Wissenschaft und Kunst“ gestellt ist, und wenn sie ihm auch durch die zusammengenommene Leistung der beiden Altmeister der Historie vorbildlich erfüllt zu sein scheint, so gilt ihm dieses Vorbild doch nur in einem formalen Sinne.⁶⁹ Sie sind ihm Vorbild, weil sie in ihren Verhältnissen die Aufgabe gelöst haben, die die Geschichtswissenschaft in allen Zeiten nach ihren jeweiligen Bedingungen zu bewältigen hat: wie jetzt die neue deutsche Geschichtswissenschaft. Seitdem hat das Problem der politischen Geschichte nicht aufgehört, die deutschen Historiker herauszufordern: der Streit um Gegenwart und Vergangenheit, Politik und Wissenschaft, Parteilichkeit und Objektivität geht unvermindert weiter. Es besteht aller Anlaß, daß wir uns heute dabei, wiederum in einem formalen Sinne, an die Autoren oder Richtungen erinnern, mit denen wir uns hier befaßt haben: an Ranke und die politische Schule der deutschen Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert.

Abgekürzt zitierte Werke:

S.W. = Leopold von Ranke, Sämtliche Werke, 54 Bdc., Leipzig 1867-90.

W.u.N. = Leopold von Ranke, Aus Werk und Nachlaß, hrsg. von Walther Peter Fuchs und Theodor Schieder, 4 Bdc., München-Wien 1964/75.

1 S.W., Bd. 53/54, S. 30.

2 W.u.N., Bd. 1, S. 85.

3 Ebenda, S. 241f.

4 S.W., Bd. 51/52, S. 574; W.u.N., Bd. 4, S. 190 u. 206.

5 Ebenda, S. 162.

6 Leopold von Ranke, Weltgeschichte, Bd. 12, Leipzig 1881, S. 42f.; W.u.N., Bd. 4, S. 187 u. 206.

7 Ebenda, S. 257.

8 W.u.N., Bd. 2, S. 77.

9 Ebenda, Bd. 4, S. 207.

Ranke und die politische Schule der deutschen Geschichtswissenschaft

- 10 S.W., Bd. 53/54, S. 40.
- 11 Ranke, Weltgeschichte, Bd. 12, S. 41.
- 12 W.u.N., Bd. 4, S. 207.
- 13 Ebenda.
- 14 S.W., Bd. 53/54, S. 40.
- 15 Ranke, Weltgeschichte, Bd. 12, S. 41.
- 16 Ebenda, S. 37.
- 17 S.W., Bd. 51/52, S. 588f.
- 18 Ebenda, S. 588; R. Köpke, Ranke-Fest, in: ders., Kleine Schriften zur Geschichte, Politik und Literatur, hrsg. von F. G. Kiessling, Berlin 1872, S. 780ff., hier S. 788.
- 19 W.u.N., Bd. 1, S. 416.
- 20 S.W., Bd. 51/52, S. 590f.; dazu H. Ritter, An Leopold von Ranke über deutsche Geschichtsschreibung. Ein offener Brief, Leipzig 1867.
- 21 H. von Sybel, Ueber den Stand der neueren deutschen Geschichtsschreibung, in: ders., Kleine Historische Schriften, Bd. 1, 3. Aufl. Stuttgart 1880, S. 349ff., hier S. 362; Erstausgabe Marburg 1856.
- 22 Ebenda, S. 356.
- 23 Ebenda, S. 362; Sybel nennt zugleich die Autoren, die er, mit sich, diesem „Kreise“ zurechnet: „Dieser Standpunkt ist rein und scharf in allen Schriften Mommsen's und Duncker's, Waitz's und Giesebrecht's, Droysen's und Häusser's bezeichnet; auf keinen andern werden, durch die Gewalt ihrer Stoffe, Gervinus von hns und Höpfner von rechts her, beinahe wider Willen geführt“ (Ebenda, S. 362f.). Droysen läßt 1856 lediglich Sybel, Häusser, Waitz und sich selbst als Vertreter einer Geschichtsschreibung gelten, in der ihm „der nationale Gedanke lebendig“ ist, scheidet dagegen Gervinus, Mommsen und Duncker aus (Johann Gustav Droysen, Briefwechsel, hrsg. von R. Hübner, Bd. 2, Stuttgart 1929, ND Osnabrück, 1967, S. 425); andererseits gibt es von ihm aus der gleichen Zeit auch distanzierende Äußerungen gegenüber Häusser und Sybel (Ebenda, S. 533f.).
- 24 T. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 515 u. 517. Weitere neuere Gesamt Darstellungen oder Sammelwerke zur deutschen Geschichtswissenschaft im 19. Jh., die Auskünfte über unser Thema enthalten: Die deutsche Geschichtswissenschaft vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Reichseinigung von oben, hrsg. von J. Streisand, Berlin 1963; G. G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart, München 1971; Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft, hrsg. von R. Koslick, W. J. Mommsen und J. Rüsen, München 1977; K. H. Metz, Grundformen historiographischen Denkens. Wissenschaftsgeschichte als Methodologie. Dargestellt an Ranke, Treitschke und Lamprecht. Mit einem Anhang über zeitgenössische Geschichtstheorie, München 1979; Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900, hrsg. von N. Hammerstein, Stuttgart 1988; Leopold von Ranke und die moderne Geschichtswissenschaft, hrsg. von W. J. Mommsen, Stuttgart 1938; Leopold von Ranke and the Shaping of the Historical Discipline, hrsg. von G. G. Iggers u. J. M. Powell, Syracuse 1990; U. Muhlack, Das europäische Staatensystem in der deutschen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient, Bd. 16, 1990, S. 43ff.; F. Jaeger/J. Rüsen, Geschichte des Historismus. Eine Einführung, München 1992. Zwei der besten Einzeldarstellungen über Ranke und die politische Schule: L. Krieger, Ranke. The Meaning of History, Chicago-London 1977; W. Bußmann, Treitschke. Sein Welt- und Geschichtsbild, 2. Aufl. Göttingen u. Zürich 1981.
- 25 Dazu zuletzt: W. Hardtwig, Geschichtsreligion – Wissenschaft als Arbeit – Objektivität. Der Historismus in neuer Sicht, in: Historische Zeitschrift, Bd. 252, 1991, S. 1ff.; U. Muhlack, Geschichtswissenschaft im Humanismus und in der Aufklärung. Die Vorgeschichte des

- Historismus. München 1991, S. 16ff. u. 412ff.; Jaeger/Rüsen. Geschichte des Historismus (Anm. 24), S. 1ff.; A. Wittkau. Historismus. Zur Geschichte des Begriffs und des Problems. Göttingen 1992.
- 26 S.W., Bd. 51/52, S. 571.
- 27 Zitiert bei G. Berg. Leopold von Raake als akademischer Lehrer. Studien zu seinen Vorlesungen und seinem Geschichtsdenken. Göttingen 1968, S. 44f.
- 28 S.W., Bd. 51/52, S. 574f.
- 29 Leopold von Ranke. Neue Briefe, hrsg. von H. Herzfeld, Hamburg 1949, S. 574.
- 30 Droysen, Briefwechsel (Anm. 23), Bd. 2, S. 169, 373f. u. 858.
- 31 Sybel. Ueber den Stand der neueren deutschen Geschichtschreibung (Anm. 21), S. 355f.
- 32 Heinrich von Treitschke, Aufsätze, Reden und Briefe, hrsg. von K. M. Schiller, Bd. 5, Meersburg 1929, S. 596f.
- 33 Droysen, Briefwechsel (Anm. 23), Bd. 2, S. 905.
- 34 Einschlägige Schriften der oben genannten Autoren: J. G. Droysen, Vorlesungen über die Freiheitskriege, 2 Bde., Kiel 1846; Geschichte der preußischen Politik, 14 Bde., Leipzig 1855-86. – H. von Sybel, Geschichte der Revolutionszeit, 5 Bde., Marburg 1853-58 und Düsseldorf 1872-74. – L. Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes, 4 Bde., Leipzig 1854-57. – G. G. Gervinus, Einleitung in die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, Leipzig 1853 (neue Ausgabe Frankfurt a.M. 1967); Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, 8 Bde., Leipzig 1856-66. – H. von Treitschke, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, 5 Bde., Leipzig 1879-94 (zitierte Ausgabe Leipzig 1927-28). Sofern sich Autoren der politischen Schule mit ferneren oder sogar weit zurückliegenden Epochen der Geschichte befassen, geschieht das ebenfalls im Lichte ihrer Parteimeinung: Droysens „Geschichte Alexanders des Großen“ (Berlin 1833, neue Ausgabe Zürich 1984) inszeniert die nationale Mission Makedoniens und die kulturelle Weltmission der Griechen als historisches Lehrstück für die politisch-kulturelle Mission Preußens und Deutschlands in der Gegenwart; T. Mommsens „Römische Geschichte“ (Bd. 1-3 u. 5, Leipzig 1854-55 und 1885, neue Ausgabe München 1976) bietet eine nationale und demokratische Deutung der Geschichte der römischen Republik (dazu A. Heuß, Theodor Mommsen als Geschichtsschreiber, in: Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900 (Anm. 24), S. 37ff.); Sybel mißt in seinem Überblick „Über die neueren Darstellungen der deutschen Kaiserzeit“ (München 1859, jetzt in: Politische Reden, hrsg. von P. Wende, Frankfurt a.M. 1990) die Politik der mittelalterlichen deutschen Kaiser an den modernen nationalpolitischen Interessen Deutschlands.
- 35 Droysen, Briefwechsel (Anm. 23), Bd. 2, S. 450.
- 36 Sybel. Ueber den Stand der neueren deutschen Geschichtschreibung (Anm. 21), S. 363f.; Treitschke, Aufsätze, Reden und Briefe, Bd. 5, S. 347 u. 597; Gervinus, Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts (Anm. 34), Bd. VIII, S. 69.
- 37 So kritisiert Droysen 1853/56 „die Tendenzmanier von Gervin“: „in Gervinus sieht man nur den Publizisten, der sich zum Historiker verhält wie der Advokat zum Richter“ (Briefwechsel Bd. 2, S. 169 u. 425). Andererseits nennt Treitschke in den gleichen Jahren Gervinus’ „Einleitung in die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts“ „voll von geistreichen Gedanken“: „Überhaupt begreife ich den Gelehrten nicht, der eiskalt genug ist, die staatlichen Verhältnisse unsrer gärenden Zeit historisch zu betrachten: wer mitten im Feuer steht, der soll nicht über die Notwendigkeit des Unheils nachdenken: der soll die Hände regen und die Leidenschaft seines Herzens einsetzen für die Abhilfe des Übels. Gervinus’ Buch verliert als wissenschaftliches Buch gewiß sehr viel durch seine tendenziöse Haltung; aber was wäre dies Buch ohne seine Tendenz?“ (Aufsätze, Reden und Briefe, Bd. 5, S. 205 u. 347); zum Verhältnis Treitschke-Gervinus vgl. Bußmann, Treitschke (Anm. 24), S. 210f. u. 233f.
- 38 Ebenda, S. 597.

Ranke und die politische Schule der deutschen Geschichtswissenschaft

- 39 Treitschke, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert (Anm. 34), Bd. I, S. IX.
- 40 Ebenda, S. VII u. IX: „Eine allen Gebildeten gemeinsame nationale Geschichtsüberlieferung hat sich in unserem kaum erst wiedervereinigten Volke! noch nicht entwickeln können ... Kein Volk hat besseren Grund als wir, das Andenken seiner hart kämpfenden Väter in Ehren zu halten, und kein Volk, leider, erinnert sich so selten, durch wieviel Blut und Tränen, durch wieviel Schweiß des Hirnes und der Hände ihm der Segen seiner Einheit geschaffen wurde ... Der Erzähler deutscher Geschichte löst seine Aufgabe nur halb, wenn er bloß den Zusammenhang der Ereignisse aufweist und mit Freimut sein Urteil sagt; er soll auch selber fühlen und in den Herzen seiner Leser zu erwecken wissen, was viele unserer Landsleute über dem Zank und Verdruß des Augenblicks heute schon wieder verloren haben: die Freude am Vaterlande.“ Diese Zielsetzung läßt ein Krisenbewußtsein erkennen, das sich vor allem aus der Erfahrung der inneren Konflikte in Deutschland bald nach 1871 nähert.
- 41 Zum folgenden U. Muhlack, Leopold von Ranke, in: Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900 (Anm. 24), S. 11ff., hier S. 28ff. und ders., Das europäische Staatensystem in der deutschen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts (Anm. 34), S. 52ff.
- 42 Ranke spricht sich darüber zusammenfassend in seinem autobiographischen Diktat vom Dezember 1875 aus (S.W., Bd. 53/54, S. 45ff.); vgl. auch S.W., Bd. 51/52, S. 597, wo Ranke die Einordnung des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 in das Zeitalter der Revolution präzisiert.
- 43 S.W., Bd. 53/54, S. 47.
- 44 W.u.N., Bd. 1, S. 241.
- 45 L. Ranke, Geschichte der romanischen und germanischen Völker von 1494 bis 1535, Leipzig-Berlin 1824, S. VI.
- 46 W.u.N., Bd. 2, S. 59f.
- 47 S.W., Bd. 15, S. 103.
- 48 Eine zusammenfassende Bemerkung Rankes über „das Wesen der Unparteilichkeit“, die er sich in allen diesen Hinsichten auferlegt: „Denn dies besteht nur darin, daß man die agierenden Mächte in ihrer Stellung anerkennt, und die einer jeden eigenthümlichen Beziehungen würdigt. Man sieht sie in ihren besonderen Selbst erscheinen, einander gegenüber treten, und mit einander ringen; in diesem Gegensatz vollziehen sich die Begebenheiten und die weltbeherrschenden Geschehnisse. Objectivität ist zugleich Unparteilichkeit (S.W., Bd. 31/32, S. VIII.); dazu E. Schulin, Universalgeschichte und Nationalgeschichte bei Leopold von Ranke, in: Leopold von Ranke und die moderne Geschichtswissenschaft (Anm. 24), S. 37ff., hier S. 44f. und Muhlack, Das europäische Staatensystem in der deutschen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts (Anm. 24), S. 91.
- 49 W.u.N., Bd. 4, S. 307.
- 50 S.W., Bd. 51/52, S. 575.
- 51 In diesem Sinne sagt Ranke von den europäischen Staaten: „Zu definieren, unter Abstraktionen zu bringen sind sie nicht; aber anschauen, wahrnehmen kann man sie“ (Leopold von Ranke, Die großen Mächte. Politisches Gespräch, hrsg. von T. Schieder, Göttingen 1955, S. 41); die Anschauung oder Wahrnehmung steht hier also für eine Erkenntnisweise, die die europäischen Staaten nicht im Lichte ihnen vor- oder übergeordneter universaler Prinzipien betrachtet, sondern zunächst einmal als ursprüngliche Phänomene handelt).
- 52 Ebenda, S. 57. Zu Rankes Begriff der Anschauung M.J. Zemlin, Geschichte zwischen Theorie und Theoria. Untersuchungen zur Geschichtsphilosophie Rankes, Würzburg 1988, bes. S. 258ff.
- 53 W.u.N., Bd. 4, S. 403f.
- 54 S.W., Bd. 51/52, S. 570f.
- 55 Droysen, Briefwechsel (Anm. 23), Bd. 2, S. 434, 661 u. 758.
- 56 Gervinus, Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts (Anm. 34), Bd. VIII, S. 71.

- 57 Treitschke, Aufsätze, Reden und Briefe. Bd. 5, S. 597. Man mißversteht Treitschke nicht, wenn man für „die deutsche Geschichtsschreibung“, die sich „durch einen sehr hohen Grad unbefangener Wahrheitsliebe“ auszeichnet, die Rankesche Geschichtsschreibung einsetzt. Es mag freilich stimmen, daß Treitschke lange Zeit nur eine oberflächliche Kenntnis von Rankes Werken hatte (Bußmann, Treitschke [Anm. 24], S. 222f.); aber ebenso gewiß ist, daß er sich dem wissenschaftlichen Nimbus von Rankes Namen und Werk von vornherein nicht entziehen konnte und wollte.
- 58 Gervinus, Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts (Anm. 34), Bd. VIII 1, S. 47 u. 72.
- 59 Treitschke, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert (Anm. 34), Bd. 5, S. 405. Auch anderen Autoren der polnischen Schule gilt gerade Rankes Reformationsgeschichte als paradigmatisches Werk: „Hier zeigte Ranke in meisterhaftem Beispiele, wie die Darstellung religiöser Kämpfe zum Mittelpunkte einer nationalen Geschichte zu machen sei“ (Sybel, Ueber den Stand der neueren deutschen Geschichtsschreibung [Anm. 21], S. 355); „das kühnste historische Unternehmen, dessen sich unsere Nation zu rühmen hat“ (Johann Gustav Droysen, Historik, hrsg. v. Peter Leyh, Stuttgart-Bad Cannstatt 1977, S. 237).
- 60 Anders Bußmann, Treitschke (Anm. 24), S. 223, der solche Äußerungen Treitschkes so deutet, „als ob er damit nur eine konventionelle wissenschaftliche Pflicht erfüllen wolle“; diese Auffassung kann freilich nicht überzeugen.
- 61 Der Satz lautet vollständig: „Sie hatten im Auge die möglichst kräftige Entfaltung jeder individuellen Kraft, die möglichste Befruchtung jedes individuellen Berufs, und so wurden in der wissenschaftlichen Zucht Ihrer Schule die künftigen Vertreter der verschiedenartigsten Richtungen gleichmäßig gefördert, Gelehrte und Staatsmänner, Konservative und Liberale, Aesthiker und Romantiker, Katholiken und Protestanten, und so wurde Ihre Schule die historische Schule Deutschlands.“ (T. Toeche, Leopold von Ranke an seinem neunzigsten Geburtstag 21. Dezember 1885. Ansprachen und Inschriften, Berlin 1886, S. 19). Sybels Feststellung hat über die ihr eigene Gratulationsrhetorik hinaus sachliches Gewicht.
- 62 Zu Rankes politischen Anschauungen: O. Diether, Leopold von Ranke als Politiker, Historisch-psychologische Studie über das Verhältnis des reinen Historikers zur praktischen Politik, Leipzig 1911; Wilhelm Mommsen, Stein, Ranke, Bismarck. Ein Beitrag zur politischen und sozialen Bewegung des 19. Jahrhunderts, München 1954; H. Herzfeld, Politik und Geschichte bei Leopold von Ranke im Zeitraum von 1848-1871, in: ders., Ausgewählte Aufsätze, Berlin 1962, S. 3ff.; O. Vossler, Ranke und die Politik, in: ders., Geist und Geschichte. Von der Reformation bis zur Gegenwart, Gesammelte Aufsätze, München 1964, S. 166ff.
- 63 S.W., Bd. 51/52, S. 522.
- 64 Ebenda, S. 560, 563 u. 576f.
- 65 Sybel, Ueber den Stand der neueren deutschen Geschichtsschreibung (Anm. 21), S. 155.
- 66 S.W., Bd. 59/60, S. 3f.
- 67 Die Kernsätze sind: „Demnach ist es die Aufgabe der Historie, das Wesen des Staates aus der Reihe der früheren Begebenheiten darzuthun und dasselbe zum Verständniß zu bringen, die der Politik aber, nach erfolgtem Verständniß und gewonnener Erkenntniß es weiter zu entwickeln und zu vollenden. Die Kenntniß der Vergangenheit ist unvollkommen ohne Bekanntschaft mit der Gegenwart; ein Verständniß der Gegenwart giebt es nicht ohne Kenntniß der früheren Zeiten. Die eine reicht der anderen die Hände: eine kann ohne die andere entweder gar nicht existiren oder doch nicht vollkommen sein.“ (S.W., Bd. 24, S. 288f.)
- 68 Treitschke, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert (Anm. 34), Bd. 4, S. 200.
- 69 Die Berufung auf die großen Geschichtsschreiber der Antike gehört zum Gemeingut der deutschen Historiker im 19. Jahrhundert und ist damit ein weiteres Band zwischen Ranke und der politischen Schule. Die politischen Historiker sehen sich naturgemäß besonders in der Nachfolge des Thukydides: Gervinus erklärt ihn „zur traditionsbildenden Figur für die neuzeitliche Geschichtsorientierung“ (G. Hübinger, Georg Gottfried Gervinus, Historisches

Ranke und die politische Schule der deutschen Geschichtswissenschaft

Urteil und politische Kritik, Göttingen 1984, S. 37), motiviert seinen Schüler Wilhelm Roscher zur Abfassung eines Werkes über „Leben, Werk und Zeitalter des Thukydides“ (Göttingen 1842), das der Grundlegung der älteren historischen Schule der Nationalökonomie gleichkommt; Droysen hält Thukydides für „ein nie wieder erreichtes Muster von Darstellung“ der politischen Geschichte (Historik, S. 46); für Treitschke ist Thukydides Inbegriff „des rechten historischen Sinnes“: „Alle großen Historiker haben ihre Parteilichkeit offen bekannt: Thucydides ist Athener, Tacitus Aristokrat“ (Aufsätze, Reden und Briefe, Bd. 5, S. 597).

Föderale Konzeptionen in den EG-Mitgliedsstaaten – Traditionen und Perspektiven

Zweites Jean-Monnet-Symposium in Tübingen/Blaubeuren, 1.–3. Juli 1993

Im Rahmen der Aktion Jean Monnet, einer Initiative der Kommission der Europäischen Gemeinschaft zur Unterstützung von Hochschulen bei der Entwicklung von Lehre und Forschung auf dem Gebiet der europäischen Integration, trafen sich auf Einladung von *Franz Knipping* Historiker, Juristen sowie Politik- und Wirtschaftswissenschaftler aus elf EG-Mitgliedsstaaten im Heinrich-Fabri-Institut Blaubeuren, um Föderalismusprobleme zu diskutieren. Sie knüpften dabei an eine 1992 in Sevilla durchgeführte Veranstaltung zur Frage einer europäischen Staatsbürgerschaft an. Hauptträger des zweiten Symposiums war die Universität Tübingen, an der wenige Tage zuvor ein „Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung“ ins Leben gerufen worden war. Zusätzliche materielle Unterstützung fand die Konferenz durch das Land Baden-Württemberg und die EG-Kommission, deren Vertreter, Staatssekretär

Josef Dreier und *Béatrice Miège*, ebenso wie der Vizepräsident der Universität Tübingen, *Wolfgang Meier*, zur Eröffnung erschienen waren.

Die auf der Basis der Maastrichter Verträge angestrebte Europäische Union, in der das Subsidiaritätsprinzip u.a. durch die Gründung eines Ausschusses der Regionen umgesetzt werden soll, legt die Auseinandersetzung mit bereits existierenden föderalen Systemen nahe. Dementsprechend bildete die von *Jürgen Heideking* (Köln) in seinem Vortrag aufgeworfene Frage, ob der US-amerikanische Föderalismus Vorbildcharakter für den europäischen Einigungsprozeß haben könne, einen geeigneten Auftakt für vergleichende Diskussionen. Insbesondere seine Hinweise auf die Bedeutung übergreifender, mit einer gemeinsamen Symbolik versehener föderaler Identität und seine Anmerkungen zur Wirkung der Regionalisierung nationaler Parteien auf das Spannungsfeld zwischen Föderalismus und Separatismus wurden mehrfach aufgegriffen. Die anschließenden Debatten zeigten jedoch, daß die amerikanischen Erfahrungen in Europa stets rezipiert, nicht aber als generelles Leitbild akzeptiert wurden. Eige-

ne Ideen wurden häufig in ostentativer Abgrenzung formuliert. *Saenz de Buruaga* (Madrid) ging noch einen Schritt weiter, indem er die Eigenständigkeit anglo-amerikanischer, hispanischer und germanischer Traditionslinien föderalen Denkens unterstrich. Allgemein kann festgestellt werden, daß sich die Thematisierung unterschiedlicher nationaler Erscheinungsformen des Föderalismus in Geschichte und Gegenwart als ein zentraler Aspekt der Konferenz herauskristallisierte.

Einige Beiträge beleuchteten die Thematik aus einem europäischen Blickwinkel. *Fulvia Attinà* (Catania) setzte sich mit dem Wirken EG-weiter Parteienverbindungen auseinander. Auf Probleme und Perspektiven europäischer Verteidigungsstrukturen ging *Jolyon Howorth* (Bath) ein. *Klaus Kunzmann* (Dortmund) stellte strukturpolitische Planungen der EG-Mitgliedsstaaten für die neunziger Jahre vor, während *Evrard Claessens* (Antwerpen) der Frage nachging, wie ein föderales Eisenbahnsystem in Europa aussehen könnte.

Die lange Tradition föderalen Denkens und Handelns in Deutschland thematisierten *Gerhard Brunn* (Siegen) und *Wolf D. Gruner* (Hamburg). Im Mittelpunkt der Betrachtung standen dabei die Entwicklung vom Staatenbund zum Bundesstaat und die Frage, welche Rolle Demokratisierungsprozesse in diesem Zu-

sammenhang spielten. Die im Gegensatz dazu stehende anti-föderalistische Tradition in Frankreich wurde von *Gérard Bossuat* (Paris) akzentuiert. Anhand zahlreicher Beispiele der französischen Geschichte seit 1789 belegte er, warum die politischen Entscheidungsträger in seinem Land ein so distanziertes Verhältnis selbst zum Begriff des Föderalismus entwickelt haben.

Sehr ausführlich wurden die Beiträge der belgischen Referenten *Louis le Hardy de Beaulieu* (Namur) und *Gonzales d'Alcantara* (Brüssel) diskutiert, die auf den Kompromißcharakter der bestehenden föderalen Struktur Belgiens verwiesen. Es zeigte sich, daß zeitlich und räumlich allgemeingültige Muster föderaler Organisation im inner- und zwischenstaatlichen Bereich nicht gegeben und nicht zu erwarten sind. Dieser scheinbare Mangel birgt jedoch im Konfliktlösungsbereich auch Chancen. Die an dieser Stelle aufgegriffene Frage nach der Grenze zwischen Separatismus und nationaler Selbstbestimmung sollte im weiteren Verlauf der Konferenz mehrfach in den Vordergrund treten. *Georges Als* (Luxemburg) präsentierte den Sonderfall eines Staates, der auf Grund seiner territorialen Ausdehnung intern föderale Strukturen nicht zuläßt, extern jedoch besonderes Interesse an der Verwirklichung des Föderalismus in Europa zeigt.

Im Zentrum der Betrachtungen

der italienischen Konferenzteilnehmer *Claudio Cressati* (Udine), *Nicola Torraldo-Serra* sowie *Maria Grazia Melchionni* (beide Rom) standen sowohl aktuelle Probleme, wie die Etablierung der Liga Nord als politische Kraft, als auch die Rolle des Föderalismus bei der Nationalstaatsbildung in einem von lokalen Identitäten bestimmten Kulturraum. Das Spannungsfeld zwischen äußerer Einflußnahme, stabilen Munizipalitäten und Regionalismus konnte an diesem Beispiel sehr gut dargelegt werden. Darauf ging auch der griechische Referent *Astéris Pliakos* (Athen) ein, der zudem die in Griechenland entwickelten Sonderformen regionaler Organisation (territoriale Kollektivität) ins Blickfeld rückte.

José Antonio Jáuregui (Madrid) zitierte den spanischen Verfassungsgrundsatz, der Spanien als unteilbare Einheit deklariert, und stellte dem die politische und kulturelle Realität gegenüber. Der gewählte kulturhistorische Ansatz verdeutlichte eine regionale, keineswegs nationale Prägung der Einwohner Spaniens. Entgegen der zentralistischen politischen Struktur existiert somit eine gefühlsmäßige Verbundenheit mit der „patria chica“. Diese geistige Haltung findet ihren Niederschlag in der Idee eines „Europa der Regionen“.

Den Sonderfall Portugals stellte *Manuel Gonçalves Martins* (Braga) dar. Er demonstrierte, wie zwischen

1960 und 1974 politische Führungseliten aus der unmittelbaren Umgebung Salazars sich erfolglos darum bemühten, autonome Kolonialregime und dann die Vereinigten Staaten von Portugal zu schaffen, um die traditionelle Kolonialpolitik zu modifizieren und die von der Opposition geforderte sofortige nationale Souveränität der Kolonien zumindest zu verzögern.

Auf Grund der Referenda in Dänemark über die Maastrichter Verträge wurden die Beiträge von *Bertel Heuerlin* (Kopenhagen) und *Thomas Pederson* (Aarhus) mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Beide stellten Dänemark als intern zentralistisch strukturierten Staat mit starken Berührungspunkten auf politischer, nicht jedoch auf ökonomischer Ebene vor. Im Anschluß daran richtete sich die Konzentration der Teilnehmer auf die Präsentation der Haltung Großbritanniens und Irlands. Ähnlich wie Dänemark ist Großbritannien seit dem 18. Jh. zentralistisch organisiert. Starke regionale Traditionen leben jedoch in Schottland, Wales und Nordirland fort. *Andrew Crozier* und *Andrea Bosco* (beide London) analysierten die auf den ersten Blick etwas überraschende angelsächsische Tradition theoretischer Reflexion auf dem Gebiet des Föderalismus. Der Zerfall des britischen Empire gab zu Beginn des Jahrhunderts den Anstoß zu föderalen Reformen. Das Projekt scheiterte

jedoch während des ersten Weltkrieges. Die angelsächsische „Föderalistische Schule“ machte kurz vor dem Zweiten Weltkrieg erneut von sich reden, als sie zur Überwindung nationalstaatlichen Denkens eine Europäische Föderation propagierte. Ihre Theorien sollten zudem einen gewissen Einfluß auf die italienische Europapolitik erlangen.

Last but not least umrissen *Elizabeth Meehan* (Belfast) und *Dermot Keogh* (Cork) in ihren Beiträgen die Hoffnungen und Ängste der (Nord-)Iren hinsichtlich einer fortgesetzten europäischen Integration, die einerseits föderale Strukturen in Großbritannien verstärken und somit Nordirland mehr Rechte einräumen, andererseits aber die Verminderung der Unterstützung Belfasts durch London einleiten könnte.

Zum Abschluß der Tagung hob *Franz Knipping* mit Blick auf den Wandel in Ost- und Südosteuropa die Aktualität der behandelten Themen hervor. Aus den Tagungsschwerpunkten Zentralismus, Regionalismus, Selbstbestimmungsrecht, Separatismus, Subsidiarität und Gleichgewichtspolitik leitete er zudem Wirkungsrichtungen für das neue Europäische Zentrum für Föderalismusforschung in Tübingen ab.

Die am Rande des Symposiums durchgeführte Beratung der Jean Monnet-Professoren bestätigte und vertiefte den eingeschlagenen Weg der institutionalisierten Zusammen-

arbeit. Die nächste gemeinsame Veranstaltung über „Demokratische Defizite in der EG“ soll unter Federführung von *Louis le Hardy de Beaulieu* am 8./9. Juli 1994 in Namur stattfinden.

Ralph Dietl/Matthias Schönwald/
Werner Scholz

Mai 1968 jenseits der Mauer Eine Tagung in Leipzig über den Unterschied von 1968 in West und Ost

Der 25. Jahrestag der Bewegung von 1968 ging in Italien, Frankreich und in Westdeutschland ohne große Feierlichkeiten und Gedenkveranstaltungen vorüber. In Paris, wo die Zeitung *Libération* mögliche Initiativen geplant hatte, entschied man, solche Veranstaltungen angesichts der für die Linke deprimierenden Lage nach den Parlamentswahlen und dem Selbstmord Pierre Bérégovoy's auf den 30. Jahrestag zu verschieben. In Bonn und Berlin beschränkte man sich darauf, im Fernsehen Filme und Diskussionsrunden zu zeigen; die Debatte über Gewalt gegen Ausländer enthält jedoch oft Anspielungen auf den Wertemangel der gegenwärtig heranwachsenden Jugend, für den

die 68er Generation verantwortlich sei.

Daß die Übermittlung einer politischen Tradition der 68er schwierige Probleme aufwirft, ist in Italien schon länger klar geworden, vor allem bei zwei Anlässen: In den zwei Jahrzehnten bis 1988 verarbeiteten die Medien Information und Desinformation, ohne auf den Widerstand einer eigentlich unabhängigen Tradition zu stoßen – außer in Teilen von der Frauenbewegung. Die Studentenbewegung „Pantera“ pflegte teilweise ein verzerrtes Bild von 1968 und von der Neuen Frauenbewegung und ließ beide ambivalent erscheinen.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß in Europa – im Gegensatz zu den USA – die Aufarbeitung der Erinnerung an '68 sowohl auf der symbolischen wie der historischen Ebene noch sehr zaghaft ist. Es gibt nur wenige Beispiele aus der künstlerischen Produktion, aber auch die historische Forschung zeigt sich wenig aktiv, vor allem hinsichtlich der Beziehungen zwischen einzelnen Ländern und des internationalen Vergleichs.

Es ist daher besonders bedeutsam, daß – dank der Initiative des Centre franco-allemand de Recherches en sciences sociales Berlin, der Universität Leipzig und der Außenstelle Leipzig des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen – eine Tagung zum Thema „1968 – Kultur und po-

litische Ereignisse eines europäischen Jahres“ in der Ex-DDR, in Leipzig, stattfand. Leipzig erscheint als ein besonders geeigneter Ort, um den Unterschied von 1968 im Osten und Westen Europas abzuschätzen. Am 30. Mai 1968 wurde die aus dem 13. Jahrhundert stammende Universitätskirche, eine Gründung der Dominikaner, gesprengt, um eine Verbindung zwischen dem Stadtzentrum und dem „sozialistischen Karl-Marx-Platz“ herzustellen. Gleichzeitig wurde, als Präventivmaßnahme mit Blick auf die Studentenunruhen im Westen, eine Strukturreform der Universität begonnen, die den Studenten bessere Lebens- und Studienbedingungen bot.

Die Haltung des damaligen Staatschefs Walter Ulbricht gegenüber dem Prager Frühling bestimmten ähnliche Befürchtungen, wie kürzlich Akten erwiesen, die Boris Jelzin tschechischen Forschern, darunter *Vaclav Kural*, freigab. Aus den Dokumenten geht hervor, daß Ulbricht unter den Partei- und Regierungschefs des Warschauer Paktes der verbissenste Befürworter eines bewaffneten Einmarsches in der Tschechoslowakei war.

Ein Gedenkstein auf dem Platz vor der Leipziger Universität erinnert daran, daß die zerstörte Kirche „zwei Weltkriege überlebte, aber nicht ein totalitäres Regime“. Wenige Schritte entfernt steht die Nikolai-

Mitteilungen und Berichte

kirche, an der 1989 monatelang die Montagsdemonstrationen ihren Anfang nahmen, die zum Sturz des Regimes führen sollten. Will man vor diesem Hintergrund über 1968 diskutieren, so tauchen nahezu geradezu die großen Probleme der historischen Konzeptualisierung jener Epoche auf.

Es ist uns noch nicht gelungen, 1968 als europäische Bewegung zu sehen; wir wissen sehr wenig über die Kommunikationsbeziehungen zwischen den Ländern und über die Übertragung von Kampfformen und politisch-kulturellen Haltungen zwischen den USA und Europa. Vor allem haben wir gerade erst begonnen, die Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa zu verstehen und uns die damit zusammenhängenden Fragen zu stellen wie z.B., welches Echo der französische Mai '68 in Ländern wie Polen oder der Tschechoslowakei hatte und umgekehrt, wie gut westliche Studentenbewegungen die Prager Ereignisse kannten.

Was das letztgenannte Problem angeht, kann man die Hypothese wagen, die Reaktionen seien je nach Gruppe oder Flügel sehr unterschiedlich ausgefallen. Bei der neuen italienischen Linken zeugt schriftliches Material oft von starkem Zögern, die sowjetische Invasion zu verurteilen. Andererseits scheint die mündliche Erinnerung lebhaft Sympathie für den Prager Frühling zu registrieren –

aber auch hier spielen die damals und in der Folge eingenommenen politischen Haltungen eine Rolle. Zudem sind die zu einem Studium dieser Themen notwendigen Quellen in privaten Archiven oder ohne nähere Klassifizierung in öffentlichen Archiven angehäuft. Daher widerspiegelt die Forschungssituation das Durcheinander und die Verzettelung der Linken und ihrer Ideologien im heutigen Europa. Die Leipziger Tagung registrierte diese Probleme und Grenzen und versuchte einige Fortschritte, vor allem in den Diskussionen, die trotz sprachlicher Schwierigkeiten sehr lebhaft waren. Die Referate behandelten die Geschichte der 68er Bewegung in den einzelnen Ländern (mit Ausnahme von *Françoise Picq* [Paris], die die internationale Frauenbewegung betrachtete); obgleich sie einige vergleichende Aspekte enthielten, bewegten sie sich in der Substanz doch im Inneren der jeweiligen Länder. Unter den interessantesten Hypothesen findet sich die von *Wolfgang Engler* (Berlin) über den widersprüchlichen und latenten Charakter von 1968 in der DDR, wo keine spektakulären Ereignisse eintraten, aber langandauernde Prozesse in Gang kamen, die denen im Westen recht ähnlich sind. Es stachen die Fragen und Vorschläge hervor, die *Etienne François* (Berlin) und *Lutz Niethammer* (Essen/Jena) in der Anfangs- und Schlußrunde formu-

lierten: Kann man von einer gemeinsamen Charakteristik der 68er Bewegung sprechen? Falls dies zutrifft, in welcher Beziehung steht sie zu den Erscheinungsformen der amerikanischen Bewegungen und, allgemeiner, zu ihrer weltweiten Natur? Falls das Phänomen als europäisch betrachtet wird, wie artikulieren sich der Osten und der Westen? Ist es möglich, Hannah Arendts These von der Affinität des Angriffs auf die Bürokratie im Osten und dem Infragestellen des Kapitalismus im Westen historiographisch umzusetzen? Einige Fragen, die während der Leipziger Debatten aufgeworfen wurden, überstiegen das traditionelle Feld der Geschichtsschreibung und warfen die politischen Probleme der letzten Jahrzehnte auf: Wäre die Sowjetunion 1968 nicht militärisch in der Tschechoslowakei interveniert, hätte sich dann eine europäische Alternative entwickelt, die vielleicht den Linksextremismus in Deutschland und Italien hätte vermeiden können?

Ein zweites Feld der vergleichenden Forschung betrifft die längerfristigen Wirkungen. Sie sind im Falle Italiens und Polens besonders ausgeprägt – die Bewegung erstreckte sich dort, anders als in Frankreich und der Tschechoslowakei, über mehrere Jahre –, müssen aber ebenfalls beachtet werden, wenn man die '68er Bewegung in ihrer Gesamtheit verstehen will. In diesem Zusammenhang sei an die 1991 von Giovanni

Arrighi, Terence Hopkins und Immanuel Wallerstein formulierten Thesen erinnert, die die Vorgänge von 1989 als Fortsetzung von 1968 interpretieren („Antisystemic Movement“), insofern, als 1989 den Angriff auf die alten „antisystemischen“ Revolutionsideologien zu Ende geführt hätte, wenn auch auf andere Art. Diese Interpretation erscheint mir in gewisser Hinsicht überzeugend, läßt aber einige Probleme ungelöst. Um ein besonders wichtiges zu erwähnen: Die These der Kontinuität scheint die Tatsache zu übersehen, daß beide historischen Bewegungen sehr unterschiedliche Bedeutungen für die Frauen hatten. Beide Male waren die Frauen, wenngleich in widersprüchlicher Weise, Hauptbetroffene. 1968 markierte für sie den Ausgangspunkt verschiedener Formen der Befreiung, 1989 hingegen bedeutete in Osteuropa für sie das Ende einer ausschließlich wirtschaftlich-sozialen Emanzipation (ohne entsprechende Kritik auf der kulturellen und symbolischen Ebene und vor allem ohne eine neue Praxis der Beziehungen zwischen Frauen). Auch hier: Ende einer Ideologie, aber mit schwerwiegenden Folgen, wie die gegenwärtige weibliche Massenarbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR zeigt. In diesem Kontext erscheint die Kontinuitätsthese zu linear. Doch es ist möglich, daß der seither vergangene Zeitraum zu kurz

ist, unser Blick daher zu kurzfristig, um Zusammenhänge zu erfassen, die dereinst klar zutage treten werden.

Luisa Passerini
(Aus dem Italienischen von
André Mina)

Frauen im Exil

Entgegen landläufiger Auffassung ist das Exil zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland noch lange nicht vollständig untersucht und erforscht. Gerade in bezug auf die Frauen sind noch etliche Lücken zu schließen. Dieser Aufgabe widmete sich die diesjährige Jahrestagung der Gesellschaft für Exilforschung, die vom 22. bis 24. Oktober 1993 in Berlin in den Räumen der Gedenkstätte Deutscher Widerstand stattfand. Dabei sollte, wie *Beate Schmeichel-Falkenberg* (Tübingen) einleitend betonte, nicht nur biographische Spurensuche betrieben, sondern zugleich auch Repräsentatives herausgearbeitet werden. Eine wichtige Frage sei auch, ob es spezifische Überlebensformen von Frauen im Exil gegeben habe.

Die ersten Referate beschäftigten sich mit den Schriftstellerinnen. *Siglinde Kaiser-Bolbecher* (Wien) wies auf den „demokratisierenden Effekt“ hin, den das Exil durch seine Erschütterung der traditionellen

Rollenmuster auf den Anteil und die Bedeutung der Schriftstellerinnen gehabt hatte. Aber während es nur wenigen gelang, in die männlichen Diskurse einzubrechen und sich dauerhaft dem späteren Exil-Nachbild einzuprägen, traf die Not der Emigrant*innenexistenz in großem Maße die Frauen, die oft ohne Hilfe der Männer ihre Familie durchbringen mußten. Als Beispiel einer spezifisch weiblichen antifaschistischen Konzeption stellte *Kaiser-Bolbecher* den Roman „Als der Fremde kam“ von *Hermynia zur Mühlen* vor. Über den Ort der Frauen im Gesamtzusammenhang der antifaschistischen Exilliteratur sprach *Sonja Hilzinger* (Mainz). Anders als die meisten Männer schilderten die vorgestellten Frauen in ihren Romanen nicht das Heldenhafte, sondern versuchten, sich psychologisch in ihre jeweiligen weiblichen Hauptfiguren hineinzuversetzen. In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde die Frage nach möglichen weiblichen Spezifika der Exilliteratur sehr kontrovers beurteilt. *Barbara Bauer* (Marburg) versuchte, einen „Katalog“ frauenspezifischer Schreibweisen aufzustellen – größere Betonung der Alltagsgeschichte, häufige Wahl der Kindes-Perspektive, stärkere persönliche Selbstkritik –, dem vor allem von *Silvia Schlenstedt* (Berlin) heftig widersprochen wurde. Sie wies auf die sozialhistorischen Bedingungen des Schreibens von Frauen

hin, konzedierte aber, daß bei den Schriftstellerinnen keine Neigung zu Zynismus und Härte und auch eine geringere Anfälligkeit für Ideologien bestanden habe. *Imela von der Lühe* (Berlin) nannte es gerade ein Ziel der historischen Frauenforschung, mit der gängigen Konnotation von ‚weiblich‘ = ‚ahistorisch‘ zu brechen und diese Zuschreibungen nicht noch fortzusetzen, indem man von ‚weiblichen Schreibstrategien‘ spreche.

Im zweiten Teil der Tagung standen die Pädagoginnen im Vordergrund. *Inge Hansen-Schaberg* und *Christine Lost* (Berlin) stellten die Biographien von sechs Frauen vor, die in der Regel im Exil ihre pädagogischen Konzepte aus der Weimarer Zeit fortsetzten und weiterentwickelten und nach dem Krieg – je nach politischem Standort – ins westliche oder östliche Deutschland zurückkehrten. *Helga Gläser* (Berlin) referierte über fünf Jüdinnen, die in ihren Berliner Schulgründungen von 1898 bis 1939 eine bemerkenswerte Verknüpfung von Frauenbewegung, jüdischer Emanzipationsbewegung und Reformpädagogik herstellten. Ein besonders interessanter Tagungsbeitrag war der Dokumentarfilm über das Schicksal von Sophie Friedländer und Hilde Jarecki, die sich anschließend beide dem Gespräch mit den Tagungsteilnehmer(inne)n stellten. Im Zusammenhang mit diesem gemeinsamen Lebensschicksal sprach

Hildegard Feidel-Mertz (Frankfurt a.M.) über das allgemeine Thema der Partnerschaften von Frauen als Überlebensstrategien im Exil.

Den Anteil von Frauen an politischen Konzeptionen wie der ‚Free German Association‘ oder dem ‚Nationalkomitee Freies Deutschland‘ hatte das Referat von *Ursula Adam* (Berlin) zum Thema. Obwohl deutlich sei, daß Frauen nur in sehr geringem Maße an diesen Diskussionen und Konzepten beteiligt worden seien, sei ihre Bedeutung dennoch nicht gänzlich zu ignorieren.

Der letzte Teil der Tagung galt den in Theater und Film tätigen Frauen. *Guy Stern* (Detroit) hielt einen sehr lebendigen und einfühlsamen Vortrag über die häufig viel zu sehr verkannte Brecht-Interpretin Lotte Lenya. *Günter Agde* (Berlin) beleuchtete die wichtige Rolle, die Frauen hinter den Kulissen des Films als Autorinnen, Assistentinnen und Zeitgeist-Beobachterinnen spielten. *Reinhold Bubser* (Iowa) schilderte anschaulich die Situation der Emigranten und Emigrantinnen in der New Yorker Theaterszene, die für Europäer eine völlige Umorientierung bedeutete angesichts der gänzlich anderen gesellschaftlichen Stellung und national-ideologischen Funktion des Theaters in den USA. Unter diesen Bedingungen waren es fast ausschließlich die Männer, die den Erfolg hatten.

Den Ausklang bildete der Vor-

trag von *Simone Barck* (Berlin) über Besonderheiten des Exils von Frauen in der Sowjetunion. Angesichts der sich zur Zeit vollziehenden allmählichen Öffnung der osteuropäischen Archive harren hier noch zahlreiche ungehobene Schätze der Entdeckung und Auswertung durch die historische Forschung – und nicht zuletzt auch der Exil- und der Frauenforschung.

Thomas Erdmann Fischer

Die Industrieregion Sachsen im 20. Jahrhundert

Unter dem Thema „Langzeittrends und Wandlungen in alten Industrieregionen unter dem Einfluß politischer Umbrüche im 20. Jahrhundert“ fand am 30. 9./1. 10. 1993 am Fachbereich Geschichte der Universität Leipzig ein internationales Kolloquium statt, das zugleich offizielle Eröffnungsveranstaltung für das von der Volkswagen-Stiftung geförderte Projekt „Die Industrieregion Sachsen im 20. Jahrhundert“ war.

Während Sachsens Rolle als Pionier der Industrialisierung in Deutschland im 19. Jh. als recht gut erforscht gelten kann, und zwar nicht nur bezüglich der Wirtschaftsgeschichte, trifft gleiches für das 20. Jh. nicht zu. Dabei verdient die Geschichte Sach-

sens in diesem Zeitraum aus verschiedenen Gründen ein besonderes Forschungsinteresse. Die älteste, dichtbesiedelste, am meisten geschlossene und dennoch ihrer Struktur nach vielfältigste Industrieregion Deutschlands hatte um die Jahrhundertwende ein Profil erreicht, das sich in den folgenden Jahrzehnten, was Wirtschaft, soziales Gefüge und politische Lagerbildung betrifft, nur vergleichsweise wenig veränderte. Insofern und auch wegen der von dieser Ausgangslage herrührenden Strukturprobleme teilte Sachsen im 20. Jh. in mancher Beziehung eher das Schicksal anderer alter Industrieregionen als etwa das Ruhrgebiet, Württemberg oder die großen Küstenstädte, so daß sich Vergleiche z.B. mit den Regionen um Manchester oder auch Göteborg geradezu aufdrängen. Daraus erwächst auch die Möglichkeit, in der Analyse der Gesellschaft in Sachsen Grundprobleme der europäischen Industriegesellschaft zu verfolgen, wobei die wirtschaftlich bedingte Offenheit Sachsens in doppelter Hinsicht (Exportorientiertheit und Grenzlage zur CSR und heute zu Polen) zusätzliche Anknüpfungspunkte bietet.

Die Herausbildung einer das Land schon vor der Reichsgründung beherrschenden Industrie unter den Bedingungen des Manchesterkapitalismus führte zu einer beispiellosen Polarisierung zwischen dem bürgerlichen und proletarischen Lager

in den vier Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg, und zwar in sozialer, politischer und kultureller Hinsicht. Diese regelrechte Frontstellung wurde im Gegensatz zu anderen Industrieregionen auch nach 1918 kaum abgebaut, zeitweilig sogar verschärft, so daß auf Landesebene bis 1933 Koalitionen zwischen der Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien faktisch gar nicht und in den größeren Kommunen kaum möglich waren. Es ist bemerkenswert, daß das deutsche Land mit dem organisiertesten Industriebürgertum, das fast ein halbes hundert Jahre überwiegend durch – freilich stark rechtslastige – liberale Parteien repräsentiert wurde, zu liberalen Konfliktlösungen so wenig in der Lage gewesen ist wie kein anderes Land. Der Vergleich mit entsprechenden britischen Regionen verdeutlicht das Problem. Eine moderne urbane Gesellschaft in Europa konnte sehr unterschiedliche politische Profile haben, und es wird erneut die Frage aufgeworfen, inwiefern eine umfassende Modernisierung die Gleichzeitigkeit von industrieller Modernität und funktionierender parlamentarischer Demokratie bedingt bzw. wo die Gründe für ein Auseinanderklaffen liegen. Eng damit verbunden ist auch das Problem der Verbürgerlichung einer Gesellschaft unter den Bedingungen (scheinbar?) unmoderner polarer Lagerbildung und deren Erosion in zwei aufeinander-

derfolgenden sehr unterschiedlichen Diktaturen 1933 bis 1945 und 1945 bis 1989.

Die Bedingungen für eine solche Konstellation zu erforschen, ist eine reizvolle Herausforderung, wobei noch zwei Momente das Forschungsinteresse verstärken: Obwohl eine alte Industrieregion, blieb Sachsen wirtschaftlich bis in die Anfänge der DDR-Zeit erstaunlich innovations- bzw. anpassungsfähig. Bedeutere also die weitaus geringer wandlungsfähige Gesellschaft ein „unmodernes“, ungleichzeitiges Relikt, oder erweist sich der modernisierungstheoretische Ansatz als letztlich ungeeignet zur Erforschung einer/dieser Industrieregion?

Keine ausgeprägte alte Industrieregion Deutschlands war von politischen Umbrüchen in relativ kurzer Zeit so betroffen wie Sachsen. Förderter Geschichte und damit zusammenhängende Traditionen eher Anpassungsvermögen oder Resistenz?

Forschungsstand und Kräftepotential des Projektes (die Fördermittel sichern eine Mitarbeiterstelle und vorerst drei Dissertationsstipendien, über Sachmittel können Untersuchungen weiterer Mitarbeiter und von Studenten unterstützt werden) zwingen zur Konzentration auf ausgewählte Schwerpunkte.

Entsprechend dem Charakter der Region bilden Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialstruktur mit

der Konzentration auf den industriellen Bereich einen wesentlichen Komplex, wobei versucht werden soll, Handel, Landwirtschaft und anderes Gewerbe partiell einzubeziehen. Untersuchungen zu (vornehmlich wirtschaftlichen und sozialpolitischen) Interessenvertretungen sowie zur Konfliktregelung stellen den zweiten größeren Schwerpunkt dar, wobei der Elitenproblematik besondere Aufmerksamkeit zukommt. Die Forschungen zu diesen wie Einzelproblemen (hierzu zählen Studien über lokale Gesellschaftsbereiche, zur jüdischen Immigration, Umweltproblematik, Lebenslage der Frauen und zur Geschichte der Wismut) sind zu einem nicht geringen Teil auf Subregionen konzentriert, überwiegend auf West- bzw. Nordwestsachsen und Leipzig. Das ist eine notwendige Beschränkung, hat aber auch den Vorteil, die Binnendifferenzierung der größeren Region Sachsen über den vergleichsweise langen Zeitraum von knapp 100 Jahren zu verfolgen – bei Berücksichtigung längerer Rück- und Ausblicke trotz der Konzentration auf die Zeit vom Ersten Weltkrieg bis in die sechziger Jahre. Damit wird es möglich, Regionalisierung als Prozeß zu untersuchen, in welchem das sich verändernde Gewicht der Subregionen in der größeren wie auch ihre Beziehungen zu anderen deutschen und europäischen Regionen und außerdem Verstärkung oder

Abschwächung von Regionalismen erkennbar werden sollen.

Die genannten Problemfelder waren auch Schwerpunkte des Startkolloquiums, das zudem die Funktion hatte, sozusagen als Kontaktbörse die Zusammenarbeit von Projektgruppen oder Einzel Forschern mit vergleichbaren Vorhaben zu befördern, so daß die Thematik der Veranstaltung weiter gefaßt war als die des Leipziger Projektes.

Der Vergleich wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen in verschiedenen europäischen Industrieregionen vom beginnenden 19. bis zum Ausgang des 20. Jh. bestimmte die Diskussion im ersten Themenkreis, wobei die Beiträge zu Sachsen von *U. Heß*, *G. Dittrich* (beide Leipzig) und *R. Engeln* (Bochum) und zu Thüringen von *J. John* und *A. Dunkel* (beide Jena) hauptsächlich die Zeit vom Ersten Weltkrieg bis in die fünfziger Jahre ins Visier nahmen. *K. Megerle* (Berlin) mit seiner vergleichenden Betrachtung zu Württemberg und Sachsen, *W. Dlugoborski* (Katowice) mit der Analyse der schlesischen Industrie und *M. Bauerova* (Plzen) in ihrer Darstellung des Profilwandels der Skoda-Werke verfolgten dagegen Langzeitrends durch das 19. und 20. Jh. Übereinstimmung bestand darin, daß die sächsische und thüringische Industrie vom Typus her sehr viel Gemeinsames aufwies, während

Württembergs Industrialisierung nicht autonom erfolgte, dafür aber Möglichkeiten für größere Innovationsschübe als in den ersten beiden Ländern anlegte, wie *Megerle* anschaulich zeigte. Die Frage von *Strath* (Göteborg), ob die vorgestellten Regionen einen bestimmten, unverwechselbaren Unternehmertypus hervorgebracht hätten, wurde zwar nicht eindeutig beantwortet, doch tendenziell bejaht und im zweiten Komplex über politische Strukturen und Bewegungen weiterverfolgt, und zwar auch bei der Betrachtung der Profile der Arbeiterschaft in den verschiedenen Regionen. In diesem Komplex sprachen *T. Adam* (Leipzig) zum „Sonderfall“ des Leipziger Gewerkschaftskartells, *B. Häupel* und *M. Seidel* zur spezifischen Prägung der Sozialdemokratie in Südwestsachsen bzw. Thüringen und *T. Kupfer* (alle Bochum) über die Struktur der anhaltinischen SED. *B. Gütersloh* (Dresden) und *M. Rudloff* (Leipzig) untersuchten unternehmerische Interessenvertretung in Sachsen, während *W. Bramke* der Konfrontation zwischen bürgerlichem und „proletarischem“ Lager nachging. Alle Beiträge behandelten den vergleichbar knappen Zeitraum zwischen Erstem Weltkrieg und den frühen dreißiger Jahren.

Der dritte Schwerpunkt war politischen Haltungen und mentalen Prägungen gewidmet. *K. H. Pohl* (Bielefeld) analysierte die Kom-

promißfähigkeit des sächsischen Industriebürgertums gegenüber der Arbeiterschaft in der späten Monarchie, *P. Hübner* (Berlin) durch die Kohleindustrie beeinflusste Mentalitäten in der Niederlausitz in der DDR-Zeit, *D. Briesen* (Siegen) sprach über das Regionalbewußtsein im Strukturwandel der Ruhrregion. Gestützt auf Befragungen, stellten *R. Marynitsch*, *A. Dresler* und *W. Uhlmann* (alle Chemnitz) Haltungen und Erfahrungen von Menschen verschiedener sozialer Herkunft aus dem Alltag der DDR vor. Ein eigenständiges Thema verfolgte der Beitrag von *K. Kretschmer* (Leipzig) zu ökologischen Problemen im Südraum Leipzigs. Umstritten blieb, ob es in Sachsen Möglichkeiten zum Aufbrechen der Lagerkonfrontation und -mentalität gegeben habe. Überwiegend, auch im Beitrag von *E. Frie* (Münster) über Sozialpolitik in Sachsen, der im vierten Schwerpunkt plazierte war, wurde die Situation eher skeptisch beurteilt. Nachdenklich machen sollte auch Briesens schlüssig wirkende Einschätzung, daß der Strukturwandel im Ruhrrevier diese Region gesichtslos zu machen scheint. Das Zauberwort Regionalisierung, heute fast inflationär gebraucht, wird so etwas entzaubert. Im abschließenden Komplex zu spezifischen sozialen und sozialpolitischen Fragen sprachen außer *Frie* *S. Höppner* über Migration und speziell die jüdische Immigration nach

Mitteilungen und Berichte

Sachsen, *D. Weber* (beide Leipzig) zur Lage der Frauen in Erfurt und Leipzig in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, *A. Wagner* (Rostock) über die innere Entwicklung der größten mecklenburgischen Brauerei – damit eine nicht durch Industrie bestimmte Region in den Vergleich einbringend –, *R. Stutz* (Jena) über einige den Luftschutz begleitende soziale Faktoren und *M. Jahn* (Dresden) zu Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Arbeitskräftestruktur, wie sie sich

für Sachsen aus den Zwangsumsiedlungen nach dem Zweiten Weltkrieg ergaben.

Der vielleicht wichtigste Impuls wurde durch die Zusammenarbeit von Teilnehmern aus insgesamt fünf Ländern gegeben. Die damit tatsächliche europäische Dimension sollte, wenn sie beibehalten werden kann, Provinzialismus oder Heimattümelei, einer latenten Gefahr für jegliche Regionalforschung, entgegenwirken.

Werner Bramke

Buchbesprechungen

Essad Bey, Mohammed, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1993, 444 S., 12 Fot., Reg.

So bewegend wie diese Geschichte aus dem Jahr 1932 über den Islamstifter Mohammed (570-632) mutet auch das Leben ihres Verfassers an. Wie Steffen Kling im Anhang vermerkte (S. 436ff.), ist „Mohammed Essad Bey“ das Pseudonym des Schriftstellers *Leo Noussimbaum*, dessen Biographie unbekannt geblieben sei. Vermutlich wurde er 1905 im aserbaidshanischen Baku geboren. „Sein aus Samarkand stammender Vater war in Baku Ölquellenbesitzer geworden und hatte eine russische Intellektuelle, die auf Grund bolschewistischer Aktivitäten im Staatsgefängnis einsaß, dank seines Einflusses befreien können – und geheiratet. Sie wurde die Mutter von Leo Noussimbaum. Ob beide Eltern jüdischer Herkunft sind oder nur die Mutter, bedarf noch der Recherche. Die revolutionären Ereignisse in Rußland zwangen Vater und Sohn – offenbar ohne die Mutter – zweimal zur Flucht aus Baku.“

Nach einigem hin und her durch Asien und Europa, sei er in Berlin angekommen, „wo er 1922 in Wilmersdorf eine neue Heimat fand. Sehr

bald schon begann er, in unmittelbarer Nachbarschaft zur Moschee der „moslemisch-deutschen Gemeinde“, unter seinem Pseudonym als freier Schriftsteller tätig zu werden. Bereits 1929 sei sein autobiographischer Roman „Öl und Blut im Orient“ erschienen. Ein Jahr darauf kamen „Zwölf Geheimnisse im Kaukasus“ heraus. Damit habe er sein Thema gefunden: Rußland und die islamische Welt. Seine Stalin-Biographie wurde 1931 publiziert, anschließend die über den Araber, der über Jahrhunderte die Geschichte prägen sollte. Danach erschienen die Biographien über den letzten russischen Zaren Nikolaus II., 1935 und 1936 über den iranischen Reza Schah. Der Autor sei antisemitischen Verfolgungen ausgesetzt worden, wobei eine Überlieferungslücke zwischen 1937 und 1943 klaffe, dem relativ gesicherten Todesjahr. Offen bleibe, ob, wo und wann er seinem Leben als Jude im feindlichen Klima ein Ende gesetzt habe.

Essad Bey gliederte seine Darstellung in vier Teile: Die Welt vor dem Propheten, die Offenbarung, der Staat Gottes und die Welt nach Mohammed. Die nachfolgenden Einblicke in diese Kapitel hinterfragen den Buchgehalt, der – dies hier gegenübergestellt – zuweilen August

Bebels (1840-1913) „Die Mohamedanisch-Arabische Kulturperiode“ widerspricht: 1884 in Stuttgart publiziert, umriß es im Sinne aufklärerischer Arbeiterbildungsvereine ebenso das Werden des Propheten Mohammed. Ein großer Unterschied springt freilich hervor: während Essad Bey selbst in Mittelasien lebte und bei seiner ersten Flucht vor der „Oktoberrevolution“ durch Turkmenistan, Buchara, Chiwa und Tadshikistan fuhr, bereiste hingegen der Führer der II. Internationale niemals den Orient – und blieb in dieser Hinsicht auch ein „sozialdemokratischer Karl May“.

Daher unterscheiden sich beider Gedanken über das historische Milieu Arabiens und dessen Wirkungen. Zur Wüste schrieb August Bebel: der stets leuchtende Farbton im Morgenlande unter einem fast immer heiteren Himmel wirke in hohem Grade nervenanregend. Das heiße Klima mache die Menschen leidenschaftlicher, sie seien „Halluzinationen und epileptischen Anfällen leichter ausgesetzt als die Nordländer“. Die Phantasie entfalte sich üppiger und erlange leichter Herrschaft über den Verstand, woher sich die „Neigung zu religiösen Schwärmereien und die Liebhaberei für die Künste“ erklärten, die die Phantasie und Gefühle befriedigten. Das Lichtmeer der Wüste lasse den Menschen „andachtsvolle Schauer“ erfühlen und Furcht vor dem Wesen, das sie geschaffen haben müsse.

Essad Bey jedoch: nichts rege in der Wüste die Phantasie an. Die Trägheit des Ostens sei dort entstanden, auf unendlichen Karawanenmitten durch die Öde. Auch Wurausbrüche entstammten dem Sande. Das Hirn werde kaum gereizt und habe Zeit zum Rufen, Grübeln und Denken, es sei beim Menschen in der Wüste so trocken und klar wie Luft und Sand. Nur wenige Gedanken fänden in ihm Platz. Diese aber seien fest und tief in seiner einfachen Seele verankert. Neun Zehntel Arabiens seien Wüste, der Rest könne täglich dazu werden. Der Mensch Arabiens müsse wüstenfromm sein, ein Fatalist. Er sei wie der Sand, unwichtig für die große Welt, unwandelbar und unvergänglich durch Jahrtausende. Das Volk blieb starr wie die Wüste.

Bevor Gott mit Erzengel Gabriel dem Propheten Offenbarungen sandte, verehrte man in der Händler- und Beduinenstadt Mekka auf der arabischen Halbinsel viele Götter. Eine zentrale Kultstätte war die „Kaba“, ein würfelförmiges Ziel mit einem Stein in der Mitte. August Bebel überlieferte uns vor einhundert Jahren zu dem „Schwarzen Stein“ dreierlei: es sei ein aus dem Paradies gefallener Engel, der am jüngsten Tag dem Herrn berichte, wer ihn während seines Steinseins verehrte; ursprünglich ein schneeweißer, von Abraham aus dem Paradies mitgebrachter Stein gewesen, der sich durch die Aufnahme von Sünden der Gläubigen schwärzte; und „am wahrscheinlich-

sten ein Meteorit“, der in uralter Zeit „unter Geräusch und Leuchten“ zur Erde gefallen und von nahebei weidenden Hirten in seinem „himmlichen Ursprung“ verehrt worden sei.

Erzvater Abraham, so Essad Bey nach „alten Legenden“ (S. 43f.), sei im Higâz-Gebirge gewandert. Ihm habe der Herr der Welten Gnade erwiesen und vom Himmel den weißen Stein gesandt. Zu Ehren des Herrn habe Abraham ein Heiligtum erbaut – ein viereckiges Gebäude. So sei die „Kaba“ entstanden. In ihrer Wand habe Abraham den Stein Gottes eingelassen, der alsbald zum „Hagar al-Aswad“ geworden sei, da ihm jeder Gläubige mit den Küssen auch die Sünden übergeben habe. „So groß und so zahlreich waren die Sünden der Menschheit, daß der leuchtende, helle Stein des Allmächtigen zuletzt ganz und gar schwarz wurde, schwarz wie die Nacht, wie die Sünde. Wenn aber einst der Tag des Gerichts anbricht und der Allmächtige alle Gerechten und Ungerechten vor seinen Thron ruft, dann bekommt der Stein zwei große Augen. Er wird wieder weiß und leuchtend werden, in der Hand des Allmächtigen wird er ruhen und für jeden zeugen, der einst, im Vertrauen auf die Allmacht Gottes, ihm seine Sünden anvertraute.“

Bebel und Essad Bey schmückten „religiöse Eingebungen in der Wundernacht Qadr im Monat Ramadan“ aus. Während ersterer meinte, daß Mohammed mit 40 Jah-

ren religiösen Visionen wegen seines nervösen Temperamentes verfiel“, begleitet von Epilepsie, malte letzterer den Erzengel aus. Da es an Quellen mangelte, erging es beiden, ihrem Wortreichtum zum Trotz, wie Essad Beys Karawanenführer (S. 47)³; sie wirken insgesamt so „wortkarg wie sein Kamel.“

Was Wunder, daß wieder Streit um die „Historizität Mohammeds“ aufkam. Zwar gibt es kaum Zweifel an dessen Existenz und Wirken; wohl sind im 20. Jahrhundert neue Biographien erschienen, doch an ihrer mangelhaften Quelleneinbettung änderte sich wenig. Im Vergleich mit der bibelkritischen Leben-Jesu-Forschung⁴ geht F. Peters⁵ Überlegung vor allem darum: Gewiß scheinen zu Mohammeds Lebzeiten einige Schreiben verfaßt worden zu sein, doch seien sie erst 15 Jahre nach dessen Tod zusammengestellt - und auch redigiert worden. Generell handele es sich um Ausdeutungen, was er meinte, aber keineswegs um die wortgetreue Wiedergabe dessen, was er sagte. Unbekannt sei, wer mit welchen Änderungen die 114 Suren des Korans – das durch Mohammed übermittelte Wort Gottes – um 650 niederschrieb, geordnet von der längsten bis zur kürzesten Sure mit wenig innerer Einheit. Da hier zum einen historische Quellen zum Umfeld fehlten und zum anderen sehr wenig über die Umstände des Lebens in Mekka und Medina mitgeteilt worden sei, gleiche diese Primärquelle einem

Buchbesprechungen

„Text ohne Kontext“. – Ibn Hisham (gest. 833), Schüler des ersten Mohammed-Biographen Ibn Ishaq (gest. 767), gab den Lebensauf heraus; indes bleibe die Zeit vor der Offenbarung 610 wie auch jener Abschnitt von der Hira, Mohammeds Auszug 622 von Mekka nach Medina, bis zur Badr-Schlacht von 624 zu wenig erhellt. Infolge fehlender Quellen sei weiterhin offen, welche anderen religiösen Schriften dem Propheten zur Verfügung standen, der sich „um 624 zum absoluten Monotheisten“ entwickelt habe. Geboten wäre eine Methode, mit der redaktionelle Eingriffe in den Urtexten erkannt werden könnten.

Peters Argument, alles sei lange nach dem Tod Mohammeds notiert worden, Frühquellen wären unzuverlässig und spätere Redaktionen hätten anderen als den Absichten jenes Mannes unterlegen, der mit der Verkündigung zugleich ein neues Reich begründete, trat der Princetoner Wirtschaftshistoriker Charles P. Issawi⁶ mit einer Rechnung aus seiner Familiengeschichte entgegen. Demnach sei es möglich, durch die innerfamiliäre Überlieferung 135 Jahre zu überbrücken: eben jene Zeit, die zwischen dem Tod Mohammeds und dem seines Biographen Ibn Ishaq lag. Sicher habe dieser Schreiber Wege genutzt, Augenzeugen zu jenen Ereignissen zu befragen, über die er geschrieben habe.

Wolfgang Schwanitz

- 1 Kulturperiode. Stuttgart 1889 (2. Aufl., 1. Aufl. 1884); ausf., G.D. May, August Bebel und der Islam - eine späte Würdigung, in: Die Welt des Islam, Leiden XXX (1990), S. 179-187.
- 2 Dazu ein Roman: J. Tralow, Mohammed, Berlin 1968.
- 3 J.H. Kramers/H.A.R. Gibb (Hrsg.), Shorter Encyclopaedia of Islam, Leiden/New York 1991, S. 390-405; W. Beltz, Sehnsucht nach dem Paradies - Mythologie des Korans, Berlin 1981, S. 151-166.
- 4 H. J. Genthe, Mit den Augen der Forschung, Berlin 1986.
- 5 F. E. Peters, The Quest of the Historical Muhammad, in: International Journal of Middle East Studies, Cambridge-New York, 23 (August 1991) 3, S. 291-315.
- 6 Ch. Issawi, A Reponse to Peters', in: ebenda, 24 (May 1992) 2; zu Issawi vgl. Interview „Lange Zeit den gleichen Ärger“ in: Wochenpost, Berlin, 14. 8. 1991, S. 10.

Neuzeitliche Umgestaltung und Anfänge des modernen Machtstaates. Von Gerhard Bürck und Susanne Schlösser, Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt am Main 1993, IV, 288 S., zahlr. Abb. (= Weltgeschichte im Aufriß. Themenhefte).

Das vorliegende Heft dokumentiert für sein Thema die wesentliche Erkenntnis, daß schon in der frühen Neuzeit in vielen Teilbereichen der materiellen Basis wie des gesellschaftlichen Überbaus wesentliche Entwicklungen, Abhängigkeiten und Folgerungen für nachfolgende Epochen angelegt sind. Vornehmlich den

1 A. Bebel, Die Mohamedanisch-Arabische

Buchbesprechungen

Lehrenden bleibt der Umgang mit den Materialien im einzelnen freigestellt – gleichwohl ist das Heft vorzüglich geeignet, Geschichte als Bildungserlebnis und diese so als einen Gegenstand zu vermitteln, der überdies Vergnügen bereitet. Aufbau, Materialauswahl und -aufbereitung tragen dem uneingeschränkt Rechnung. Die acht Hauptkapitel beschäftigen sich mit Humanismus und Renaissance (I), der überseeischen Expansion Europas und dem Frühkapitalismus (II), Reformation und kaiserlicher Reichspolitik (III) und widmen sich ausführlich dem deutschen Bauernkrieg (IV) und dem Dreißigjährigen Krieg (V). Die Kapitel VI (Absolutismus in Frankreich), VII (Frühparlamentarismus in England bis zur „Glorious Revolution“) und VIII (Aufgeklärter Absolutismus in Deutschland) führen bis unmittelbar an den Beginn der „Doppelrevolution“ (industrielle Revolution in England/politisch-soziale Revolution in Frankreich) des ausgehenden 18. Jh. heran und enthalten Informationen, ohne deren Kenntnis die europäische und deutsche Geschichte besonders des 19. Jh. kaum verständlich wäre.

Jedes dieser Kapitel wird mit einer *Übersicht* eröffnet, die auf die Problematik des jeweiligen Zeitabschnittes hinweist; ihr folgen die *Einführung in die Arbeitsthemen* und die eigentlichen *Arbeitsthemen* selbst als Mittel fordernder wie fördernder

Rekapitulation, und schließlich die *Materialien*, die – gestrafft – eine immense Fülle von Aussagen u.a. zu den Bereichen Politik und Wirtschaft, Produktion und Handel, Kultur und Kunst, Alltagsleben und Festtage, Architektur, die Entwicklung des geistigen und religiösen Lebens, Militär und Militärwesen enthalten. Hervorhebung verdienen die Qualität der ausgewählten Quellentexte, das aussagekräftige Bildmaterial und die zahlreichen graphischen Darstellungen. Deutlich werden auf diese Weise der Einfluß, den u.a. Politik, Wirtschaft und Krieg auf den Alltag der Menschen und auf ihre ganz eigene Befindlichkeit nahmen (vgl. z.B. die Kriege zwischen Österreich und Preußen und deren Menschenopfer, S. 237ff.) oder die in (zeitgenössischen) Bildern dargestellten sozialen Kontraste zwischen durchaus signifikanten Vertretern einzelner gesellschaftlicher Klassen (etwa: Bauernfamilie vor der Mahlzeit – Festmahl des Herzogs von Alba, S. 191/192).

Die Autoren ließen sich bei der Auswahl der Themen und Materialien von den bestehenden Lehrplänen leiten. Dabei wird der Stoff in in sich geschlossene Lehreinheiten zusammengefaßt und zur Diskussion gestellt. Mir scheint dies ein erster Vorzug des Heftes zu sein – ein zweiter besteht in dem durch das eigene Herangehen begründeten Appell der Autoren an die Nutzer

ihrer Arbeit, Geschichte als Einheit zu begreifen, als Bezugssystem verschiedenster Größen, von denen man nicht die eine losgelöst von der anderen betrachten könne. Drittens sei das *Kommentierte Register* am Ende des Bandes genannt, das einen schnellen Zugriff auf wichtige Ereignisse, Prozesse und Personen erlaubt.

Den Autoren ging es auch um die Verdeutlichung historischer Bezüge zur Gegenwart. Das ist ihnen ohne jede Aufdringlichkeit auch durchweg gelungen. Denn sie setzen völlig zu Recht historische Bildung mit politischer Bildung gleich. Ob man indes in Phänomenen wie u.a. der Einrichtung eines stehenden Heeres, dem Aufstieg von Bürgern und der Erzwingung der kirchlichen Einheit des Staates „Vorstufen totalitärer Systeme und Machtstaaten“ sehen kann (S. III), wird wohl ganz entschieden vom jeweiligen Verständnis des Lesers vom Inhalt des Terminus „totalitär“ abhängen.

Kurt Holzapfel

Heiner Haan/Gottfried Niedhart, Geschichte Englands vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, C. H. Beck, München 1993, 291 S.

Ein 1982 mit der „Einführung in die englische Geschichte“ (326 Seiten) begonnenes Projekt hat mit vorlie-

gendem Band seinen Abschluß gefunden. Der erste Teil der als Dreibänder vorgesehenen, ausführlicheren Darstellung erschien 1987, schrieb Geschichte sozusagen von hinten nach vorn, denn Gottfried Niedhart setzte mit der „Geschichte Englands im 19. und 20. Jahrhundert“ (Bd. III, 253 S.) ein. Drei Jahre später erschien Karl-Friedrich Kriegers „Geschichte Englands von den Anfängen bis zum 15. Jahrhundert“ (290 S.) als Band I, und nunmehr können wir uns mit dem Erscheinen von Band II über das Gesamtwerk freuen.

Haan und Niedhart versuchen, gleich mit zwei die englische Geschichtsschreibung vor allem vom 16. bis zum 19. Jh. bislang begleitenden Klischees aufzuräumen: Zum einen wurde sie lange Zeit als einlinige Erfolgs- und Fortschrittsgeschichte geschrieben, „in der sich soziale Mobilität, wirtschaftliches Wachstum und politische Freiheit wechselseitig bedingten und vorantrieben“ (S. 9). Einer der Hauptvertreter dieser Richtung war der englische Whig-Historiker Thomas Babington Macaulay. Dagegen hat die sogenannte revisionistische Geschichtsschreibung, vor allem seit den siebziger Jahren massiv das Ausmaß der Veränderungen angezweifelt und nunmehr an die Stelle der Revolution „die Rebellion, an die Stelle von Wandel und Aufbruch die Vorstellung von Beharrung und

Kontinuität“ gesetzt. Der revolutionäre Wandel des 17. Jh. wird gelehnet und „das England des 18. Jahrhunderts als integraler Bestandteil des vormodernen und vorrevolutionären Europas“ gesehen (ebenda).

Gegen diese eindimensionalen, reduktionistischen Sichtweisen stellen die Verf. vorliegenden Bandes ihre Sicht, die den Ambivalenzen, in denen Politik und Gesellschaft standen, Raum gibt: Kontinuität und Wandel, Reform und Revolution, Kontrolle und Freiheit, wirtschaftliches Wachstum und soziale Kosten, Ordnung und Unordnung.

Das erste Kapitel setzt faktisch einen Ausgangspunkt, indem die Struktur der englischen Gesellschaft in der frühen Neuzeit betrachtet wird. Dabei wird sowohl auf wirtschaftliche wie soziale und politische Strukturen eingegangen, so daß die in Kapitel 2 vorgestellten Prozesse wirtschaftlichen und sozialen Wandels im 16. und 17. Jh. verständlich werden, die unmittelbar die Vorgesichte von Reformation und Revolution im 17. Jh., die den Kern des dritten Kapitels bilden, ausmachen. Besonders hervorgehoben werden muß die Herausarbeitung sowohl der Bedeutung als auch der Mängel und Grenzen des whig-liberalen Konzepts der *Puritan Revolution*. Zum einen betrifft dies die Gewichtung der beiden Revolutionsetappen. Haan und Niedhart polemisieren gegen die Überbewertung der

Glorreichen Revolution von 1688/89. Sie sehen den Bürgerkrieg der vierziger Jahre samt seinen Folgeerscheinungen in Gestalt der englischen Republik und des Cromwellschen Protektorats als den eigentlichen Höhepunkt der Revolution an. Weiter kritisieren sie die ideengeschichtliche Ausrichtung der Geschichtsauffassung der Whig-Liberalen und plädieren für die Ergänzung einer strukturgeschichtlichen Betrachtungsweise, „welche die ideologischen Auseinandersetzungen der englischen Revolution wenn nicht direkt verursacht, so doch zumindest indirekt ermöglicht und damit den Gesamtverlauf der Revolution maßgeblich mitbestimmt haben.“ (S. 152) Auch der dritte Kritikpunkt, der die soziale Bewegungsdynamik der englischen Revolution betrifft, verdient gesonderte Beachtung. Der Gedanke von den zwei Revolutionen – dem Elitekonflikt, der auf die Reorganisation der öffentlichen Herrschaftsordnung abzielte, und der „Volksrevolution“, die für mehr Demokratie und Gerechtigkeit eintrat. Nachzufragen bliebe, ob letztere tatsächlich nur als „Drohung“ die Auseinandersetzungen innerhalb der englischen Herrschaftsklasse mitbestimmte.

Der letzte Teil des Bandes ist dem 18. Jh. mit der Entfaltung des Parlamentarismus nach der Glorreichen Revolution, dem Wachstum der vorindustriellen Wirtschaft und

Buchbesprechungen

der außenpolitischen Expansion vorbehalten. Die Verfasser beschließen den Text mit einer kurzen Betrachtung der Amerikanischen Revolution. Daß die Niederlage der englischen Krone gegenüber ihren 13 Kolonien in Nordamerika keineswegs den ökonomischen Ausstieg aus dieser Region bedeutete, verweist bereits auf das neue Zeitalter der wirtschaftlichen Eroberung und auf das 19. Jh. als das Jahrhundert Großbritanniens, womit der Bogen zum dritten Band der Geschichte Englands geschlagen wäre.

Ein umfangreicher Anhang (50 S.) mit Abkürzungs- und Anmerkungsapparat, Literaturverzeichnis (mit Schwerpunkt auf den Erscheinungen der letzten zehn Jahre), Zeit- und Namen-, Orts- und Sachregister vervollständigen ein Werk, das – vor allem in seiner Gesamtheit – in keinem Bücherregal eines historisch Interessierten fehlen sollte, denn es bietet weit mehr als nur eine Einführung in die Geschichte Englands.

Editha Kroß

Rainer Schröder, „Das Gesinde war immer frech und unverschämt.“ Gesinde und Gesinderecht vornehmlich im 18. Jahrhundert, Keip Verlag, Frankfurt am Main 1992, 218 S., Tab., graph. Darstellungen.

Wer Recht als eine wesentliche Seite der gesellschaftlichen Realität versteht, die es mit der Markierung des menschlichen Handlungsrahmens zu tun hat, wird von einer rechtshistorischen Untersuchung der vorliegenden Art, keine „umfassende“ Geschichte des Gesindes erwarten, die etwa zeigen könnte, wie es denn nun „wirklich gewesen“ ist.

Auch Gesinde – selbst wenn es schon „immer frech und unverschämt“ war – macht für seine Erforschung vielerlei wissenschaftliche Zugangsweisen möglich und nötig, und so ist an sich eine solche aus rechtshistorischer Perspektive ausreichend legitimiert, ohne daß Darstellungen älteren Datums völlig überflüssig würden, denn es schreibt nun einmal „jede“ Generation die Geschichte „neu“, fügt zumindest dem bekannten Bild neue Konturen oder Farbnuancen hinzu, obgleich so mancher Autor meint, er selbst führe – lange von der Fachwelt schon erwartet – erstmals die Dinge in der rechten Weise vor.

Der Verf. verleugnet seine wissenschaftliche Herkunft nicht, aber erkennt die Zweckmäßigkeit inter-

disziplinärer Betrachtung und stellt seine Untersuchung des Gesinderechts bewußt und keineswegs ohne Erfolg in einen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen sowie volkskundlichen Kontext (S. 20). In wichtigen Passagen ist er um die Erweiterung seines Betrachtungsansatzes bemüht und baut zugleich eine Reihe Brücken für die interdisziplinäre Diskussion. Dies ist überaus fruchtbar, jenes nützlich und willkommen. Daß dennoch die Darstellung von den aufgeworfenen Fragen und den präsentierten Tatsachenfonds her rechtshistorisch dominiert wird, ist allerdings unverkennbar.

Schröder geht von einem Forschungsüberblick zur Thematik aus, legt dar, was er unter Gesinde versteht und behandelt dann spezielle Probleme der Gesindeordnungen des 18. Jh. Als Hauptschwierigkeit erweist sich dabei verständlicherweise der Gesinde-Begriff. Daß sich diese soziale Kategorie in ihrer Struktur als überaus heterogen erweist, ist hinreichend bekannt gleichgültig, ob man sie in ihrer Herkunft, Funktion oder beruflich-gesellschaftlichen Perspektive betrachtet. Berechtigt kritisiert *Schröder* die romantisierenden Aspekte der These vom „ganzen Haus“, wobei er allerdings vornehmlich Wilhelm Heinrich Riehl und die „ältere Volkskunde“ (S. 51), weniger aber Otto Brunner und seine Epigonen unter den Historikern mit Fragezeichen bedenkt. Es wäre dies

außerdem eine interessante Möglichkeit gewesen, die Diskussion um jene Thematik weiterzuführen, wenn er die Anregungen aus der neueren Handwerksgeschichtsforschung (W. Reininghaus) aufgegriffen hätte.

Es sind gewichtige Darlegungen, die der Verf. zum generellen Problemkreis der Gesindeordnungen macht, wobei er davon ausgeht, daß die Ordnungen vornehmlich „preiswerte Arbeitskräfte sichern sollten“ (S. 67). Dies ist ganz unzweifelhaft. Normenkontinuität und Effektivität der Bestimmungen, Disziplinierung, Fürsorgefragen und Gesinderecht werden sehr differenziert abgehandelt und verdeutlichen nicht nur die spezifische Funktion dieser Rechtsätze, sondern lassen auch den allgemeinen Zusammenhang von Recht und gesellschaftlichem System des Feudalismus erkennen. Neben anderen Normen waren die Gesindeordnungen zum Zweck der Erhaltung und Befestigung „der bestehenden Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse“ (S. 157) geschaffen worden. Daß die Entwicklung der Realitäten – der „Fortschritt“, wie der Verf. meint – durch die ständig verschärften und erweiterten Pflichtenvorgaben nicht aufgehalten werden konnte, „solange die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich nicht änderten“ (S. 160), soll als eine wichtige Feststellung ausdrücklich hervorgehoben werden.

Bedauernd wird man das Fehlen

eines Quellen- und Literaturverzeichnis anmerken müssen, weil sich die Ermittlung der einschlägigen Informationen aus dem wissenschaftlichen Apparat verschiedentlich doch als recht zeitraubend erweist.

Der Rezensent wünscht dem Bd., daß er zu einem „Gesprächsbuch“ zwischen Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, ebenso aber auch der Mentalitätsgeschichte und der Volkskunde werden möge, denn der Problemkreis „Norm und Realität“ erfordert immer wieder neue Diskussionen zu seiner weiteren Ausleuchtung. Dazu bedarf es aber vor allem solcher Fachvertreter, die die „Grenzüberschreitung“ nicht scheuen. Der Verf. hat in erfreulicher Deutlichkeit seine Bereitschaft dazu signalisiert.

Helmut Bräuer

Werner Greiling, Varnhagen von Ense. Lebensweg eines Liberalen. Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 1993, 326 S.

Karl August Varnhagen von Ense gehörte ein gutes Jahrhundert lang nach seinem Tode (1858) zu den Vergessenen, ja Geächteten der deutschen Geistesgeschichte. Als „Rahels Witwe“ stand er lange Zeit im Schatten seiner berühmten Gattin und ih-

res Salons. In vielfältigen persönlichen Kontakten, in Publizistik, Historiographie und Literaturkritik vertrat er die Traditionen der Aufklärung und des Vormärz. Als minutiöser Registrator der Revolution von 1848/49 und ihres Scheiterns von einem liberalen bis demokratischen Standpunkt aus in seinen skandalumwitterten Tagebüchern wurde er nach deren Veröffentlichung (postum 1861 ff.) zur Unperson; ihre politische Mißliebigkeit wurde der Nachwelt in den professoralen Exekutionen von Rudolf Haym (Rezension der Tagebücher in den Preussischen Jahrbüchern 1863), Heinrich von Treitschke (Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert) und Oskar Walzel (Allgemeine Deutsche Biographie) eingepflegt. Die Situation änderte sich erst am Ende der sechziger Jahre: Im Westen wurden kritische Fragen an jene konservativen Traditionen gestellt: die DDR stand dem progressiven bürgerlichen Erbe sowieso aufgeschlossen – allerdings nur im antiquarischen Sinne – gegenüber. So konnte mit den Arbeiten und Editionen von Konrad Feilchenfeldt und den Auswahlgaben von Greiling, Fuld und dem Rezensenten eine Neubewertung des Mannes stattfinden, den Heinrich Heine als seinen „Wahlverwandtesten Waffenbruder“ und Goethe als „tiefsinnenden und -fühlenden Mann“ bezeichnete, „der, meinen Lebens-

weg schon längst aufmerksam beobachtend, mich über mich selbst seit Jahren belehrte.“ *Greilings* Arbeit, die, anders als der Untertitel suggeriert, eher als Monographie, denn als Biographie bezeichnet werden kann, steht in dieser Tradition der Neubewertung; der Autor konnte überdies von dem Nachlaß Varnhagens Gebrauch machen, der lange Zeit verloren gewähnt, in der Bibliotheka Jaggielonska in Krakow zugänglich ist. Schon die Durchforstung und Zusammenschau einer ungeheuren Materialfülle, von der wesentliche Teile teils unpubliziert, teils anonym publiziert sind, macht *Greilings* Buch zu einem wertvollen Arbeitsinstrument. In der sorgfältigen Nachzeichnung der ideologischen Entwicklung Varnhagens gewinnt dessen Bild eine Feinstruktur, die in der Wirkungsgeschichte erst einmal verlorengegangen war.

Die Arbeit versteht sich als Teil der Vormärz- und Revolutionsforschung; sie ist eine Fallstudie, mit deren Hilfe der „Differenzierungsprozeß von Liberalismus und Demokratismus“ (S. 14) verfolgt werden kann. Das Besondere an Varnhagen ist, daß er überwiegend *nicht* als Eule der Minerva oder als Gallischer Hahn auftritt; er ist, wie der Autor zu Recht hervorhebt, kein Systematiker oder Theoretiker, sondern kommentiert die politischen Ereignisse aus einer „Beobachterhaltung“ (S. 123), gleichsam von Tag zu Tag. Das macht

es dem Historiker möglich, die Entwicklung und Ausdifferenzierung ideologischer Positionen in statu nascendi nachzuvollziehen. Der nach kurzer diplomatischer Karriere am badischen Hof wegen des „Verdachtetes demokratischer und pflichtwidriger Verbindungen“ (Formulierung des preußischen Ministers des Auswärtigen, Bernstorff) 1819 kaltgestellte Varnhagen radikalisiert seine Positionen im Zuge der Revolutionen von 1830 und 1848/49. Nach 1830 „veränderte sich das Bild Varnhagens aus den zwanziger Jahren als das eines ruhigen, weitgehend angepaßten und staatskonformen ‚Lohnschreibers‘ zugunsten eines kritischen, politisch engagierten Schriftstellers und Publizisten“ (S. 81), der als Multiplikator der progressiven Traditionen (z.B. des Jakobinismus) und Tendenzen seines Zeitalters auftritt (z.B. des Saint-Simonismus und des Jungen Deutschlands). Einen zweiten „Wendepunkt in seiner politischen Entwicklung“ (S. 161) bildet die Revolution von 1848/49, die – nach der Boykottierung seiner publizistischen Tätigkeit durch die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ – in zunehmendem Maße im Medium der Privatzeichnung (Tagebücher) eine Abkehr von reformistischen und monarchistischen zugunsten radikal-demokratischer, revolutionärer Konzeptionen geprägt ist, gipfelnd in der Vision des „Aufstandes unter

Buchbesprechungen

der roten Fahne, mit dem Feldgeschrei Republik und Volksrechte“ (S. 225). Dabei beurteilt *Greiling* die Affinität Varnhagens zu Marx mit Zurückhaltung.

Zu Recht urteilt er, Varnhagen habe „seinen Anteil an der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland“ (S. 9). Hier müßte allerdings – neben die von *Greiling* vorbildlich geleistete – ideologiegeschichtliche Betrachtung auch eine institutionengeschichtliche treten; ein Aspekt der Modernität Varnhagens liegt ja in der konsequenten Nutzung von Institutionen bürgerlicher Öffentlichkeit, wie Salon und politischer Presse, zur Durchsetzung der Idee einer gerechten und freiheitlichen Gesellschaft. Varnhagens Bürgerlichkeit hat allerdings auch noch einen anderen, weniger positiven Aspekt: Varnhagen war nicht durchgängig ein Citoyen, sondern gelegentlich auch ein Bourgeois. Die „außerordentlich schillernde Persönlichkeitsstruktur“ (S. 10) Varnhagens wird in der von *Greiling* mehrfach belegten Diskrepanz seiner esoterischen und exoterischen Äußerungen faßbar; so biedert er sich nach seiner Entlassung in Berlin an, indem er die Karlsbader Beschlüsse rechtfertigt und läßt gleichzeitig privatim viel kritischere Töne hören. Diese Konstellation läßt sich, wie *Greiling* zeigt, bis ins Jahr 1848 verfolgen, als Varnhagen in einer Flugschrift „eine ganze Seite benötigte,

alle angeblichen Vorzüge und Verdienste Friedrich Wilhelms IV. geradezu lobhudelnd zu erwähnen“ (S. 185), während das Tagebuch eine ganz andere Sprache spricht. Man wird natürlich einräumen müssen, daß Varnhagens Linksentwicklung sich nicht ohne Widersprüche und Rückschläge vollzog, und daß er Mühe hatte, sich vom monarchistischen Prinzip zu lösen. Aber doch gewinnt man bei der Lektüre von *Greilings* Darlegungen den Eindruck, daß in den karikaturistischen Charakterkizzen, die Haym, Treitschke und Walzel von Varnhagen im 19. Jh. entwarfen, eben doch ein Kern von Wahrheit steckt.

Obwohl der Schwerpunkt der Arbeit eindeutig auf der Rekonstruktion der *politischen* Entwicklung Varnhagens liegt, geht sie auch auf dessen Rolle als Bewahrer der aufklärerisch-jakobinischen Traditionen, als „Statthalter Goethes auf Erden“ (Heine) und als Vertrauens- und Verbindungsmann der romantischen und jungdeutschen Literaten ein. Vielleicht etwas zu blaß ist dabei die Zeichnung seines Verhältnisses zu Goethe geraten, das nicht nur für ihn (und für Rahel) von lebenslanger und zentraler Bedeutung war, sondern an dem sich auch die Schnittstelle von Literatur und Politik, etwa bei der „sozialistischen“ Deutung des „Wilhelm Meister“, erkennen läßt.

Abschließend läßt sich sagen, daß *Greilings* Buch sowohl der Varn-

hagenforschung unentbehrlich sein wird, als auch bei Fragestellungen, die sich auf die Ausbildung politischer Ideologien in der ersten Hälfte des 19. Jh. beziehen. Und wer sich als politisch oder kulturgeschichtlich interessierter Historiker oder als Literaturwissenschaftler mit Personen aus dem politischen und intellektuellen Leben der ersten Hälfte des 19. Jh. befaßt, wird gut daran tun, sich durch einen Blick in den Index zu vergewissern, ob Varnhagen auch hier, in Lebensbeziehungen, Beurteilung oder Vermittlung tätig gewesen ist.

Klaus F. Gille

Cornelia Fuhrmann, Varnhagen von Enses Denkwürdigkeiten als ‚Dichtung und Wahrheit‘, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1992, 259 S. (= Europäische Hochschulschriften: Reihe 1, Deutsche Sprache und Literatur, Bd. 1322).

In ihrer Münchner Dissertation von 1990 rekonstruiert *Fuhrmann* die Entstehung der „Denkwürdigkeiten des eignen Lebens“ von Karl August Varnhagen von Ense (1785-1858).

Varnhagens „Denkwürdigkeiten“, Glanzleistung der autobiographischen Literatur des 19. Jhs. und historisches Gemälde der Zeit zwischen 1785 und 1819 sowie einiger Bruchstücke zwischen 1829 und 1834, zeigen sowohl die Inspiration durch Cloethes „Wilhelm Meister“ und „Dichtung und Wahrheit“ als auch die Einflüsse der französischen Memoirenliteratur des 18. Jhs. Den 1837/38 veröffentlichten ersten Bänden ging die Publikation einiger Fragmente voraus. Während der letzte Teil der autobiographischen Schrift erst ein Jahr nach Varnhagens Tod veröffentlicht wurde, war 1843 bereits eine zweite Auflage des bisher Erschienenen gestartet worden. Varnhagen nahm Umarbeitungen und Veränderungen in der Anordnung vor. Auslassungen und anonym gehaltene Stellen, meist aus Rücksichtnahme auf noch lebende Personen, wurden gar erst in der dritten Auflage getilgt, die 1871 im Rahmen der neunzehnbändigen „Ausgewählten Schriften“ erschien.

Diese komplizierte Genesis fordert dazu heraus, einen detaillierten Vergleich der verschiedenen Fassungen und Auflagen der „Denkwürdigkeiten“ samt ihrer Vor- und Erstdrucke anzustellen. Die Mitarbeit an einer (vorzüglichen) Neuausgabe dieses Varnhagenschen Werkes, die ihr späterer „Doktorvater“ Konrad Feilchenfeldt inzwischen vorgelegt hat,¹ gab wohl den Anstoß zu dieser

Buchbesprechungen

subtilen und informativen Untersuchung. Dabei werden die Einflüsse, Schreibenanlässe und vielfältigen literarischen sowie politischen Kontakte des Verfassers ebenso beleuchtet wie die allmähliche „Komposition“ des gesamten Opus'. Abweichungen und Veränderungen werden exemplarisch genannt, im Anhang sind die verschiedenen Druckfassungen der einzelnen Abschnitte übersichtlich zusammengestellt.

Die „Mittelstellung der Memoiren zwischen Roman und Geschichte“² bedeutet aber auch, daß den Varnhagenschen „Denkwürdigkeiten des eignen Lebens“ nicht jener einzigartige Quellenwert zukommt, die seine literarisch weit weniger ambitionierten „Blätter aus der preußischen Geschichte“³ und die „Tagebücher“⁴ auszeichnen. Dennoch sind sie trotz ihrer stilistischen Meisterschaft keineswegs „nur“ Literatur. Die vorliegende Arbeit leistet neben ihrem philologischen Anspruch auch Hilfestellung, in den „Denkwürdigkeiten“ des Schriftstellers, Offiziers und preußischen Diplomaten Varnhagen von Ense Dichtung und Wahrheit leichter voneinander zu scheiden.

Für den Leser, der in der Studie *Fuhrmanns* auch die stilistische Meisterschaft von „Goethes Statthalter auf Erden“ (H. Heine) erhofft, bleiben diesbezüglich allerdings einige Wünsche offen

Werner Greiling

- 1 Vgl. Karl August Varnhagen von Ense, Werke in fünf Bänden. Hrsg. von K. Feilchenfeldt, Bde. 1-3 (= Denkwürdigkeiten des eignen Lebens, Bd. 1-3), Frankfurt a. M. 1987.
- 2 G. Niggel, Geschichte der deutschen Autobiographie im 18. Jahrhundert. Theoretische Grundlegung und literarische Entfaltung, Stuttgart 1977, S. 57.
- 3 K. A. Varnhagen von Ense, Blätter aus der preußischen Geschichte, 5 Bde., Leipzig 1868/69.
- 4 Ders., Tagebücher, Bd. 1 bis 6, Leipzig 1861/62; Bd. 7 und 8, Zürich 1865; Bd. 9 und 10, Hamburg 1868; Bd. 11 bis 14, Hamburg 1869/70.

Lothar Dittmer, Beamtenkonservatismus und Modernisierung. Untersuchungen zur Vorgeschichte der konservativen Parteien in Preußen 1810-1848/49, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1992, 453 S. (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 44).

Mit dieser Studie unternimmt *Lothar Dittmer* den Versuch, die These von der Entstehung des deutschen Parteiwesens innerhalb der Bürokratie empirisch zu untermauern. Konkret soll nachgewiesen werden, daß die konservative Partei in Preußen seit 1810 in der hohen Ministerialbürokratie entstand. Die bei Barbara Vogel in Hamburg entstandene Dissertation geht damit Fragen nach, die von dieser bereits 1983 aufgeworfen wurden.¹

Dabei geht es weniger um die Klärung der von konservativen Beamten vertretenen Inhalte als um die frühen Organisationsstrukturen der Konservativen und ihre Bemühungen um Breitenwirkung. *Dittmer* konzentriert sich dabei sehr weitgehend auf die Öffentlichkeitspolitik der konservativen Beamten. Er zeichnet detailliert die Anfänge einer offiziellen Meinungssteuerung durch die Ministerien nach. Zum ersten Mal wird die Einflußnahme der Regierung auf konservative Presseorgane und auf die Universitäten für die Zeit der Restauration und des Vormärz umfassend beschrieben und damit ein wirkliches Desiderat der Medien- und Zensurgeschichte eingelöst. Quellennah und verlässlich belegt *Dittmer* seine Thesen hauptsächlich mit Archivmaterial aus der (ehemals) Merseburger Abteilung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz.

Vergleichsweise geringen Raum nimmt demgegenüber die Rekonstruktion von „Agglomerationskernen“ des Beamtenkonservatismus ein, in denen der Autor frühe Elemente des konservativen Parteiwesens identifiziert. Diese findet er, neben der Christlich-Deutschen Tischgesellschaft, wiederum vor allem in ministeriell gesteuerten publizistischen Zirkeln.

In der Argumentation verwischen sich gelegentlich die Grenzen zwischen konservativer Regierungs-

politik und konservativ-parteilichen Zielen der Beamten. Das läßt sich auf *Dittmers* Ausgangshypothese zurückführen, nach der eine „politische Alleinherrschaft des Verwaltungsapparates“ in Preußen vorausgesetzt wird (S. 11). Diese These, ebenso wie das Modell einer „Politisierung der Gesellschaft von oben“ (S. 62), verweist deutlich auf die Überschätzung der Rolle der Bürokratie insgesamt als auch des kleinen Kreises der hohen Ministerialbeamten innerhalb der Bürokratie. Der Beamtenkonservatismus wird nur an der Spitze, nicht an der Basis aufgesucht.

Zu begrüßen ist allerdings, daß der traditionellen, vereinfachenden Zusammenkopplung von konservativer Partei und Junkertum in Preußen (schon 1983 von Barbara Vogel angegriffen) durch den Beleg eines eigenständigen Konservatismus der Beamtenspitze weiter der Boden entzogen wird. Die konservativen Bürokraten traten laut *Dittmer* für staatlich kontrollierte Modernisierung ein, die die Machtverhältnisse nicht antasten sollte. Sie lehnten die Wiederherstellung der alten Gesellschaftsbindungen, wie sie die altadligen Hochkonservativen anstrebten, ab.

Dittmer grenzt den von ihm vertretenen Typus des Modernisierungs, aber nicht Liberalisierungswilligen Beamtenkonservatismus deutlich von jenem historisierten Idealtypus

Buchbesprechungen

des Konservatismus ab, den Panajotis Kondylis prägte und an den Adel als sozialen Träger band.² Diese „Reduktion des Konservatismus auf eine Adels- und damit Klassenideologie“ kritisiert er scharf, und zwar unter Verweis auf die Verwandtschaft von Kondylis' Argumenten mit den Interpretationen der DDR-Historiographie (S. 23).

Was die inhaltliche und personelle Abgrenzung des Beamten- vom Adelskonservatismus angeht, bleiben allerdings auch in dieser Arbeit Fragen offen. Denn die Adelsrestauration, die im Vortürz gerade in den höheren Rängen der preußischen Verwaltung Platz griff, läßt einen gewissen persönlichen Deckungsgrad zwischen Adels- und Beamtenkonservativen vermuten. Diesen Einwand übergeht *Dittmer* mit dem Hinweis auf den bürgerlichen Charakter bürokratischer Modernisierungskonzepte und die Sozialisationskraft der Beamtenlaufbahn (S. 20f.).

Die Auseinandersetzung mit dieser präzise konzipierten, detailliert belegten und gut lesbaren Dissertation, die einiges Neue zur Rolle der preußischen Bürokratie zwischen Restauration und Revolution zu bieten hat, lohnt sich nicht nur für Spezialisten der Medien- und Parteigeschichte.

Christina von Hodenberg

- 1 Vgl. Vogel, Beamtenkonservatismus, Sozial- und verfassungsgeschichtliche Voraussetzungen der Parteien in Preußen im frühen 19. Jahrhundert, in: Dirk Stegmann u.a., Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert, Bonn 1983, S. 1-31.
- 2 Konservatismus, Geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986.

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte. Hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Paris (Institut Historique Allemand), Bd. 19/3 (1992), 19/20. Jahrhundert, *Histoire contemporaine.* Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1993, 328 S.

Gleich seinen Vorgängern besticht dieser Bd. zuerst durch die Qualität und durch den Umfang des Rezensionen- und Anzeigenteils, in dem 94 Neuerscheinungen zur Geschichte des 19. und 20. Jhs. ausführlich und in der Regel instruktiv von Autoren aus Frankreich, Österreich und Deutschland besprochen werden. Der mit den Themen dieses Zeitausschnittes beschäftigte Forscher und Interessent erhält auf diese Weise einen guten Überblick zu Stand und Aufgaben der Forschung.

Die den Bd. eröffnenden vier Aufsätze haben unterschiedliche Themen zum Gegenstand. Einleitend beschäftigt sich *A. Meyer* (Die

Subsistenzunruhen in Frankreich 1846-1847) mit einem wenigstens seit dem Vorabend der Französischen Revolution nun schon traditionellen Sujet der französischen und internationalen Historiographie. Ausführlich wird der Zusammenhang zwischen sich verschlechternden Lebensbedingungen, der daraus resultierenden Stimmungslage der hier von betroffenen Massen und den revolutionären Ereignissen selbst dargestellt. Weiterführend und die Diskussion belebend ist die These des Vf., die Revolution von 1848 sei nicht als Verlängerung, sondern eher als eine „einschneidende Etappe der Eindämmung der antikapitalistischen Massenbewegungen des frühen 19. Jahrhunderts“ zu begreifen. Überzeugend ist seine Argumentation, diese Ereignisse im Unterschied zu in der Forschung verbreiteten Auffassungsebenen nicht mehr als „mouvements de type ancien“ zu interpretieren, da sich diese bereits vor einem entwickelten kapitalistischen Hintergrund entfaltet hätten und die Subsistenzkrise dieser Jahre folglich bereits einen eigenen Typus des Klassenkampfes in der Phase der kapitalistischen Entwicklung Frankreichs verkörpere. – Während A. Mitchell (*The Great Train Race: Railways and the Franco-German Rivalry before 1914*) einem unverändert kontrovers diskutierten, politisch wie ökonomisch brisanten Stoff aufarbeitet, beschäftigt sich M. Schütz

mit Grundthesen und Wirkungen von Gustave Le Bon, dem ersten Theoretiker, der sich so prononciert und „ansteckend“ mit der Psychologie der Menge befaßt hatte. Im Beitrag von P. Jardin (*Le Conseil Supérieur de la Défense nationale et le projet d'organisation d'un État Rhénan, mars 1923*) dominiert vor allem der Gedanke, daß das Sicherheitsdenken in Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg immer auch ein Nachdenken über Struktur, innere Beschaffenheit und sich daraus ergebende Möglichkeiten Deutschlands gewesen sei.

In einem weiteren Abschnitt werden Probleme der Forschungsgeschichte und relevante Fragen der Methodendiskussion vorgestellt. Im einzelnen werden analysiert: die Position des ehemaligen Generalvikars des Bistums Konstanz, Ignaz Heinrich von Wessenberg und sein Verhältnis zur Toleranz (A. Moser), Neuerscheinungen zur Frühgeschichte der Annales-Schule (L. Raphael), frühe Planungen für ein Deutsches Historisches Institut während des Zweiten Weltkrieges (C. Grau), Akten des Staats- und der Regierungschefs Vichys in den Archives Nationales (A. Radtke/B. Zielinski) und die für die Unternehmerstrategie interessante Studie über den Conseil National du Patronat Français (W. Kowalsky).

Bei den Miszellen, die sich mit Themen der neuesten Geschichte Frankreichs und Deutschlands be-

schäftigen, ragt m.E. der Bericht *M. Spivaks* über ein Sportsymposium vom September 1992 (La France, l'Allemagne et le sport) besonders heraus – seine Aufnahme in die *FRANCIA* ist schon deshalb gerechtfertigt, weil er einen für das Zusammenleben beider Völker wichtigen und funktionierenden Bereich näher abhandelt. Zwei weitere Beiträge rezensieren neuere Literatur zu Otto v. Bismarck – in den Ausführungen von *C. Studt* (Bismarck und kein Ende) befremden die immensen Kenntnislücken des Vf. über Problemsichten, Hintergründe und Tendenzen der DDR-Historiographie in den achtziger Jahren und so manche Anpöbeleien an die Adresse Ernst Engelbergs, dessen Arbeiten zum „Eisernen Kanzler“ auf solche Weise in ihrer Bedeutung für die deutsche Historiographie nicht relativiert werden können.

Kurt Holzapfel

Walter Cramer (1886 bis 1944). Ein Leipziger Unternehmer im Widerstand. Dokumentation von *Beatrix Heintze*, Deutscher Instituts-Verlag, Köln 1993, 188 S.

Eher unscharf erscheinen die sich heute abzeichnenden Konturen der

Würdigung der Männer des 20. Juli 1944 fünfzig Jahre nach ihr mutigen Tat; es scheint, als würde es diesmal keine wissenschaftlichen Veranstaltungen vom Gewicht der 1984 in den beiden damals existierenden Teilen Berlins abgehaltenen Konferenzen geben.¹ Wiewohl hierfür wissenschaftsinterne Gründe vorliegen, die nicht zuletzt im Fehlen aufsehenerregender neuer Gesichtspunkte im Umgang und in der Bewertung des Widerstandes gegen das NS-Regime liegen, ist dieser Befund dennoch bedauerlich. Denn immer wieder verlangt das Tun aller Hitlergegner würdigenden Respekt, gehören ihr bewiesener persönlicher Mut und ihr nicht selten geopfertes Leben zu orientierenden Lichtpunkten in allen folgenden geschichtlichen Konstellationen.

Umsomehr verdient die Leistung von *Beatrix Heintze* Hervorhebung, wenige Monate vor dem Jubiläum in einer Dokumentation die verbliebenen Mosaiksteine des Lebens eines an der Attentatsvorbereitung Beteiligten, ihres Großvaters, des Leipziger Unternehmers Walter Cramer, zusammenzustellen. Diese Form der Präsentation ist mit Bedacht gewählt worden. Neben der besonderen Schwierigkeit, die mit dem Schreiben über einen Verwandten stets verbunden ist, sorgte die ungünstige Forschungslage – etwa das Fehlen eines Nachlasses und die nicht mehr gegebenen Möglichkeiten der Befra-

Buchbesprechungen

gung ihm einstmals nahestehender Personen – für diesen Entschluß. Dennoch ist dabei ein Porträt Walter Cramers entstanden, das wesentliche Züge seiner Persönlichkeit einfühlsam aufzudecken und mitzuteilen versteht.

Nach knappen Hinweisen auf Kindheit und Jugend des 1886 geborenen Walter Cramer verknüpfen zunächst im Zentrum stehende firmengeschichtliche Momente interessante Details der Leipziger Industrieentwicklung eingangs des 20. Jhs. mit seinem Hineinwachsen in ein erfolgreiches Unternehmen der Textilbranche der Messestadt. Der stärkste Eindruck dabei geht von dem stets praktizierten sozialen und humanitären Engagement Cramers aus, das aus einer vorbildlichen sittlichen Gesinnung erwuchs. Diese noble Haltung hat später wohl auch seinen Entschluß begründet, dem sich etablierenden Naziregime nicht nur innerlich ablehnend gegenüberzustellen oder zu versuchen, möglichst unbeschadet durch diese Zeit hindurchzukommen, sondern sich einem aktiven Beitrag zum geplanten Attentat auf Adolf Hitler nicht zu versagen. Es liegt an der Hand, daß die enge Freundschaft zu Carl Goerdeler diesen Entschluß befestigte, doch entsprach der Versuch zum Sturz des Diktators zutiefst seinem Verständnis zeitgemäßen Handelns.

Walter Cramer hat diese Bereitschaft zur Tat mit dem Leben ge-

büßt. Am 22. Juli 1944 verhaftet, endete der folgende Prozeß vor dem sogenannten Volksgerichtshof mit dem Todesurteil. Es wurde am 14. November 1944 vollstreckt.

Mit der vorliegenden Dokumentation wird an einen Mann erinnert, der selbst in seiner Geburtsstadt nahezu vergessen ist. Zwar trägt eine Straße im eher zentrumsfernen Leipzig-Gohlis seinen Namen, doch würdigte ihn die Messestadt weder 1986 aus Anlaß seines 100. Geburtstages noch im Zuge des lange überfälligen und nach 1989 endlich stattgefundenen Bekenntnisses zu Carl Goerdeler. Überraschend ist auch, wie wenig die Historiographie des Widerstandes von ihm Notiz genommen hat. Selbst in der repräsentativsten Arbeit der DDR-Geschichtsschreibung zum 20. Juli 1944 sucht man seinen Namen im Register vergeblich.²

Aus diesen Gründen bereichert die Dokumentation unser Wissen über den Widerstand gerade in Leipzig beträchtlich, und dies ungeachtet des von der Autorin mehrfach beklagten Defizits an verfügbaren Quellen. Tatsächlich ist *Beate Heintze* eine bemerkenswert abwägende und zurückhaltende Interpretation des erschlossenen Materials gelungen. Distanz zum Untersuchungsgegenstand und Sympathien für ihren Großvater balancieren einander wohlthuend aus. Dennoch entsteht zuweilen die Frage, ob die Quellen nicht allzu stringent auf das Mittun im Kreis der

Buchbesprechungen

Attentäter hin interpretiert worden sind. Denn einige Hinweise lassen sich auch als Belege für einen eher stufenweisen Weg in diesen Widerstand lesen. Wenn unterstellt wird, Walter Cramer habe das NS-System als verbrecherisch erkannt, ist ein gleichzeitig konstatiertes Appellieren an dessen Mitmenschlichkeit durch ihn nicht überzeugend. Gelegentlich sind auch grundsätzliche Feststellungen nicht durch die behandelte Biographie gedeckt. Wie für so viele andere Hitlergegner auch, erwies sich eben gerade nicht das effektive Überwachungssystem des NS-Staates als verhängnisvoll, sondern vielmehr die in deutschen Ländern offenbar unausrottbare Bereitschaft zur Denunziation. Eine hierzu unlängst in Gang gekommene Debatte³ findet in Walter Cramer ein weiteres, erschütterndes Beispiel.

Diese kritischen Überlegungen schmälern den Wert der Untersuchung nicht, denn sie regen vor allem die Fortsetzung der Suche nach Hinweisen über einen Mann an, dessen ethische Grundhaltung überzeitliche Maßstäbe setzte: „Sein ganzes Teilhaben am politischen Getriebe beruhte einzig und allein auf einem sittlichen Impuls! Er verzehrte sich innerlich, indem er wieder und wieder erleben mußte, wie schwer es ist, träge Herzen zu kräftiger Regung zu entflammen“ (Theodor Litt).

Gerald Diesener

- 1 Vgl. dazu die faktischen Protokollbände für die DDR: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historikergesellschaft der DDR, Berlin, I-II/1985; für die BRD: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hrsg. von J. Schmädke und P. Steinbach, München/Zürich 1985.
- 2 K. Finker/A. Busse, Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1984.
- 3 Zuletzt: K.-M. Mallmann/G. Paul, Allwissend, allmächtig, allgegenwärtig? Gestapo, Gesellschaft und Widerstand, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1993, H. 11, S. 984-999.

Joachim Wieder/Heinrich Graf von Einsiedel (Hrsg.), Stalingrad und die Verantwortung des Soldaten, F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung, München 1993, 380 S.

Inmitten einer Literaturfülle, die sich in Anliegen und Gewicht unterschiedlichen Aspekten des Zweiten Weltkrieges zuwandte und zudem verschiedenen Genres zuzurechnen ist, erschien 1962 erstmals Wieders Buch „Stalingrad und die Verantwortung des Soldaten“. Fast ein wenig versteckt in einem Verlag abseits der Großen dieser Domäne,¹ erkannten Fachleute und Kritiker bald in einhelliger Übereinstimmung, daß hier eines der wichtigsten Bücher überhaupt zum deutschen Trauma, der Schlacht an der Wolga, vorgelegt worden war. Auf eine ähnliche Resonanz stießen seine Übersetzungen

–dieser Titel erschien alsbald in Spanien, Italien, Ungarn und, als erstes westdeutsches Buch zum Thema Stalingrad überhaupt, in der Sowjetunion.

Die letztendliche Ursache seines Erfolges lag nicht nur in der zutiefst anrührenden Wahrhaftigkeit, mit der ein Zeitzeuge seine Erinnerungen und Überlegungen an ebenso dramatische wie grauenvolle Monate zu formulieren wußte. Keineswegs nur auf die Königsebene konzentriert, schilderte der Leutnant und vormalige Ordonnanzoffizier beim Ic des VIII. Armeekorps den Stalingrader Alltag (soweit dieses Wort hier überhaupt angemessen ist) sowohl in der Schlacht, die im Spätsommer und Herbst 1942 um die Stadt an der Wolga geschlagen wurde, wie im bis zum letzten Tag durchlittenen folgenden Kessel der 6. Armee. Eingewoben darin waren immer wieder Erinnerungen an sein damaliges Denken und Empfinden. Allein von alledem eine plastische Vorstellung zu geben, wäre bereits Leistung genug. Heutigen apodiktischen Formulierungen, wonach das Grauen von Stalingrad „nicht darstellbar“ wäre, sei diese Lektüre deshalb dringlich empfohlen.

Von gleichem Gewicht für *Wieders* Darstellung waren aber ebenso die intensiv erörterten Fragen angemessenen sittlichen Handelns verantwortlicher Militärs in dieser Ausnahmesituation. Nament-

lich die kritische Analyse des Verhaltens der Generale von Manstein, Paulus und von Seydlitz überschritt dabei schnell den Rahmen beschränkter Einzelfallerörterungen. Vor dem Hintergrund des gräßlichen Leidens und Sterbens Hunderttausender Soldaten aller auf dem Schlachtfeld stehender Kontrahenten, stieß *Wieder* in den Bereich sittlich allgemeingültiger Überlegungen und schließlich zum Problem des Sinngehaltes jeden modernen Kriegs vor. Es sind dies Erörterungen, die über den konkreten Fall hinaus immerwährend bedeutsam sind.

Die Anlage der damaligen Ausgabe war denn auch deutlich von diesem Konzept geprägt: Dem ersten Teil „Erinnerungen eines Überlebenden“ folgt ein gleichgewichtiger zweiter Abschnitt „Kritische Betrachtungen nach zwanzig Jahren“. Vereint sind hier die Erwägungen zum Handeln der genannten drei Generale. Ein Literaturbericht und der Nachdruck mehrerer Dokumente ründeten die Ausgabe ab.

Überschaut man nun die Resonanz auf den 50. Jahrestag der Schlacht an der Wolga, fällt zuerst ein hierzulande überraschend geringes Interesse auf. Gewiß gab es mit Joseph Vilsmayers Film „Stalingrad“, mehreren TV-Sendungen sowie Zeitungsserien und -artikeln eine mediale Resonanz. Doch ganz offensichtlich gelten die militärischen Entwicklungen der Stalingrader

Schlacht, die Einschließung Hunderttausender deutscher Soldaten mit- samt ihren Verbündeten aus anderen Ländern sowie die schließliche Liquidierung des Kessels als soweit erhellt, daß sich eine unübersehbare „dejà-vu“-Stimmung breitmachte.

In der fachwissenschaftlichen Debatte verzeichnete zweifelsfrei der Zugriff „Stalingrad von unten“, d.h. aus der Perspektive des einfachen Landers, das größte Erkenntnisinteresse. Überschaute man die Ausbeute dieser Literatur, blieb der Ertrag aber eher enttäuschend. Als ein leicht zugängliches Beispiel dieses veränderten Blickwinkels mag hier das Heft „Sozialwissenschaftliche Informationen“ 1/1993 dienen, dessen Rahmenthema „Stalingrad: Erinnerung und Identitätssuche“ lautet. Die genaue Lektüre zeigt, daß weniger neue Botschaften übermittelt werden als angekündigt, zudem nicht alle Fragestellungen so ergiebig sind wie behauptet. Auffällig ist zudem, daß sich im Zuge der Konzentration auf spezielle Untersuchungsgegenstände und Methoden Vereinfachungen in den vorausgehenden Grundannahmen und -ausagen ergeben, die letztendlich dem eigentlichen Ereignis, der Singularität Stalingrads, nicht gerecht werden. Wenn aber die Spezialisierung mit einer Ablösung vom eigentlichen Geschehen einhergeht, ist das auch ein Rückschritt. Es bedeutet den Verzicht auf immer wieder erforder-

liche Besinnung auf die überzeitliche Dimension dieses infernalischen Geschehens, auch die Aufgabe eines Herangehens, das der Augenzeuge Wilhelm Raimund Beyer in unübertroffener Manier wie folgt faßte: „Der ECHTE SINN des Geschehens um Stalingrad muß aus dem ‚Unten‘ in diesem an und für sich schon ‚unten‘ Vollziehenden ersehen werden. Wir, die Heutigen, wir müssen TRAUER bei solchem Nachdenken tragen.“²

Gerade und vor allem deshalb ist der Neudruck von „Stalingrad und die Verantwortung des Soldaten“ so lebhaft zu begrüßen. Unverändert in Anlage und Gehalt an gültigen Aussagen, sind in dieser Auflage in geringfügigen Überarbeitungen die hinzugekommenen Erkenntnisse und Erfahrungen sowie Details, die dem Autor vor drei Jahrzehnten noch unbekannt waren, verarbeitet worden. *Wieder* setzte sich damit gleichsam selbst ein Denkmal, denn sein Tod im Herbst 1992 erlaubte ihm nicht mehr, an die Überarbeitung abschließend letzte Hand anzulegen. Mit *Heinrich Graf von Einsiedel* fand das zum neuerlichen Druck vorbereitete Manuskript einen sachkundigen und umsichtigen Herausgeber. Dieses Buch, obgleich eigentlich „nur“ eine Neuauflage, gehört aus all diesen Gründen zu den wichtigsten Veröffentlichungen zur Schlacht um Stalingrad auch im Jahre 1993.

Gerald Diesener

Buchbesprechungen

- 1 J. Wieder, Stalingrad und die Verantwortung des Soldaten, München (Nymphenburger Verlagsbuchhandlung) 1962.
- 2 W. R. Beyer, Stalingrad. Unten, wo das Leben konkret war, Frankfurt a. M. 1987.

Jacques Derrida, Falschgeld. Zeit geben I. Aus dem Französischen von Andreas Knop und Michael Wetzel, Wilhelm Fink Verlag, München 1993, 216 S.

La fausse monnaie que donne un ami. Jacques Derrida über das Geben falscher Gaben

Derridas neues Buch¹ kreist um das literarische Motiv der falschen Münze. Charles Baudelaire's kurze Erzählung „La fausse monnaie“, die dem Band zweisprachig zum Ausklappen beigelegt ist, gibt den Perspektivpunkt: Ein Freund des Ich-Erzählers gibt einem Bettler viel zu viel, nämlich ein silbernes Zweifrankenstück. Als der Erzähler dazu eine Bemerkung macht, antwortet der Freund zunächst, es sei ein falsches Geldstück gewesen, erklärt dann aber treuherzig, daß es ein Vergnügen sei, einem Menschen dadurch eine Freude zu bereiten, daß man ihm mehr gebe, als dieser erwarte. Die falsche Gabe hätte der Erzähler Ihm noch verziehen, auch zum Beispiel noch das amoralische Vergnügen daran,

einen armen Menschen zu kompromittieren oder diesem auf solche Weise vielleicht gar ein interessantes Erlebnis zu verschaffen, nicht aber die selbstgewisse Dummheit des zweiten Satzes, nach dem er sehr ökonomisch vor sich selbst und – Baudelaire vergißt nicht, das zu erwähnen – vor Gott als Wohltäter dastehen will.

Dieser seltsame Schluß, nämlich die Bereitschaft, den Immoralismus der Bosheit zu verzeihen, nicht aber die selbstgewisse Dummheit der wertlosen Wohltat, gibt Derrida ein Rätsel auf, das er nicht zu lösen weiß, aber immerhin benennt. Dummheit ist auch im Französischen nicht „böse“, sondern würde jemanden doch eher von einem Vorwurf entlasten. Trotz der Homonymie von Tier (*bête*) und dumm (*bête*) ist Dummheit (*bêtise*) nicht jene Tierheit (*bestialité*), zwischen der und dem Teuflichen Immanuel Kant den Menschen und das radikal Böse in ihm ansiedelt. Der Textinterpret Derrida wirkt in diesen langen und hilflosen Passagen wie jemand, der mit aller Gewalt eine Pointe erklären will und sie durch immer neue Wendungen doch nur zu Tode reitet. Ist es denn so schwer zu verstehen, daß die Abgründe des moralischen Verurteilens zurückgespiegelt werden auf den Ich-Erzähler, der die billig selbstgefällige Wohltat denunziert, aber ein boshafte Spiel mit dem Bettler vielleicht verziehen hätte? So daß

Buchbesprechungen

die Selbstgefälligkeit beim Erzähler liegt, der einem Freund dessen beiläufig spielerische Geste aufs genaueste nachrechnet, sich innerlich über ihn erhebt und sich ein Urteil anmaßt? *Derrida* räsonniert ausführlich darüber, ob man denn einem Freund trauen könne, der einem Bettler Falschgeld gibt. Er übernimmt so sehr die Perspektive des fragwürdigen Ich-Erzählers, daß er zwar die Freundschaft jenes falschgeldspendenden Freundes anzweifelt, nicht aber die des so über seinen „Freund“ Urteilenden. Dem Falschgeldgeber kann man sogar eher trauen, denn er gibt es offen zu – der andere hegt seinen Verdacht nur in den intriganten Gedankenspielen seines, wie Baudelaire äußerste Distanz suggerierend nahelegt, „miserablen Gehirns, das den Mittag um zwei Uhr sucht“. Baudelaire spielt damit, ein moralisches Zweifrancestück aufs Spiel zu setzen gegen „Gottes Herz“ und das Paradies, um so die Sprachformen und Gedankengänge einer längst entwerteten Moralistik hyperbolisch zu Tode zu reiten. Merkwürdigerweise hat *Derrida* keinen Sinn für diese aus der Form der Erzählung doch so überdeutlich werdende Ironie entwickelt. Scheinbar geht es um die Frage, ob Perfidie weniger schlimm sei als Dummdreistigkeit – in Wirklichkeit aber steckt die ganze in der Geschichte vorhandene Perfidie und Dummheit im „misérable cerveau“

des Erzählers selbst.

Der Text von immerhin 218 Seiten ist Ergebnis von fünf Sitzungen eines Seminars, das *Derrida* 1977/78 an der Ecole Normale Supérieure und ein Jahr später an der Yale University gehalten hat. Er kreist mit vielen geistreichen Seitenverweisen und noch mehr ermüdend langweiligen Assoziationen um den Baudelaire-Text, der nur eine Seite umfaßt.

Selbstverständlich versucht er Marcel Mauss' „Die Gabe“ zur Interpretation heranzuziehen, ohne allerdings aus diesem Text die bei *Derrida* zu erwartenden Funken schlagen zu können. Anregender ist die Parallelisierung zu Balzacs „Glanz und Elend der Kurtisanen“, wo es über einen Priester heißt, der persönliches Interesse und salbungsvolle Menschenliebe gegenüber einer etwas naiven Prostituierten miteinander verbindet: „man muß schon sehr auf seiner Hut sein, um erkennen zu können, daß in einem Freund mit falscher Münze zahlt“ [pour reconnaître la fausse monnaie que donne un ami]. *Derrida* hat in diesem Seminartext seinen Studenten nicht mit der durch Konvention inzwischen weithin für echt gehaltenen Münze seiner gekonnten Dekonstruktionen, seiner präzise radikalisierten Hermeneutik² gezahlt, sondern mit etwas bemühtem close reading, das eher an den späten Benno von Wiese erinnert. Die Abgründigkeit und Modernität Baudelaire's,

der die Immoralität auf das moralisierende Ich des Erzählers und damit spielerisch auch des Lesers zurückspiegelt, ist ihm verborgen geblieben. Er hat „Das falsche Geldstück“ gelesen, als wäre es eine Kalendergeschichte von Johann Peter Hebel.

Walter Reese-Schäfer

- 1 Original: Donner le temps I: La fausse monnaie, Editions Galilée, Paris 1991.
- 2 Dazu S. Majetschak, Radikalisierte Hermeneutik. Zu einigen Motiven der semiologischen Metaphysikkritik bei Jacques Derrida. in: Philosophisches Jahrbuch, 100. Jg. 1993, S. 155ff.

Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn, Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, J. C. B. Mohr, Tübingen 1992 (2. Auflage), 260 S. + XV.

Allein der Titel ruft beim Leser Assoziationen von schweren Geburten hervor, die dann aber doch – sprichwörtlich – mit schönen Kindern belohnt werden. Letzteres kann zwar (noch) nicht vom Untersuchungsobjekt des vorliegenden Buches, der Transformation der ostdeutschen Volkswirtschaft, behauptet werden, aber mit Sicherheit vom Buch selbst. Weckt das Vorwort zur ersten Auflage mit seinem Lamento vom „diplomatischen Bravourstück“ der Bun-

desregierung und von der „von saarländischem Kleinmut“ genährten Skepsis der westdeutschen Bevölkerung gegenüber der Wiedervereinigung vorerst nur die Skepsis des Lesers, so folgt im weiteren Verlauf eine umfassende, differenzierte, erhellende und originelle Analyse der ökonomischen Aspekte der deutschen Vereinigung.

Im Gegensatz zu anderen Analytikern der Transformationsprozesse in Ostdeutschland nehmen die Autoren nicht nur einen prononcierten und fundierten Standpunkt ein, als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen dient auch nicht der Weg von Marx zum Markt, sondern die Reise „mit Marx zum Markt“. „Statt des Kapitalismus ist der Kommunismus zusammengesbrochen, und er tat dies, weil sein ideologischer Überbau und seine Produktionsverhältnisse nicht zur materiellen Basis der Industriegesellschaft paßten.“ (S. 2). Dieser, für den Zeitgeist in der Nationalökonomie extravagante Versuch, den Gegner (die Politische Ökonomie) mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, muß darauf aber einer „strikt marktwirtschaftlich-liberalen Argumentationslinie“ weichen, die über den Umweg der eher allgemein gehaltenen Kapitel „Revolution und Vereinigung“ sowie „Deutschland und die Welt“, denen man aber ihre chronologischen Zeittafeln und ihre gelungenen Tabellen bzw. graphischen Darstellungen zugute halten

kann, warmläuft. Nur wenn die Autoren versuchen, ihre Argumente mit Ausflügen in andere Disziplinen zu untermauern, so z.B. wenn sie die tiefere Ursache des Zusammenbruchs des Staatssozialismus im altruistischen Menschenbild der kommunistischen Lehre („Aber der Mensch ist nicht gut, er ist ein Egoist“) begründet sehen, geraten sie noch ins Stottern.

Mit dem Kapitel „Nenes Geld“, das kompakt alle finanzwissenschaftlichen Belange der deutschen Vereinigung abhandelt, kommen die Autoren dann auf ihren souverän beherrschten Fachgebieten voll in Fahrt, indem sie kompetent mit Fakten und Erklärungsmodellen operieren, um wichtige Zusammenhänge aufzuzeigen. Konträr zu populären Darstellungen weisen sie nach, daß die Wechselkurse zur Währungsunion keinesfalls zu hoch, eher zu niedrig gegriffen waren. Die Kaufkraftparität zwischen beiden deutschen Währungen habe sehr dicht bei 1:1 gelegen, was im Endeffekt bedeutete, daß aufgrund der gestaffelten und begrenzten Umtauschrelationen die ostdeutschen Haushalte einen Umtauschverlust von 62 Mrd. DM (ein Drittel ihres Finanzvermögens) hinnehmen mußten. Den resultierenden Widerspruch zwischen der beobachteten Kaufkraftparität und dem errechneten Außenwert der Ostmark (1989: 100 DM West = 23 M Ost), das Kauf-

kraftparadoxon, lösen die Autoren mittels eines von Balassa entwickelten Theorems aus der Außenwirtschaftstheorie auf, wonach „Währungen von Ländern mit geringer Kaufkraftparität unterbewertet sind, weil die Wechselkurse die vergleichsweise niedrigen Preise der nicht gehandelten Güter nicht berücksichtigen.“ (S. 62).

Herz- und Lungenstück des Bandes sind jedoch die Kapitel IV und V, „Privatisierung“ und „Strategien für den Aufschwung“. Neben einer gezielten Kritik der ökonomischen Aspekte des „Restitutionsediktes“ im Einigungsvertrag zeichnet sich die Analyse der Privatisierungspolitik der Treuhand durch ihre theoretische Fundiertheit aus, deren formaler Anspruch jedoch manchen interessierten Laien abschrecken könnte.

Entgegen den Annahmen der Verfechter der „Schrothypothese“ versuchen die Autoren, den Restwert des DDR-Kapitalstocks zu beziffern, indem sie deutlich machen, daß hier Ertragswert der Altkapitalien gleich dem Preis ist, den die Treuhandanstalt unter idealen Wettbewerbsbedingungen für ein von ihr angebotenes Objekt erzielen könnte. Dieser Ertragswert entspricht also dem zukünftigen Cash-Flow der Investoren und damit dem Kapitalwert der Sanierungsinvestition. Den Restwert des ostdeutschen Kapitalstocks beziffern die Autoren unter Beachtung der inhärenten Ineffi-

zienzen auf etwa ein Drittel seines Buchwertes (580 Mrd. DM), abzüglich der Kosten für die Altlastensanierung, zuzüglich des Wertes des Immobilienbestandes, der seinerseits auf mindestens 250 Mrd. DM geschätzt wird.

Wieso gelingt es der Treuhand nicht, diese Werte durch Verkauf ihrer Objekte auch nur annähernd zu realisieren? *Sinn/Sinn* führen dies auf eine ganze Reihe von „politikendogenen“ Gründen zurück: Verkaufsverweigerung an den Meistbietenden, um Marktmacht zu verhindern; Beschäftigungsgarantien; die zinstreibende und crowding-out-Effekte implizierende Kreditfinanzierung der Vereinigungspolitik; Portfolioeffekte, die sich aus der im Zeitraffer vollziehenden Überschwemmung des Marktes mit Verkaufsobjekten ergeben; die Inkongruenz von Strömen und Beständen sowie die Kreditbeschränkungen der Käufer, insbesondere der am stärksten motivierten, ostdeutschen Interessenten, die wegen ihres Eigenkapitalmangels „praktisch völlig von der Verkaufsaktion der Treuhand ausgeschlossen“ bleiben. Als Ergebnis der als „Ausverkauf“ titulierten Privatisierungspolitik befürchten die Autoren eine Vervollkommnung der „Trennung der dt. Bevölkerung in vermögende Kapitalbesitzer im Westen und mittellose Lohnbezieher im Osten.“ (S. 90).

Für Abhilfe und Beschleunigung

des Aufschwungs, so die Idee der Autoren, die eine „Strategie der organischen Systemtransformation“ entwickeln, hätte ein Beteiligungsmodell gesorgt, das über den Verzicht auf einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis die geringe Finanzkraft der ostdeutschen Bieter neutralisiert und der Treuhand im Gegenzug ein Beteiligungsrecht an den privatisierten Unternehmen eingeräumt hätte. Diese Unternehmensanteile ihrerseits, so der Vorschlag, hätten im Rahmen eines „Sozialpaktes“ zu gleichen Teilen an die ostdeutschen Sparer und die allgemeine Bevölkerung (Kompensation der Umtauschverluste) sowie an die jeweiligen Belegschaften verteilt werden sollen. Letztere wären derart über die Umverteilung der Erstaussstattungen zu einem Verzicht auf die Verlegung des Verteilungsproblems auf die Faktorpreise motiviert worden. „Konkret besteht der Pakt aus einem temporären Verzicht auf weitere Steigerungen der relativen Tariflöhne und der Anwendung des ... entwickelten Privatisierungsmodells, bei dem die Treuhand Restbeteiligungen an die ostdeutsche Bevölkerung verteilt.“ (S. 210).

Dieses „sinnvolle“ Modell ist nicht implementiert worden. Kritiker verweisen darauf, daß nicht der Faktor Arbeit sondern die ungenügende Ausstattung mit Produktionsmitteln und die damit zusammenhängende hohe Arbeitsintensität der

Buchbesprechungen

Produktion Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands sei. Auch sei bei einem erwarteten Treuhand-Defizit von 250 Md. DM bis Ende 1994 außer Verlustzuweisungen nichts zu verteilen. Schließlich wird auch auf die bestehende Tarifautonomie verwiesen und angemerkt, die Vorschläge kämen ohnehin zu spät.

Unter der Berücksichtigung, daß Wissenschaft sich nicht an der Aufnahme ihrer Vorschläge durch die Politik mißt und daß letztere im Prozeß der deutschen Vereinigung, wie die Autoren und auch andere Ökonomen nahelegen, weniger von den theoretischen Empfehlungen der Nationalökonomie als von den nur ungenügend reflektierten ordnungspolitischen Vorstellungen der ordoliberalen Schule mit ihrer ideolo-

gisch motivierten Abneigung gegen jegliche Form des Staatsinterventionismus geleitet wurde, bleibt zu konstatieren, daß der „Kaltstart“ wesentlich zum Verständnis der Probleme der Systemtransformation in Ostdeutschland beiträgt und gleichzeitig Lösungsansätze aufzeigt, deren Prüfung in einem Feldversuch verweigert wurde, die aber nicht einfach von der Hand zu weisen sind.

Mit der Publikation ist es den Autoren gelungen, zu einem aktuellen Thema eine Studie zu veröffentlichen, die auch in einigen Jahren noch aktuell sein wird. Dies würde der Meinung des Rezensenten nach nicht zu Unrecht – den Ruf eines Klassikers begründen.

Gerrit Stratmann

Inhaltsverzeichnis des 3. Jahrgangs 1993

Themenschwerpunkte der Hefte:

- Heft 1-2: Debatten um die Conquista. Probleme, Perspektiven und Kontroversen. Hrsg. Michael Zeuske
- Heft 3: Die Nation. Möglichkeiten und Grenzen eines Konzepts der Neuzeit. Hrsg. Matthias Middell
- Heft 4: Europas neue Vielfalt. Hrsg. Frank Geißler und Matthias Middell
- Heft 5: Ehe, Alltag, Politik. Studien zu Frauengeschichte und Geschlechterbeziehungen von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. Hrsg. Katharina Middell
- Heft 6: Krisen: Prozeß, Wahrnehmung und Vergleich. Hrsg. Georg Vobruba

Aufsätze

- Gerda Bohmann/Georg Vobruba, Krisen und ihre Interpretationen. Die Weltwirtschaftskrisen 1929 und 1974 im Vergleich. Das Beispiel Österreich 6/32
- Knut Borchardt, Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen 6/9
- Boris Doktorov, Das soziale Befinden der Bevölkerung Rußlands im Jahr 1993: Vom Referendum zum Putsch 6/59
- Wolfgang Ernst, Nationalitäten im Widerstreit. Zur Aktualität von Lyotard 3/57
- Fjodor F. Fink/ Robert Kluge/ Florian Andrews, Auf der Suche nach einem „Sonderweg“ für Rußland: Igor R. Schafarewitsch und seine „Rezepte“ 4/80
- Frank Geißler, Rückkehr nach Europa: Europas Hinterhof. Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa 4/98
- Thomas Grimm, Gespräch mit Walter Markov 4/15
- Werner A. Hartwig, Politische Virulenz von Nationalitätenkonflikten heute – aus ethnologischer Sicht, 3/66
- Manfred Kossok, Das Jahr 1492 1-2/29
- Manfred Kossok, Implosion und Explosion: Der Niedergang des Staatssozialismus und die nationale Frage 3/79
- Manfred Kossok/Matthias Middell, Nationale Frage und soziale Bewegungen in den Transformationsprozessen der Neuzeit 1500-1850 3/9
- Bärbel Kuhn, „Das Loos der unverheirateten Mädchen“. Die „Singlefrage“ in der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts 5/53
- Guy Lemarchand, Zur Untersuchung von Nation und Nationalstaat in Europa während der Periode des Übergangs zur Moderne 3/26
- Christiane Lemke, Sozialpolitik als Geschlechterpolitik: Über Ursprünge und Entwicklungen des amerikanischen Wohlfahrtsstaates 5/88
- Sigrid Meuschel, Zivilgesellschaft im Postsozialismus? 4/49
- Verena Pawłowsky, Ledige Mütter als „geburtshilfliches Material“ 5/33
- Françoise Picq, Frauenbewegung nach 1968 5/77
- Horst Pietschmann, Kritische Anmerkungen zum Kolumbusjahr in Deutschland aus der Perspektive der Geschichtswissenschaft 1-2/56
- Barbara Pothast-Jutkci, Die Frauen in der Conquista. Überlegungen zum Verhältnis von Rasse und Geschlecht in der Anfangsphase der spanischen Kolonialherrschaft 1-2/81

Jahresinhaltsverzeichnis 1993

- Walter Reese-Schäfer, Thesen zu Nation, Nationalismus und Universalismus 3/72
Lluis Roura, Die katalanische Revolution von 1640 und das Konzept der Nation im modernen Europa 3/43
Wolfgang Schmale, Europäische Geschichte schreiben... 4/40
Bernd Schröter, Conquista und Independencia: Die Instrumentalisierung und Konzeptualisierung von „Conquista“ und „Reconquista“ in den Unabhängigkeitskämpfen Spanisch-Amerikas. Grundzüge am Beispiel Neu-Spaniens 1-2/122
Melanie Tatur, Sozialbewegung und institutioneller Wandel in Polen und Rußland 4/63
Marleen Wessel, Lucien Febvre und Europa: An den Grenzen der Geschichte 4/28
Dorothee Wierling, Die Töchter der Weimarer Republik in der SBZ/DDR. Weibliche Jugend zwischen Aufbau und Aufstieg 5/100
Heide Wunder, Barbara Hoffmann, Helga Zöttlein, „Ehepaare, Eheverläufe und Lebenslauf in Leipzig 1580-1730“ Bericht über ein Forschungsprojekt 5/13
Max Zeuske, Zum geschichtlichen und gelstigen Hintergrund der Konquistadoren Amerikas 1-2/77
Michael Zeuske, Europa und Amerika 1492-1992. Conquista und neuzeitliche Kontinentaldebatte. Eine Einleitung 1-2/16
Michael Zeuske, Fernandina und Tierra de Gracia: Zwei gescheitene Kolonialexperimente als Voraussetzung der Conquista? Eine Problemskizze 1-2/96

Forum

- Charlotte Beisswingert, Lire La Méditerranée 1-2/161
Helmut Bräuer, Arbeitende Bettler? Bemerkungen zum frühneuzeitlichen Bettler-Begriff 6/79
Hartmut Elsenhans, Massenkonsum als Voraussetzung für Kapitalakkumulation. Entgegnung auf die Bemerkungen von Georg Quaas 4/130
Wolfgang Fach, Die Gauck-Behörde: das unmögliche Amt 1-2/177
Jean-Yves Guiomar, Vaterland – Staat – Nation 5/118
Joachim Kuhles, Die livländische Reformation unter vergleichenden Aspekten 1-2/144, 3/89
Ulrich Muhlack, Ranke und die politische Schule der deutschen Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert. Zum Verhältnis von Geschichte und Politik 6/92
Georg Quaas, Massenkonsum oder Unterentwicklung in der „Dritten Welt“? Randbemerkungen zu den polit-ökonomischen Thesen von Hartmut Elsenhans 3/106
V. P. Smimov, Probleme der Geschichtsschreibung in der ehemaligen Sowjetunion 5/109

Mitteilungen und Berichte

- „Association Marc Bloch“ in Frankreich gegründet (Matthias Middell) 5/133
„The GDR Revisited“: 19. New Hampshire German Symposium (Eckhardt Fuchs) 4/155
43. Königswinter-Konferenz der Deutsch-Englischen Gesellschaft (Rolf Müller-Syring) 4/150
Bildungssysteme und Bildungsreformen in vergleichender Perspektive (Eckhardt Fuchs) 3/129
Die IX. Frankreichforschertagung in Ludwigsburg (Helmut Melzer) 4/158
Die Industrieregion Sachsen im 20. Jahrhundert (Werner Bramke) 6/123
Eine amerikanische Zeitschrift zur deutschen Geschichte (Kenneth D. Barkin) 1-2/190
Eine neue Zeitschrift für Welt- und Globalgeschichte: Journal of World History (Manfred Kossok/Heiko Rohnstein) 5/134

Jahresinhaltsverzeichnis 1993

- Föderale Konzeptionen in den EG-Mitgliedsstaaten – Traditionen und Perspektiven (Ralph Dietl/
Matthias Schönwald/Werner Scholz) 6/114
- Französisch in Kanada (Jürgen Erfurt) 1-2/199
- Frauen im Exil (Thomas Erdmann Fischer) 6/21
- Israelischer Nationalismus, vor Ort verhandelt und beobachtet: Eine Tagung in Tel Aviv (Axel
Doßmann) 3/122
- Mai 1968 jenseits der Mauer (Luisa Passerini) 6/117 Les relations économiques franco-
allemandes au XXème siècle (Werner Scholz) 5/130
- Orientalia in der Baumschule: Islam und Geschichte an der Princeton University (Wolfgang
Schwanitz) 1-2/201
- Widerstände gegen Revolutionen (Steffen Sammler) 3/132
- Zehn Jahre „Geschichtswerkstatt“ (Volker Ilgen) 5/136
- Zum Stand des deutsch-französischen Vergleichs (Chariotte Beisswinger) 4/160

Buchbesprechungen

- Behringer, Wolfgang (Hrsg.), Hexen und Hexenprozesse in Deutschland, München 1993 (Ludwig
Rommel) 5/159
- Bergin, Joseph, The Rise of Richelieu, New Haven/London 1991 (Katharina Middell) 4/171
- Essad Bey, Mohammed, München 1993 (Wolfgang Schwanitz) 6/128
- Biermann, Wolf, Der Sturz des Dädalus, Köln 1992 (Thomas Ahbe) 1-2/259
- Black, Jeremy and Jeremy Gregory (Hrsg.), Culture, Politics and Society in Britain 1660-1800,
Manchester/New York (Editha Kroß) 3/149
- Boilleau, Jean-Luc, Cornelius Castoriadis, Marc Ferro, Pierre Grimal u.a., De la fin de l'histoire,
Paris 1992 (Steffen Sammler) 4/186
- Bude, Heinz, Bilanz einer Nachfolge. Die Bundesrepublik und der Nationalsozialismus, Frankfurt
a.M. 1992 (Thomas Ahbe) 1-2/253
- Bürck, Gerhard/Susanne Schlösser, Neuzeitliche Umgestaltung und Anfänge des modernen
Machtstaates, Frankfurt a.M. 1993 (Kurt Holzapfel) 6/131
- Burns, Michael, Dreyfus. A Family Affair. From the French Revolution to the Holocaust, New York
1991 (Günther Fuchs/Eckhardt Fuchs) 5/175
- Butel, Paul (Hrsg.), Commerce et plantation dans la Caraïbe, XVIIIe et XIXe siècles, Bordeaux
1992 (Manfred Kossok) 1-2/220
- Capra, Fritjof, Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild, München 1992 (Rolf Müller-Syring)
1-2/271
- Columbus: Die Entdeckung seiner geheimen Route in die Neue Welt. Text: John Dyson; Fotos:
Peter Christopher; Nautische Recherchen: Luís Miguel Coin Cuenca, München 1991 (Michael
Zeuske) 1-2/213
- Walter Cramer (1886-1944). Ein Leipziger Unternehmer im Widerstand. Dokumentation von
Beatrix Heintze, Köln 1993 (Gerald Diesener) 6/145
- Czempiel, Ernst-Otto, Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-
West-Konflikts, München 1991 (Frank Geißler) 1-2/273
- Der Name eines Toten. Zur Autobiographie Louis Althusser's (Peter Schöttler) 4/163
- Derrida, Jacques, Falschgeld. Zeit geben I. Aus dem Französischen von Andreas Knop und Michael
Wetzel, München 1993 (Walter Reese-Schäfer) 6/150
- Dittmer, Lothar, Beamtenkonservatismus und Modernisierung. Untersuchungen zur Vorgeschichte
der konservativen Partei in Preußen 1810-1848/49, Stuttgart 1992 (Christina von Hodenberg)
6/141

- Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, eingeleitet von Herbert Schambeck und gemeinsam hrsg. mit Helmut Widder und Marcus Bergmann, Berlin 1993 (Editha Kroß) 4/177
- Dooley, Allan C., Author and Printer in Victorian England, Charlottesville/London 1992 (Eckhardt Fuchs) 3/151
- Dumont, Franz, Die Mainzer Republik von 1792/93, Alzey 1993 (Matthias Middell) 5/171
- Dux, Günter, Die Spur der Macht im Verhältnis der Geschlechter. Über den Ursprung der Ungleichheit zwischen Mann und Frau, Frankfurt a.M. 1992 (Sylke Nissen) 5/187
- Engelberg, Ernst, Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, München 1993 (Kurt Holzapfel) 3/156
- Engler, Wolfgang, Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus, Frankfurt a.M. 1992 (Thomas Ahbe) 3/167
- Fehrenbach, Elisabeth, Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815-1871, München 1992 (Werner Greiling) 4/176
- Findeisen, Jörg-Peter, Das Ringen um die Ostseeherrschaft. Schwedens Könige der Großmachtzeit, Berlin 1992 (Kurt Holzapfel) 3/144
- Francia, Forschungen zur westeuropäischen Geschichte. Hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Paris (Institut Historique Allemand), Bd. 19/3 (1992), 19./20. Jahrhundert. Histoire contemporaine, Sigmaringen 1993 (Kurt Holzapfel) 6/143
- Frerichs, Petra/Margareta Steinrück (Hrsg.), Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse, Opladen 1993 (André Debüser) 5/190
- Fuhrmann, Cornelia, Varnhagen von Enses Denkwürdigkeiten als ‚Dichtung und Wahrheit‘, Frankfurt a.M. u.a. 1992 (Werner Greiling) 6/140
- Fürtig, Henner, Der irakisch-iranische Krieg 1980-1988. Ursachen, Verlauf, Folgen, Berlin 1992 (Rolf Müller-Syring) 3/164
- Gentile, Emilio, Il Culto del littorio. La sacralizzazione della politica, Roma/Bari 1993 (Friedemann Scriba) 4/181
- Gierlich, Ernst, Reval 1621 bis 1645. Von der Eroberung Livlands durch Gustav Adolf bis zum Frieden von Brönisebro, Bonn 1991 (Joachim Kuhles) 3/142
- Gordon, Joel, Nasser's Blessed Movement. Egypt's Free Officers and the July Revolution, New York/Oxford 1992 (Rolf Müller-Syring) 5/143
- Gramsci, Antonio, Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, auf der Grundlage der von Valentino Gerratana im Auftrag des Gramsci-Instituts besorgten Edition, hrsg. vom Deutschen Gramsci-Projekt unter der wissenschaftlichen Leitung von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Bd. 1-3 (Hefte 1 bis 5), Hamburg/ Berlin 1991-1992 (Matthias Middell) 1-2/247
- Greiling, Werner, Varnhagen von Ense. Lebensweg eines Liberalen, Köln-Weimar-Wien 1993 (Klaus F. Gille) 6/137
- Grienig, Horst/Arnd Hopfmann (Hrsg.), Nachkriegsordnung oder Chaos? Sozioökonomische und soziokulturelle Entwicklungstrends in Nah- und Mittelost, Hamburg 1993 (Rolf Müller-Syring) 5/143
- Haan, Heiner/Gottfried Niedhart, Geschichte Englands vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, München 1993 (Editha Kroß) 6/133
- Habermas, Rebecca/Nils Minkmar (Hrsg.), Das Schwein des Häuptlings. Sechs Aufsätze zur Historischen Anthropologie, Berlin 1992 (Gerald Diesener) 3/160
- Harwich, Nikita, Histoire du Chocolat, Paris 1992 (Michael Zeuske) 1-2/223
- Heater, Derek, The Idea of European Unity, Leicester/London 1992 (Wolfgang Schnale) 4/191
- Hogan, Michael J. (Hrsg.), The End of the Cold War. Its Meaning and Implications, New York 1992 (Wolfgang Schwanitz) 1-2/269
- Hottinger, Arnold, Islamischer Fundamentalismus, Zürich 1993 (Rolf Müller-Syring) 5/143

Jahresinhaltsverzeichnis 1993

- Hourani, Albert, *Islam in European thought*, Cambridge 1992 (Wolfgang Schwanitz) 1-2/265
- Iggers, Georg G., *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1993 (Gerald Diesener) 4/183
- Jeismann, Michael/Henning Ritter (Hrsg.), *Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus*, Leipzig 1993 (Matthias Middell) 5/180
- Kebir, Sabine, *Antonio Gramsci's Zivilgesellschaft. Alltag-Ökonomik-Kultur-Politik*, Hamburg 1991 (Matthias Middell) 1-2/247
- Kramnick, Isaac, *Republicanism and Bourgeois Radicalism. Political Ideology in late Eighteenth-Century England and America*, Ithaca/London 1990 (Editha Kroß) 3/150
- Kruse, Elisabeth, *Die Emigranten der Französischen Revolution in Kurhannover*, Hannover 1990 (Thomas Höpel) 3/147
- Leben in Paris im Hundertjährigen Krieg. Ein Tagebuch. Aus dem Französischen von Henriette Beese, Nachwort von Ralph-Rainer Wuthenow, Frankfurt a.M./Leipzig 1992 (Thomas Höpel/Ralf Pannowitsch) 1-2/210
- Lerch, Wolfgang Günter, *Kein Frieden für Allahs Völker. Die Kriege am Golf: Geschichte, Gestalten, Folgen*, Frankfurt a.M. 1991 (Rolf Müller-Syring) 1-2/263
- Lexikon Alte Kulturen. Hrsg. Hellmut Brunner, Klaus Fessel, Friedrich Hiller und Meyers Lexikonredaktion, Mannheim-Wien-Zürich. Bd. 1 (A - Fir) 1990, Bd. 2 (Fis - Mz) 1993 (Rigobert Günther) 4/170
- Loewenstein, Bedrich (Hrsg.), *Geschichte und Psychologie – Annäherungsversuche*, Pfaffenweiler 1992 (Gerald Diesener) 5/184
- McArthur, John R., *Die Schlacht der Lügen. Wie die USA den Golfkrieg verkauften*, München 1993 (Rolf Müller-Syring) 5/143
- Meier, Brigitte, *Neuruppin 1700 bis 1830. Sozialgeschichte einer kurmärkischen Handwerker- und Garnisonsstadt*, Berlin 1993 (Stefan Militzer) 5/168
- Middell, Katharina/ Matthias Middell (Hrsg.), *200. Jahrestag der Französischen Revolution. Kritische Bilanz der Forschungen zum Bicentenaire*. In Zusammenarbeit mit Manfred Kossok und Michel Vovelle, Leipzig 1992 (Michael Wagner) 1-2/228
- Mlynek, Klaus/Waldemar R. Röhrbein (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Hannover*, Bd. 1: Von den Anfängen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Mit Beiträgen von Helmut Plath, Siegfried Müller und Carl-Hans Hauptmeyer, Hannover 1991 (Katrin Keller) 1-2/225
- Möller, Horst, Gérard Rault, Andreas Wirsching (Hrsg.), *Gefährdete Mitte? Mittelschichten und politische Kultur zwischen den Weltkriegen: Italien, Frankreich und Deutschland*, Sigmaringen 1993 (Thomas Höpel) 5/177
- Mondot, Jean, Jean-Marie Valentin, Jürgen Voss (Hrsg.), *Deutsche in Frankreich. Franzosen in Deutschland 1715-1789. Institutionelle Verbindungen, soziale Gruppen, Stätten des Austauschs*, Sigmaringen 1992 (Siegfried Hoyer) 3/146
- Neuß, Raimund, *Anmerkungen zu Walther Flex. Die „Ideen von 1914“ in der deutschen Literatur: Ein Fallbeispiel*, Seherfeld 1992 (Wojciech Kunicki) 4/178
- Oesterdiekhoff, Georg W., *Traditionales Denken und Modernisierung. Jean Piaget und die Theorie der sozialen Evolution*, Opladen 1992 (Gerald Diesener) 1-2/245
- Pawelka, Peter, *Der Vordere Orient und die Internationale Politik*, Stuttgart/Berlin/Köln 1993 (Rolf Müller-Syring) 5/143
- Quellen zu den Reformen in den Rheinbundstaaten. Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Bd. 1: Regierungsakten des Großherzogtums Berg 1806-1813. Bearbeitet von Klaus Rob. München 1992; Bd. 2: Regierungsakten des Königreiches Westphalen 1807-1813. Bearbeitet von Klaus Rob. München 1992 (Matthias Middell) 1-2/237
- Rademacher, Ingrid, *Legitimation und Kompetenz. Zum Selbstverständnis der Intelligenz im*

Jahresinhaltsverzeichnis 1993

- nachrevolutionären Frankreich 1794-1824, Frankfurt a. M. 1993 (Kurt Holzapfel) 4/174
- Rosenke, Weresa/Thomas Siepelmeyer (Hrsg.): Afrika - der vergessene Kontinent? Zwischen selektiver Weltmarktintegration und ökologischen Katastrophen, Münster 1992 (Ulrich van der Heyden) 5/156
- Saurín de la Iglesia, María Rosa, Manuel Pardo de Andrade y la crisis de la Ilustración (1760-1832), La Coruña 1991 (Alberto Gil Novales) 5/163
- Schröder, Rainer, Das Gesinde war immer frech und unverschämt. Gesinde und Gesinderecht vornehmlich im 18. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992 (Helmut Bräuer) 6/135
- Schultz, Helga, Das ehrbare Handwerk. Zunftleben im alten Berlin zur Zeit des Absolutismus, Weimar 1993 (Katrin Keller) 4/172
- Schwartz, Thomas Alair, America's Germany - John. McCloy and the Federal Republic of Germany, Cambridge-London 1991 (Georg Nolte) 1-2/250
- Simon-Nahum, Perrine, La cité investie. La „Science du Judaïsme“ français et la République, Paris 1991 (Eckhardt Fuchs) 1-2/242
- Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn, Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1992 (Gerrit Stratmann) 6/152
- Smith, Woodruff D., Politics and the Science of Culture in Germany, 1840-1920, Oxford 1991 (Eckhardt Fuchs) 5/181
- Sossenheimer, Maria Anna, Georg Friedrich Rebmann und das Problem der Revolution. Revolutionserfahrungen, Revolutionsinterpretationen und Revolutionspläne eines deutschen Republikaners, Frankfurt a.M./ Bern/ New York/ Paris 1988 (Werner Greiling) 1-2/231
- Storch, Wolfgang (Hrsg.), Die Symbolisten und Richard Wagner, Berlin 1991 (Ralf Pannowitsch) 4/193
- Strack, Peter, Vor Gott, Gemeinschaft und den Gästen: Funktionen und Wandel traditioneller Festsymbolik: Karwoche und Patronatsfest in den ehemaligen Jesuitenreduktionen von Chiquitos/Ostbolivien von der Eroberung bis zur Gegenwart, Bielefeld 1991 (Bernd Schröter) 1-2/217
- Strässle, Paul Meinrad, Der internationale Schwarzmeerhandel und Konstantinopel 1261-1484 im Spiegel der sowjetischen Forschung, Frankfurt a.M./Bern/New York/Paris 1990 (Klaus-Peter Matschke) 3/136
- Suhr, Heinz, Der Treuhandskandal. Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde, Frankfurt a.M. 1991 (Frank Geißler) 1-2/257
- Toulmin, Stephen, Cosmopolis. The Hidden Agenda of Modernity, Chicago 1990 (Eckhardt Fuchs) 3/153
- Volksunruhen in Württemberg 1789-1801, Suttgart-Bad Cannstatt 1991 (Matthias Middell) 5/173
- Weigand, Wolf Volker, Walter Wilhelm Goetz 1867-1958. Eine biographische Studie über den Historiker, Politiker und Publizisten, Boppard am Rhein 1992 (Gerald Diesener) 3/157
- Weltgeschichte in Schlaglichtern, hrsg. von Meyers Lexikonredaktion in Zusammenarbeit mit H. Müller u.a., Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich 1992 (Editha Kroß) 5/158
- Wetzel, Michael und Jean-Michel Rabaté (Hrsg.), Ethik der Gabe: Denken nach Jacques Derrida, Berlin 1993 (Wolfgang Ernst) 4/189
- Wieder, Joachim/Heinrich Graf von Einsiedel (Hrsg.), Stalingrad und die Verantwortung des Soldaten, München 1993 (Gerald Diesener) 6/147
- Wolf, Stuart (Hrsg.), Domestic strategies: work and family in France and Italy 1600-1800, Cambridge University Press, Cambridge, Paris 1991 (Steffen Sammler) 1-2/239
- Wüllner, Fritz, Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung, Baden-Baden 1991 (Gerald Diesener) 3/161

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Gerda Bohmann, Mag., Assistentin am Institut für Soziologie der
Wirtschaftsuniversität Wien

Werner Bramke, Prof. Dr., Historisches Seminar, Universität Leipzig

Helmut Bräuer, Prof. Dr., Historisches Seminar, Universität Basel

Gerald Diesener, Dr. sc., Historisches Institut, Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg

Ralph Dieltl, MA, Seminar für Zeitgeschichte, Eberhard-Karls-Universität
Tübingen

Boris Doktorov, Leiter des Instituts für Soziologie der Akademie der Wissen-
schaften St. Petersburg sowie der St. Petersburger Abteilung des Zentrums für
Meinungsforschung (VCIOM)

Thomas Erdmann Fischer, Historisches Seminar der Universität Kiel

Frank Geißler, Dipl. Pol., Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig

Klaus F. Gille, Dr. phil, Duits Seminarium, Universität Amsterdam

Werner Greiling, Dr. phil., Historisches Kolleg München

Christina von Hodenberg, MA, Fachbereich Geschichte, Universität Bielefeld

Kurt Holzapfel, Prof. Dr., Leipzig

Editha Kroß, Dr. phil. habil., Leipzig

Katharina Middell, Dr. phil., Historisches Seminar, Universität Leipzig

Matthias Middell, Dr. phil., Historisches Seminar, Universität Leipzig

Luisa Passerini, Prof. am Historischen Institut der Universität Turin

Walter Reese-Schäfer, Dr. phil., Institut für Politikwissenschaft, Martin-Luther-Universität Halle

Matthias Schönwald, MA, Seminar für Zeitgeschichte, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Werner Scholz, Dr. phil., Seminar für Zeitgeschichte, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Wolfgang Schwanitz, Dr. phil., Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH Berlin, FSP Moderner Orient

Gerrit Stratmann, Dipl.-Pol., Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig

Georg Vobruba, Prof. Dr., Institut für Soziologie, Universität Leipzig

Aus dem Inhalt

Aufsätze

Knut Borchardt Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

*Gerda Bohmann/
Georg Vobruba* Krisen und ihre Interpretationen. Die Weltwirtschaftskrisen 1929 und 1974 im Vergleich. Das Beispiel Österreich

Boris Doktorov Das soziale Befinden der Bevölkerung Rußlands im Jahr 1993: Vom Referendum zum Putsch

Forum

Helmut Bräuer Arbeitende Bettler? Bemerkungen zum frühneuzeitlichen Bettler-Begriff

Ulrich Muhlack Ranke und die politische Schule der deutschen Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert. Zum Verhältnis von Geschichte und Politik

ISSN 0940-3566

ISBN 3-929031-40-X